



HESSISCHER LANDTAG

09. 07. 2003

10. Sitzung

Wiesbaden, den 9. Juli 2003

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	501	57. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Transrapid	
<i>Entgegengenommen</i>	501	– Drucks. 16/321 –	524
Präsident Norbert Kartmann	501	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	533
42. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Unterstützung des Vorziehens der Steuerreform und des zielgerichteten Subventionsabbaus		75. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend schnelle Verbindung der Flughäfen Frankfurt und Frankfurt-Hahn	
– Drucks. 16/303 –	501	– Drucks. 16/344 –	524
<i>Abgelehnt</i>	524	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	533
40. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Steuer-senkung vorziehen		Clemens Reif	525
– Drucks. 16/300 –	501	Uwe Frankenberger	526
<i>Abgelehnt</i>	524	Michael Denzin	528
68. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform		Mathias Wagner (Taunus)	529
– Drucks. 16/337 –	501	Minister Dr. Alois Rhiel	531
<i>Abgelehnt</i>	524	Manfred Schaub	533
71. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betref-fend Steuer senken, Arbeitsrecht flexibilisieren, So-zialversicherungssysteme reformieren		Vizepräsidentin Ruth Wagner	533
– Drucks. 16/340 –	501	5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregie- rung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Ge- setzes über die Bezüge der Mitglieder der Landes- regierung	
<i>Angenommen</i>	524	– Drucks. 16/297 –	533
Mathias Wagner (Taunus)	501	<i>Nach erster Lesung dem Hauptausschuss überwie- sen</i>	537
Jörg-Uwe Hahn	504	Minister Stefan Grüttner	533
Jürgen Walter	507, 523	Reinhard Kahl	534
Ministerpräsident Roland Koch	511	Nicola Beer	535
Tarek Al-Wazir	517	Frank-Peter Kaufmann	535
Gottfried Milde (Griesheim)	519	Frank Gotthardt	536
Ruth Wagner (Darmstadt)	521	Vizepräsidentin Ruth Wagner	537
Präsident Norbert Kartmann	524	6. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Ände- rung des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk	
41. Antrag der Fraktion der SPD betreffend freie Me- trorapid-Gelder für Transrapidverbindung Frank- furt – Hahn		– Drucks. 16/316 –	537
– Drucks. 16/301 –	524	<i>Nach erster Lesung dem Hauptausschuss überwie- sen</i>	542
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwie- sen</i>	533	Volker Hoff	537
48. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Magnet- schwebebahn „Transrapid“		Gerhard Bökel	538
– Drucks. 16/309 –	524	Tarek Al-Wazir	539
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwie- sen</i>	533	Jörg-Uwe Hahn	540
		Minister Stefan Grüttner	541
		Vizepräsidentin Ruth Wagner	542

Seite	Seite
7. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Zweites Gesetz zur Beschleunigung von Entscheidungsprozessen innerhalb der öffentlichen Verwaltung – Drucks. 16/317 – 542 <i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i> 547 Rudi Haselbach 542 Günter Rudolph 543 Jörg-Uwe Hahn 544 Dr. Andreas Jürgens 544 Minister Volker Bouffier 546 Vizepräsident Lothar Quanz 547	13. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Meisterbrief als Gütesiegel und Qualitätsstandard – Drucks. 16/151 – 558 <i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> 567
8. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Altenpflegegesetzes – Drucks. 16/330 zu Drucks. 16/176 – 547 <i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> 552 Petra Fuhrmann 547, 550 Ilona Dörr (Bergstraße) 548 Kordula Schulz-Asche 548 Florian Rentsch 549 Ministerin Silke Lautenschläger 551 Vizepräsident Lothar Quanz 552	38. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Novellierung der Handwerksordnung – Drucks. 16/298 – 558 <i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> 567 Clemens Reif 559 Silke Tesch 560 Michael Denzin 562 Evelin Schönhut-Keil 563 Ruth Wagner (Darmstadt) 565 Minister Dr. Alois Rhiel 566 Frank Williges 566 Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil 567
10. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP für ein Siebtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Abgeordnetengesetzes – Drucks. 16/322 zu Drucks. 16/192 – 552 <i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> 558 Hierzu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucks: 16/336 – 558 <i>Abgelehnt</i> 558 Frank Lortz 552, 553 Frank-Peter Kaufmann 554 Reinhard Kahl 556 Nicola Beer 557 Vizepräsident Lothar Quanz 558	12. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Durchlässigkeit ausbauen – individuelle Schulzeitverkürzung erleichtern – Drucks. 16/149 – 567 <i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> 575
	16. Antrag der Abg. Habermann, Hartmann, Quanz, Dr. Reuter, Riege, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend früheres Abitur ohne Bildungsabbau an Hessens Schulen – Drucks. 16/185 – 567 <i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> 575
	20. Antrag der Fraktion der FDP betreffend kein Qualitätsverlust durch Schulzeitverkürzung – Drucks. 16/195 – 567 <i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> 575 Priska Hinz 567 Dorothea Henzler 569 Dr. Michael Reuter 571 Hans-Jürgen Irmer 572 Ministerin Karin Wolff 573 Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil 575
11. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Gütesiegel Meisterprüfung muss erhalten bleiben! – Drucks. 16/56 – 558 <i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> 567	64. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/245 – 575 <i>Beschlussempfehlungen angenommen</i> 575 Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil 575

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsident Lothar Quanz
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil
Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen
beim Bund Jochen Riebel
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Harald Lemke
Staatssekretär Herbert Landau
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler
Staatssekretär Karl-Winfried Seif
Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Jürgen Frömmrich
Ursula Hammann

(Beginn: 9.02 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Guten Morgen, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Alles frisch? Einige Verletzte? Darauf komme ich gleich zurück.

Ich eröffne die heutige Sitzung des Hessischen Landtags. Meine Damen und Herren, zunächst will ich eine wichtige Mitteilung machen und von den Tapferen berichten, die auszogen, ein Fußballspiel zu spielen, und es nur knapp verloren haben, sehr knapp.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das war knapp!)

Ich habe nur Lob zu spenden. Unsere Landtagself hat gestern in Eschborn-Niederhöchstadt gegen die Auswahl des Polizeipräsidiums Frankfurt Fußball gespielt. Halbzeitstand 2 : 0 für die anderen, die dann auch noch das 3 : 0 schossen. Es blieb Manfred Schaub vorbehalten, neue Motivation in die Truppe zu blasen: 1 : 3. Dann hat Herr Schwarz – sozusagen mein Vertreter aus der Landtagsverwaltung – das zweite Tor für uns zum 3 : 2 geschossen. Schließlich war es Herr Seng aus dem Kultusministerium, der das 3 : 3 geschossen hat. Als der Schiedsrichter hätte abpfeifen sollen, hat er noch ein Tor der anderen zugelassen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Und dann kam wieder der Präsident!)

– Es gibt Dinge, die berichte ich nicht. Am Ende ging das Spiel 4 : 3 aus. Aber allen Respekt der Mannschaft unseres Landtags. Wer 0 : 3 hinten liegt und dann noch ein solch tolles Spiel daraus macht, der ist der moralische Sieger auf dem Platz gewesen. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Ich habe vernommen, dass – wie schon in Arolsen, als wir verloren haben – auch diesmal unser Torwart besonders heldenhaft gehalten hat. Lieber Mark Weinmeister – Ist er noch auf dem Platz, oder wo?

(Heiterkeit)

Und der Fraktionsvorsitzende der CDU humpelt. Sein rechtes Bein ist lädiert. Lieber Herr Dr. Jung, wir werden dafür sorgen, dass das bald wieder in Ordnung ist.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Ich bitte darum!)

Nachdem ich nun die wichtigste Mitteilung gemacht habe, kommen wir zu unserer Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Erledigt sind die Punkte 1 a und 1 b, 2, 3 a bis 3 h, 4, 26, 44, 45, 53, 58 bis 63 und 72.

Auf Ihren Plätzen finden Sie den vom Ältestenrat verabschiedeten roten Terminplan des Hessischen Landtags für das Jahr 2004.

Wir tagen heute bis 18 Uhr mit einer Mittagspause von zwei Stunden, von 13 bis 15 Uhr.

Wir beginnen heute mit Tagesordnungspunkt 42, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Unterstützung des Vorziehens der Steuerreform und des zielgerichteten Subventionsabbaus, Drucks. 16/303. Wir rufen ihn zusammen mit den Tagesordnungspunkten 40, 68 und 71 auf.

Nach diesen Tagesordnungspunkten folgt dann der Tagesordnungspunkt 57, Antrag der Fraktion der CDU betreffend Transrapid, Drucks. 16/321. Er wird mit den Tagesordnungspunkten 41, 48 und 75 aufgerufen. Danach fahren wir mit den ersten und zweiten Lesungen der Gesetze fort.

Herr Staatsminister Riebel hat heute Mittag einen Termin in Berlin.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Meine Damen und Herren, es gibt eine Grenze der Belastigung, wenn Minister für das Land Hessen unterwegs sind. Ich bitte, das zu respektieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir können das auch noch einmal im Ältestenrat vertiefen, damit habe ich kein Problem.

(Volker Hoff (CDU): Sehr gut, Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren, ich möchte auf eine Präsentation des Planungsportals des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung hinweisen. Sie wird gegen 13 Uhr von Herrn Staatsminister Alois Rhiel und Herrn Prof. Encarnação vom Fraunhofer-Institut für Grafische Datenverarbeitung im Umgang des Plenarsaals eröffnet. Ich bitte Sie, dass die Fraktionen dort angemessen vertreten sind.

Meine Damen und Herren, heute tagt im unmittelbaren Anschluss an diese Plenarsitzung um ca. 18 Uhr der Innenausschuss im Sitzungsraum 510 W.

Ich frage in die Fraktionen hinein und bitte um Rückmeldungen, ob es beabsichtigt ist, während dieser Plenartage noch die Konstituierungen der Enquetekommissionen vorzunehmen. Das müsste ich wissen, falls es beabsichtigt ist, denn das muss dann noch organisatorisch vorbereitet werden.

Meine Damen und Herren, damit rufe ich jetzt **Tagesordnungspunkt 42** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Unterstützung des Vorziehens der Steuerreform und des zielgerichteten Subventionsabbaus – Drucks. 16/303 –

verbunden mit den **Tagesordnungspunkten 40, 68 und 71.**

Ich erteile dem Abg. Wagner (Tanus) von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zum 1. Januar 2004 setzen wir eine große Steuerreform in Kraft.

(Zuruf von der CDU: Wer?)

Mit einem kräftigen Einstieg schaffen wir die Voraussetzung, bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode unsere Ziele zu erreichen, den Eingangsteuersatz unter 15 % und den Spitzensteuersatz unter 40 % zu senken.

So steht es auf Seite 9 des Bundestagswahlprogramms der CDU.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit hat die CDU Wahlkampf gemacht. Das haben Sie den Menschen vor noch nicht einmal einem Jahr versprochen.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Nun wissen wir spätestens seit ein paar Tagen, dass sich Herr Koch und Frau Merkel darüber einig sind, dass sie uneinig sind. Schauen wir uns deshalb noch einmal an, was die hessische CDU zu diesem Thema beschlossen hat:

Mit uns sind Steuer- und Abgabenerhöhungen nicht zu machen. Sie sind Gift für unsere Wirtschaft.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Stattdessen brauchen wir Steuerentlastungen vor allem für den Mittelstand.

(Horst Klee (CDU): Das stimmt auch heute noch!)

So heißt es in der Wetzlarer Erklärung der CDU vom 18. Januar dieses Jahres.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, mit dieser Aussage sind Sie als Ministerpräsident und hessischer CDU-Vorsitzender höchstpersönlich und Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, in den hessischen Wahlkampf gezogen. Und jetzt soll das alles nicht mehr wahr sein?

(Zurufe von der CDU: Doch! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja!)

Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, können wir in Ihrer Wetzlarer Erklärung weiter lesen:

Wieder sagen wir vor der Wahl präzise und überprüfbar, was wir in den nächsten fünf Jahren erreichen wollen.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Helau!)

Wieder wollen wir guten Gewissens in fünf Jahren über den heute beschlossenen Text reden können,

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Jawohl!)
weil wir wieder Wort gehalten haben.

Fünf Jahre sind für die hessische CDU ganz schön kurz geworden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Versprochen, gehalten!)

Jetzt plötzlich lesen wir in der „FAZ“ vom 2. Juli, wie Ihre Programme gemeint waren. Da schreibt der Herr Ministerpräsident Koch zu den Programmen der CDU:

Was schön klingt, kann dennoch gefährlich sein.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, ich finde, das ist wirklich eine wichtige Lesehilfe für Programme der CDU:

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Was schön klingt, kann dennoch gefährlich sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sollten sich die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land wirklich merken: „Was schön klingt, kann dennoch gefährlich sein.“ Es wäre schön gewesen, wenn Sie von der CDU diese Lesehilfe vor den Wahlen gegeben hätten.

So ist das, was Sie tun, nur gefährlich – nicht gefährlich für die Bundesregierung, aber gefährlich für die Glaubwürdigkeit der CDU, Herr Koch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Analyse sind wir uns doch einig. Wir haben in Deutschland sowohl eine strukturelle als auch eine konjunkturelle Wachstumsschwäche. Wir haben in Deutschland einen Rückgang von Konsum und Investitionen. Wir alle haben seit der deutschen Einheit nicht konsequent genug gehandelt, um unser Sozial- und Steuersystem zukunftsfest zu machen.

(Zuruf von der CDU: Sie haben nicht gehandelt!)

Jetzt ist nicht die Zeit für gegenseitige Schuldzuweisungen. Jetzt ist die Zeit, entschlossen für unser Land zu handeln. Lassen Sie uns mit der Steuerreform und der Agenda 2010 die Probleme unseres Landes endlich angehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Legen Sie doch endlich etwas vor!)

Seit einigen Wochen beobachten wir erste Anzeichen dafür, dass die Konjunktur wieder anspringt. Die Börse als Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung verzeichnet Zuwächse. Die Wirtschaftsinstitute gehen für das Jahr 2004 von einem höheren Wachstum aus.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Die höchste Arbeitslosigkeit! – Weitere Zurufe von der CDU)

Im Konjunkturtest des Ifo-Instituts für Juni lesen wir unter der Überschrift „Geschäftsklima: Erholung setzt sich fort“:

Das Geschäftsklima verbessert sich in fast allen erfassten Bereichen, vor allem im Einzelhandel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Trend wollen wir verstärken. Diesen Trend verstärken wir mit dem Vorziehen der Steuerreform. Wir geben einen zusätzlichen Schub für Konsum, Investitionen und somit für mehr Wachstum in Deutschland.

Herr Ministerpräsident Koch, jetzt frage ich Sie: Ist es Ihr Machtkampf mit Angela Merkel wirklich wert, diese für unser Land positive Entwicklung zu gefährden? Ist es Ihr Traum von der Kanzlerkandidatur wirklich wert, das empfindliche Pflänzchen Konjunktur plattzutrampeeln? Oder ist es nicht so, dass auch für die CDU zuerst das Land und dann die Partei kommt?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wo leben wir eigentlich?)

Eine anspringende Konjunktur sichert Tausende von Arbeitsplätzen, gefährdet aber einen einzigen: den des Kanzlerkandidaten Roland Koch. Wir sind bereit, diesen Preis zu zahlen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie spielen mit hohem Einsatz. Damit meine ich noch nicht einmal Ihr russisches Roulette mit Frau Merkel. Das können Sie mit ihr beim Frühstück in Eschborn, oder wo auch immer, spielen. Vielmehr meine ich das Zeugnis, das Sie sich und Ihren Leuten mit Ihrer Wendung um 180 Grad ausstellen. Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen von der CDU gute Verrich-

tung, wenn sie all den Handwerkern, Mittelständlern und Freiberuflern erklären wollen, warum das, was die CDU immer wollte, mit einem Mal gefährlich ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wollen Sie uns eigentlich mit Ihren Kassandrarufern zur Finanzierung der Steuerreform sagen? Wollen Sie den Menschen ernsthaft sagen, dass sich die CDU über die Realisierbarkeit eines ihrer zentralen Wahlversprechen keine Gedanken gemacht hat? Wollen Sie den Menschen ernsthaft sagen, dass Ihr eigenes zentrales Wahlversprechen auch nicht im Ansatz finanzierbar war? Wollen Sie sagen, dass Sie, die gesamte Spitze der Union und jeder einzelne CDU-Abgeordnete in diesem Saal, die Menschen im Wahlkampf belogen, betrogen und getäuscht haben? Ist es das, was Sie den Menschen sagen wollen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie das sagen wollen, sollten Sie sich schleunigst vor Ihren eigenen Berliner Wahlbetrugsuntersuchungsausschuss vorladen lassen, und zwar als Hauptangeklagter, nicht aber als Richter, der Sie so gerne wären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geben Sie es doch zu: Ihnen geht es nicht um die Sache, sondern um Sonthofen. Sie wollen die alte Strategie von Franz Josef Strauß wieder aufleben lassen und das Land in den Stillstand treiben.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wer hat denn die Steuerreform blockiert? Das waren die Herren Schröder und Eichel! – Volker Hoff (CDU): Wo haben Sie denn in den letzten fünf Jahren gelebt? Auf den Bahamas?)

Ginge es Ihnen um die Sache, würden Sie jetzt nicht einen Popanz um die richtige Finanzierung der Steuerreform aufbauen, sondern sich an Ihre eigenen Worte vom 17. Mai 2000, bei der damaligen Landtagsdebatte über die Steuerreform, erinnern.

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident!)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren!

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Hören Sie zu. Ich zitiere aus der Rede des Ministerpräsidenten am 17.05.2000 im Landtag:

Wir müssen selbstverständlich über den Finanzspielraum verhandeln, der dabei

– gemeint war das Maß an Steuerentlastung –

besteht. Dieser Finanzspielraum setzt sich aus drei Elementen zusammen: erstens aus dem Element der Einsparungsvolumina, zweitens aus dem Element der Selbstfinanzierungskräfte einer Steuerreform und drittens aus unserer Kraft, die Zwischenphase einer Steuerreform zu finanzieren.

Ich stimme dem Ministerpräsidenten ausdrücklich zu. Sparen, Selbstfinanzierung und Zwischenfinanzierung –

das sind exakt die drei Elemente, mit denen die Bundesregierung das Vorziehen der Steuerreform finanzieren will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Ginge es Ihnen um die Sache, könnten wir uns schnell darauf verständigen, dass allein die Kürzung klassischer Subventionen und der Verkauf von Bundesvermögen zumindest im Entstehungsjahr zur Finanzierung einer Steuerreform nicht reichen. Ich habe das im letzten Plenum ausdrücklich gesagt. Aus diesem Grunde greifen auch die Vorschläge, die die FDP in diesem und im letzten Plenum zur Finanzierung der Steuerreform gemacht hat, zu kurz.

(Nicola Beer (FDP): Warten wir einmal auf die Vorschläge der Bundesregierung! Da ist noch nichts geschehen! – Volker Hoff (CDU): Was haben die denn vorgelegt? Null!)

Wenn es um die Finanzierung der Steuerreform geht, empfehle ich im Übrigen ein vertrauensvolles Gespräch des Ministerpräsidenten mit dem Finanzminister. In dem Vorschlag, den Staatsminister Weimar zur Neuordnung der Gemeindesteuern gemacht hat, finden sich hoch interessante Vorschläge zur Finanzierung von Steuerentlastungen. Ich empfehle der CDU wirklich, nachzulesen, was darin steht. Ab Seite 18 wird das, was der hessische Finanzminister zur Finanzierung von Steuersenkungen sagt, wirklich spannend.

Aber Ihnen geht es gar nicht um die Sache. Ihnen geht es um Sonthofen. Wie groß Ihre argumentative Not dabei ist, zeigt der „FAZ“-Artikel vom vergangenen Mittwoch. Ich habe schon daraus zitiert: „Was schön klingt, kann dennoch gefährlich sein.“ Dort schreiben Sie in einer gewagten Mischung aus Voodoo-Ökonomie und offen zur Schau getragener Blockadedenken um der Blockade willen:

Es hätte auch 1999 oder 2000 noch Sinn gemacht, aber dort wurde das komplette Volumen in eine mit abenteuerlichen Fehlern behaftete Neuregelung der Körperschaftsteuer gesteckt, die das Wirtschaftswachstum schlicht überhaupt nicht beeinflusst hat.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Das ist die Wahrheit! Das ist richtig!)

Es nicht nur so, dass das eigene Programm jetzt nicht mehr gilt. Vielmehr versucht man im Nachhinein auch noch, die Wirklichkeit umzudeuten. Die Steuerreform der Jahre 1999 und 2000 hat nicht nur die Körperschaftsteuersätze gesenkt, sondern auch die Einkommensteuersätze, was besonders für den Mittelstand wichtig ist. Die Steuerreform der Jahre 1999 und 2000 hat die Körperschaften belastet. Das hat die CDU damals kritisiert. Schauen Sie sich Ihre eigenen Erklärungen an. Die Reform der Körperschaftsteuer führte zu 5 Milliarden € Belastung. Aber man muss die Wirklichkeit umdefinieren, damit der Kampf, den Sie mit Frau Merkel austragen, auch klappt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Glauben Sie das eigentlich, was Sie sagen?)

Ein weiteres Beispiel für Voodoo-Ökonomie:

Es war damals schon ersichtlich, dass weder deutsche noch internationale Unternehmen bereit waren, unter den gegebenen Strukturen in Deutschland auf künftige Erfolge und Gewinne zu hoffen.

(Volker Hoff (CDU): Sagen Sie einmal, was die letzten fünf Jahre gebracht haben außer mehr Arbeitslosigkeit! Sie haben das Land in den Ruin geführt!)

Auch das hat nichts mit der Realität zu tun. Im Jahr 2000 hatten wir ausländische Direktinvestitionen, also das, was Ausländer in Deutschland investiert haben, in Höhe von 220 Milliarden €. Zum Vergleich: Im Jahr 1998 waren es 21,6 Milliarden €. Jetzt sagen Sie, im Jahr 2000 wollte niemand in Deutschland investieren. Das nenne ich Voodoo-Ökonomie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Was soll Ihr Vorschlag, dass die Menschen in Deutschland wieder länger arbeiten sollen, bringen? Was soll das angesichts der Massenarbeitslosigkeit eigentlich bringen?

(Volker Hoff (CDU): Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit! Kein Wachstum!)

Die Leute sollen jetzt wieder länger arbeiten: Das kann doch im Kalkül der Unternehmen nur den einen Sinn machen, nämlich durch die Mehrarbeit an der einen Stelle Arbeitsplätze an einer anderen Stelle abzubauen. Wie das zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit beitragen soll, ist mir wirklich ein Rätsel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letztes Zitat aus dem „FAZ“-Artikel von Herrn Koch:

(Zurufe der Abg. Volker Hoff und Rüdiger Hermanns (CDU))

Die Möglichkeit, im Jahr 2004 einen antizyklischen Haushalt zu gestalten, wie es eigentlich nötig wäre, ist auch ohne Steuersenkung schon unmöglich.

Herr Ministerpräsident Koch, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass es in der gesamten volkswirtschaftlichen Theorie völlig unbestritten ist, dass Steuersenkungen antizyklische Haushaltspolitik sind?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Rüdiger Hermanns (CDU))

Ich kann nur sagen: Gastbeiträge in großen deutschen Tageszeitungen, Voodoo-Ökonomie und Blockade um der Blockade willen – Herr Ministerpräsident Koch, Sie müssen wirklich aufpassen, dass Sie nicht zum Oskar Lafontaine der CDU werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Weil das alles noch nicht reicht, kommt am Ende des Artikels ein flammendes Plädoyer des Hessischen Ministerpräsidenten wegen Neuverschuldung.

(Zurufe der Abg. Dr. Thomas Spies (SPD) und Volker Hoff (CDU))

Das schlägt dem Fass nun endgültig den Boden aus. Ausgerechnet der Ministerpräsident, der die höchste Neuverschuldung in der Geschichte Hessens zu verantworten hat, der in seiner bisherigen Regierungszeit bislang 4,4 Milliarden € neue Schulden aufgehäuft hat

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

und dessen Finanzminister noch nicht einmal eine Ahnung hat, wie hoch die Neuverschuldung in diesem Jahr sein wird,

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

ausgerechnet dieser Ministerpräsident spielt sich zum Retter kommender Generationen auf. Unglaublicher geht es nun wirklich nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben im Landtagswahlkampf gern den Herrn Bundespräsidenten zitiert:

(Zuruf des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

Man muss sagen, was man tut, und tun, was man sagt.

Herr Ministerpräsident, wenn das nicht wieder Ihre zynische Instrumentalisierung von Zitaten ist, wenn Sie glauben, was Sie gesagt haben, wenn Sie Leute nur zitieren, mit denen Sie inhaltlich übereinstimmen, dann kann ich nur sagen: Herr Ministerpräsident, stellen Sie Ihren Machtkampf mit Frau Merkel zurück;

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

tun Sie wieder, was Sie vor der Wahl gesagt haben, und stimmen Sie der Steuerreform der Bundesregierung zu. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Volker Hoff (CDU): Dass man für so viel Quatsch so viel Beifall kriegen kann, spricht nicht für SPD und GRÜNE! Operative Hektik ersetzt Geist!)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat jetzt Herr Abg. Hahn, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident, ich bedanke mich, dass Sie mich bereits an so bevorzugter Stelle aufrufen. Ich habe damit gar nicht gerechnet.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

Präsident Norbert Kartmann:

Die Debatte ist nach Ihnen beendet. Bisher liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Liberale im Hessischen Landtag, wir Liberale in Deutschland insgesamt sind froh darüber, dass die politischen Mitbewerber endlich einmal erkannt haben, dass das Wort Steuerentlastung und das Wort Steuerreform in den Mund zu nehmen sind.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Sie wissen, wir Liberale haben seit Jahren gepredigt, dass wir die grottenschlechte Finanz- und Wirtschaftspolitik,

die die Regierung in Berlin zu verantworten hat, dadurch ersetzten müssen, dass Steuerentlastungen und Steuerreformen durchgeführt werden.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Volker Hoff (CDU))

Deswegen – das sage ich Ihnen ganz deutlich – ist bei uns die Freude über die Einsicht bei den anderen drei Parteien genauso groß wie das Gefühl der Bestätigung unserer Position, die wir in den vergangenen Jahren vorgelegt haben.

(Beifall bei der FDP)

Wir freuen uns darüber – das meine ich im wahrsten Sinne des Wortes, nicht zynisch –, dass endlich auch die Vertreter der Sozialdemokraten, die Vertreter der GRÜNEN und auch die Vertreter der Union sehen: Es geht nicht mehr so weiter, immer an der Stellschraube Steuern zu drehen, und zwar nach oben. Sie haben erkannt: Es muss endlich Schluss sein; diese Handschellen müssen endlich vom Wirtschaftswachstum abgenommen werden. Wir brauchen ein übersichtliches und ein offenes Steuersystem, insbesondere mit geringen Belastungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, zerreden wir es nicht zu Beginn der Etappe, sondern gehen wir es gemeinsam an, dies für unser Land auch tatsächlich umzusetzen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir freuen uns über die Einsicht bei Ihnen, weil viele – Sie haben das Wort von der Voodoo-Ökonomie eben ein paar Mal benutzt, Herr Kollege Wagner – noch vor wenigen Wochen ganz anders geredet haben als heute, insbesondere die finanzpolitische Sprecherin der GRÜNEN im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war nämlich gerade Frau Scheel – von der haben Sie das Wort geklaut –, die das Wort „Voodoo-Ökonomie“ benutzt hat, und zwar immer im Zusammenhang mit den Vorschlägen der FDP im Deutschen Bundestag, die Steuerreform vorzuziehen.

(Beifall bei der FDP)

Sie wollen doch hier einmal die Wahrheit sagen. Tun Sie doch nicht so, Herr Voodoo-Ökonom, als wenn Sie wüssten, wie die Wirtschaft funktioniert. Nein, es waren doch Ihre Finanzpolitiker, die vor vier Wochen erklärt haben, unser Vorschlag sei Mist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr Vorschlag ist immer noch Mist!)

Herr Kollege Wagner, ich freue mich, dass Sie sich jetzt eines Besseren haben belehren lassen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich freue mich darüber, dass die Kollegen von den Sozialdemokraten sich eines Besseren haben belehren lassen. Aber tun Sie doch bitte nicht so, als ob das Ihre Erfindung sei.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hahn, Sie täuschen sich; Ihr Vorschlag ist immer noch Mist!)

– Herr Kaufmann, ich glaube, Sie sollten in diesem Plenum einfach einmal schweigen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Was Sie am Dienstag hier gemacht haben, war eine solche Ungezogenheit. Sie sollten in diesem Plenum einfach einmal in aller Ruhe sitzen und nichts sagen. Herr Kollege Kaufmann, das meine ich relativ ernst.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Gefallen tue ich Ihnen aber nicht!)

Denn so geht man mit Kollegen nicht um, wie Sie es hier gemacht haben. Aber ich will mich nicht von dem Thema ablenken lassen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich selbst abgelenkt!)

Wir haben schon seit Jahren gesagt: Hört doch bitte auf damit, immer neue Steuerbelastungen zu erfinden. Hört doch bitte auf damit, an der Steuerschraube nach oben zu drehen. Lasst diesen Unsinn, z. B. mit der Ökosteuern, die abgesehen davon noch nicht einmal eine Öko-, sondern nur eine Steuer gewesen ist. Seid endlich vernünftig und kommt dazu, ein Steuersystem von 15, 25 und 35 % zu machen, weg mit dem ganzen Abschreibungskram, vereinfacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hätten nicht die grottenschlechten Ergebnisse in der Wirtschaftspolitik, wir hätten nicht die höchste Arbeitslosigkeit seit einem Jahrzehnt in unserem Lande, hätten die Roten und die GRÜNEN in Berlin unseren Vorschlag tatsächlich beachtet.

(Beifall bei der FDP)

Die letzte vernünftige Steuerreform waren die Petersberger Beschlüsse. Das waren die Beschlüsse der damaligen Bundesregierung von Union und FDP,

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

in denen in einem sehr mutigen Schritt das Steuersystem in Deutschland umgestellt werden sollte. Wir müssen es an dieser Stelle einmal deutlich wiederholen. Es waren die damaligen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (Saarland), Gerhard Schröder (Niedersachsen) und Hans Eichel (Hessen), die in einer Art und Weise mit einer Blockadepolitik im Bundesrat diese vernünftige Steuerreform haben scheitern lassen. Sie sind für die heutige wirtschaftliche Situation in unserem Lande verantwortlich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben im Bundesrat blockiert: Herr Eichel, Herr Lafontaine und Herr Schröder. Ihre Krokodilstränen von heute nehme ich Ihnen nicht ab. Sie waren die Erfinder der Blockade. Die FDP wird im Bundesrat keine Blockade machen. Also hören Sie damit auf, hier diese Bilder zu zeichnen, die Sie immer wieder meinen, in der Öffentlichkeit zeichnen zu müssen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich ein Zweites zu dem Thema vernünftige Politik sagen. Roland von Hunnius und Jörg-Uwe Hahn sind im letzten Jahr von Ihnen hier beschimpft worden, und zwar heftigst beschimpft worden, als wir im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe und dem

Wunsch der Bundesregierung, die Steuersenkung nach hinten zu schieben, erklärt haben: Lasst es sein, es ist Unsinn. – Roland von Hunnius und ich haben hier gesagt: Nach der Katastrophe des Hochwassers darf es keine Katastrophe am Arbeitsmarkt, in der Wirtschaftspolitik geben. – Sie haben nicht auf uns gehört.

(Beifall bei der FDP)

Sie, die Sozialdemokraten und die GRÜNEN, haben die Steuerreform nach hinten geschoben. Es geht um genau dasselbe Thema, über das wir uns jetzt unterhalten. Erst im August des Jahres 2002 ist von Ihnen die dritte Stufe der Steuerreform von 2004 auf 2005 verschoben worden.

Da haben wir Ihnen gesagt – wir Liberale im Hessischen Landtag, die Liberalen in Deutschland –: Hört mit diesem Unsinn auf. – Herr Kollege Wagner, das ist Voodoo-Ökonomie. Da können Sie das Wort „verpassen“ einsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Aber nein, es waren die ach, so besserwisserischen Rot-Grünen in Berlin, die gemeint haben, sie müssten die Steuerreform verschieben. Die Liberalen mussten Sie mit den Worten beschimpfen: Ihr habt ja keine Ahnung von Finanzpolitik.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das zeigen Sie gerade!)

– Herr Kaufmann, wir hatten ausgemacht, Sie schweigen in diesem Plenum.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine Art von Genugtuung für uns, wenn wir mitbekommen, dass Sie immerhin in diesem Punkte jetzt dahintergekommen sind, dass Sie Mist gemacht haben – schlicht und ergreifend im vergangenen Jahr Mist gemacht haben.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, deshalb sage ich zum ersten Teil: Wir Liberale sind froh darüber, dass die Einsicht bei allen gekommen ist. Wir sind froh darüber, dass Sie endlich mitmachen wollen, Steuern zu senken. Wir fühlen uns in unserer fachlichen Auffassung bestätigt, die wir in diesem Hause schon mehrfach vorgetragen haben.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt kommt die Abteilung „Aber“. Jetzt kommt die Abteilung „Wehrmutströpfchen“. Jetzt kommt die Abteilung „Was ist eigentlich in den letzten Wochen hier geschehen?“

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, da gab es eine Inszenierung in Neuhardenberg. Es sah mediengerecht aus. Einige Berater werden sich sicherlich etwas davon für künftige Auftritte abgucken, Herr Kollege Hoff und Mandanten. Man saß auf einer Wiese im Park unter Bäumen. Es war schön. Das Wetter war schön. Man verkündete: Die Steuerreform wird vorgezogen. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, gegen diesen Auftritt war der von Bush auf dem Flugzeugträger Dreck.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Herr Hahn!)

Die Inszenierung, die das Bundeskabinett in Neuhardenberg gemacht hat, war ja noch viel besser. Die Journalisten haben – weil sie von dieser Atmosphäre so begeistert wa-

ren – ganz vergessen zu fragen: Wie soll das eigentlich gemacht werden, Herr Bundeskanzler? Wie ist denn eigentlich die Gegenfinanzierung? Wie wollen Sie das eigentlich leisten, Herr Bundeskanzler?

Das hat keiner gefragt. Der Bundeskanzler konnte ein bisschen mit schönen Worten über das Wetter und den guten Wein in Neuhardenberg über diese Probleme hinweggleiten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wächst da auch noch Wein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass dem Schröder dann noch geglückt ist, das System von Regierungshandeln und Oppositionshandeln auf den Kopf zu drehen, das ist schon eine Glanzleistung. Dass die Union noch auf diese Glanzleistung reingefallen ist, das ist keine Glanzleistung der Union gewesen. Das ist vollkommen klar.

(Beifall bei der FDP)

Es war eben Wagners Auftritt gewesen, nicht zum Thema Steuerreform zu reden. Dazu hat er kein Wort gesagt – vodoomäßig vielleicht ein bisschen, inhaltlich null –, sondern Sie haben sich hier 15 Minuten mit dem Durcheinander beschäftigt, das es in der großen Volkspartei Union zu dem Thema gegeben hat, von Merkel bis Merz, von Rüttgers bis Koch. Seit Montag ist da hoffentlich Ruhe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist keine geschickte Oppositionsarbeit, wenn man sich den schwarzen Peter der Deckung vom Bundeskanzler aufdrücken lässt. Das hat sich die Union aufdrücken lassen. Sie können jetzt genüsslich darüber herziehen, nur helfen Sie unserem Land nicht weiter. Herr Kollege Wagner, Sie machen billige Parteipolitik.

(Beifall bei der FDP)

Aber wir kommen keinen Schritt näher zu dem, was wir tatsächlich machen müssen, nämlich die Steuerentlastung, die dritte Stufe, vorzuziehen. Wo sind denn Ihre Vorschläge? Jetzt sagen Sie tatsächlich hier allen Ernstes, die Vorschläge, die die FDP bereits in den letzten Debatten im Hessischen Landtag eingebracht hat, seien Mist. Herr Kollege Wagner, erstens haben Sie wieder Unrecht, und zweitens: Wo sind denn Ihre Vorschläge, damit überhaupt die Steuersenkung vorgezogen werden kann?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Hören Sie doch mit diesem oberlehrerhaften Beschreiben anderer auf.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Oberlehrer“ müssen Sie gerade sagen!)

Es ist die verdammte Pflicht der Bundesregierung, es ist die verdammte Pflicht von Sozialdemokraten und von GRÜNEN, zu klären, wie sie das Vorziehen der Steuerreform finanzieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist nicht der Job der FDP. Das ist nicht der Job der Union. Wie gesagt: Die Union war so blöd gewesen, eine Woche zu meinen, sie müsste diesen Job übernehmen. Da waren wir bundesweit etwas geschickter aufgestellt und haben uns daran nicht beteiligt.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur, wir lenken nicht davon ab. Es ist Ihr Job, Herr Kollege Walter, weil Sie ganz dezidierte und nach meiner

Meinung auch richtige Vorschläge für den hessischen Haushalt vorgetragen haben. Ich erwarte von Ihnen, wenn sie jetzt hier vorkommen, zu sagen, wo genau der Subventionsabbau gemacht wird. Herr Kollege Walter, ich erwarte von Ihnen, zu sagen, wo genau die Privatisierung stattfinden soll. Ich erwarte von Ihnen, zu sagen, was die Unterschiede sind.

(Lachen des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Ich schätze, dass Sie noch einmal als Fraktionsvorsitzender in die Debatte gehen. Der Kollege Schmitt kann schon einmal die Vorleistung bringen, wo denn der Bürokratieabbau gemacht wird. Ich erwarte eine Antwort auf die Frage – die ist doch von Roland Koch vollkommen zu Recht gestellt worden –: Sind alle diese Vorschläge von Ihnen nicht schon im eichelschen 2004er-Haushalt verfrühstückt? Wo ist denn die Gegenfinanzierung für das Vorhaben der Steuerreform? – Es ist Ihr Job als Sozialdemokraten, das zu tun. Das ist nicht der Job der Liberalen. Das ist auch nicht der Job der Union.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben Vorschläge unterbreitet – Guido Westerwelle am vergangenen Mittwoch im Deutschen Bundestag: Es gibt allein 426 Bundesbeteiligungen; Subventionen linear um 20 % reduzieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das gibt von der Summe für den 2004er-Haushalt schon mehr als die Gegenfinanzierung. Ich halte übrigens das Wort „Gegenfinanzierung“ für bekloppt; man kann eine Steuerreform nicht gegenfinanzieren. Aber die Menschen haben beschlossen, dass das so heißt. Also, wegen mir soll es weiter so genannt werden.

Sie können allein aus diesem Bereich Privatisierung und aus dem Bereich linearer Abbau der Subventionierung um 20 % mehr herausholen als die 15 bis 17 Milliarden €, über die wir uns hier unterhalten.

Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren – da nenne ich ganz bewusst die beiden Vertreter der beiden Volksparteien –, dann ist Schluss mit solchen Sachen, zu Holzmann zu gehen und einen Scheck zu überreichen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dann ist Schluss, im wirtschaftlichen Bereich zu meinen, der Staat könne irgendwie noch mithelfen, mitgängeln, wie auch immer, und mit Subventionen erhalten. Wir müssen – das ist die Auffassung der Liberalen im Bund und hier im Hessischen Landtag – vorbehaltlos an jede Subvention und an jede Beteiligung herangehen.

(Norbert Schmitt (SPD): So, wie Sie das in Ihrer Regierungszeit gemacht haben!)

Das gilt sowohl für das Land Hessen, weil wir auch keinen gesunden Haushalt mehr haben, als auch für den Bund. Nur, hier ist es der Job tatsächlich nicht, dass die Oppositionsfaktionen im Deutschen Bundestag oder im Hessischen Landtag Vorschläge unterbreiten. Das ist die Arbeitsteilung unserer Demokratie. Das müssen die Regierungen machen, denn sie haben den Überblick.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich will jetzt nicht in die Auseinandersetzung gehen, dass es auch Regierungen gibt, die keinen Überblick haben. Jedenfalls scheint es mir unstrittig zu sein, dass Oppositio-

nen weniger Überblick über eine Ordnung haben können, weil sie nicht über den Mitarbeiterstab verfügen wie die Regierung.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

– Lieber Volker Hoff, wir können uns gleich noch beim Wein weiter darüber unterhalten, aber nicht vor 12 Uhr.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere für die Liberalen in diesem Lande von dieser Stelle dazu auf, dass in den nächsten zehn Tagen – die Frist läuft, Guido Westerwelle hat sie am letzten Donnerstag im Deutschen Bundestag gestellt – die Bundesregierung endlich das vorlegt, was sie vorlegen muss, nämlich eine Aussage darüber, welche Subventionen reduziert werden, welche Betriebe privatisiert werden und wie die Bürokratie in unserem Lande abgebaut wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist notwendig, dass wir endlich die richtigen Schritte ergreifen. Aber die müssen die ergreifen, die regieren. Das ist leider in Berlin noch drei Jahre Rot-Grün. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Herr Kollege Walter. Bitte schön.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt kommt er ja doch!)

Jürgen Walter (SPD):

Wenn du mich rufst, muss ich kommen.

(Volker Hoff (CDU): Mein Gott, Walter!)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein bisschen ein seltsames Schauspiel, was wir heute Morgen erleben. Wir haben eine rot-grüne Bundesregierung, die beschlossen hat, die Steuerreform vorzuziehen.

(Nicola Beer (FDP): Die zurückgeschobene Steuerreform!)

Die FDP reagiert: Das ist richtig; das hätte man früher machen können, aber es ist richtig. – Hier im Hessischen Landtag beschimpft der Fraktionsvorsitzende der FDP die Rot-Grünen und nicht die CDU, die bislang weder in Hessen noch im Bund zu einer eindeutigen Position zu diesem Thema, das wir alle als zentrales ansehen, gefunden hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hahn, es gibt gelegentlich schlechte Tage. Da wacht man auf und hat vergessen, dass man als FDP nicht mehr mit in der Regierung sitzt, dass man nicht mehr den Job hat, diesen Mann und diese Regierung hier zu verteidigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht sollten Sie sich ein großes Schild ans Zimmer machen, worauf steht: Ich bin nicht mehr in der Regierung, auch wir in der FDP sind heute in der Opposition.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen uns nicht lustig machen, denn tatsächlich – das müsste unstrittig sein, mit Ausnahme des einen oder anderen Kollegen – hat die rotgrüne Bundesregierung beschlossen, dass wir die letzte Stufe der Steuerreform vorziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das bringt den Menschen in unserem Lande 15 Milliarden € mehr in die Taschen, und das auf einen Schlag. Und das ist gut für unser Land. Deshalb fordern wir Sozialdemokraten hier im Hessischen Landtag die Hessische Landesregierung und insbesondere den Hessischen Ministerpräsidenten auf, die Umsetzung dieses Beschlusses nicht aus parteitaktischen Gründen im Bundesrat zu blockieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sagte, es dürfte doch unstrittig sein, dass dies ein wichtiges Thema ist. Darüber hinaus dürfte es auch unstrittig sein, dass die Umsetzung dieses wichtigen Vorhabens ohne die Mithilfe oder die Zustimmung – wie immer man es auch nennen mag – der Union nicht möglich sein wird. Denn hierbei muss der Bundesrat zustimmen. Die Union hat bekanntermaßen die Mehrheit im Bundesrat.

(Volker Hoff (CDU): Dann legen Sie doch einmal etwas vor!)

Wenn wir uns darüber einig sind, dass dies ein wichtiges Thema ist und dass die Union mitarbeiten muss, wenn die Chance der Umsetzung bestehen soll, dann kommt man doch auch sehr schnell zu dem Ergebnis, dass die Union in Deutschland bei dieser von allen als wichtig angesehenen Frage in der Verantwortung steht.

(Volker Hoff (CDU): Dann legen Sie doch einmal etwas vor!)

Dazu muss ich dann sagen: Angesichts des babylonischen Stimmengewirrs in Ihrer Partei, der Union, und angesichts der absoluten Führungs- und Orientierungslosigkeit, die wir in den letzten Tagen und Wochen erlebt haben, muss man feststellen, dass die Union ihrer staatspolitischen Verantwortung in Deutschland nicht gerecht wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mir die Chronologie des Trauerspiels mit dem Hin und Her – –

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Kollege Boddenberg, ich hätte auch die entsprechenden Artikel mitnehmen können. Das alles machen wir gar nicht.

(Volker Hoff (CDU): Legen Sie doch einmal etwas vor! Sie salbadern doch nur!)

Das Thema ist viel zu wichtig. In einem werden Sie mir doch Recht geben: Angesichts der Politik, die Ihre Partei in den letzten 14 Tagen betrieben hat, muss man sagen, dass eine Acht eine gerade Linie ist. Es ist überhaupt nicht mehr nachvollziehbar, was sich die Union in Deutschland bei einem so wichtigen Thema in den letzten 14 Tagen geleistet hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach diesem ganzen Tohuwabohu der letzten Tage und Wochen legt die Union nun in Hessen einen Dringlichen Antrag vor, der zum Inhalt hat – wenn man ihn genau

liest, erkennt man dies –, dass die Union in Hessen nach wie vor der Auffassung ist, dass man gegen das Vorziehen der Steuerreform stimmen soll. Ich werde das gleich begründen.

Herr Hahn, Sie haben uns aufgefordert, auf die Anträge konkret einzugehen. Ich will das tun und zu dem Dringlichen Antrag sprechen, den die Union für die heutige Debatte vorgelegt hat. Der Dringliche Antrag, den die Union für die heutige Debatte im Parlament vorgelegt hat, besagt, dass jegliche weitere Verschuldung ausgeschlossen werden soll. Dies steht im Gegensatz zu den Aussagen Ihres Kollegen Stoiber. Es steht auch im Gegensatz zu den Aussagen Ihres Kollegen Teufel, der sagt, die Reform könne man bis zu 30 % mit Neuverschuldung finanzieren. Wahrscheinlich muss man es so auch machen. Stattdessen fordern Sie – ich zitiere – einen „linearen Subventionsabbau“. Dass dies die Rasenmähermethode ist, steht dort nicht. Aber natürlich ist sie das. Auf der anderen Seite erklären Sie Sektoren, auf denen tatsächlich größere Mengen Geldes eingespart werden könnten, zu geschützten Bereichen. Dies betrifft z. B. die Eigenheimzulage. Auf der einen Seite wird gesagt, es dürften überhaupt keine zusätzlichen Schulden gemacht werden. Auf der anderen Seite gibt es dann diesen abstrakten Wunsch-dir-etwas-Satz, der besagt: Wir brauchen den linearen Abbau von Subventionen. – Im nächsten Satz des Dringlichen Antrags steht dann, dass dieser lineare Subventionsabbau aber nicht die geschützten Bereiche betreffen darf, die ich gerade angesprochen habe.

Herr Ministerpräsident, dann könnten Sie auch sagen: Ich bin nach wie vor gegen das Vorziehen der Steuerreform. – Das ist die Wahrheit, die hinter dem Dringlichen Antrag Ihrer Fraktion steckt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wahrscheinlich geben Sie mir in Ihrem Innersten Recht – ich meine, das ist innerparteilich auch ganz schwierig, wenn man solch eine Parteivorsitzende hat –: Das ist keine wirklich redliche Politik. Die Aussagen, die Sie in den letzten Wochen zuvor gemacht haben, waren redlicher. Da sagten Sie noch deutlich, dass Sie das nicht wollen.

Man muss aber auch feststellen, dass die Unredlichkeit in diesem Dringlichen Antrag Prinzip ist. Wie es auch oft in der Vergangenheit geschah, fordern Sie auch in diesem Dringlichen Antrag wieder die Deregulierung des Arbeitsmarktes, bevor die Steuerreform vorgezogen werden könnte. Damit bauen Sie eine weitere Hürde auf. Sie wollen also die Deregulierung des Arbeitsmarktes. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Deregulierung des Arbeitsmarktes wollen Sie wichtige Bereiche ausgespart wissen. Wenn ich das richtig sehe, verteidigt die Union in gemeinsamer Arbeit mit der FDP die staatliche Regulierung des Handwerks durch Stände. Das, was Sie wollen, soll eine Deregulierung des Arbeitsmarktes sein? Da, wo es wirklich konkret wird, hören wir von der Union: Nein, bei diesen Veränderungen machen wir nicht mit, wir wollen, dass das so bleibt, wie es ist. – Die Union, und hier insbesondere die der hessischen Provenienz, spielt sich bei allen zentralen Fragen zum größten Verwalter von Vergangenen in dieser Republik auf.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man kann doch ganz eindeutig feststellen – das ist auch mein Eindruck –, dass die Opposition des Hessischen

Landtags will, dass die Menschen ab dem nächsten Jahr mehr Geld ihres Lohnes in ihren Taschen behalten. Dagegen wollen die Landtagsmehrheit und die Landesregierung dies nicht. Sie setzen alles daran, dass das Vorziehen der Steuerreform scheitert. Ich gebe Ihnen sogar zu, dass das nicht einfach wird. Das ist auch kein einfaches Thema. Das Land Hessen wird das Vorziehen der Steuerreform einen Betrag in Höhe – –

(Zuruf)

– Jetzt werde ich gerade einmal konkret. Da hören Sie mir nicht zu. Ich sagte es bereits: Hinsichtlich des Konkreten seid ihr nicht so stark.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Walter, ich habe Sie das gefragt! Ich höre zu!)

Das Vorziehen der Steuerreform wird 500 bis 600 Millionen € kosten.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): 700 bis 900 Millionen € wird es kosten!)

Das wird auch die Kommunen Geld kosten. Das ist nicht nur etwas, was sich auf unserer Ebene, der Landesebene, abspielen wird. Deshalb ist die Gemeindefinanzreform mit einer zentralen Voraussetzung dafür. Das ist mit der Grund, weshalb wir Sozialdemokraten die Forderung nach der Durchführung der Gemeindefinanzreform in unseren Antrag aufgenommen haben. Das Umsetzen der Gemeindefinanzreform zum 1. Januar 2004 und die Entlastung der Gemeinden bei der Sozialhilfe sind zentrale Voraussetzungen für das Vorziehen der Steuerreform.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Gemeindefinanzreform ist für die Kommunen viel wichtiger. Denn das Vorziehen der Steuerreform um ein Jahr bedeutet für die Kommunen, dass sie ein Jahr lang weniger Geld haben. Aber eine grundlegende Änderung des Systems der Finanzierung der Gemeinden bedeutet, dass die Kommunen bei den Finanzen für viele Jahre ordentliche Planungssicherheit haben. Das ist für die Gemeinden viel wichtiger.

Bei der letzten Debatte hier im Landtag lagen zumindest die Positionen der beiden großen Parteien nicht weit auseinander. Auch der hessische Finanzminister sagte: Wir brauchen das Aufkommen der Freiberufler aus der Gewerbesteuer für die Gemeinden. – Dazu sagte ich: sehr gut. Nur muss man dazu dann auch Folgendes sagen. Am letzten Freitag haben die beiden Fraktionen, die die rot-grüne Bundesregierung tragen, einen exakt so lautenden Antrag im Deutschen Bundestag eingebracht. Die Union und die FDP haben diesen Antrag abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist unglaublich. Der hessische Finanzminister ist hier für bestimmte Positionen eingetreten. Die Vertreter der Union auf Bundesebene und auch die Bundestagsabgeordneten aus Hessen laufen hingegen durch das Land und versprechen den Gewerbetreibenden und Freiberuflern: Mit uns wird es eine solche Gemeindefinanzreform nicht geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die totale Resignation des Finanzministers hat viele Ursachen. Das kann man auch daran sehen. Das stellt alles andere als glaubwürdiges Handeln in der Politik dar.

Ich komme zum Zweiten. Ich will konkret bleiben. Sie haben auch etwas über die Eigenheimzulage gesagt. Ich halte es für absolut richtig, dass die Eigenheimzulage gestrichen wird, wie es Hans Eichel vorgesehen hat. Zum Ausgleich dafür soll ein Programm zur Sanierung der Innenstädte aufgelegt werden. Ich halte die Eigenheimzulage für die klassische Fehlsubvention in diesem Land. Ich brauche in dieser Frage das Ergebnis der Enquetekommission zum demographischen Wandel nicht abzuwarten. Wir werden auch in Hessen, insbesondere in Nord-, zum Teil aber auch in Mittelhessen, relativ schnell die Situation haben, dass wir nicht den Bau neuer Wohnungen brauchen. Vielmehr brauchen wir Investitionen in den Bestand. Es werden dort weniger Leute leben. Es werden dort viel mehr ältere Leute leben. Wir müssen altengerechte Wohnungen bauen. Wir brauchen zielgenauere Investitionen. Die Eigenheimzulage hingegen führt zu Mitnahmeeffekten. Darüber hinaus verursacht die Eigenheimzulage einen immensen Verwaltungsaufwand.

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Ich halte es für ein Unding, dass sich der Staat verschulden soll, damit Private Wohneigentum schaffen. Momentan muss sich der Staat für das Gewähren der Eigenheimzulage verschulden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, selbst wenn wir einen ausgeglichenen Haushalt hätten, wäre die Eigenheimzulage nichts anderes als das Umverteilen von Geldern vom Mittelstand zum Mittelstand. Denn nur der Mittelstand finanziert mit seinen Steuern und Abgaben die Eigenheimzulage, die dann die Menschen des Mittelstandes in Anspruch nehmen. Das ist auch eine Frage von Freiheit und Selbstverantwortung. Wir sind der Auffassung, es ist besser, die Steuern allgemein zu senken. Damit hätten alle mehr Geld in den Taschen. Dann können die Menschen selbst entscheiden,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

ob sie ihr Geld ausgeben, für die Rente zurücklegen oder ob sie für sich privates Wohneigentum bilden.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wie wollen Sie das denn machen? Haben Sie einen Vorschlag dafür? – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Bravo! Sag das einmal Herrn Schröder! – Weitere Zurufe)

Ich komme jetzt zur Haushaltssituation des Landes. Jetzt wird es noch schlimmer für euch.

(Lachen der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich gebe dem Hessischen Ministerpräsidenten Recht, wenn er sagt, die Haushaltssituation unseres Landes sei katastrophal. Das ist richtig. Das hat aber nichts mit dem Vorziehen der Steuerreform zu tun. Vielmehr hat dies etwas mit der Politik dieser Landesregierung der letzten Jahre zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Finanzpolitik dieser Landesregierung und der vorhergehenden hat unser Land Hessen zu einem Sanierungsfall in der Haushaltspolitik gemacht. Der Herr Finanzminister sagt immer wieder weinend und resignierend, es seien die aus Berlin, die die Einnahmesituation verschlechtert hätten. Herr Finanzminister, dazu muss ich sagen: Das ist falsch. Denn wir haben in Hessen auch ein Problem bei den Ausgaben. Das Problem hinsichtlich der Ausgaben wird sehr deutlich. Wir haben vom Bundesfinanzministerium eine Aufstellung über die Ausgabensteigerung der Länder des Jahres 2003 im Vergleich zum Jahr

2002 erhalten. Da zeigen sich bei den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt deutliche Ausgabensteigerungen. Beim Land Sachsen werden es 11,8 % sein. Beim Land Sachsen-Anhalt werden es 1,6 % sein. Ansonsten weisen alle Länder – mit Ausnahme – ein Minuswachstum auf. Das heißt, dort wird bei den Ausgaben gespart. Nur bei dem Land Hessen kann man, wenn man das um die Abgabe für die Flut und den Länderfinanzausgleich bereinigt, eine Ausgabensteigerung um 1,9 % im Vergleich vom Jahr 2003 zum Jahr 2002 feststellen.

Warum gibt es in Sachsen und Sachsen-Anhalt diese Ausgabensteigerungen? Dies betrifft ja insbesondere das Land Sachsen. Die hatten die Flutkatastrophe. Momentan müssen sie die Folgen der Flutkatastrophe reparieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen im Osten hatten die Flutkatastrophe, wir haben Roland Koch und Karlheinz Weimar. Deshalb haben wir so eine schlimme Finanzsituation in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens und abschließend. Herr Ministerpräsident, jetzt komme ich sehr nahe an Sie heran, denn man muss auch einmal veritable Ministerpräsidenten zitieren.

(Ministerpräsident Roland Koch: Vorsicht! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Oh, oh!)

Das Vorziehen der Steuerreform – da gebe ich dem Kollegen Hahn Recht – wird auch die Wachstumskräfte in unserem Land ankurbeln. Mit dieser Aussage stehe ich nicht alleine. Diese Aussage wird im Wesentlichen von den Oppositionsfraktionen im Hause und den sie tragenden Parteien unterstützt. Aber auch alle wichtigen Wirtschaftsinstitute sagen, wenn die Bürgerinnen und Bürger mehr Geld in der Tasche haben, kann dies auch zu Wirtschaftswachstum führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies war auch einmal die Erkenntnis des Hessischen Ministerpräsidenten. Mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich Roland Koch wörtlich aus dem Plenarprotokoll vom 14. November 2001:

Ich habe immer das Gleiche gesagt: Steuerreform vorziehen, auch wenn es weitere Einnahmeausfälle bringt.

(Gerhard Bökel (SPD): Hört, hört!)

In der Summe von zwei oder drei Jahren kostet den Staat die Wachstumsverhinderung mehr.

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie jetzt: Warum setzen Sie sich so vehement für Wachstumsverhinderung in unserem Land ein?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gerhard Bökel (SPD): Weil die Merkel etwas anderes will! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Er hat die Rolle der SPD übernommen, ihr habt nur getauscht!)

– Herr Hahn, auch das ist wieder unterschiedlich. Bei euch bestimmt der Standort immer den Standpunkt, wir versuchen unsere Standpunkte möglichst gleich zu behalten.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich möchte noch ein zweites Zitat aus dieser Rede bringen. Der Ministerpräsident sagte:

Das Vorziehen (der Steuerreform) würde nicht nur zu einer Stabilisierung der Nachfrage beitragen,

sondern würde auch die Angebotsbedingungen weiter verbessern.

Herr Ministerpräsident, ich glaube, es ist an der Zeit, dass Sie – nicht jetzt, sondern am besten nach meiner Rede – ans Mikrofon gehen

(Heiterkeit)

und uns beantworten, warum Sie das, was Sie vor zwei Jahren für richtig hielten, was Sie über lange Jahre und in vielen Reden erklärt haben, nun anders sehen.

(Gerhard Bökel (SPD): In unserem Wahlkampf!)

Das Haus hat eine Antwort verdient, warum sich diese Position so grundlegend geändert hat.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Sie haben es vor einem Vierteljahr noch abgelehnt! Woher kommt der Sinneswandel der SPD?)

Herr Ministerpräsident, ich lade Sie ein: Kommen Sie hierher, und geben Sie uns Auskunft, was die Gründe Ihrer Meinungsänderung sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erlauben Sie mir, dass ich eine kleine Mutmaßung anstelle, was die Motivation, der Schub für die Meinungsänderung war. Bei der Klarheit der Worte des Hessischen Ministerpräsidenten wäre es wohl müßig, die Antwort im Bereich der Ökonomie oder der Vernunft zu suchen. Ich persönlich vermute und stehe damit nicht alleine, dass die Frage der innerparteilichen Taktik eher eine Rolle gespielt hat.

(Rudi Haselbach (CDU): Wunschenken!)

Die Union in Deutschland ist seit Wochen und Monaten völlig von der Rolle. Sie flattert führungs- und orientierungslos zwischen Opposition und Obstruktion.

(Lebhafte Zurufe des Abg. Volker Hoff (CDU))

Sie wissen nicht, ob Sie die rote Bundesregierung links oder rechts überholen wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Jürgen Walter (SPD):

Es wird Zeit, dass auch Sie Ihrer Verantwortung ein Stück weit gerecht werden. Stillstand können wir uns in Deutschland nicht leisten. Wir brauchen Mut zur Veränderung und Mut zu Optimismus.

Herr Ministerpräsident, ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass Sie ein eigenes Interesse daran haben, Frau Merkel insbesondere im Vorfeld des Bundesparteitags der CDU zu schwächen. Aber Ihr Job ist es nicht, Frau Merkel zu schwächen. Die ist schwach genug. Ihr Job ist es, unser Land zu stärken. Nehmen Sie endlich Ihre Verantwortung wahr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde der Aufforderung des Oppositionsführers nachkommen, dieses Land auch in Zukunft zu stärken. Das kann ich Ihnen zunächst sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber das wird auch in Zukunft nicht möglich sein, wenn man sich nicht darüber unterhält, wie die Ausgangslage ist. Zur Ausgangslage gehört, dass Ihr früherer hessischer Parteivorsitzender und jetziger Bundesfinanzminister und eine rot-grüne Regierung die Verantwortung dafür tragen, dass wir uns in den letzten vier Jahren aus einer konjunkturellen Krise in die schwerste Wirtschaftsstrukturkrise der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland entwickelt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Walter, ich finde es bezeichnend, wenn der Bundesfinanzminister in der Haushaltsausschusssitzung des Deutschen Bundestages gefragt wird, warum er die klugen Ideen, die jetzt diskutiert werden, nicht schon vorher gehabt hat, und antwortet: Ich habe erst das dritte Jahr der Stagnation abwarten wollen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir sind an dem Punkt sehr präzise, an dem wir in der Analyse unterschiedlicher Meinung sind. Möglicherweise – nicht nur ich fürchte, das ist im Augenblick so – hat man im dritten Jahr einer Stagnation nicht mehr die gleichen Möglichkeiten. Man hat immer noch Möglichkeiten – über die reden wir –, aber nicht mehr die gleichen Möglichkeiten zur Bekämpfung einer Krise wie im ersten Jahr.

Genauso ist das in jedem privaten Unternehmen oder bei jedem Mittelständler, bei jedem, der im Wirtschaftsleben steht. Wenn er in eine Flaute kommt, wenn er sieht, dass er nicht mehr genug Umsatz macht, dann kann er über Preissenkungen, über Werbemaßnahmen und alles Mögliche nachdenken, um anzukurbeln. Wenn er nicht mehr genug Einnahmen hat, muss er möglicherweise zur Bank gehen, ihr ein Geschäftskonzept vorlegen und sagen: Ich will mit Werbung und anderem das ankurbeln, damit es mir wieder besser geht. – Dafür bekommt er einen Kredit. Das ist ein normales und vernünftiges System. Ich habe mir erlaubt, darüber in der Öffentlichkeit auch bei staatlicher Steuerpolitik öfter zu reden.

Herr Kollege Walter, Sie haben nur eines nicht begriffen. Sie legen in diesem Jahr im Bund und wir alle in den Ländern Haushalte vor, die jenseits der Verfassungsgrenze liegen, auch für das nächste Jahr. Deshalb haben wir weder bei der Bank noch bei unseren Kindern einen Kredit.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Problem. Verstehen Sie? In einem Jahr, in dem die Verschuldung 57 % oder 59 % des Volksvermögens beträgt, ist die Frage, ob wir nicht für eine kurze Zeit 59 % hinnehmen, damit es uns wieder besser geht, eine richtige.

(Zurufe des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Darum werde ich nichts zurücknehmen.

Herr Kollege Walter, ich weiß nicht, ob es Ihnen entgangen ist: Wir haben nicht mehr 57, 58 oder 59 % des Brut-

toinlandsprodukts, wir überschreiten in Europa nicht nur das Kriterium der 3-%-Neuverschuldung, sondern auch das Kriterium der 60-%-Verschuldung. In diesem Sinne sind wir als Staat nach unseren eigenen Regeln nicht mehr kreditfähig. Da muss man sich überlegen, ob und wofür man neue Schulden aufnimmt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb zitiere ich das nüchtern, weil das meine psychologische Lage durchaus wiedergibt.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie tragen doch dazu bei! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das entdecken Sie auf einmal!)

Einer der Weisen des Sachverständigenrats, Herr Franz, sagt auf die Frage, was er vom Vorziehen der Steuerreform halte. „Prinzipiell ist die Steuerreform und damit auch die dritte Stufe eine gute Sache. Warum soll man eine gute Sache nicht zeitlich vorziehen?“

Damit habe ich kein Problem. – Frage: Sie finden kein Haar in der Suppe? Franz: „Entscheidend ist natürlich die Frage der Gegenfinanzierung. Da sieht es nicht so überzeugend aus.“

Frage: Bundesminister Hans Eichel will die Steuerreform offensichtlich auch auf Pump finanzieren. Franz: „Das ist der falsche Weg.“ – Das ist exakt die korrekte Zusammenfassung meiner Position.

(Beifall bei der CDU)

Das hat nur eine Folge. Wenn die Steuerreform wirklich nur auf Pump zu machen ist, dann geht sie nicht. Wenn jemand sagt, es geht ohne Pump, dann soll er ein Konzept vorlegen. Deswegen ist die Antwort richtig. Was Sie über die interne Lage bei der CDU und CSU, und was wir miteinander gemacht haben, sagten – das betrifft mich ebenso wie andere –, mag alles richtig sein. Wir haben Herrn Schröder einige Tage erlaubt, mit den Scheinwerfern auf uns zu zeigen, als hätten wir die Finanzierung vorzulegen, und von sich abzulenken, der bis heute dazu nicht in der Lage ist. Da er leider immer noch Bundeskanzler ist, wird er ein bisschen weniger fröhlich nach Italien, oder wohin er gerne fahren möchte, fahren müssen. Er hat den Job, zu sagen, wie er seine eigenen Vorschläge finanzieren will. Das hat er bis heute nicht getan.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Walter, dazu kommt die zweite Stufe der Analyse. Die betrifft den Bund und das Land.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Das ist gar kein Unterschied. An dieser Stelle sind wir in einer vergleichbaren Position – bedauerlicherweise. Das ist in einer Strukturkrise der Wirtschaft nicht ganz zu vermeiden.

Vielleicht darf ich den Ausflug einmal machen: Meine größte Sorge ist, dass Ihr Bundeskanzler und die rot-grüne Koalition in der langsam dämmernden Erkenntnis, was das zweite Halbjahr 2003 uns in der politischen und realen Diskussion bringen wird, versuchen, von den wirklich notwendigen Strukturreformen abzulenken, und sagen: Wenn ich eine Steuerreform mache, dann habe ich euch doch für nächstes Jahr schon Geld gegeben, und dann wird alles besser.

Wir haben in diesem Bundesland – das ist nicht untypisch, sondern wir sind nach wie vor eines der besseren Länder

in Deutschland – heute 50.000 Menschen ohne Arbeit, die wir letztes Jahr noch nicht hatten. Wir sind in einer ökonomischen Krise, die auf die Arbeitsplätze durchschlägt und die es wahrscheinlicher macht – das bestreitet auch niemand bei den Sozialdemokraten –, dass wir im Oktober oder November die 5-Millionen-Grenze überschreiten und wir hier eher eine Diskussion haben werden, wie es weitergeht, als die Hoffnung, dass es in irgendeiner Weise besser werden könnte.

Meine Damen und Herren, wir sind in einer Situation, in der ich nicht akademisch das Wort „antizyklisch“ diskutieren will. Alle Haushalte, auch dem des Bundes, der gerade mit Ihrer grünen Zustimmung vorlegt worden ist, reduzieren das Einkommen aller öffentlich Bediensteten. Ist das eine antizyklische Politik in einer Wirtschaftskrise? Alle Haushalte, einschließlich der des Bundes, sind dabei, die Sozialausgaben zu kürzen. Zum Beispiel reden Sie darüber, die Renten im nächsten Jahr nicht zu erhöhen. Ist das eine antizyklische Wirtschaftspolitik?

Sie sind dabei, der Wirtschaft derzeit vom Staat zur Verfügung gestelltes Geld, Subventionen, für das nächste Jahr zu streichen, in allen Ländern; ich vielleicht auch. Ist das eine antizyklische Wirtschaftspolitik? – Hören Sie doch auf mit den Begriffen. Weil wir kein Geld mehr haben, sind wir völlig unabhängig von der Frage, ob die Steuerreform vorgezogen werden soll oder nicht, dabei, allen öffentlichen Haushalten in der Zeit einer schweren Wirtschaftskrise durch staatliche Entscheidungen weitere Kaufkraft zu entziehen, weil die Haushalte sonst nicht mehr finanzierbar sind. Das ist eine Dramatik, die wir noch nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte hatten, und das ist der wirkliche Kern der Wirtschafts- und Strukturkrise, über die wir zurzeit in Deutschland reden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kahl hat sich sicher auf die Rede für morgen vorbereitet. Aber da nicht alle immer zuhören, will ich es bei dieser Gelegenheit schon einmal sagen: Ich bin es in aller Freundschaft allmählich im Interesse des Landes leid, wenn Sie dauernd über die Art und Weise unserer Verschuldung und unserer Verhältnisse im Vergleich zu anderen reden. Ich will das relativ einfach machen, weil ich glaube, dass ich eine Quelle habe, die Sie akzeptieren: unseren eigenen Landesrechnungshof, der am 19.02.03 – eine Zahl, die wir gemeinsam akzeptieren – seinen Schuldenbericht abgegeben hat. Da steht der schlichte Satz: „Hessen schneidet besser ab als der Durchschnitt der Flächenländer

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch!)

und als der Durchschnitt aller Bundesländer, in den die Stadtstaaten einbezogen sind.“ Dann ist der Schuldenstand noch einmal höher, wie Sie wissen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist doch gar nicht der Vorwurf!)

„Im Verhältnis zu den Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben macht der Schuldenstand Hessens 167 v. H. aus.“ Dies bedeutet im Ländervergleich eine Platzierung besser als der Länderdurchschnitt.

(Norbert Schmitt (SPD): Noch!)

Nach den Ländern Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg sind wir die besten in Deutschland. Ich sage Ihnen: Wir bleiben das auch in Zukunft, und dafür werden wir sorgen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wenn Sie dann sagen, wie unverantwortlich wir im Augenblick finanzieren, dann schauen Sie sich doch in den Nachbarländern um. Der Kollege Dieckmann in Nordrhein-Westfalen hat bereits einen Nachtragshaushalt vorgelegt, bei dem er davon ausgeht, dass er in diesem Jahr bei 7,5 Milliarden € Nettoneuverschuldung liegt. Im letzten Jahr war das noch höher, nahezu 10 Milliarden €, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

Der Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen ist eineinhalbmal so groß wie der unsere. Meine Damen und Herren, da müssten Sie uns allmählich ankündigen, wir wären bei 2,5 Milliarden € Nettoneuverschuldung in diesem Jahr. Das kommt noch nicht einmal in Ihren kühnsten Beschimpfungen vor.

Sind wir das, die die Schwierigkeiten haben, oder haben andere größere Schwierigkeiten? Ich sage nicht, dass wir keine haben. Wenn Sie in Ihr ehemaliges Schröder-Land schauen, das Christian Wulff jetzt in Ordnung bringen muss,

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann sehen Sie, dass die einen Haushalt haben, der etwa 20 % größer ist als unserer. Die liegen bei 4 Milliarden € Nettoneuverschuldung in diesem Jahr, und nicht weil in den ersten drei Monaten Geld ausgegeben worden ist, sondern nur, weil die einsparen. Denn sonst würde es noch mehr werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Anders als Sie!)

Also hören Sie bitte auf mit dem dummen Gerede darüber, es gebe eine Hessische Landesregierung, die ein Problem habe. Wir haben ein Deutschlandproblem, und wir haben es besser gelöst als andere, sonst wären wir in einer wesentlich schwierigeren Lage.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Aber dieses Besser-Lösen – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ziehen wir jetzt vor oder nicht? Nach zehn Minuten Nebelwerferei! – Gegenrufe von der CDU)

– Aber, Herr Kollege, das habe ich schon im zweiten Satz gesagt: Auf Schulden wird nicht vorgezogen. – Wenn Sie jetzt sagen, Ihnen seien die Schulden egal, wir ziehen vor, dann ist das eine ordentliche Auseinandersetzung. Ich sage Ihnen nur: Dann müssen Sie im Bundeshaushalt noch ein paar Begründungen nachliefern, die für unseren Landeshaushalt von Bedeutung sind. Der Bundeshaushalt, den Hans Eichel ohne Berücksichtigung der Steuer-senkung vorgelegt hat, ist nämlich falsch. Er ist in wesentlichen Eckdaten falsch. Das Erste ist etwas, was uns gemeinsam betrifft und wozu ich deshalb etwas sagen will. Dieser Bundeshaushalt geht von einer Wachstumsannahme von 2 % im kommenden Jahr aus.

(Volker Hoff (CDU): Da lachen die Hühner!)

Meine Damen und Herren, das ist offensichtlich falsch, und das sage nicht nur ich, das sagt z. B. auch die Bundesbank im Finanzplanungsrat. Dies ist eine Zahl, die die Bundesregierung par ordre du mufti vorgibt, für die ein Arbeitskreis Steuerschätzungen, ein Finanzplanungsrat keine Kompetenz haben. Diese Zahl, die schon im letzten Jahr für dieses Jahr falsch war, ist der Grund für alle der-

zeitigen Nachsteuerungsbedürfnisse der öffentlichen Haushalte.

Wir haben uns gemeinsam die Frage zu stellen, oder hätten uns gemeinsam die Frage zu stellen: Sind wir bereit, auf einer solchen Plangröße für das nächste Jahr wieder Haushalte zu machen, die Wolkenschieberei bedeuten, die am Ende bedeuten, dass Strukturreformen nicht wahrgenommen werden, weil es im Haushalt besser aussieht, als es am Ende ist? Oder haben wir die innere Kraft, uns endlich einmal auf das zu einigen, was bei nüchterner Analyse einer Wirtschaftsstrukturkrise nach drei Jahren Stagnation, auf die Hans Eichel warten wollte, für das nächste Jahr noch möglich ist? Deshalb sage ich Ihnen ganz klar – darauf müssen Sie sich bis morgen Mittag einlassen; ich wollte Herrn Kahl Vorbereitungszeit geben –: Ich habe den Finanzminister gebeten, den Haushaltsplan des Jahres 2004 auf der Basis der Annahme eines Wirtschaftswachstums von 1 % zu rechnen und nicht von 2 %, weil ich keine Lust habe, dass wieder auf falschen Zahlen Grundlagen gerechnet wird, nur weil die Regierung schön.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Jürgen Walter (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, damit Sie wissen, was die Zahl bedeutet: Nach dem, was ich sehe, sind wir das erste Mal in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik ein Land, das nicht bereit ist, die Planungsvorgaben der Bundesregierung zu akzeptieren. Wenn ich mich am Ende irre, haben wir ein bisschen weniger Neuverschuldung, als eingeplant ist. Dann ist das prima für unsere Kinder und für uns auch. Aber wenn die Bundesregierung ihre geschönten Zahlen weiterhin verwendet, dann stolpern wir von Krise zu Krise, und das muss man beenden. Wir wollen an unserer Stelle jedenfalls damit anfangen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP)

Der Bundesfinanzminister, der eine große Erfahrung im Beschönigen dieser Zahlen hat, der vor der Bundestagswahl wider besseres Wissen falsche Zahlen gesagt hat, der sie in diesem Jahr immer zu spät korrigiert hat und der nun wieder mit falschen Zahlen in das nächste Jahr geht – warum macht der Mann das? Relativ einfach: In der Sekunde, in der er nur von 1 % Wachstum ausgeht und hofft, dass er wenigstens das erreicht, ist allein der Bundeshaushalt mit weiteren 7 Milliarden € Steuermindereinnahmen belastet, und er hat überhaupt keine Chance, auch nur formal einen verfassungsgemäßen Haushalt im Bunde vorzulegen, ohne jede Steuersenkung.

Das ist auch nicht die einzige Zahl. Sie rechnen mit 2 % Wachstum. Gleichzeitig gehen Sie davon aus, dass die Arbeitslosigkeit absinkt; denn offensichtlich glauben Sie, dass Sie im kommenden Jahr den Bundeszuschuss für die Bundesanstalt für Arbeit von 10 Milliarden auf 5 Milliarden € absenken können – eine verdammt mutige Zahl.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Träumt weiter!)

Meine Damen und Herren, das Tollste daran ist, dass der Bundesfinanzminister sagt: 2 % Wachstum – das ist keine schlechte Zahl; das ist nicht die Zahl, die ich mir wünsche, aber wenn wir die hätten, wären wir viel weiter – erreiche ich nächstes Jahr, und zwar ohne Steuersenkung, und ich kriege eine deutliche Senkung der Arbeitslosenzahlen, damit ich 5 Milliarden € sparen kann, aber gleichzeitig erkläre ich für die Steuersenkung die Störung des gesamt-

wirtschaftlichen Gleichgewichts, und das halte ich für verfassungsgemäß. – An der Stelle merkt jeder, egal wie viel er sich mit dem Thema beschäftigt, dass hier etwas nicht mehr zusammenpasst, dass hier Zahlen gebogen werden, dass es nur so kracht, nur um am Ende über das zweite Halbjahr zu kommen, weil man sieht, dass die Bürger einen fragen werden: Was hast du nach fünf Jahren eigentlich getan, dass wir jetzt so weitab von anderen europäischen Ländern in einer so tiefen ökonomischen Krise bei uns in der Bundesrepublik Deutschland stecken?

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dafür haben Sie doch heute beim Zeitunglesen wieder eine Zahl gelesen, die nun wirklich keine Zahl der Bundesopposition oder eine Zahl von bösen Ländern ist. Wenn im Bericht der Vereinten Nationen heute steht, dass wir inzwischen bei der Wachstumsfähigkeit weit hinter Österreich, Schweden, Dänemark, Frankreich und anderen auf Platz 18 heruntergerutscht sind, dann ist das nicht Europa, sondern es ist Berlin. Es ist eine Schuld derjenigen, die hier auf der nationalen Ebene Politik machen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Deshalb ist es schon eine Frage des politischen Handwerks, was man in einer solchen Zeit verantworten kann. Ich würde liebend gern mittels Steuersenkungen morgen früh all das anheizen und anreizen, was möglich ist. Da nehme ich Ihre Reden, Herr Walter, deren Inhalt ich durchaus teile und auf die ich bei Fragen der Haushaltsanierung, die wir vor uns haben – in allen Ländern, nicht nur bei uns in Hessen –, in den nächsten Monaten mit einem gewissen inneren Vergnügen zurückkommen werde. Ich habe auch gelesen, was uns Herr Schmitt und andere an Vorgaben für die Haushaltsplanung auf den Weg gegeben haben. Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Schmitt: Der Finanzminister wäre entspannt, wenn er nur mit Ihren Vorgaben leben müsste.

Wir werden mit einer sehr, sehr starken Veränderung der Haushaltsstrukturen zurecht kommen müssen. Darüber streiten wir gar nicht. Sie vertreten die These, eine Steuersenkung werde wirklich einen riesigen Impuls in Deutschland auslösen, und es sei egal, ob wir dabei dies- oder jenseits der verfassungsmäßigen Grenze der Neuverschuldung seien.

(Zurufe von der SPD)

Dazu sage ich Ihnen: An der Stelle ist über diese Sache noch zu reden. Wie stellen sich die Unternehmen, die etwas zu entscheiden haben, zu den Steuerreformen, über die wir reden? Kennen Sie einen Unternehmer, Kollege Walter – Sie sind Anwalt, Sie haben mit diesen Fragen zu tun –, der seine Entscheidung auf die Steuerwirkungen eines Jahres baut, wenn er eine Investition tätigt? Kennen Sie irgendein Unternehmen, das das macht? Privatleute tun es. Aber kennen Sie ein Unternehmen, das dies tut – gerade bei Investitionen, die sich wahrscheinlich im nächsten Jahr noch gar nicht vollständig realisiert haben, auch wenn die Wirtschaft gefördert wird? Bitte beantworten Sie mir diese Frage. Ich streite nicht über die Details der Steuerreform. Aber warum haben vor zwei Jahren Steuerentlastungen in Höhe von insgesamt 40 Milliarden € überhaupt keine Wirkungen auf die ökonomische Situation gehabt? Das können wir nicht bestreiten, weil es der Wirtschaft ja immer schlechter gegangen ist und wir im europäischen Vergleich immer mehr abgerutscht sind.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Kommen Sie bitte hierher, und beantworten Sie diese Frage. Was gibt Ihnen die Rechtfertigung, zu glauben, dass 16 Milliarden € das schaffen, was 40 Milliarden € nicht geschafft haben?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also lassen wir es sein? – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das ist doch die Frage, die man stellen muss. Kann man dafür die Aufnahme von Schulden verantworten? Deshalb sage ich Ihnen: Die fehlenden Strukturreformen sind der Grund, warum die Leute nicht investieren. Sie trauen den Strukturen, unter denen sie in Deutschland investieren sollen, nicht mehr. Sie glauben nicht mehr, dass sie unter ihnen langfristig arbeiten können.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe es durchaus so wie die Kollegen der FDP im Bundestag, die in ihrem Antrag eindeutig sagen, das darf man durch Schulden nicht finanzieren. Aber selbst dann, wenn ich ein kleines Stück weicher wäre, würde ich sagen: Man muss vorher Strukturreformen durchführen, die einem einen Grund geben, daran zu glauben, dass man Hoffnung haben kann. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie blockieren alles! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Agenda 2010 ist nicht im Entferntesten geeignet, als eine Reform bezeichnet zu werden, die diese Voraussetzungen in Zukunft schafft.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil: In allen wesentlichen Fragen ist der Bundeskanzler entweder ausgewichen, oder Sie haben ihn nachher ein Stück weit zurückgedrängt. Ich nenne Ihnen eine aus meiner Sicht zentrale Frage. Können auf betrieblicher Ebene Tarifvertragsbedingungen im Rahmen eines Flächentarifvertrags nachverhandelt werden? Ich sage jetzt gar nicht meine Meinung. Ich zitiere das, was der Bundeskanzler am 14. März gesagt hat. Der Bundeskanzler hat gesagt, er halte es für richtig, dass an dieser Stelle ein neues Denken, ein Umdenken stattfindet und dass man in Zukunft das Recht habe, auf betrieblicher Ebene nachzuverhandeln.

Wir in Hessen müssten mehr als andere sagen: Ja, wir wissen, dass das etwas bringt, denn wir haben mit Viessmann, Braun Melsungen und anderen die wahrscheinlich mutigsten Unternehmer in Deutschland, die das gemacht haben. Wir hätten damit die Chance, Ja zu sagen, und wir hätten eine Öffnungsklausel – und zwar nicht dann, wenn der Laden kurz vor dem Konkurs steht, sondern dann, wenn er kurz vor dem Abheben in neue Märkte und neue Entwicklungen steht. Bei Viessmann haben alle eine Stunde mehr gearbeitet – nicht deshalb, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten, sondern um 200 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Genau das ist die richtige Logik. Wir können in diesem Land mit mehr Arbeit mehr vom Kuchen der Weltwirtschaft abschneiden und mehr Einkommen und mehr Zukunft erwirtschaften

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Herr Kollege Walter, wo ist da der Bundeskanzler? Wo gibt es irgendeine Initiative für betriebliche Bündnisse für Arbeit? Wo ist dieses Thema in seiner Rede auf dem Bundesparteitag auch nur vorgekommen? Das ist es. Sie haben am 14. März versucht, ein Minimum an Reformen zu beschließen, das die SPD gerade noch verkräftet. Nicht einmal das hat sie richtig verkräftet. Sie mussten auf dem SPD-Parteitag nachsteuern. Sie haben dort den Bundeskanzler bestätigt und gleichzeitig einen Auftrag an den Parteitag in Bochum beschlossen, in dem von der Vermögenssteuer bis zur Erbschaftsteuer wieder all die Dinge stehen, die die Leute daran hindern, zu investieren.

(Lachen bei der SPD)

Die Leute lesen Ihre Programme, und sie wissen, dass das, was Sie gerade anbieten, im Vergleich zu dem, was Sie androhen, weniger wert ist. Daraus erwächst die Frage nach der Ökonomie.

(Beifall bei der CDU)

Die gleiche Fragestellung gilt für die Privatleute. Es ist doch im Augenblick nicht so, dass wir, wenn wir zu den Verwaltungsräten der Sparkassen gehen – was wir gelegentlich tun –, gesagt bekommen, dass die Höhe der Spareinlagen sinke. Es ist auch nicht so, dass nur die Spareinlagen der höheren Einkommensgruppen steigen würden. Nein, auch die Sparbücher und andere klassische Sparformen zeigen steigende Einlagen. Warum geben die Menschen das Geld nicht aus? Es ist doch nicht so, dass sie kein Geld hätten, sondern es ist die Entscheidung, dass sie ihr Geld aus Vorsicht nicht ausgeben, weil sie der zukünftigen Entwicklung nicht trauen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was tun Sie eigentlich, dass die Menschen der künftigen Entwicklung wieder trauen?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Merkel und Koch sehe, dann habe auch ich kein Vertrauen!)

Ich nehme ein Beispiel aus der Praxis. Wenn Sie einem Menschen, der in Limburg lebt und bereit ist, statt in die Arbeitslosigkeit zu gehen, nach Frankfurt auf die Arbeit zu fahren, bei seinem Einkommen von vielleicht 40.000 € die Pendlerpauschale wegnehmen, dann sagt der: Moment, ich bekomme ja 100 € im Jahr weniger, die ich über die Pendlerpauschale verliere, als ich durch die Steuersenkung gespart habe. – Das ist übrigens ein besonders aberwitziger Punkt, weil Sie nur die Pauschale herausnehmen. Wenn der Mann spitz abrechnet, bekommen wir möglicherweise ein ziemliches Problem, brauchen ein paar Hundert Finanzbeamte mehr, und er bekommt sogar mehr Geld. Aber das ist eine andere Frage.

Wenn eine junge Familie sich ausrechnet, ob sie sich ein Eigenheim nach dem Wegfall der Eigenheimzulage noch leisten kann oder nicht, geben Sie dann das Signal: „Seid beruhigt, die Steuersenkungen schaffen in Zukunft mehr Investitionen“? Nein, Sie geben ein gegenteiliges Signal.

Wenn Sie den Rentnern ankündigen, Sie können im nächsten Jahr die Rente nicht erhöhen, weil Sie bei gleichem Rentenbeitragssatz 2 Milliarden € an Streichungen eingebaut haben, dann können Sie doch nicht erwarten, dass die sagen: Was für ein Glück, jetzt fangen wir an, Geld auszugeben. – Nein, die Rentner werden im nächsten Jahr genau das Gegenteil davon machen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihre Steuerreform wird so, wie Sie sie angelegt haben, am Ende nur ein Strohfeuer sein, aber nicht zur wirtschaftlichen Gesundung unseres Landes beitragen – und zwar nicht deshalb, weil Steuerreformen an sich schlecht wären, sondern weil Sie sie auf Verschuldung aufbauen und sich vor Strukturreformen drücken. In Ihrem Mangel an Mut, Strukturreformen in Deutschland durchzuführen, liegt das Problem, und da liegt die Schwierigkeit, mit der Sie bisher nicht fertig geworden sind und nicht fertig werden.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei gibt es eine Menge Vorschläge für Strukturreformen. Ich erinnere an die Initiative, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Reform der Arbeitsmarktstrukturen eingebracht hat. Das alles ist im Gesetzgebungsverfahren und bedarf nur noch des Handhebens. Sie können dem Gesetzentwurf, den wir vorgestern zur Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe und des Niedriglohnsektors vorgelegt haben – inhaltlich ist das schon länger bekannt – gerne zustimmen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bundesminister Clement kündigt seit sechs Monaten – von Monat zu Monat immer wieder verschoben – einen Gesetzentwurf an. Er kann ihn sich sparen. Sie können einfach unseren Entwurf beschließen.

Bei der Gesundheitsreform könnten Sie sich mit uns auf das verständigen, was die GRÜNEN bis zu ihrem Parteitag durchaus gewollt haben: jedem Einzelnen ein Stück marktwirtschaftliche Eigenverantwortung zu übertragen und das kollektive Beglückungssystem abzuschaffen, das inzwischen nicht mehr finanzierbar ist. Es ist nicht so, dass es keine Vorschläge für konkrete Strukturreformen in der Bundesrepublik Deutschland gäbe. Es ist so, dass Sie sie nicht wollen und verhindern und damit die Konsequenzen auslösen, die wir zurzeit in unserem Land haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind nach der Bundestagswahl schon wieder einige Monate im Amt. Was haben Sie eigentlich an dieser Stelle getan? Vor dem Hintergrund stellt sich doch die Frage: Wie wollen Sie die Systeme weiterentwickeln? Das endet wiederum in sehr prinzipiellen Fragen, z. B. zur Technologiepolitik, um ein hessisches Thema zu erwähnen. Das hat etwas mit der Fragestellung zu tun: Womit wollen wir in Deutschland in Zukunft eigentlich unser Geld verdienen? Mich würde sehr interessieren, was Sozialdemokraten und GRÜNE darauf antworten, außer dass sie den Bau von Windrädern empfehlen. Ich sage das nicht, weil ich Windräder nicht mag, sondern ich sage: Wir werden es uns nicht leisten können, Projekte wie den Bau von Windrädern –

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich finde sie auch nicht schön, aber das ist eine andere Frage.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Ich will jetzt nicht sagen, dass ich gegen die Nutzung von Windenergie bin, aber ich behaupte, dass Windräder nicht gerade zur Landschaftsgestaltung beitragen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kenne aber niemanden, der das behauptet, auch bei den GRÜNEN nicht.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Gut, wenn wir alle der Meinung sind, dass das hässlich ist, dann sind wir schon einmal einen Schritt weiter.

Heute sind wir im Zusammenhang mit den – nach Ansicht der GRÜNEN wenigen – Windrädern schon bei der Gesamtsubventionshöhe der Steinkohle. Deshalb ist die Frage: Womit wollen wir Geld verdienen?

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Das ist der falsche Begriff von Verdienen, denn wir zahlen mehr, als diese Produktionsanlagen bringen.

(Zuruf des Ministers Stefan Grüttner)

Wo gibt es etwas, mit dem Sie Geld verdienen wollen? – Die GRÜNEN haben die Sozialdemokraten dahin getrieben, zu sagen: Bei Energietechniken wie Kerntechnik sagen wir klar Nein, damit wollen wir kein Geld verdienen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Abgehakt, und in Deutschland erledigt. – Sie haben über Jahre am besten Beispiel Hessen gezeigt und Anfang der Neunzigerjahre gesagt: In der Biotechnologie wollen wir kein Geld verdienen. – Das versuchen wir mühsam zurückzuholen. Das bringt weniger, als es gebracht hätte, wenn wir die Ersten in der Welt gewesen wären, die es richtig gemacht hätten.

(Beifall bei der CDU)

Die GRÜNEN sind dabei, die Transrapidtechnologie in einem zermürbenden Kampf, Stück für Stück, Bund und Land, jeweils an einer anderen Stelle so kaputtzumachen, dass am Ende bestenfalls nur noch die Chinesen bereit sind, zu einem geringen Preis die Technologie zu übernehmen, wenn wir nicht aufpassen. Aber in Deutschland fährt sie nirgendwo.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Auch die Chinesen nicht mehr!)

Ich frage Sie ganz einfach: Womit wollen Sie Geld verdienen? Was sind Ihre Vorschläge? – Eine Steuerreform macht doch nur einen Sinn, wenn am Ende irgendjemand weiß, mit was er eigentlich neue Gewinne machen kann, auf die er Steuer zahlen soll.

Die Frage der Konsumanreizmöglichkeit, die wir bei den Privaten haben, hängt doch damit zusammen, dass sie Angst um ihren Job haben. Die haben sie doch nicht, sobald sie ein paar Mark mehr in der Tasche haben, solange sie nicht sehen, dass in der Industrie irgendetwas passiert.

Wo wollen Sie, dass etwas passiert? – Verstehen Sie, das Entscheidende und das Schwierige, was eigentlich passiert ist, ist, dass Sie auf die Frage „Wo wollen Sie hin?“ seit Ihrer Koalitionsvereinbarung keine Antwort gegeben haben. Sie machen im Prinzip im Moment eine Politik, mit der Sie hoffen, irgendetwas über das nächste Halbjahr ziehen zu können.

(Zuruf des Norbert Schmitt (SPD))

Im nächsten Halbjahr werden nicht ein paar Politiker oder ein paar Wirtschaftswissenschaftler, sondern wird jeder einzelne Bürger in diesem Land, jeder einzelne Mitarbeiter in unserer Verwaltung – von dem größere Anstrengungen verlangt werden als bisher, der weniger Einkommen haben wird als bisher, wie jeder andere öffentliche Bedienstete auch – die Frage stellen: Was tut ihr denn eigentlich?

Ich will Ihnen dazu ein Zitat vorlesen, das mir wichtig ist:

Die Agenda 2010 lässt sich auf den Satz bringen: Reparaturen reichen nicht mehr aus. Doch einen Aufbruch zu neuen Horizonten verspricht sie nicht. Die wichtigste Frage stellt Schröder nicht: Was ist zu tun, um unter neuen Bedingungen mehr Menschen Chancen zu eröffnen? – Siegt am Ende der alte Affe Angst vor Änderungen oder die Hoffnung auf bessere Zeiten? Schröder hat diese Hoffnung bislang nicht geweckt. Warum?

Das ist ein Text von Hubert Kleinert, also jemand, den auf jeden Fall die GRÜNEN einigermaßen einschätzen müssten, sie hatten ihn einmal als Vorsitzenden ihrer Partei. – Das ist die Lage, in der Sie im Augenblick sind.

Wir wollen – übrigens in Kontinuität dessen, was wir in den vergangenen Jahren gemacht haben – in dieser Lage in Hessen unsere Agenda nicht ändern.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Auf Platz eins der Agenda steht: Wir wollen, dass dieses Land Hessen unter den wirtschaftlichen Bedingungen zu den führenden Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland gehört, weil es das ist, warum wir uns am ehesten selbst kümmern können – jedenfalls relativ.

(Beifall bei der CDU)

Zum Zweiten: Ich habe gemeinsam mit dieser Regierung den Ehrgeiz, dass wir in der Situation, in der wir alle auf einmal hohe Nettoneuverschuldungen in Kauf nehmen müssen, unseren sehr guten Platz in der Wirtschaftlichkeit und in der Verschuldung unter den deutschen Bundesländern behalten. Das ist für uns ein Anspruch.

Wir sind immerhin in einer Situation, dass Bayern und Baden-Württemberg mit ihrer historischen Situation und die Sachsen, die viel besser gewirtschaftet haben als die anderen neuen Bundesländer, die Möglichkeit hatten. – Übrigens sind alle drei Länder, die vor uns sind, ununterbrochen seit Gründung von Christdemokraten regiert worden. Vielleicht hat es ein klein bisschen etwas damit zu tun, was der eine oder andere an Erblast von Verschuldung mit aufgenommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen diesen Platz halten.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sie müssen Ihre Geschichte aufarbeiten! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Liebe Ruth, es waren immer wieder andere dabei, aber wir waren immer dabei.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Bayernpartei war der Vorläufer der CSU!)

– Ich bin bereit, wenn Sie die Vorläufer der CSU, die Bayernpartei, als Extrapartei bezeichnen, diese Einschränkung zu machen. Sie ist für die These, die ich aufstelle, nicht ganz so wichtig. – Unabhängig davon wäre ich jederzeit gerne bereit, meinen liberalen Kollegen zu sagen, dass ich glaube, dass an der Stelle die Wasserscheide nicht zwischen uns verläuft, sondern ob die FDP mitregiert oder nicht.

(Lachen und demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eh egal!)

Dass dadurch höhere Schulden entstehen, sagt jedenfalls niemand. Die CDU und die FDP werden Sie in der Frage, dass wir keine Schulden wollen, nicht auseinander bringen. Das in den letzten rund 50 Jahren nicht und jetzt auch nicht. Deswegen müssen Sie diesen Streit schon schön unter sich führen.

Die zweite Frage bleibt. Wir wollen in dieser Verschuldungsfrage – –

(Norbert Schmitt (SPD): Das war die erste richtige Aussage!)

– Ach, Herr Schmitt, wenn Sie so kleine Dinge haben. Schauen Sie, ich bin den Kollegen der FDP sehr dankbar für ihre Position im Bundestag. Wenn man in der Opposition ist, ist es das Einfachste auf der Welt, Steuersenkungen zu fordern. So fühlen Sie sich ja im Augenblick. Hans Eichel hat wenigstens noch das Problem, dass er es bezahlen muss. Sie sind hier völlig frei von diesen Sorgen.

Die Kollegen von der FDP haben in diesen Antrag sehr richtig hineingeschrieben, was die Bedingungen dafür sind.

(Zuruf des Norbert Schmitt (SPD))

Auf der Basis kann ich mich mit ihnen jeden Tag verständigen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Insofern ist das eine relativ gute Sache, nur muss es dabei bleiben. Ich sage noch einmal, wenn Sie alleine die Zeit von 1998 bis heute nehmen, ist die Pro-Kopf-Verschuldung, in der wir sehr gut sind in Hessen, wie Sie wissen, um 500 € gestiegen; das ist viel.

(Norbert Schmitt (SPD): 18,8 %!)

Aber in Niedersachsen ist sie um 800 € gestiegen, in Nordrhein-Westfalen ist sie auch um 800 € gestiegen. Ich will, dass wir bei allen Krisen, die wir haben, nicht nur bei der Arbeitslosigkeit besser sind, nicht nur beim Wirtschaftswachstum besser sind als die Länder, mit denen wir im Wettbewerb stehen, sondern auch mit dem – leider Gottes – unvermeidlichen Anstieg der Verschuldung. Einen geringeren Anstieg zu haben als andere, das muss unser Ehrgeiz sein, mit dem wir in die nächsten Jahre hineingehen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Norbert Schmitt (SPD))

Drittens. Wir werden auf unserer Seite in der Haushaltspolitik das Notwendige dazu tun.

(Zurufe der Abg. Norbert Schmitt (SPD) und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir werden uns – das habe ich heute angekündigt – nicht darauf einlassen, indem wir überoptimistische Erwartungen haben, beruhigt durch eine Haushaltsberatung zu gehen, um anschließend in die alten Schwierigkeiten zu kommen.

Dann ist in dieser Reihenfolge das Vierte zu sehen. Wir sehen mit Interesse, ob die Bundesregierung ein Konzept zur Steuersenkung vorlegen kann, indem sie, ohne die Lasten auf unsere Kinder zu verlagern, einen Vorschlag hinbekommt. Wenn sie das schafft, werden wir darüber reden. Sie wissen, dass Sie mit mir einen haben, mit dem Sie über das Thema Steuersenkung durchaus gelassener diskutieren können als vielleicht mit dem einen oder anderen sonst. Ich kenne aber auch die Grenzen dieser Mate-

rie ein bisschen genauer als andere und weiß, was in einem Jahr geht. Ich weiß z. B. auch – selbst wenn man es machen würde; ich bin anderer Meinung –, der große Spruch von der Eigenheimzulage bringt im nächsten Jahr zwar einen gigantischen Ausfall in der Bauwirtschaft, aber auch netto cash 128 Millionen € Einsparungen im Haushalt des Bundesfinanzministers.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil es auf acht Jahre gebunden ist! Da muss man doch mal anfangen!)

– Ja, deshalb muss man wissen, wenn man über Subventionskürzungen redet und die Verschuldung des nächsten Jahres verhindern will, welches Rad man drehen müsste. Man darf nicht Leute darüber täuschen, wie einfach das wäre. Das kann man in der „Bild“-Zeitung machen: 18 Milliarden € Subventionen in einem Jahr streichen – das ist ganz einfach. Sie müssten wissen, dass es nicht einfach ist.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Der Maßstab ist, ob Sie Politik machen wollen mit Strukturereformen, unter denen wir möglicherweise gemeinsam leiden, durch Einnahmesenkungen in den öffentlichen Haushalten, durch Ausgabesenkungen in den öffentlichen Haushalten, durch Wegnahme von Dingen des einzelnen Bürgers. Sind Sie bereit, darauf einzugehen, ein solches Konzept zu Steuersenkungen so zu machen, dass Sie keine neuen Schulden aufnehmen? Wir haben die Lasten zu tragen und nicht unsere Kinder.

Ich gebe zu, dass es mir schwer fällt, mir einen Weg vorzustellen, wie Sie das schaffen könnten. Sie haben gesagt, dass Sie es schaffen. Deshalb machen Sie einen Vorschlag. Leben Sie damit, dass wir auch diesem Land sagen: Wir haben keine Chance, das in der Grenze der Verfassungsmäßigkeit, bei einer Annahme, die von einem realistischen Wachstum von 1 % ausgeht, ohne Neuverschuldung hinzubekommen, wenn die Steuern gesenkt werden.

Dann machen Sie Vorschläge, auch in Hessen und nicht nur im Bund. Der Bund bezahlt immer nur seinen Teil. Sie haben selbst vorhin gesagt, dass 400 bis 500 Millionen € Mindereinnahmen zu erwarten sind. Soll ich die voll auf die Neuverschuldung buchen? Mit den Zahlen, die Herr Schmitt angegeben hat, kommen Sie ja noch nicht einmal an die Verfassungsgrenze, allein durch die Ausfälle, die wir in diesem Land haben. Wie soll ich das machen, wenn Sie dazu keinen Vorschlag haben?

Dann sagen Sie den Bürgern Hessens ganz offen, dass Sie als hessische Landespolitiker der Meinung sind, dass die Steuersenkung durch 100 % später von unseren Kindern bezahlt werden soll. Denken Sie bitte immer daran, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind – das ist Ihr Satz und nicht unserer.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich halte es nicht aus!)

Und dann kommen Sie nicht hierher, beschimpfen uns wegen Verschuldung und machen selbst ohne irgendeinen Ausnahmetatbestand Vorschläge, die zu 100 % in die Neuverschuldung führen. – Das will ich nicht.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn ich dazu im Bundesrat gefragt werde, ob wir eine Steuersenkung auf Kosten unserer Kinder machen wollen, dann bleibt es die gleiche Antwort, die ich bisher gegeben habe. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es gibt sechs Minuten zusätzlicher Redezeit für die Oppositionsfractionen.

(Volker Hoff (CDU): Die Opposition ist völlig depressiv!)

Das Wort hat der Kollege Al-Wazir, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat gesagt, dass die Opposition – und wahrscheinlich hat er das auf SPD und GRÜNE bezogen; denn wir haben in der Rede auch gelernt, dass es egal ist, ob die FDP mitregiert oder nicht – frei von jeder Verantwortung sei. Herr Koch, ich sage Ihnen: Wenn hier jemand frei von jeder Verantwortung geredet hat, dann waren das in den letzten 35 Minuten Sie und niemand anderes in diesem Plenarsaal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich möchte Ihnen auch den Grund dafür nennen. Sie haben 1999 und 2003 – 2003 als Amtierender – Wahlen mit typischen Oppositionsstrategien gewonnen. Allerdings sind wir nicht mehr in der Situation – steuerpolitisch schon gar nicht –, dass wir hier in Deutschland in dieser Frage dieses Spiel von Regierung und Opposition überhaupt spielen könnten. Herr Ministerpräsident, Sie sind nicht Opposition – nicht in Hessen und in Steuerfragen auch nicht im Bund. Denn jede dieser Maßnahmen braucht von Ihnen, vom Land Hessen, im Bundesrat eine Zustimmung oder eine Ablehnung. Und wir haben gerade gehört, dass Sie weiterhin das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform ablehnen wollen. Das ist die Quintessenz dieser 35 Minuten, in denen Sie hier versucht haben, um den heißen Brei herumzureden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Mein zweiter Punkt. Herr Ministerpräsident, ich verstehe nicht mehr,

(Volker Hoff (CDU): Das macht nichts, kein Problem!)

was Ihre Position ist. Ich bin ein sehr aufmerksamer und professioneller Beobachter der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und der Christlich Demokratischen Union Hessens.

Am Montag vor drei Wochen sitzt Roland Koch im CDU-Präsidium in Berlin dabei, und die Union fordert ein Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform. Vor einer Woche – nachdem die Bundesregierung gesagt hat, wir machen das –

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

fordert derselbe Roland Koch: nicht vorziehen. Am Montag – vor zwei Tagen! – sagt derselbe Roland Koch:

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

vorziehen. Und heute, um 9.58 Uhr, sagt er wieder: nicht vorziehen.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Herr Ministerpräsident, ich verstehe das nicht mehr. Die 35 Minuten, die Sie hier gebraucht haben,

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

haben mir in diesem Verständnis auch nicht weiter geholfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, in diesem Zusammenhang kann ich vielleicht sagen: Wenn ausgerechnet Sie – nachdem Sie vier Jahre lang Hessen zum Sanierungsfall gemacht haben und wir in diesem Land in den Schuldenstaat marschieren,

(Widerspruch der Abg. Volker Hoff (CDU) und Michael Denzin (FDP))

nachdem Sie vor der letzten Landtagswahl aus taktischen Gründen gerade keine Sparmaßnahmen ergriffen haben, sondern alles in die Neuverschuldung gegangen ist – auf einmal die Generationengerechtigkeit entdecken, dann kommen mir angesichts Ihrer eigenen Bilanz die Tränen, aber vor Rührung.

(Beifall des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen in diesem Zusammenhang nur sagen: „Man soll sagen, was man tut, und tun, was man sagt.“ Das hat Roland Koch immer gesagt und damit Johannes Rau zitiert. Aber ein Blick auf Ihre eigene Bilanz zeigt, dass Sie in diesem Punkt wirklich der Allerletzte sind, der sich beschweren darf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Herr Koch, ich sage Ihnen, was Ihr Grundproblem ist. Ihr Grundproblem ist, dass Sie alles, aber wirklich alles in Ihrer Politik in der Bundesrepublik Deutschland, im Land Hessen immer nur taktisch sehen. Alles. Sie haben in der Sache null Interesse, keine Stringenz, keine gerade Linie. Alles ist nur taktisch.

Taktik Nummer eins: Wie schwächt es die Bundesregierung?

Taktik Nummer zwei: Wie schwächt es Angela Merkel?

Taktik Nummer drei: Am besten beides.

Das ist die Leitlinie Ihrer Politik. Herr Ministerpräsident, das können wir uns aber in diesem Land nicht mehr leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Wir können uns ein solches Verhalten auch deshalb nicht mehr leisten –

(Volker Hoff (CDU): Sagen Sie doch einfach mal einen Satz zur Sache!)

– Ich sage etwas zur Sache.

(Zurufe der Abg. Volker Hoff und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Ministerpräsident, die Funktion des Vorziehens der dritten Stufe der Steuerreform ist eine doppelte.

(Volker Hoff (CDU): Einen Satz zur Sache!)

– Herr Kollege Hoff, wenn Sie aufhören würden, dauernd dazwischenzurufen, dann könnte ich etwas zur Sache sagen.

(Volker Hoff (CDU): Sie schwadronieren, Sie erzählen nur!)

Die eine Funktion des Vorziehens der dritten Stufe der Steuerreform ist die volkswirtschaftliche: Man lässt den Leuten mehr Geld in der Tasche, das sie dann ausgeben.

Die zweite Funktion – und die ist fast noch wichtiger – besteht darin, dass die Menschen das Gefühl haben, dass die Politik gemeinsam in der Lage ist, die Probleme anzugehen und auch etwas zu bewegen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Genau, das ist es doch!)

Herr Ministerpräsident, und genau an diesem Glauben versündigen Sie sich aus taktischen, billigen, parteipolitischen Motiven. Und das können wir uns nicht mehr leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Volker Hoff (CDU): Das glaubt doch kein Mensch mehr! – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Koch, das, was Sie eigentlich tun, ist Sonthofen – Sonthofen 1974, eine Rede von Franz Josef Strauß. Ich zitiere einmal aus eben dieser Rede von Franz Josef Strauß aus dem Jahr 1974. Franz Josef Strauß hat gesagt:

Es muss wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden.

(Volker Hoff (CDU): Jetzt kommt er schon mit dem Jahr 1974 an!)

Es muss also eine Art Offenbarungseid und ein Schock im öffentlichen Bewusstsein erfolgen.

(Zurufe der Abg. Volker Hoff, Gottfried Milde (Griesheim) und Michael Boddenberg (CDU))

Wir können uns gar nicht wünschen, dass dies jetzt aufgefangen wird. Sonst ist es nur eine Pause, und nach der Pause geht es dann doch in der falschen Richtung weiter. Die Auflösung der jetzigen Bundesregierung ist das vorrangige Ziel.

Präsident Norbert Kartmann:

Ihre Redezeit ist zu Ende.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Ministerpräsident, genau das machen Sie jetzt, und genau das können wir uns in diesem Zusammenhang in diesem Land nicht mehr leisten.

(Volker Hoff (CDU): Wo sind wir eigentlich? Was ist denn jetzt los? Was ist das für ein Unfug? So eine Frechheit!)

Herr Ministerpräsident, ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass Sie gesagt haben –

(Volker Hoff (CDU): So eine Frechheit!)

Herr Präsident, wir können es abkürzen: Fünf Minuten Redezeit ausgeschöpft, Regierung plus sechs Minuten – das macht elf Minuten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, eine Steuersenkung kommt dann infrage – –

(Volker Hoff (CDU): So eine Frechheit da oben!)

– Volker Hoff, sag mal, was ist denn los? Wie bist du denn heute aufgestanden? Was hast du zum Frühstück gegessen?

(Volker Hoff (CDU): Was ist denn das für eine Art? Wenn ich sehe, wie der Kollege Kaufmann hier hochjumpt, das ist eine Frechheit! – Weitere Zurufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hoff, ich habe das mit Herrn Kaufmann schon geklärt. Wir müssen etwas klären, aber nach dieser Debatte.

(Volker Hoff (CDU): Aber dann muss er doch nicht ungehörig sein!)

– Ich entscheide das selbst, ob er ungehörig ist oder nicht.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gut.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, eine Steuersenkung käme eventuell dann in Frage, wenn man die notwendigen Strukturreformen angeht. Jetzt statuieren wir doch an den einzelnen Punkten ein Exempel, was mit den Strukturreformen in diesem Land passiert.

Erstens die Reform auf dem Arbeitsmarkt, beispielsweise im Handwerksrecht, in der Handwerksordnung. Die Erste, die sagt: „Das kommt auf keinen Fall infrage“, ist die Hessen-CDU.

Zweitens die Gesundheitsreform. Da sitzen jetzt Regierung und Opposition zusammen. Ich hoffe, dabei kommt etwas Vernünftiges heraus. Die Ersten, die sagen – und dabei Frau Lautenschläger vorschicken –: „Mit uns auf keinen Fall!“, sind die Hessen-CDU und die Hessische Landesregierung.

Ein weiterer Punkt ist die Positivliste und das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigung sowie die Frage, wie es bei den Apotheken weitergeht. Als Erster kommt der Schutzheilige der Gewinne der Pharmaindustrie, Roland Koch, und sagt: „Auf keinen Fall!“

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Meine Damen und Herren, so sieht die Realität aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen lassen wir es Ihnen nicht mehr durchgehen, dass Sie auf der einen Seite sagen: „Zieht schnell die Steuerreform vor.“ – Wenn die Regierung das dann tut, sagen Sie: „Jetzt nicht, Strukturreformen!“ – Wenn die Regierung welche vorschlägt, blockieren Sie genau diese.

So geht es nicht mehr. Das kann man sich schon in guten Zeiten kaum leisten. In Zeiten, in denen wir Wachstumsraten und Arbeitslosenzahlen wie in den letzten drei Jahren haben, kann man es sich überhaupt nicht mehr leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Jetzt zu meinem letzten Punkt, der Frage der Finanzierung. Wir haben in unserem Antrag gesagt, dass die Gegenfinanzierung einen Kraftakt aller Beteiligten erfordert. Das meinen wir auch so.

Herr Boddenberg, ein Kraftakt aller Beteiligten bedeutet – –

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Al-Wazir, wir haben ein echtes Problem. Ich bitte Sie, zum Ende Ihrer Rede zu kommen. Ich habe mit dem Kollegen Kaufmann gesprochen. Er hat gesagt, wir müssten das im Ältestenrat klären. Es gibt für Sie keine additive Redezeit. Sie können die Redezeit nicht sowohl nach Abs. 1 als auch nach Abs. 2 der Geschäftsordnung addieren, sondern Ihnen steht zusätzlich ein Drittel der Zeit, um die der Ministerpräsident seine Redezeit überzogen hat, zu. Das sind sechs Minuten, mehr ist nicht drin.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich bin seit achteinhalb Jahren im Parlament. Das ist eine neue Auslegung der Geschäftsordnung. Aber Sie bestimmen hier, wie die Geschäftsordnung ausgelegt wird. Wir werden das anschließend klären. Ich komme zum letzten Satz, Herr Präsident.

(Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Wenn man sagt, dass man in diesem Punkt wirklich an den Subventionsabbau herangehen müsse, und wenn dann die Hessen-CDU nichts anderes zu tun hat, als, wie gestern, einen Antrag einzubringen, in dem schon wieder steht: „Eigenheimzulage und Pendlerpauschale dürfen nicht angetastet werden“, obwohl wir doch wissen, dass allein die Eigenheimzulage 10 Milliarden € ausmacht, zeigt das, dass Sie an einer wirklichen Lösung des Problems kein Interesse haben. Daran wiederum kann dieses Land kein Interesse mehr haben. – Ich danke Ihnen recht herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Er hat es nicht verstanden!)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Milde für die CDU. Er hat noch die komplette Redezeit der CDU-Fraktion.

Herr Al-Wazir, Sie hatten faktisch die Redezeit, die Herr Kaufmann haben wollte. So sehr haben wir überzogen. Das heißt, wir jonglieren am Ende auch bei den anderen Fraktionen um ein oder zwei Minuten.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Al-Wazir, ich gebe zu, es ist wirklich schwierig, direkt nach dem Ministerpräsidenten zu reden, der in allen Details erläutert hat,

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wie die Situation im Moment ist. Deswegen bin ich den GRÜNEN außerordentlich dankbar, dass Herr Al-Wazir eben noch einmal gesprochen hat. Somit ist es für uns jetzt einfacher, zu reagieren. „Es ist Recht, wenn der Bundes-

kanzler die Opposition hereinlegen will“, – auf diesem Punkt sind Sie eben herumgeritten – „aber es ist nicht billig – im doppelten Sinne des Wortes – wenn Schröder damit die Bürger hereinlegt“, so die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ von gestern unter der Überschrift „Schröders Bär“. Genau das treibt uns derzeit um.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen bin ich im Unterschied zu einigen, die heute hier gesprochen haben, auch nicht der Auffassung, dass die vorgezogene Steuerreform, die Sie jetzt ankündigen, gut ist. Deshalb sage ich eindeutig: Eine Steuerreform wird nicht dadurch besser, dass man sie um ein Jahr vorzieht.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Frau Kollegin Wagner, ich komme gleich auf Sie zurück.
– Die CDU-Fraktion steht in dieser Frage vollends hinter dem Ministerpräsidenten. Wenn Sie richtig aufgepasst haben, wissen Sie, dass es bei Roland Koch in den letzten Wochen keinen Schlingerkurs an diesem Punkt gab. Die CDU in Hessen hat immer klipp und klar gesagt, wie die Bedingungen für ein Vorziehen der Steuerreform aussehen.

Was die Steuerreform und ihre Wirkung auf die Wirtschaft angeht, brauchen wir – gerade nach der Rede von Roland Koch – keine Nachhilfe von Rot-Grün. Hören Sie einmal zu: Im Gegensatz zur SPD gibt es in der Union niemanden, der nicht für niedrigere Steuern wäre. In der SPD – ich erinnere an Herrn Müntefering – ist das ja anders. Vielmehr hat die Union in den letzten Jahren zahlreiche Vorschläge zu Steuersenkungen gemacht. Auch die hat der Ministerpräsident eben noch einmal erläutert.

Wer aber den Menschen in der jetzigen Situation verspricht, dass das Vorziehen einer Steuerreform – die ohnehin falsch angelegt ist – auch zu Steuersenkungen führt, ohne gleichzeitig zu sagen, wie er das finanzieren will, täuscht die Bürger. Dieses Szenario ist wieder einmal das Ergebnis einer typischen Schröder-Aktion: Sie lebt von der Tagespresse, um von den aktuellen Problemen abzulenken, statt sie zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Auf die Finanzierung der Steuerreform ist der Herr Ministerpräsident eindeutig eingegangen. Deswegen komme ich auf das zurück, was Frau Wagner bei der Rede des Ministerpräsidenten Roland Koch dauernd dazwischengerufen hat. Roland Koch hat gesagt, wir hätten in Deutschland in der ersten Stufe dieser Steuerreform – darüber sind wir uns einig: eine dreigliedrige Steuerreform – Steuersenkungen in der Höhe von 40 Milliarden € gehabt. Auch über die Höhe des damaligen Volumens sind wir uns einig. Wir können doch nicht bestreiten, dass die Wirkung auf die Wirtschaft und auf künftige Steuereinnahmen völlig anders war, als vorher angekündigt worden ist. Sie war verheerend. Also geht es um die Frage: Wie konzipiere ich eine Steuerreform, und wie sehen die Rahmenbedingungen aus, in die ich eine solche Steuerreform einbetten muss?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, morgen werden wir wieder über die finanzielle Situation des Landes Hessen reden dürfen. Ich muss eindeutig sagen: Wir finanzieren diese Steuerreform, zumindest die erste Stufe, seit drei Jahren auf Pump. Die Ausirkung dieser Finanzierung besteht exakt in der zusätzlichen Nettoneuverschuldung, die wir

in Hessen zu verzeichnen haben. Irgendwann ist aber Schluss mit lustig.

(Reinhard Kahl (SPD): Die Steuerentlastung im Jahr 2000 war die höchste! – Norbert Schmitt (SPD): Sie haben mehr Steuereinnahmen als wir!)

Das, worauf der Kollege Al-Wazir eben hingewiesen hat, ist richtig: Was soll denn eine Steuerreform bewirken? Sie soll bewirken, dass die Leute mehr Geld in der Tasche haben. Damit sind wir wieder bei der Frage der Finanzierung. Soll man es über die Aufnahme von Schulden versuchen? Dazu zitiere ich aus der „Wirtschaftswoche“. In der „Wirtschaftswoche“ heißt es eindeutig:

Doch sein Reformprogramm ist auf Sand gebaut. Steigen die Schulden, wird sich die Wachstumsschwäche in Deutschland verschärfen und nicht verringern.

Manfred Neumann, der Leiter des Instituts für internationale Wirtschaftspolitik an der Universität Bonn, sagt:

Die Steuerreform auch nur zum Teil durch eine höhere Staatsverschuldung zu finanzieren, wäre kompletter Wahnsinn.

Das wollen wir in Hessen sicherlich nicht.

Bei der anderen Frage geht es um die Ausgabenkürzungen. Es wird immer so getan, als gäbe der Staat das Geld aus, indem er es quasi verbrennt und den Rauch durch den Schornstein abziehen lässt – Geld, das, wenn man es nicht verbrennt, niemandem fehlt.

Ich bin froh, dass die Kollegin Fuhrmann jetzt anwesend ist; denn sie ist jetzt – am Anfang war sie es nicht, aber das ist ja egal – bei der SPD für die Ausgaben zuständig. Sie haben in den bisherigen Debatten des Plenums und in den Ausschusssitzungen über jedes einzelne Mütterzentrum und über jedes einzelne Frauenhaus diskutiert.

(Norbert Schmitt (SPD): Zu Recht!)

Über jeden Cent Zuschuss, der nicht mehr gegeben werden kann, regen Sie sich auf. Deswegen werden wir morgen und vor allen Dingen bei der Haushaltsberatung im Herbst eine sehr spannende Diskussion darüber führen, was wir noch ausgeben können und was wir nicht mehr ausgeben können. Aber wenn wir kein Geld mehr ausgeben, müssen uns auch die Auswirkungen deutlich sein.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abg. Milde, gestatten Sie Zwischenfragen?

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Nein, nicht von Frau Fuhrmann, vielen Dank. Die Frage habe ich schon in der letzten Ausschusssitzung gehört.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wir reden gerade über das, was man durch Ausgabenkürzungen erreichen kann. Dabei muss man aufpassen. Wenn wir wirklich mehr Geld zur Verfügung stellen wollen, dürfen wir nicht einfach plump das Geld von der rechten in die linke Tasche geben und sagen: Wir senken die Steuern, holen all das aber an anderer Stelle wieder herein. – Wo ist denn dann mehr Geld in der Tasche, das investiert werden kann?

(Beifall bei der CDU)

Also müssen wir eine Steuerreform schaffen, die in Deutschland die psychologische Wirkung hat, dass die Menschen das Geld investieren, das, wie es der Ministerpräsident gesagt hat, im Moment auf den Festgeldkonten, auf den Sparkonten und auf den Girokonten liegt. Darauf muss eine Steuerreform ausgerichtet sein. Sie muss eine psychologische Wirkung haben. Die Menschen müssen optimistisch sein, dass es wieder vorangeht, dass es wirtschaftlich aufwärts geht.

Deshalb haben wir einen Antrag vorgelegt, der diese Rahmenbedingungen eindeutig festlegt: eine Strukturreform in der Gesundheitspolitik, in der Rentenpolitik und am Arbeitsmarkt, keine zusätzliche Nettoneuverschuldung und dann eine Steuerreform, die diesen Namen verdient.

Wir reden seit Jahren darüber. Übrigens waren die Zitate, die der Kollege Wagner am Anfang der Debatte aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und aus unserem Regierungsprogramm gebracht hat, recht schön. Die Zitate waren alle ganz prima; das Zitieren kann man stundenlang fortsetzen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um die falsche Politik, nicht um die Zitate!)

Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass wir für Steuersenkungen sind. Aber im gleichen Atemzug – in allen Erklärungen, bei allen Bundesparteitagsbeschlüssen – haben wir deutlich gemacht, in welche Rahmenbedingungen eine solche Steuerreform eingebettet sein muss, damit sie die Wirkung erzielt, die wir uns alle wünschen.

Noch etwas möchte ich sagen: Der von Ihnen – auch von uns immer mehr – geliebte Hessische Rundfunk hat in der vorletzten Woche in hr 1, einem guten Sender, einen Kommentar zum Vorziehen der Steuerreform gebracht.

Er hat ausdrücklich davor gewarnt, dass die Steuerreform, wie sie angelegt ist, vorgezogen wird. Er hat daran erinnert, dass wir 1997 im Deutschen Bundestag eine Steuerreform beschlossen hatten – das sollten auch die Kollegen der FDP noch in Erinnerung haben –,

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

die in die damalige Zeit passte und die vor allen Dingen das Steuersystem dramatisch vereinfacht und alle Fragen der Steuerproblematik anerkannt hat. Deswegen sind wir in der Frage des Vorziehens der Steuerreform gar nicht so weit weg von der FDP, auch wenn das öffentlich einen etwas anderen Eindruck macht. Wenn man sich den Antrag der FDP nämlich durchliest, dann stellt man fest, dass sie im Prinzip die gleichen Bedingungen wie wir für ein Vorziehen der Steuerreform stellt. Also seien wir uns darüber einig, zumindest wir von CDU und FDP, dass wir alle Steuersenkungen wollen, dass wir diese Steuersenkungen aber in keinem Fall um jeden Preis wollen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz auf das Zitat von Franz Josef Strauß aus dem Jahre 1974, das Herr Tarek Al-Wazir genannt hat, eingehen. Dass Franz Josef Strauß ein Stratege war, ist unstrittig. Es lässt sich heute auch leichter darüber reden. Franz Josef Strauß hat damals eine wirtschaftliche Situation in Deutschland angekündigt – wenn die Bundesregierung so weitermacht, wie sie damals nach seiner Meinung weitermachen sollte –, in der wir in Deutschland inzwischen sind. Das ist der Unterschied zu damals.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Deswegen möchte ich noch kurz darauf eingehen, was wir in Hessen zu erwarten haben. Wir haben im nächsten Jahr, wie es der Ministerpräsident gesagt hat, nach bisherigen Planungen auf der Basis eines Wirtschaftswachstums von 2 % – wenn es 1 % ist, können wir einen Teil der Einnahmeseite streichen – durch das Vorziehen der Steuerreform zusätzlich eine Neuverschuldung in einer Größenordnung von 700 bis 900 Millionen €. Lieber Herr Kollege Schmitt, alle Kollegen von den GRÜNEN und der SPD, ich frage Sie, ob Sie diesen Weg in den Verschuldungsstaat so weiter gehen wollen oder ob Sie nicht mit uns den Weg gehen wollen: Steuern vorziehen, Optimismus in Deutschland schaffen, aber solide finanziert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Sie sollten an Ihre Ausgaben gehen!)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Ruth Wagner, FDP-Fraktion.

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit den Einlassungen und Auslassungen von SPD und GRÜNEN muss man sich eigentlich nicht auseinander setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn ich glaube, dass vor allen Dingen die Scheinheiligkeit, mit der mein Namensvetter hier das Wort „Steuerreform“ in den Mund genommen hat, eine „Verhohnepipeline“ dieses Parlaments ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Denn vor Jahren hat die GRÜNEN-Fraktion das Wort Steuerreform und den Nachlass von Steuern, den die FDP gefordert hat,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind doch die Steuererhöhungspartei!)

nicht nur als Turbokapitalismus gezeißelt, sondern das Wort auch gescheut wie der Teufel das Weihwasser.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hören Sie auf!)

Meine Damen und Herren, Sie sind Wendehälse in einer Art und Weise, wie das in der Zeit der Wende in der DDR niemand gemacht hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wird es langsam eine Beleidigung!)

Sie haben eine seriöse Beschäftigung mit dem, was wir vor vier Jahren, meine Herren, in der alten Koalition von CDU und FDP als eigenständigen Vorschlag entwickelt haben, nie für wert erachtet.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht! Andrea Fischer! Christine Scheel!)

Verehrter Herr Ministerpräsident, auch Ihnen muss ich sagen: Ich bin völlig Ihrer Meinung, dass die Bundesregierung in der heutigen Situation in der Bringschuld ist, um es klar und deutlich zu sagen, wann sie endlich das einhält, was der Bundeskanzler in seinem Wahlkampf verspro-

chen hat – was er gelegentlich selbst vergessen hat – und was er jetzt wieder versucht umzusetzen, nämlich dass er Steuererhöhungen – es sind zahlreiche Steuererhöhungen in den letzten vier Jahren und insbesondere in den letzten Monaten gewesen – nun tatsächlich zurücknimmt und sagt: Steuererhöhungen sind Gift für die Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eben kein Gift, sondern wir brauchen endlich Nahrung für die Wirtschaft, für mehr Wachstum, für die Konjunkturankurbelung. Die FDP in Hessen wie auf Bundesebene ist die Einzige, die seit dem solmsschen Reformkonzept vor sieben Jahren konsequent Vorschläge gemacht hat.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch Quatsch!)

Wir wollen als Zielvorstellung festhalten, dass es richtig wäre, eine Einkommensteuerveranschlagung der Menschen in Deutschland zu haben, die sich auf 15, 25 und 35 % einpendelt. Das muss die Zielvorstellung sein, der alle Schritte, die jetzt diskutiert werden, dienen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, nun will ich noch einmal zu der CDU und zu Ihnen, verehrter Herr Ministerpräsident, etwas sagen. Ich hoffe sehr, dass der Satz, dass es egal sei, ob Sie mit oder ohne FDP regieren, nicht so ausgelegt werden kann, wie GRÜNE und SPD es verhöhrend gesagt haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben das beobachten können! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Sie haben manchmal kein Glück mit solchen Situationen. Ich hoffe, dass Ihnen in den letzten Tagen klar geworden ist, dass – auch ohne die hessische FDP in dieser Regierung – die anderen fünf Länder, in denen die FDP mit regiert, klare Bedingungen für eine Steuererniedrigung gestellt haben.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Bonn haben Sie die Steuern immer mit erhöht!)

Meine Damen und Herren, das Bundesratsverhalten wird ohne die FDP nicht wirklich zu einem guten Ende führen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Enthaltung ist gleich Nein! Das ist leider so im Bundesrat!)

Deshalb sage ich Ihnen: Es ist außerordentlich wichtig – so ist unser Antrag angelegt: wie Herr Milde es zu Recht gewürdigt hat –, dass mit der Steuerentlastung eine Aufgabenkritik des Staates insgesamt einhergeht. Herr Riebel und Herr Koch, das vermisste ich noch in Ihrem Antrag. Sie sagen alle, wir brauchen eine Gegenfinanzierung. Das unterstellt, dass der Haushalt nicht nur gleich hoch bleibt, sondern dass er auch noch wächst. Sie wissen, dass wir gemeinsam gesagt haben: Der Haushalt 2003 in Hessen muss in seiner Verschuldungssituation eine Ausnahme bleiben. – Ich glaube, darin stimmen Sie nach wie vor mit uns überein. Das müssen wir bewältigen.

(Reinhard Kahl (SPD): Das war schon zweimal die große Ausnahme!)

Das heißt aber doch, dass wir neben den kurzfristigen Maßnahmen, um bestimmte Zuwächse des Staates zu garantieren, die langfristigen Aufgaben nicht vergessen dürfen. Wir müssen klar und deutlich fragen: Muss der Staat diese Leistung, die sich in den letzten 50 Jahren so ent-

wickelt hat, auf Dauer erbringen, oder müssen wir nicht gerade diese Situation als Chance nutzen, eine wirklich grundlegende prinzipielle Aufgabenkritik des Staates zu beginnen. – Dazu möchte ich ganz deutlich sagen: Die hessische FDP hat keine Scheuklappen, auch darüber nachdenken, ob die Eigenheimzulage, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat, und die Entfernungspauschale, über die man viel sagen kann – ich habe nicht viel Zeit, das darzulegen –, mit in die Thematik des Subventionsabbaus einbezogen werden.

(Zurufe der Abg. Gottfried Milde (Griesheim) und Michael Boddenberg (CDU))

Das ist für uns eine ganz klare Absicht. – Nein, es steht in Ihrem Antrag, dass Sie das herausnehmen wollen, dass Sie es komplett streichen wollen. Wenn Sie sagen: „anders gestalten“, dann sind wir wieder beieinander. In Ordnung.

(Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) – Petra Fuhrmann (SPD): Placebo!)

Herr Koch, zweiter Punkt. Jürgen Jeske sagt heute in einem Kommentar in der „Frankfurter Neuen Presse“: Wenn man jetzt wirklich z. B. die Teilprivatisierung von Sparkassen und Banken, die das deutsche Wirtschaftsinstitut vorgeschlagen hat, beginnen würde, würde man allein 13 Milliarden € einsparen. – Verehrter Herr Milde, ich werde Sie noch einmal daran erinnern, dass Ihre gestrige Ablehnung des Sparkassengesetzes so schnell wie möglich auf den Prüfstand kommt, weil es auch in Hessen Strukturveränderungen gibt, die auf Dauer sinnvoller und kostengünstiger sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns bei einer solchen Frage – das haben Sie selbst auch angedeutet – nicht von denjenigen ausgehen, die dort in den Vorständen und Aufsichtsräten sitzen. Wenn man einen Sumpf trockenlegen will, dann darf man nicht die Frösche fragen. Wir müssen an die Strukturen herangehen. Deshalb sage ich: Privatisierung ernst nehmen. 13 Milliarden € wären schon zwei Drittel der Gegenfinanzierung.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Herr Präsident, ja. – Meine Damen und Herren, schließlich ist der Bürokratieabbau dringend erforderlich. Das sind die zwei Bedingungen, die wir gestellt haben. Dann kann man die Verschuldung, die die einzige Lösung des Problems von SPD und GRÜNEN ist, ganz vermeiden oder zumindest weitgehend vermeiden. Deshalb denke ich, dass wir im Ausschuss noch einmal über die beiden Anträge von CDU und FDP nachdenken sollten.

Verehrte andere Opposition, ich sage Ihnen: Die hessische FDP macht keine Fundamentalopposition gegen einen einsichtsvollen Ministerpräsidenten, der sich in den letzten fünf Tagen auf die FDP zubewegt hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wagner. Ich wollte Ihnen nur sagen, dass ich für den Hinweis aus der Fraktion der GRÜNEN Verständnis habe, dass Ihr Hinweis auf die Wendehälse etwas Befremden ausgelöst hat,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ach nein, was glauben Sie!)

im Hinblick auf die Tatsache, dass wir damit eigentlich diejenigen meinen, die wir 1989 in der DDR abgelöst haben. Ich habe mitzuteilen, dass ich das verstehe. Sie können über die Bank sagen, dass Sie das nicht gemeint haben.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Nein, das verstehe ich überhaupt nicht!)

Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Kollege Walter von der SPD-Fraktion.

Jürgen Walter (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Ministerpräsident hat mich gebeten, zu dem einen oder anderen Stellung zu nehmen, was er hier vorgetragen hat. Herr Ministerpräsident, ursprünglich hatte ich Sie gebeten, Stellung zu der Frage zu nehmen, warum das, was Sie vor zwei Jahren für richtig hielten, heute nicht mehr gelten soll, dass nämlich das Vorziehen einer Steuerreform – auf Deutsch: den Menschen mehr Geld in den Taschen zu lassen – Wachstumsimpulse bringen kann und auf der anderen Seite dafür sogar Einnahmeausfälle in Kauf genommen werden können. Diese Frage haben Sie im Prinzip an uns zurück gestellt, weil Sie gesagt haben, vor zwei Jahren wären wir anderer Auffassung gewesen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Dann haben Sie nicht zugehört! – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das mag sein. Aber Sie fragen, warum wir jetzt plötzlich unsere Meinung geändert haben. Das ist aber nicht die Frage, die im Raum steht, warum die hessische SPD möglicherweise so etwas jetzt anders sieht. Zentrale Frage ist, dass die Bundesregierung ein klares Angebot gemacht und gesagt hat: Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Geld in der Tasche haben. – Da kommt es nicht ganz unwesentlich auf Sie an, wie Sie im Bundesrat Ihre Rolle ausüben werden, entweder im Sinne einer Blockade – das Wort ist vielleicht an dieser Stelle zu vereinfachend –, oder Sie sind bereit, konstruktiv mit einer Regierung zusammenzuarbeiten, und sagen: Wir wollen das hinbekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass das der zentrale Punkt ist, ob man in so eine Debatte mit dem Willen hineingeht, es soll scheitern – aus welchen Gründen auch immer –, oder ob man in eine solche Debatte geht und sagt: Wir wollen das gemeinsam. – Bei Ihrem Kollegen Stoiber – möglicherweise hat das mit Wahlkampf zu tun, das will ich nicht beurteilen – und bei Frau Merkel haben wir momentan den Eindruck, dass ein Willen da ist, dass das Vorziehen tatsächlich umgesetzt werden kann.

Sie können jetzt grinsen. Die Gründe will ich gar nicht hinterfragen. Das mögen sehr menschliche sein. Wenn man mit dem Willen in eine solche Diskussion geht und sagt: „Ich will das nicht“, und dann Anträge so verklausuliert stellt – Sie haben selbst gesagt, mit dem Subventionsabbau, wenn man die großen Brocken außen vor lässt, werde es nicht gehen, das in einem Jahr gegenzufinanzieren; das sagen viele –, dann wird das Ergebnis auch so sein, dass diese Steuerreform nicht vorgezogen wird. Deshalb finde ich Ihre ursprüngliche Einlassung viel redlicher, zu sagen: Das wird nicht funktionieren, den Begriff der seriösen Finanzierung, den meine Bundesvorsitzende

jetzt gewählt hat, kann ich guten Herzens mittragen, aber die seriöse Finanzierung halte ich für ausgeschlossen, und deshalb werde ich gegen das Vorhaben der Steuerreform stimmen.

Das wäre die wahrhaftere und die redlichere Position an der Stelle. Herr Ministerpräsident, nur im Ergebnis, und das ist das Problem, wird diese Position dazu führen, dass es im Bundesrat keine Mehrheit für das Vorziehen der Steuerreform geben wird, was wiederum auf der anderen Seite das Ergebnis hat, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr Geld in den Taschen haben. Das ist aber der zentrale Wachstumsimpuls, von dem Sie vor zwei Jahren gesprochen haben. Um diesen Wachstumsimpuls, um diese Chance, die natürlich auch mit Risiken behaftet ist, vergeben wir uns.

Jetzt ein Punkt zum Landshaushalt Hessens. Sie sagen: Wir sind im Mittelfeld. – Es wäre schlimm, wenn das reiche und starke Land Hessen nicht einmal mehr wenigstens im Mittelfeld wäre. Wir waren einmal sehr stark gewesen. Sie haben keine Antwort darauf gegeben, warum nur im Lande Hessen, was die Ausgabensteigerung angeht – im Vergleich ist das Saarland bei 0,7 % plus, alle anderen Länder mit Ausnahme der beiden Ostländer, die ich erwähnt habe, haben sogar reale Ausgabenminderung, d. h. da gehen die Ausgaben zurück –, im Jahre 2003 die Ausgaben um so einen enorm relevanten Bereich steigen. Wie Kollege Al-Wazir gesagt hat: Sie selbst haben sich für das Land Hessen gegenüber dem Bund mit verpflichtet, die Ausgabensteigerung auf 1 % zu begrenzen. Wir sind doppelt so hoch. Wir sind auf 1,9 %.

(Beifall bei der SPD)

Ich versuche, das mit Ruhe zu machen. Wir sind auf 1,9 %. Daran muss man doch sehen, wir haben auch in Hessen Probleme. Der Finanzminister lacht dann immer. Entweder ist er resigniert, oder er lacht – eines von beiden. Deshalb rede ich mit dem Herrn Ministerpräsidenten, weil er wenigstens noch ansprechbar ist. Wir haben in Hessen auch Probleme, was die Ausgabenseite angeht. Wir müssen uns in Hessen auch um die Ausgabenseite kümmern.

(Beifall bei der SPD – Dr. Peter Lennert (CDU): Was für ein Quatsch!)

Ein dritter Punkt zu den Subventionen. Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, wir haben in Ihrer Rede gehört, man müsse an alles heran. Darüber kann man reden. Dann gibt es aber bei Einzelnen, ob die jetzt bei Ihnen unter Subventionstatbestände fallen, verschiedene Ansätze. Sie selbst haben, als Sie sich mit dem Kollegen Steinbrück zusammengesetzt haben, zu Recht gesagt: Bei allen diesen Zahlungen und Leistungen, nennen wir sie technisch „Subventionen“, wird es immer gute Gründe für den einen oder für den anderen oder eine gewisse Interessengruppe geben, gerade diese Subvention zu verteidigen. Es war vielleicht nicht der unsinnigste Ansatz zu sagen: Wenn wir das auf der breiten Ebene machen, dann treffen wir alle irgendwo, und dann ist das vielleicht auch noch richtig.

Wir halten die Rasenmähermethode nicht für richtig. Sie wissen auch, das wird so nicht machbar sein. Sie selbst reden davon, es wird in Hessen in der Priorität Bereiche geben, wo das Kürzen sogar zu Einnahmeausfällen führen wird, weil es Folgewirkungen gibt. Das wird es in den Bereichen geben. Deshalb wird es in anderen Bereichen, wenn man die Prioritätensetzung in dem einen Bereich so durchhält, dass ich sage, hier will ich nichts machen, möglicherweise sogar Sinn machen, in diesen Bereichen noch

etwas draufzulegen, wenn die Folgewirkungen so sind, dass man damit weitere positive Wirkungen erzielt. Aber dann ist es sachlogisch notwendig, auf der anderen Seite nicht nach diesen 10 % weitere 3 % Einschnitte zu machen. Dann ist es sachlogisch notwendig, an anderen Stellen auch grundlegende Einschnitte zu machen. Die Eigenheimzulage ist eine, wo wir über 10 Milliarden € reden.

Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle spielen Sie wieder dieses alte Ritual, zu sagen: Hier wird einer Gruppe etwas weggenommen – ich sage übrigens, diese eine Gruppe wird finanziert, das ist eine Art von staatlicher Umverteilung, die ich an dieser Stelle nicht für richtig halte –, und Sie machen sich zum Fürsprecher dieser Gruppe. Das ist das übliche Oppositionsritual, das auch meine Partei – mein Gott, wir haben über die Geschichte geredet – an vielen anderen Stellen gemacht hat, sich zum natürlichen Verbündeten derjenigen zu machen, die von der Regierung etwas weggenommen bekommen.

(Rudi Haselbach (CDU): Das war vor fünf Jahren!)

Das kennen wir in vielen Facetten in dieser Republik.

Präsident Norbert Kartmann:

Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

Jürgen Walter (SPD):

Wenn wir dieses Ritual nicht verlassen, dann werden wir an solchen zentralen Fragen wie die, über die wir momentan reden, nicht weiterkommen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb abschließend: Ich glaube auch, dass Sie natürlich durch die innerparteilichen Streitigkeiten gebunden sind. Ich versuche, das Ganze jetzt gar nicht so hochzuziehen. Ich glaube, dass Sie eine Linie haben und mit der Linie Ihrer Parteivorsitzenden, die auch Herr Stoiber möglicherweise aus Wahlkampfgründen vertritt, nicht einverstanden sind. Ich glaube aber, dass dies nicht der einzige Grund ist, warum Sie tatsächlich gegen das Vorziehen der Steuerreform sind. Jetzt zitiere ich einmal, weil das angemessen ist, die „Financial Times“:

Den selbsternannten Sanierer Roland Koch plagt ein dickes Haushaltsloch. Koch muss aufpassen, heißt es nicht ohne Schadenfreude in der CDU, dass er auf dem Weg ins Kanzleramt nicht im Schulden-sumpf versinkt.

Herr Ministerpräsident, die Schulden, die Sie in den letzten Jahren angehäuft haben, werden möglicherweise dazu führen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande nicht durch das Vorziehen der Steuerreform entlastet werden. Das wäre tatsächlich ein Skandal der Verschuldenspolitik der letzten Jahre in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, das war die letzte Wortmeldung. Ich komme jetzt zu den Anträgen, über die wir gesprochen haben.

Ich rufe zunächst den Antrag der SPD-Fraktion betreffend Steuersenkung vorziehen, Drucks. 16/300, auf. Ich

stelle ihn zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist gegen diesen Antrag? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP nicht angenommen worden.

Ich rufe den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/303, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dem Antrag nicht zu? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU und bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

Ich rufe den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform, Drucks. 16/337, zur Abstimmung auf. Wer diesem Dringlichen Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme?

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit ist der Dringliche Entschließungsantrag mit den Stimmen der Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung der Abgeordneten der CDU und Zustimmung der Abgeordneten der Antragsteller, der Fraktion der FDP, abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend Steuer senken, Arbeitsrecht flexibilisieren, Sozialversicherungssysteme reformieren, Drucks. 16/340, zur Abstimmung auf. Wer diesem Dringlichen Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist gegen die Annahme dieses Dringlichen Antrags? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit hat dieser Dringliche Antrag eine Mehrheit gefunden. Die Mitglieder der CDU-Fraktion haben zugestimmt, die Mitglieder der FDP sich der Stimme enthalten. Abgelehnt haben die Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 57** auf:

Antrag der Fraktion der CDU betreffend Transrapid – Drucks. 16/321 –

Ich rufe ihn zusammen mit **Tagesordnungspunkt 41** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend freie Metrorapid-Gelder für Transrapidverbindung Frankfurt – Hahn – Drucks. 16/301 –

Hinzu kommt noch **Tagesordnungspunkt 48:**

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Magnetschwebbahn „Transrapid“ – Drucks. 16/309 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, mit aufgerufen werden muss noch Tagesordnungspunkt 75!)

– Entschuldigung. Tagesordnungspunkt 75 steht im Nachtrag? – Den habe ich vergessen. Hinzu kommt also noch **Tagesordnungspunkt 75:**

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend schnelle Verbindung der Flughäfen Frankfurt und Frankfurt-Hahn – Drucks. 16/344 –

Das Wort hat Herr Kollege Reif.

Clemens Reif (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Transrapid steht als Symbol für den deutschen Erfindungsgeist, für die Kreativität in unserem Land und für den technischen Fortschritt. Der Transrapid ist ein einzigartiges Symbol der Hochtechnologie der Wirtschaft und der Industrie der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen zu Beginn meiner Rede aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 8. Juli 2003 zitieren. Die „Frankfurter Rundschau“ ist wahrlich nicht das Zentralorgan der Hessischen Landesregierung. Sie ist auch nicht die Hauspostille der den Transrapid herstellenden Firma. Mich entzweit distanzierender Respekt von dieser Zeitung. Das, was ich Ihnen jetzt zitieren will, ist aber bemerkenswert. Der Mitarbeiter der Firma ThyssenKrupp Transrapid GmbH, Heinz Trost, der 48 Jahre alt ist, wird dort mit folgenden Worten wiedergegeben:

„Wenn es so weiter geht“, so Trosts düstere Vision, „wird man in zehn Jahren vielleicht sagen, dass in China ein Wunderwerk gebaut wurde – aber keiner wird mehr von Kassel reden.“ Für Trost steht fest,

– so schreibt die Frankfurter Rundschau –

dass es eine Strecke in Deutschland geben muss,

– dann wird er wörtlich zitiert –

„damit wir hier zeigen können, dass es funktioniert“.

Auf die Frage, wie er sich fühlt, sagt er schlicht und ergreifend: „Ganz beschissen“. Rot-Grün gehöre an den Pranger, schimpft er ungehemmt auf die nordrhein-westfälische Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

So weit wollte ich Aussagen eines Mitarbeiters der Firma ThyssenKrupp Transrapid GmbH aus Kassel zitieren.

Ich glaube, man muss schon sagen, dass wir, die Vertreter der CDU, mit diesem Antrag keine Eintagsfliege vorgelegt haben. Dazu steht schon etwas in unserem Regierungsprogramm. Ich betone: Es steht in unserem Regierungsprogramm, nicht in unserem Wahlprogramm. – Denn manchmal unterscheiden sich Regierungsprogramm und Wahlprogramm sehr deutlich.

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Demonstrativer Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In unserem Regierungsprogramm steht, dass wir den Hochtechnologiestandort Nordhessen vorangebracht haben. Der Transrapid steht exemplarisch für die innovative Kraft der Region Nordhessen. Die von der CDU geführte Landesregierung hat sich in den letzten Jahren maßgeblich für den Erhalt der Hightechindustrie in Deutschland und auch in Nordhessen eingesetzt.

(Manfred Schaub (SPD): Wie denn?)

Dass China Interesse an dieser Technologie hat, ist für Kassel ein Glücksfall. Allerdings wird dieser Vorteil nur gesichert werden können, wenn neben einer Strecke in China, auf der diese Technologie angewandt wird, auch Strecken in Deutschland realisiert werden, auf denen diese Technologie angewandt wird. Die CDU Hessen

spricht sich deshalb für den schnellen Bau innerdeutscher Transrapidstrecken aus. Dies sollten nicht nur Strecken für den Nahverkehr, sondern auch welche für den Fernverkehr sein. Dafür bietet es sich an, ergebnisoffen den Bau einer solchen Strecke zwischen den Flughäfen Frankfurt am Main und Frankfurt-Hahn zu prüfen. Diese Strecke könnte bis Luxemburg oder Brüssel weitergeführt werden.

Wie Sie sehen, werden wir hinsichtlich des Transrapides etwas fortführen, was wir in unserem Regierungsprogramm im März dieses Jahres niedergeschrieben haben. Somit ist es folgerichtig, dass unmittelbar, nachdem Nordrhein-Westfalen auf den Bau einer Strecke für den Metrorapid verzichtet hat, der Hessische Ministerpräsident und der hessische Wirtschaftsminister gefordert haben, zwischen dem Frankfurter Hauptbahnhof, dem Flughafen Frankfurt am Main und dem Flughafen Frankfurt-Hahn solle eine echte Referenzstrecke in Deutschland für den Transrapid und die Magnetschwebetechnik gebaut werden. Wir brauchen eine überzeugende Referenzstrecke, um die Exportchancen unseres Landes bei der Hochtechnologie der Magnetschwebebahnen zu sichern, bei der wir weltweit führend sind.

(Beifall des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Wer, wenn nicht wir, kann zeigen, dass diese Technologie funktioniert? Wie können wir eigentlich von anderen draußen in der Welt erwarten, eine Technologie zu gebrauchen und zu kaufen, die in unserem Land, hier in Deutschland erfunden wurde, wenn wir selbst nicht in der Lage und willens sind, diese Technologie auch in unserem Land zur Anwendung zu bringen?

(Beifall der Abg. Frank Gotthardt und Brigitte Kölsch (CDU))

Die Nutzung im eigenen Lande ist die Grundvoraussetzung, damit diese Technologie eine Chance hat, exportiert zu werden.

Dieses technologische Projekt ist eines, auf das wir richtig stolz sein können. Wir müssen verhindern, dass es durch den Export der Blaupausen in den Fernen Osten im Grunde genommen dazu kommt, dass diese Technologie in anderer Art und Weise dort fortgeführt wird und wir sie somit geklaut bekommen haben. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass anspruchsvolle Arbeitsplätze, bei denen auf technologisch hohem Niveau gearbeitet wird, in unserem Land auch zukünftig eine Chance haben. Deshalb wollen wir, dass eine in Deutschland erfundene und zur Serienreife gebrachte Technologie auch eine operative aktive Anwendung in diesem Land findet. Wir glauben, dass das Land Hessen hierfür optimale Bedingungen mit dem Standort des Werkes in Kassel und der Möglichkeit, eine Referenzstrecke zwischen Frankfurt und dem Flughafen Frankfurt-Hahn mit der Option der Weiterführung nach Luxemburg und Brüssel zu bauen, bietet.

Der Transrapid ist eine Technologie, die sich ganz besonders für den Einsatz auf längeren Strecken eignet. Deshalb ist die Strecke von Frankfurt zum Flughafen Frankfurt-Hahn mit der Möglichkeit der Weiterführung nach Luxemburg und Brüssel dafür geradezu geeignet. Die Strecke von Frankfurt zum Flughafen nach Hahn beträgt etwa 115 km. Wenn man sie von Hahn nach Brüssel weiterführen würde, käme man auf 250 km. Mit einer solchen Strecke würden mehrere Verkehrsknotenpunkte miteinander verbunden. Die Flughäfen Frankfurt und Frankfurt-Hahn würden damit miteinander zu einem Drehkreuz und zu einem Tor zur Welt verbunden. Das zu

erreichen ist unser Ziel. Es besteht da eine gute Chance. In Luxemburg gibt es keine ordentliche Anbindung an einen internationalen Flughafen. Nachdem die Sabena, die insbesondere am Flughafen in Brüssel tätig war, nicht mehr besteht, gibt es auch in Belgien keine echte Anbindung mehr. Somit würden wir mit dieser Magnetschwebetechnik für den Flughafen Frankfurt unter Einbeziehung des Flughafens Hahn eine weitere Chance eröffnen.

Wer wie selbstverständlich über diese Technik spricht, muss natürlich auch einen Exkurs in die Vergangenheit wagen. Hätte die SPD in Hessen in den Neunzigerjahren eine offenere und konstruktivere Haltung eingenommen, dann hätten wir heute in Deutschland diese Technologie schon längst in der Anwendung.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das müssen wir ganz deutlich sagen: In den Neunzigerjahren waren die Sozialdemokraten Gefangene in der Koalition mit den GRÜNEN. Im Grunde genommen durften sie damals nicht die Positionen einnehmen, die sie heute in einem Antrag, den sie in diesem Parlament vorgelegt haben, vertreten. Das wäre Mitte der Neunzigerjahre überhaupt nicht denkbar gewesen. Deshalb ist die Haltung der Sozialdemokraten zu dieser Technologie in diesem Jahr umso bemerkenswerter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Mitte der Neunzigerjahre wurde in diesem Hause alles verhindert. Es wurde die Kerntechnologie aus dem Land getrieben. Damit wurden 2.500 Arbeitsplätze am Standort Hanau direkt und weitere 2.500 Arbeitsplätze im Umfeld von Hanau quasi ausradiert mit dem Ergebnis, dass es nichts außer dem Abbau von Arbeitsplätzen gebracht hat. Die Kerntechnologie in Deutschland ist weiterhin funktionsfähig. Wir haben immer noch die besten Kernkraftwerke.

Die Biotechnologie wurde angefeindet, und das Land Hessen hat damit unwiederbringliche Chancen vertan. Die Gentechnik wird von den GRÜNEN heute noch veräußelt. IT und Sonstiges waren zu diesen Zeiten des Teufels. Das hat die Sozialdemokraten gehindert, in diesem Land Fortschritt möglich zu machen. Deshalb sind wir heute angetreten, zu sagen: Im Land Hessen darf mit Technologie nicht weiter so umgegangen werden. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser schäbige Umgang mit Spitzentechnologie, der anderswo auf der Welt überhaupt nicht möglich wäre, nicht so weitergeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht darum, wie wir das verwirklichen wollen. Auch hierzu gebe ich eine Antwort. Das Geld, das von der Bundesregierung für Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt werden sollte, steht – so denken wir – weiterhin auch für uns in Hessen zur Verfügung.

Wir sind in dieser Auffassung durch den Antrag der Sozialdemokraten in diesem Haus bestärkt, die ebenfalls davon ausgehen, dass dieses Geld – nachdem Nordrhein-Westfalen ausgestiegen ist – nunmehr auf Hessen umgeleitet werden kann. Wir glauben, dass uns dies gelingen kann.

Entweder steht das Geld weiterhin zur Verfügung, dann haben wir darauf einen Anspruch, oder es könnte sein, dass Schröder Herrn Steinbrück nach Nordrhein-Westfalen die Anweisung gegeben hat, dass er nicht mehr an einer Sache festhalten soll, für die anschließend kein Geld da ist.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Clemens Reif (CDU):

Dann allerdings hätte Schröder Herrn Steinbrück und seine nordrhein-westfälischen Kollegen von Anfang an hinteres Licht geführt.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Mitte der Neunzigerjahre konnten rund 7 % GRÜNE im Landtag die Auffassung von 93 % Befürwortern für den Transrapid blockieren. Heute haben wir eine umgekehrte Situation. Über 90 % Befürworter haben eine einzigartige Chance, also nutzen wir sie. Der FDP rate ich, die Herren Bauckhage und Brüderle aus Rheinland-Pfalz hinter die Sache zu bringen.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Reif, es nutzt nichts. Sie müssen trotzdem zum Ende kommen.

Clemens Reif (CDU):

Von der SPD erwarten wir, dass sie in Berlin die Mittel auf Hessen umleitet. Dann ist mir um den Transrapid in Hessen nicht bange. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Das war eine Überschreitung von knapp zwei Minuten. – Herr Frankenberger für die SPD-Fraktion, bitte.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Jetzt bin ich aber gespannt, was die Bremsen von der SPD sagen!)

Uwe Frankenberger (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion bedauert die Entscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung, auf den Bau einer Metrorapidstrecke an Rhein und Ruhr zu verzichten. Wir sind der Überzeugung, dass diese Entscheidung nicht die weitere Entwicklung der Magnetschwebetechnologie in Deutschland gefährden darf.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Reif, um voreiligen Schlussfolgerungen und Schuldzuweisungen vorzubeugen, ist es notwendig, einiges zu den Fakten zu sagen. Die CDU/FDP-Bundesregierung hat 1997 unter der Verantwortung des damaligen Bundesverkehrsministers Wissmann in einem Eckwertebeschluss die Zuschüsse für das Projekt auf 6,1 Milliarden DM festgeschrieben.

(Günter Rudolph (SPD): So viel zur Wahrheit!)

Damals hat der Verkehrsminister ausdrücklich betont, einen Transrapid um jeden Preis werde es nicht geben.

(Günter Rudolph (SPD): Hört, hört!)

Das war die Position der Bundes-CDU, die auch die Unterstützung der FDP auf Bundesebene gefunden hat. 1998 hat die rot-grüne Bundesregierung genau diese 6,1 Milliarden DM übernommen und damit ein eindeutiges Bekenntnis zur Anwendung der Magnetschwebetechnologie in Deutschland abgelegt.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wann kommt das Geld nach Hessen?)

Es war die Entscheidung der Bahn AG im Jahr 2000, die Strecke Hamburg – Berlin zu kippen, weil von den anfangs zugrunde gelegten 14,1 Millionen Beförderungsfällen pro Jahr im Jahr 2000 nur noch geschätzte 8,8 Millionen Beförderungsfälle übrig geblieben waren.

Das waren damals die Rahmenbedingungen. Die Entscheidung der Bahn AG haben wir bedauert,

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Darauf haben wir doch keinen Einfluss!)

aber wir hatten sie zu akzeptieren. Nach dem Aus für die Strecke Hamburg – Berlin waren sich der Bund, die Deutsche Bahn AG und die beteiligten Industrieunternehmen einig, dass die Magnetschwebbahntechnik für den Industriestandort Deutschland von so herausragender Bedeutung ist, dass sie nach der Beendigung des Projektes Hamburg – Berlin auch weiterhin zur Anwendung kommen soll. Zu dieser so genannten Grundsatzvereinbarung wurde ein Zukunftsprogramm für die deutsche Magnetschwebbahntechnik beschlossen, in dem die Auswahl und Realisierung von Anwendungsstrecken in Deutschland vorgesehen wurde.

Verschiedene Bundesländer meldeten fünf Strecken an, die im Rahmen einer so genannten Vorstudie untersucht wurden. Im Ergebnis kam es zu der Entscheidung für die so genannte Metrorapidstrecke Düsseldorf – Dortmund und die bayerische Strecke München Hauptbahnhof bis Flughafen München. Für diese beiden Strecken wurde im Januar 2001 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen unter finanzieller Beteiligung der beteiligten Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern eine so genannte vertiefende Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Das Ergebnis dieser Studie hat der damalige Bundesverkehrsminister Bodewig gemeinsam mit seinen beiden Länderkollegen aus Bayern und Nordrhein-Westfalen vorgestellt.

Der Bundeszuschuss sollte wie folgt verteilt werden: Auf den Metrorapid entfielen 1,75 Milliarden €, und der Flughafenzubringer München wird durch den Bund mit 550 Milliarden € unterstützt.

(Michael Denzin (FDP): Millionen!)

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu dem uneingeschränkten Bekenntnis der CDU zu dieser Hochtechnologie. Wer den Metrorapid von Anfang an nicht wollte, das war die CDU in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Walter Lübcke (CDU): Na, na, na!)

Der Oppositionsführer im nordrhein-westfälischen Landtag, Jürgen Rüttgers, hat sich von Anfang an gegen den Metrorapid positioniert. Noch auf dem Bundesparteitag der CDU 2002 in Frankfurt erklärte die Bundesvorsitzende der CDU, Angela Merkel: „Die Transrapidstrecke im Ruhrgebiet ist nun wirklich das Allerdümmste, was man sich ausdenken kann, wenn man in Deutschland Verkehrspolitik betreiben will.“

(Zuruf von der SPD: Das ist ja unglaublich! – Dr. Walter Lübcke (CDU): Weil Rot-Grün das nicht umsetzen wollte!)

Noch am 16. Mai 2003 erklärte der haushaltspolitische Sprecher der Union im Bundestag, Dietrich Austermann, in einem Interview mit dem „Tagesspiegel“: „Wenn der

Finanzminister“ – gemeint war der Bundesfinanzminister – „alle staatlichen Leistungen kritisch überprüfen wolle, müssten auch so fragwürdige Objekte wie der Transrapid gestrichen werden.“

(Hildegard Pfaff (SPD): Ein ungeheuerlicher Vorgang!)

Meine Damen und Herren, so weit zu dem, was die Menschen und vor allem die Arbeitnehmer in Kassel von dem klaren Bekenntnis der CDU zum Transrapid zu halten haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war die hessische SPD, die im Jahr 2002 in diesem Haus den Antrag gestellt hat, eine Machbarkeitsstudie für den Transrapid zur Verbindung Frankfurt-Flughafen nach Hahn und darüber hinaus in Auftrag zu geben. Dieser Antrag wurde von der damaligen CDU/FDP-Mehrheit im Hessischen Landtag abgelehnt. Wäre man damals unserem Antrag gefolgt, dann wären wir heute sicherlich gemeinsam schon ein Stück weiter, was die Machbarkeit der Strecke von Frankfurt-Flughafen nach Frankfurt-Hahn anbelangt.

Am 27. Juni verkündete die nordrhein-westfälische Landesregierung, dass sie nicht mehr an dem Projekt einer Metrorapidverbindung zwischen Düsseldorf und Dortmund festhalten werde. Diese Entscheidung bedauern wir, da durch sie am Standort Kassel Arbeitsplätze bedroht sind und wir die Anwendung dieser Hochtechnologie in Deutschland wollen.

Meine Damen und Herren, wir stehen zu dem Standort Kassel und sind der Überzeugung, dass in der jetzigen Situation alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um den Transrapidstandort Kassel zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen die positiven Signale aus Bayern, an der geplanten Flughafenverbindung festzuhalten. Es gehört aber auch zur Ehrlichkeit, insbesondere gegenüber den betroffenen Arbeitnehmern deutlich zu sagen, dass bis zur Realisierung dieser Verbindung noch einige Schwierigkeiten auszuräumen sind. Wir wollen auch nicht, dass der für den Bau des Metrorapid vorgesehene Bundeszuschuss für den Bau einer S-Bahn-Verbindung umgewidmet wird. Wir sind daher froh, dass die Bundesregierung bereits dargestellt hat, dass die Mittel aus dem Haushaltstitel für die Magnetschwebbahntechnik, die nicht für die Strecke in München benötigt werden, für keine anderen Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt werden als für den Transrapid.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Sprecht ihr denn mit Eichel noch darüber?)

Meine Damen und Herren, wer alle Anstrengungen unternehmen will, um den Transrapidstandort Kassel zu sichern, der muss natürlich verfolgen, dass es neben der Verbindung zwischen München und dem Münchner Flughafen zu einer weiteren Referenzstrecke in Deutschland kommen muss, die vor allem länger ist als die bayerische Variante. Insofern ist es nur folgerichtig, die von der SPD schon im vorigen Jahr geforderte Machbarkeitsstudie zur Flughafenverbindung zwischen Frankfurt und Frankfurt-Hahn jetzt zu realisieren. Wir begrüßen auch, dass sich die Hessische Landesregierung, die CDU und die FDP entgegen ihrem früheren Abstimmungsverhalten jetzt im Hes-

sischen Landtag für eine Realisierung der Strecke zwischen Frankfurt und Hahn aussprechen.

Wir können uns auch mit der Forderung der FDP anfreunden, jetzt ein bisschen mehr in europäischen Dimensionen zu denken. Denn wir sind der Überzeugung: Je länger eine Anwendungstrecke, desto besser kann die Magnetschwebbahntechnologie ihre Vorteile demonstrieren.

Meine Damen und Herren, es ist aber auch eine Illusion, zu glauben, dass durch den Bau der Verbindung Frankfurt – Hahn der Ausbau des Frankfurter Flughafens überflüssig wäre. Wer so argumentiert, der hat nicht begriffen, warum der Frankfurter Flughafen ausgebaut werden muss.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Was wir benötigen, das ist ein klares, positives Signal an die betroffenen Beschäftigten in Kassel, die nach dem Aus für den Metrorapid in Nordrhein-Westfalen um ihre Arbeitsplätze fürchten. Es gehört aber auch zur Ehrlichkeit, den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen deutlich zu sagen, dass auch eine Realisierung der Flughafenverbindung München oder anderer Strecken nicht sofort beschäftigungswirksam wird, sondern dass das erst in zwei Jahren in Kassel für Beschäftigung sorgt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Ehrlichkeit in der Transrapiddebatte wollen wir lieber nicht reden!)

Deshalb fordern wir von dieser Stelle aus endlich ein klares Bekenntnis von Thyssen-Henschel zu dem Standort Kassel. Das sind wir den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es reicht auch nicht aus, zu meinen, allein durch Ankündigungspolitik den Standort Kassel erhalten zu können. Der Hessische Ministerpräsident hat letzte Woche in Kassel bei seinem Besuch im Transrapidwerk viele Erwartungen geweckt.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Er war vor Ort!)

Aber wir haben ein klares Signal vermisst, was die Hessische Landesregierung bereit ist, an Geld für die Realisierung der Verbindung zwischen Frankfurt und Hahn in die Hand zu nehmen. Alles andere bewegt sich auf dem Niveau einer reinen Symbolpolitik, die unverantwortlich gegenüber den um ihre Arbeitsplätze fürchtenden Beschäftigten bei Thyssen ist.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): So ist es! Wie viel ist es denn?)

Es gebietet geradezu die Ehrlichkeit in der Politik, jetzt zu sagen, welche Chancen, aber auch welche Risiken in dem Projekt stecken.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Ende kommen.

Uwe Frankenberger (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das Land Rheinland-Pfalz, auf dessen Gebiet der größte Teil der Verbindung verlief, wesentlich zurückhaltender ist als die Hessische Landesregierung. Wir erwarten auch hier entsprechende Initiativen.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, Sie müssen den Menschen in Kassel, bei denen Sie die Latte ganz hoch gehängt haben, erklären, wie viel Geld die Landesregierung in die Hand nehmen will, um die Verbindung zwischen Frankfurt und Hahn zu realisieren, und wer anschließend diese Verbindung betreiben will. Das gebieten die Ehrlichkeit und die Sorge um die Arbeitsplätze in Kassel. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Michael Denzin das Wort.

Michael Denzin (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Frankenberger, dann fangen wir einmal bei der Ehrlichkeit an. Ich halte es für wenig ehrlich, wenn wir hier im Landtag zum zehnten Mal mit Appellen ein Thema angehen und nicht die tatsächlichen Ursachen, warum wir in Deutschland nicht weiter gekommen sind, beleuchten. Ich werde dies einmal versuchen.

Wir haben den Transrapid weitgehend als eine Art Phantomdiskussion geführt. Wir haben immer gesagt, wir wollen ihn. Wir haben gesagt, wir brauchen in Deutschland eine Referenzstrecke, damit wir weltweit verkaufsfähig werden. Dann kam die Strecke Hamburg – Berlin, und man stellte plötzlich fest: Die Finanzierungsmittel reichen nicht. – Dann wollten wir ihn auf eine „Schiene“ reduzieren, und dann sagte die Bahn: Das können wir auch mit dem ICE bedienen, nicht so schnell, aber im Ergebnis von den Kosten und Nutzen vielleicht günstiger.

Dem war nichts entgegenzusetzen. Dieter Posch als Wirtschaftsminister und ich als verkehrspolitischer Sprecher haben damals schon darauf hingewiesen, dass die Strecke Hamburg – Berlin sicherlich nicht die geborene Referenzstrecke für sich genommen ist, sondern dass wir weiter denken müssen, dass wir an eine europäische Vernetzung von Zentrum zu Zentrum denken müssen. Es hätte dann einen Sinn gemacht, weiter an dem Thema zu arbeiten, wenn es nach Prag, nach Wien, möglicherweise nach Budapest, wie auch immer, weitergegangen wäre. Aber das ist alles Geschichte. Es hat auch gar keinen Sinn, sich jetzt lange damit aufzuhalten.

Dann kam die „Ruhrpotttram“, ein völliger Missgriff, auf die Systemtechnik bezogen. Deshalb kann ich gut verstehen, wenn Herr Rüttgers das abgelehnt hat. Was will ich denn mit einer beschleunigten Straßenbahn im System eines Transrapids, einer Magnetschwebbahn?

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das ist doch schon das Reiten eines toten Pferdes!)

Genauso das Reiten eines toten Pferdes ist nach meiner Vorstellung der Ersatz einer S-Bahn vom Münchner Flughafen zum Münchner Hauptbahnhof, den auch in der Stadt München zunächst keiner wollte.

(Beifall bei der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist der Lederhosenexpress!)

Meine Damen und Herren, alles, was wir hier angepackt haben, ist gescheitert. Es muss einen Grund gehabt haben,

dass es gescheitert ist bzw. München jetzt als für meine Begriffe untaugliches Referenzobjekt noch ansteht.

Das liegt daran, dass überall, wo bisher über Standorte eines möglichen Transrapid-Systems in Deutschland nachgedacht worden ist, andere Verkehrsträger effizienter und effektiver die Probleme lösen konnten bzw. in der Kosten- und Nutzenrelation für andere Verkehrsträger die Ergebnisse besser ausgesehen haben. Damit sind wir am wesentlichen Punkt, wo die Fehlläufe unserer bisherigen Entscheidungsprozesse liegen, nämlich dass immer wieder isoliert von der Themenstellung Referenzstrecke ausgegangen wurde und dass wir dieses System nie integriert in seinen Stärken innerhalb eines Gesamtverkehrssystems gesehen haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Davon müssen wir uns endlich lösen. Wir alle wissen, dass wir die erwarteten Verkehrszunahmen in den nächsten zehn Jahren auf den bisherigen Trassen nicht bewältigen werden können. Die Zahlen sind uns alle im Kopf: plus 30 % im Personenverkehr, plus 60 % im Güterverkehr. Wir kennen den Kabinettsbeschluss zum Bundesverkehrswegeplan, der nicht annähernd ausreichend ist, um auf den traditionellen Verkehrswegen Straße, Schiene, Luft und meinetwegen Wasser damit fertig zu werden, abgesehen davon, dass wir auch dafür mehr Mitteleinsatz bräuchten, als vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, deshalb müssen wir weiter denken. Wie kommen wir zu einem neuen Verkehrssystem, das in der Lage ist, auch die Zentralverbindungen von Paris in den Ballungsraum Frankfurt, von Frankfurt nach Brüssel, von Frankfurt nach Luxemburg herzustellen? Welches Mittel ist jeweils das adäquate? Es wird nicht der Flieger sein können, weil wir da die Kapazitätsengpässe unmittelbar vor Augen haben. Was für Frankfurt gilt, das gilt nach Feststellung sogar der rot-grünen Bundesregierung für fast alle unserer großen Flughäfen. Das heißt, wir gehen sehenden Auges auf die Engpässe zu.

Ich hoffe nicht, dass es überall in den Parlamenten Menschen mit Ihrer Einstellung, Herr Kaufmann, gibt, die dann 30 Debatten zu einer Notwendigkeit herausfordern, die ansonsten jeder einsieht.

Fakt ist aber, es wird immer schwieriger werden, diese Kapazitäten zu erweitern. Wir brauchen angesichts einer im Zuge der Globalisierung immer enger zusammenrückenden Welt Kapazitäten für Fernflüge. Die Globalisierung ist ja kein Prozess, den man beschließt, sondern eine Entwicklung.

Wir müssen im Nah- und Mittelstreckenbereich entlasten. Wir haben ein System für den Nahbereich. Das ist der ICE. Wir müssen die Straßenkapazitäten erweitern, und wir brauchen ein zukunftsfähiges System für die Mittelstrecken. Dieses System kann die Magnetschwebbahn, der Transrapid, sein. Deshalb geht unser Antrag nicht davon aus, Frankfurt und Hahn auf einer Referenzstrecke zu verbinden, sondern wir wollen eine Grundachse im zusammenwachsenden und sich nach Osten ausweitenden Europa von Frankfurt nach Brüssel legen, möglicherweise mit einem Abzweig nach Luxemburg – auch das kann interessant sein –, und dabei Hahn anbinden. Damit könnten wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Nur so macht es Sinn.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Das heißt aber auch, dass wir von dem derzeitigen Verkehrswegeplan, der noch auf dem Gestern fußt, in neue Dimensionen hineinkommen müssen. Das ist in erster Linie eine Aufforderung an die Bundesregierung. Wir müssen dabei ein technologisch weiterentwickeltes Konzept einbeziehen. Es spricht sehr viel dafür, dass das der Transrapid sein kann. Das heißt, dass dieses System EU-weit abgestimmt werden muss, weil wir an den nationalen Grenzen nicht Halt machen können und auch nicht Halt machen wollen. Dieser Punkt muss auch bei der Finanzierung eine Rolle spielen. Deshalb ist hier nicht nur der Bund gefragt, es sind nicht nur die betroffenen Länder gefragt, sondern es ist auch die EU gefragt.

Ich sehe hier wirklich eine Chance, mittel- und langfristig zu einer Umorientierung zu kommen, an der wir so oder so nicht vorbeikommen. Die Frage ist nur, wann wir das kapieren. Ich möchte, dass Sie gemeinsam mit uns über diesen Antrag nachdenken – und zwar nicht über eine Begrenzung dieses Transportmittels auf die Strecke zwischen Frankfurt und Hahn, sondern über eine Grundachse. Ich fordere unseren Ministerpräsidenten, aber auch die Bundesregierung und insbesondere den Bundesverkehrsminister auf, gegenüber Brüssel in dieser Hinsicht vorstellig zu werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben eine zukunftsweisende Technologie. Wir haben das Glück, dass wir sie in Hessen haben. Das tut zwar hinsichtlich der Verkehrsentwicklung nichts zur Sache, aber es ist für uns ein besonderes Glück. Ich sehe eine Chance, aber wir müssen sie anpacken und mit den Phantomdiskussionen aufhören.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Als nächster Redner hat Herr Wagner (Taunus) für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das hessische Sommerloch hat in diesem Jahr etwas früher begonnen. Wenn es dafür eines Beweises bedurft hätte, dann bräuchten wir uns nur in den Reihen der CDU umzuschauen. Der Transrapid ist der Zeitpunkt der CDU in dieser Plenarwoche. Das ist der für Sie wichtigste Punkt. Wir sehen, welche Bedeutung das Thema wirklich hat: Nicht einmal ein Viertel der Abgeordneten der CDU-Fraktion ist anwesend. Ich kann nur sagen: ein klassisches Sommerlochthema.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Bei euch sind auch nicht viele da!)

Kaum ist abermals eine geplante Transrapid-Kurzstrecke an ihren eigenen Widersprüchen gescheitert – gemeint ist die Strecke in NRW –, lesen wir Ende Juni schon wieder in der Zeitung, Roland Koch wolle den Transrapid nach Hessen holen. So wird die alte Idee einer Transrapidstrecke zwischen den Flughäfen Frankfurt und Frankfurt-Hahn wieder aus der Kiste gekramt. Zum Frankfurter Hauptbahnhof soll es natürlich auch gleich mit gehen.

Dass es zwischen dem Hauptbahnhof Frankfurt und dem Flughafen bereits eine leistungsfähige Bahnverbindung gibt, dass die Fahrzeit schon heute gerade einmal zwölf Minuten dauert und dass es bislang überhaupt keine Vorstellung gibt, wie der Transrapid in die Innenstadt von Frankfurt geführt werden soll, stört dabei wenig.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Nicht die Landesplanung bestimmt die Schlagzeilen, sondern die Schlagzeilen bestimmen die Landesplanung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da will sich auch die FDP, die selbst ernannte Wächterin der Mitte, nicht lumpen lassen. Warum denn die Transrapidstrecke nicht gleich nach Luxemburg und Brüssel verlängern? Dass es dazu noch überhaupt keine ernst zu nehmenden Planungen gibt, dass erst vor kurzem die Milliarden Euro teure ICE-Verbindung von Frankfurt nach Köln in Betrieb gegangen ist, die im weiteren Verlauf auch die Beneluxstaaten erschließen wird, und dass der Transrapid auf den für diese Technik nach wie vor kurzen Strecken seine Vorteile überhaupt nicht ausspielen kann, stört da wenig. Mit einem Federstrich, in einem dreizeiligen Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, sich für das Projekt einzusetzen und es umzusetzen.

Das alles geschieht in einer Zeit, in der auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene um jeden Euro in den öffentlichen Haushalten gerungen wird. Es geschieht in einer Zeit, in der der hessische Landshaushalt auch schon ohne Transrapid völlig aus dem Ruder läuft. Es geschieht in einer Zeit, in der uns der Hessische Ministerpräsident vor nicht einmal einer Stunde erzählt hat, er könne den hessischen Anteil an dem Vorziehen der Steuerreform, 500 bis 600 Millionen €, im Landshaushalt nicht verkraften. In einer solchen Zeit erzählen uns FDP und CDU, sie hätten das Geld für den 3 Milliarden € teuren Bau einer Transrapidstrecke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Wenn wir so weitermachen, wird der Transrapid zu einer der größten Geisterbahnen in der deutschen Industriegeschichte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Muster ist immer das gleiche: Erst werden große Erwartungen geweckt.

(Clemens Reif (CDU): Sie sprechen zu Ihrer eigenen Voodoo-Ökonomie!)

– Ich komme auch noch zu den ökonomischen Aspekten des Transrapid. Da können Sie sicher sein, Herr Reif. Keine Angst, auch Sie werden noch etwas von dieser Rede haben. Ich will ja nicht, dass Sie enttäuscht in die Mittagspause gehen.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Muster ist immer das gleiche: Erst werden große Erwartungen geweckt. Dann wird gerechnet, und dann wird sich aus dem Projekt verabschiedet. So war es im Jahre 2000 mit der Strecke Hamburg – Berlin, so war es jetzt in Nordrhein-Westfalen, und so wird es auch in Hessen sein, wenn wir weiter so diskutieren, wie wir die Debatte angefangen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am wenigsten ist mit einer solchen Politik übrigens dem Transrapidprojekt selbst und den Menschen geholfen, die ihn in Kassel bauen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Wer hat das Projekt in Nordrhein-Westfalen eingestampft? Es ist eine Unverschämtheit, was Sie hier erzählen!)

Die 300 Beschäftigten in Kassel brauchen Klarheit und realistische Planungen statt medialer Selbstverwirklichung im Sommerloch.

Es ist höchste Zeit, die Debatte über den Transrapid vom Kopf auf die Füße zu stellen. Technikverliebtheit ist ein schlechter Ratgeber in der Verkehrspolitik. Nur damit Herr Koch und Herr Hahn die größte Modellschwebbahn ihres Lebens bauen können, sind öffentliche Mittel wirklich zu schade.

(Clemens Reif (CDU): Machen Sie doch einen Vorschlag!)

Herr Reif, damit wir uns richtig verstehen und damit Sie endlich einen Grund für Ihre Zwischenrufe haben: Wir GRÜNEN sind nicht gegen den Transrapid.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Ach du liebe Zeit! Das ist etwas ganz Neues! – Dr. Walter Lübcke (CDU): Ihr habt das Projekt in Nordrhein-Westfalen gekappt!)

Herr Reif, ich sage es Ihnen gerne noch einmal: Wir GRÜNEN sind nicht gegen den Transrapid.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Herr Reif, wir müssen aber prüfen, welche Vor- und Nachteile dieses Verkehrsmittel hat – wie bei jedem anderen Verkehrsmittel auch. Wo kann es sinnvoll eingesetzt werden?

(Clemens Reif (CDU): Wo denn?)

Wo ist es ökonomisch sinnvoll? Wo ist es verkehrlich sinnvoll? Und wir müssen auch fragen – Herr Reif, damit werden Sie Probleme haben –: Wo ist es ökologisch sinnvoll, ein solches Verkehrsmittel einzusetzen? Diese Fragen stellen wir allerdings, denn unser Motto in der Verkehrspolitik ist – das sollten Sie beachten –: erst denken, dann baggern. Herr Reif, das ist gerade für Sie ein gutes Motto.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Stellen Sie nicht nur Fragen, sondern geben Sie auch Antworten!)

Bevor es an den Bau irgendwelcher Referenzstrecken geht, gilt es doch, ganz nüchtern ein paar Fragen zu beantworten. Brauchen wir überhaupt eine bessere Verbindung zwischen den Flughäfen Frankfurt und Hahn? Das ist eine ganz einfache Frage, die man ganz nüchtern stellen und beantworten kann. Alle bisherigen Studien sagen, das Verkehrsaufkommen zwischen den beiden Flughäfen gibt das nicht her.

(Clemens Reif (CDU): Wenn Sie so weitermachen, nenne ich Sie Schlaumeier!)

– Herr Reif, warten Sie doch einmal ab. Kurz vor der Mittagspause nimmt die Zahl Ihrer Zwischenrufe rapide zu. Nach dem Mittagessen sind Sie viel verträglicher. Vielleicht kann man Ihnen einen Apfel bringen, damit es ein bisschen ruhiger wird.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde Ihnen auch gerne mein Wasser anbieten.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren auf der Besuchertribüne, auch wenn es lustig ist, nach den Regeln des Hauses dürfen Sie bitte keinen Beifall oder Unmut kundtun.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Selbst bei Herrn Reif darf man das nicht. – Eine Verbindung der Flughäfen würde doch nur Sinn machen, wenn wir ein höheres Verkehrsaufkommen zwischen den Flughäfen hätten. Im Moment will niemand von Hahn nach Frankfurt und niemand von Frankfurt nach Hahn. Das ändert sich nur, wenn Sie auf unsere Argumentation beim Thema Flughafen eingehen.

(Clemens Reif (CDU): Das würde noch fehlen!)

Wenn Sie wirklich einen Verbund der beiden Flughäfen machen, wenn Sie wirklich sagen, die vierte Bahn von Frankfurt liegt auf dem Hahn, dann haben wir ein Verkehrsaufkommen, das eine schnelle Anbindung der beiden Flughäfen rechtfertigen würde, und – Herr Reif – dann kann ein Transrapid auch Sinn machen. Dann sind wir GRÜNEN auf Ihrer Seite. Wir müssen allerdings gucken: Ist es ein Transrapid, oder ist es eine schnelle Bahnverbindung? – Auch das müssen wir ganz ruhig und ganz nüchtern prüfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich müssen wir uns als hessische Abgeordnete natürlich auch fragen, wie wir die 300 Arbeitsplätze in Kassel, die mit dem Bau des Transrapids beschäftigt sind, erhalten können. Das muss für uns als hessische Abgeordnete eine ganz wichtige Frage sein.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wir alle hier im Haus wollen diese Arbeitsplätze sichern. Allerdings wird es einem dabei schon schwindelig – Herr Reif, jetzt komme ich auf die ökonomische Situation, auf die Sie schon so lange warten –, wenn zum Erhalt von 300 Arbeitsplätzen eine Investition von 3 Milliarden € getätigt werden soll. Das sind 10 Millionen € pro Arbeitsplatz.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Es geht um neue Technologie!)

Bei dieser ökonomischen Lage wird einem schon sehr schwindelig. – Herr Kollege Lübcke, natürlich geht es um die Technologie, genau deshalb frage ich: Ist dieser Technologie nicht besser geholfen, wenn Sie ein Markteintrittsprogramm finanzieren?

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Sie müssen diejenigen loben, die diese Technologie entwickelt haben!)

Wenn Sie ein Programm finanzieren, wie Sie für den Transrapid werben, ist dieser Technologie nicht sehr viel besser geholfen als damit, 3 Milliarden € in eine Referenzstrecke zu verbuddeln, von der keiner von uns weiß, ob sie wirklich sinnvoll ist?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Herr Kollege Lübcke, die Referenzstrecken gibt es doch. Wir haben eine Referenzstrecke im Emsland,

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

wir haben eine Referenzstrecke in China, und wir werden in diesem Jahrzehnt wahrscheinlich noch eine Referenzstrecke in Bayern haben. Deswegen frage ich, ob wir diese hessischen Landesmittel, die Sie einsetzen wollen, im Interesse der Arbeitnehmer nicht sehr viel sinnvoller einsetzen könnten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Wagner, Ihre Redezeit ist gleich abgelaufen.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das alles können nur vorläufige Antworten sein. Wir alle können es nicht abschließend beurteilen. Unser gemeinsames Ziel ist eine schnelle, ökologisch und finanziell verantwortbare Verbindung zwischen den beiden Flughäfen. Wir beantragen, dass genau das offen geprüft wird, wie wir dieses Ziel gemeinsam erreichen können. Wenn es am besten mit dem Transrapid geht, dann soll der Transrapid den Zuschlag bekommen; wenn es mit der guten alten Bahn besser geht, dann soll die Bahn den Zuschlag bekommen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Am besten mit der Dampflok!)

Da sind wir ganz leidenschaftslos, aber wir brauchen doch Fakten, auf denen wir eine Entscheidung über 3 Milliarden € treffen können.

(Volker Hoff (CDU): Ich setze auf das Pferd!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Ihre Redezeit ist jetzt wirklich zu Ende.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, ich komme zum letzten Satz. – Was wir aber auf jeden Fall im Interesse der Beschäftigten in Kassel vermeiden sollten, ist, dass es am Ende wieder heißt, der Transrapid fuhr nur einen Sommer. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Das Wort hat der Hessische Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Herr Rhiel.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, dass der letzte Beitrag hier in der Debatte, den wir eben gehört haben, nicht geeignet ist, den Technologiestandort Deutschland zu verbessern und weiter zu entwickeln, sondern es war ein Beitrag, ihn schlechtzureden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kommen Sie auf die Idee? – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist das Letzte, was wir uns leisten können, auch angesichts der Debatte, die wir heute Morgen hier geführt haben, in der es darum ging, dass wir alle Chancen nutzen müssen, die wirtschaftliche Entwicklung und die Wachstumskräfte wieder nach vorn zu bringen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann stimmen Sie der Steuerreform zu!)

Das Thema „Transrapid“ ist ein Thema, mit dem der Technologiestandort Deutschland reüssieren kann.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nicht zuletzt die Projektion und die Umsetzung in China haben dazu geführt, dieses Technologiebeispiel wieder in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. Wir haben auch hier in Deutschland die Aufgabe, selbst in dem Land, in dem der Transrapid entstanden ist und konzipiert wurde, eine entsprechende Realisierung zu sichern. Es war ja so, dass es um fünf Projekte ging. Die Projektkommission hat sich für zwei entschieden. Zu den fünf Projekten gehörte auch von Anfang an die Verbindung Frankfurt – Hahn.

Hätten sich die Nordrhein-Westfalen nicht politisch so aktiv ins Zeug gelegt und auf allen Wegen versucht, den Zuschlag zu erhalten, dann wären wir hier in Hessen heute schon wesentlich weiter, nämlich mindestens so weit wie es die Bayern derzeit sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, dass das Projekt, das wir heute hier diskutieren, auch im Hinblick auf die technologische Leistungsfähigkeit des Transrapids, das richtige Projekt ist. Wir haben dabei sowohl in Hessen als auch in Rheinland-Pfalz – es geht um diese beiden Länder – eine handlungsfähige und handlungsbereite Regierung und die entsprechenden Mehrheiten im Parlament.

Was wir in Nordrhein-Westfalen erlebt haben, war nicht – das sollten wir genauer beachten – das Scheitern einer Finanzierung, sondern es wurde auf dem politischen Koalitionsaltar geopfert.

(Zurufe von der CDU: Rot-Grün!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schaub zu?

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Darf ich bitte erst zu Ende kommen, Herr Schaub? – Das Protokoll und das Schreiben des nordrhein-westfälischen Kollegen, des Wirtschafts- und Verkehrsministers, sagen noch am 4. Februar, dass sich die Koalitionsparteien endgültig auf die Finanzierung des Metrorapid geeinigt haben, wohl gemerkt am 4. Februar dieses Jahres. Innerhalb weniger Wochen – das haben wir auch über die Medien verfolgen können – wurde dieses Projekt geopfert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal ganz bewusst unterstreichen, was Herr Denzin gesagt hat. Es geht um die wichtige Achse Frankfurt – Hahn. Diese wichtige Achse hat im Hinblick auf die Prognosewerte, insbesondere für die Verkehrsteilnehmer des Flughafens Hahns eine erstaunliche Entwicklung. Zahlen, die für 2015 prognostiziert waren, werden bereits in diesem Jahr eintreffen. Wir können heute mit einigermaßen Zuverlässigkeit schon prognostizieren, dass die Zahlen 2015 in einer Größenordnung von etwa 10 bis 12 Millionen pro Jahr liegen könnten. Es ist dann schon fast eine Notwendigkeit, auch im Hinblick auf diese Achse, die Flughäfen Frankfurt und Hahn als ein System – was wir mit der EU auch erreichen und durchsetzen wollen – zu haben.

Ich denke, dass die Frequenzzahlen von damals, bezogen auf diese Strecke, nun wirklich deutlich überholt sind. Dies müssen wir auch als entsprechende Begründung dafür ansehen, den Transrapid für Hessen und Rheinland-Pfalz wieder auf die Tagesordnung zu bringen.

Wir Hessen stehen, Gott sei Dank, in dieser großen Überzeugungsgemeinschaft, die heute sichtbar geworden ist, nicht allein. Die Rheinland-Pfälzer haben sich eindeutig erklärt. Sie sagen – das ist ein Zitat aus dem Schreiben von Herrn Minister Bauckhage –:

Die Magnetschwebebahn ist eine technologische Meisterleistung, made in Germany. Sie muss hier zum Laufen kommen, gerade vor dem Hintergrund der Diskussion in China und in München. Die Verbindung Frankfurt – Hahn wäre mit ihren Steigungen und Flussquerungen eine ideale Referenzstrecke.

So mein rheinland-pfälzischer Kollege.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich brauche mich ihm nur anzuschließen und damit noch einmal zu betonen, dass wir dies in Hessen genauso sehen. Natürlich müssen wir über die Finanzierung sprechen. Da ist der erste Ansatzpunkt der, dass wir dem Bund nicht erlauben dürfen, sich von der Zusage zurückzuziehen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Die erste Zusage zur Finanzierung von Transrapid und Metrorapid geht noch auf die Regierung Kohl zurück.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Es war die Zusage der damaligen Koalition von CDU und FDP im Bund, in einer Größenordnung von 6,3 Milliarden DM Bundesmittel für diese Projekte zur Verfügung zu stellen.

Als Bundeskanzler Schröder aus Shanghai zurückkam, hat er im Überschwang der Überzeugung gesagt: Der Bund ist bereit, zu den 1,75 Milliarden € noch einmal rund 200 bis 300 Millionen € hinzu zu legen, wenn entsprechend komplementär finanziert wird.

Der Bund steht also im Wort

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

mit bis zu 2 Milliarden €. Dann geht es noch um eine Summe von etwa 1,2 oder 1,1 Milliarden € – für wahr eine stattliche Zahl. Aber zum Ersten muss diese Summe von zwei Bundesländern geschultert werden. Zum Zweiten muss sie auch von der Industrie geschultert werden, die ihre Beteiligung in Nordrhein-Westfalen ebenfalls zugesagt hat – und das wird sie sicherlich hier auch tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Dritten möchte ich darauf hinweisen, dass es hier auch darum gehen wird, nicht nur im konventionellen Finanzierungsverfahren über die Haushalte im klassischen Sinne diese Mittel zu gewährleisten, sondern dass wir auch über Finanzierungsmodelle sprechen müssen, die bereits auf dem Tisch liegen, die der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen vorgetragen wurden und die die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen aufgegriffen hat. Ich darf Ihnen sagen, dass wir bereits mit dem Ideengeber dieses Konzeptes in Gesprächen stehen.

Heute geht es also darum, dass wir handeln und dass wir mit dieser deutlichen Botschaft aus dem Hessischen Landtag, gemeinsam mit den Rheinland-Pfälzern, in die Aktion kommen. Bereits am 04.07. habe ich dem Bundesverkehrsminister geschrieben und um einen Gesprächstermin gebeten, um diese Verhandlungen zu beginnen. Das gleiche Schreiben ist nach Rheinland-Pfalz gegangen; inzwischen haben wir von dort die Antwort erhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass dieses Projekt zwei wichtige Ziele erreichen kann:

Erstens das verkehrspolitische Ziel: eine unmittelbare schnelle Verbindung aus dem Rhein-Main-Ballungsraum in das nähere Umfeld Wiesbaden, Richtung Mainz, bzw. bis hin zu Hahn. Damit wird das integrierte Verkehrskonzept auf der Schiene und in der Luft aufgegriffen und auch das Konzept der integrativen ganzheitlichen Betrachtung von Fraport und Fraport-Hahn weiter bestärkt.

Zum Zweiten wenden wir uns insbesondere noch einmal in Richtung Kassel. Wenn wir in Hessen schon sozusagen den Ort haben, an dem diese Zukunftstechnologie geboren, entwickelt und umgesetzt worden ist, dann dürfen wir als Hessische Landesregierung insgesamt nicht länger warten und zögern, diese Chance sofort zu ergreifen und in die Gespräche im Hinblick auf eine Machbarkeitsstudie und darüber hinaus zur Planung und zur Realisierung zu kommen.

Ich darf Sie bitten, uns dabei zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Minister, darf ich Sie bitten, wenn Sie möchten, noch einmal zum Rednerpult zu gehen, um Ihr Versprechen einzulösen, das Sie Herrn Schaub gegeben haben? – Herr Schaub, Sie haben das Wort.

Manfred Schaub (SPD):

Herr Minister, nachdem Sie bis zum Schluss ganz viel über andere geredet haben, nur nicht über das, was Sie eigentlich tun wollen – außer Briefe zu schreiben –, stelle ich Ihnen die ganz konkrete Frage: Was haben Sie an finanziellen Mitteln für die Machbarkeitsstudie in Ihrem Haushalt vorgesehen?

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Schaub, es ist nicht nur so, dass ich die Absicht habe, Briefe zu schreiben – dieses Stadium liegt hinter uns. Das Ziel ist es, Gespräche zu führen.

Sie wissen gut, dass der Bund insgesamt 11 Millionen DM für die Planung zur Verfügung gestellt hat. Was für Nordrhein-Westfalen galt, ist auch uns billig. Das heißt, wir werden mit dem Bund über eine Beteiligung bei der Planung sprechen. Das zum Ersten.

Zum Zweiten. Dies ist ein so hervorragendes Projekt, dass natürlich auch der Landshaushalt im Hinblick auf Prioritätensetzung eigene Mittel hinzufügen muss. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Das heißt aber nicht – wenn wir heute über die Finanzierung des Transrapid, über Milliardenbeträge sprechen –, dass wir dies im Haushalt 2003 oder 2004 zu realisieren haben. Sie wissen, dies ist ein mittelfristiges Projekt. Wir werden dann mit dem erhofften Wirtschaftsaufschwung,

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

den Sie heute ebenfalls prognostiziert haben, die Kassen wieder so füllen können, dass wir auf jeden Fall unseren Beitrag für die Machbarkeitsstudie und die Planung zahlen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nichts gibts!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache zu den vier Anträgen erschöpft. Ich möchte, wie hier vorgeschlagen, die vier Anträge Punkt 41, Drucks. 16/301; Punkt 48, Drucks. 16/309; Punkt 57, Drucks. 16/321 sowie Tagesordnungspunkt 75, Drucks. 16/344, zur weiteren Beratung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überweisen. Ist das übereinstimmend? – Okay.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 5:**

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung – Drucks. 16/297 –

Zur Begründung hat der Minister und Chef der Staatskanzlei Grüttner das Wort.

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Hessische Landesregierung legt Ihnen heute den Entwurf für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung vor.

Von seinem Regelungsgehalt her stellt dieses Gesetz die Umsetzung des Versorgungsanpassungsgesetzes 2001 und des Entwurfs eines Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2003/2004 dar.

Ich denke, die Materie der Versorgungsanpassung muss im Einzelnen nicht mehr erläutert werden, da sie auch Gegenstand der in der letzten Plenarsitzung diskutierten Änderung des Abgeordnetenentschädigungsgesetzes gewesen ist.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden in Art. 1 die im Versorgungsänderungsgesetz 2001 enthaltenen Änderungen des Bundesministergesetzes für die Versorgung der Mitglieder der Landesregierung und ihrer Hinterbliebenen übernommen.

Ich will Ihnen ganz kurz ein paar Eckpunkte skizzieren. Die Absenkung des Niveaus der Beamtenversorgung wird wirkungsgleich auf die Versorgung der amtierenden und ehemaligen Mitglieder der Landesregierung sowie deren Hinterbliebener nachvollzogen. Dies geschieht einmal durch die schrittweise Abflachung des Anstiegs der Versorgungsbezüge im Rahmen der nächsten acht allgemeinen Anpassungen der Versorgungsbezüge, die wirkungsgleiche Absenkung der der Ruhegebhaltsberechnung zugrunde liegenden Kerngrößen, die Absenkung des Höchstruhegehaltes von 75 auf 71,75 % sowie des jährlichen Steigerungssatzes von 2,5 % auf knapp unter 2,4 %. In Hessen ergibt sich ein weiterer Anpassungsbedarf infolge der Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre. Die an der Legislaturperiode orientierten Werte werden hiermit an den künftigen Fünfjahresrhythmus angepasst. Ebenso ist natürlich auch die Umstellung von DM-Beträgen auf €-Beträge vorgesehen.

Der Gesetzentwurf insgesamt ist notwendig, weil der Bundesgesetzgeber keine Befugnis hat, rahmenrechtliche Regelungen für die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung zu treffen. Diese Kompetenz liegt ausschließlich beim Landesgesetzgeber.

Ein Teil des Ihnen vorgelegten Gesetzentwurfs schreibt fest, dass für die Mitglieder der Landesregierung in den Jahren 2003 und 2004 keine Teilnahme an Besoldungserhöhungen stattfindet und das Kabinett insofern eine Nullrunde beschlossen hat.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

In den vergangenen Tagen gab es bereits die eine oder andere Pressemeldung dazu. So hat sich auch der Kollege Kaufmann in der Presse mit dem vorgelegten Gesetzentwurf auseinandergesetzt und einige Forderungen gestellt. Da ich davon ausgehe, dass er dies auch zum Gegenstand seines Redebeitrags machen wird, will ich kurz darauf eingehen.

Meine Damen und Herren, Ihnen ist bekannt, dass das Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 am vergangenen Freitag den Bundestag passiert hat und nunmehr noch im Bundesrat beschlossen werden muss. Es ist also noch keine Beschlussfassung im Bundesrat erfolgt, deswegen müssen wir immer noch von einem Entwurf sprechen.

Auf Wunsch der Länder hat der Bundestag eine Klausel eingeführt, nach der die Spitzenbeamten der Länder – Staatssekretäre und, soweit sie vorhanden sind, auch Ministerialdirektoren – in die für die Jahre 2003 und 2004 vorgesehene Nichtanpassung einbezogen werden können.

In dem hier vorliegenden Entwurf können nur die Rechtsverhältnisse der Minister und der Mitglieder der Landesregierung geregelt werden, wobei auch klar ist, dass das Bundesbesoldungsgesetz die Regelungen bezüglich des Hessischen Ministerpräsidenten bereits umfasst. Inwiefern wir in Hessen von der Öffnungsklausel künftig Gebrauch machen – wenn sie denn tatsächlich beschlossen wird und der vorliegende Entwurf anschließend im Bundesrat zum Gesetz wird –, werden wir dann zu entscheiden haben.

Insgesamt werbe ich bei Ihnen auf diesem Wege um die Zustimmung zu diesem Gesetz, das, wie bereits erwähnt, die wirkungsgleiche Umsetzung des Versorgungsanpassungsgesetzes 2001 und des gerade von mir erwähnten Entwurfs eines entsprechenden Bundesbesoldungs-

Versorgungsanpassungsgesetzes 2003/2004 vorsieht. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank, Herr Grüttner. – Ich eröffne die Aussprache. Für jede Fraktion sind fünf Minuten Redezeit vorgesehen. Für die SPD-Fraktion hat Herr Kahl das Wort.

Reinhard Kahl (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten jetzt in erster Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung. Im Gegensatz zum Abgeordnetengesetz – das will ich am Anfang sagen – hat das in der Öffentlichkeit bisher noch keine solch große Anteilnahme gefunden.

Im Kern wird in diesem Gesetzentwurf davon ausgegangen, dass die Änderung bei der Altersversorgung der Beamten auf die Minister übertragen wird. Das ist im Grundsatz richtig. Ich will aber darauf hinweisen, dass wir in den Ausschussberatungen noch über die Detailregelungen diskutieren müssen. An der einen oder anderen Stelle gibt es noch Erörterungsbedarf.

Auch der zweite Punkt, den der Herr Staatsminister genannt hat, nämlich ob die Werte, die an einer vierjährigen Legislaturperiode orientiert waren, an eine jetzt fünf Jahre dauernde Legislaturperiode sachgerecht angepasst werden, muss zumindest im Detail noch hinterfragt werden. Zwei Jahre waren bisher die Mindestzeit, also die halbe Legislaturperiode. Das dauert jetzt ein bisschen länger; die Hälfte der Legislaturperiode ist nach zweieinhalb Jahren erreicht – um nur diesen Punkt einmal in der Debatte zu nennen.

Spannend wird es bei der Übergangsregelung der Absenkung der Versorgungsbezüge, wie sie im Beamtenrecht vorgesehen ist. Der Grundsatz – um auch das klar und deutlich zu sagen – gilt nicht nur für die ehemaligen, sondern auch für die aktiven Minister. Das heißt also, die Senkung auf 71,75 % geschieht in acht Stufen. Das ist ein Unterschied zum Abgeordnetengesetz. Im Abgeordnetengesetz, wie es jetzt vorliegt, gilt diese Senkung für aktive Landtagsabgeordnete ab sofort. Auf diesen Unterschied will ich noch einmal hinweisen, gerade im Hinblick auf die öffentliche Diskussion, die zurzeit geführt wird. Man kann das so oder so regeln.

Eine ganz spannende Formulierung ist die „Nullrunde“. Man kann darüber reden, wie das formuliert ist, und darüber, was das bedeutet. Nur, Herr Staatsminister Grüttner, es ist keine Nullrunde. Es steht drin:

Das Amtsgehalt der Mitglieder der Landesregierung nimmt an den Bezügerhöhungen in den Jahren 2003 und 2004 nicht teil.

Was heißt das im Klartext? Im Jahr danach, also im Jahr 2005, werden genau diese Besoldungserhöhungen nachgeholt. Das ist schlicht die Realität in diesem Zusammenhang. Deshalb verbietet es sich, bei den Bezügen der Minister von einer Nullrunde zu reden. Das gehört auch zur Redlichkeit im Umgang miteinander.

Im Grundsatz geht dieses Gesetz in die richtige Richtung. Ich will nur noch einmal sehr deutlich sagen, dass wir im zuständigen Hauptausschuss noch über die Einzelheiten

zu reden haben werden. In dem Sinne ist heute im Rahmen der ersten Lesung genug gesagt worden. Es ist aber wichtig, über die Detailregelungen noch zu reden. Wir sollten allerdings sauber formulieren. Es gibt keine Nullrunde, und die Übergangsregelung der Absenkung der Bezüge gilt auch für aktive Minister. Das sollte der Öffentlichkeit an dieser Stelle deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nächste Rednerin, Frau Nicola Beer für die FDP-Fraktion.

Nicola Beer (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich für meine Fraktion kurz zwei Punkte zu diesem Gesetzentwurf zum Ausdruck bringen. Erstens. Ich halte es für durchaus löblich, dass die Mitglieder der Landesregierung in den nächsten zwei Jahren auf eine Erhöhung ihrer Bezüge verzichten wollen. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, gleichwohl kann ich mir die Bemerkung nicht verkneifen: Ich bin der Meinung, dass die Einsparungen in den nächsten zwei Jahren die Zusatzausgaben, die durch die Ausweitung Ihres Kabinetts angefallen sind, wahrscheinlich nicht auffangen werden.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unserer Meinung nach wäre Ihr Haus, die Staatskanzlei, durchaus von Ihnen und einem Staatssekretär an Ihrer Seite zu verwalten. Von daher sind in Ihrem Kabinett höhere Einsparpotenziale gegeben.

Zweitens. Dieses Gesetz vollzieht etwas nach, mit dem wir Abgeordneten uns heute Nachmittag auch beschäftigen werden, nämlich die Anpassung der Versorgung an die veränderten beamtenrechtlichen Regelungen. Das ist im Grundsatz nicht anzugreifen. Es ist klar, dass wir dies auf beiden Ebenen, sowohl auf der Ebene der Regierung als auch auf der Ebene des Parlaments, nachvollziehen müssen, sofern – das betone ich für die FDP-Fraktion – wir bei dem System einer beamtenähnlichen Regelung bleiben wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, die FDP-Fraktion hält es für falsch, an diesem System festzuhalten. Das gilt in unseren Augen auch für die Ministerbezüge. Unserer Meinung nach muss das gesamte System grundlegend reformiert werden, und zwar dahin gehend, dass sowohl die Abgeordneten als auch die Minister sowie die kommunalen Wahlbeamten von ihren Bezügen eine eigenständige private Altersvorsorge bestreiten.

Darüber werden wir hoffentlich recht bald in der dazu einzuberufenden Expertenkommission diskutieren. Ich habe die Hoffnung, dass sich die Einsicht, dass wir unsere Altersversorgung grundlegend neu regeln müssen, um den Landeshaushalt und die nachkommenden Generationen nicht zu überfordern, auch in Ihren Fraktionen durchsetzt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nächster Redner, Frank-Peter Kaufmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf ist, wie das Blatt für die klugen Köpfe geschrieben hat, „eine nette Geste“. Ich füge hinzu: Er stammt aus dem Instrumentenschrank der politischen Symbole. – Damit wird der Gesetzentwurf nicht falsch – dass wir uns nicht missverstehen. Aber er markiert bestimmt keinen großen Aufbruch. Er ist vielmehr ein überfälliger Schritt; denn die obersten Staatsbediensteten sollten sich nicht besser stellen als die nachgeordneten.

Eigentlich müsste man viel weiter gehen. Deswegen mache ich die folgende Anmerkung: Es wäre doch ein netter Gedanke, auch für Regierungsmitglieder erfolgsbezogene Vergütungsanteile einzuführen, so, wie es in Kapitalgesellschaften bei den Managern üblich ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schlechtes Beispiel!)

Denn angesichts der Bilanz dieser Regierung – Ausgaben in Rekordhöhe, die die Höhe der Einnahmen bei weitem übersteigen – wäre eher eine Kürzung, aber wahrlich keine Erhöhung zu rechtfertigen.

(Zurufe von der CDU)

Der generöse Verzicht auf die Einkommenserhöhung bei den Kabinettsmitgliedern – die Kollegin Beer hat es schon angemerkt – deckt natürlich bei weitem nicht die zusätzlichen Kosten, die durch die Ausweitung des Kabinetts vor wenigen Monaten entstanden sind. Das Ganze ist wohl eher eine Maßnahme, die sich die neue Kompetenz der Staatskanzlei erdacht hat, um ein einheitliches Erscheinungsbild der Landesregierung zu erzeugen.

Da der Ministerpräsident aufgrund der unmittelbar bevorstehenden Berliner Entscheidungen an Gehaltserhöhungen nicht teilnimmt, sollen auch die Minister in dieses Bild einbezogen werden. Das ist richtig. Nur sollten wir uns darüber Gedanken machen, dass 80 % der Kabinettsmitglieder – plus der Ministerpräsident – auch Abgeordnete sind.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Oh!)

Wir haben natürlich die Frage zu stellen – heute Nachmittag werden wir das intensiver erörtern –, warum ein Verzicht auf eine Einkommenserhöhung bei den Regierungsmitgliedern richtig ist und von Ihnen unterstützt wird, jedoch für die gleichen Personen als Abgeordnete nicht beschlossen werden soll.

(Reinhard Kahl (SPD): Ist er doch auch, das wird bloß nachgeholt!)

– Aber immerhin für zwei Jahre, Herr Kollege Kahl, da erwarten wir auch von Berlin entsprechende Regelungen. Das sehen wir dann.

Ich denke, da ist es mit der Vorbildlichkeit doch nicht so weit her.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie sollten sich heute in der Mittagspause in der Fraktionssitzung noch einmal versammeln. Herr Ministerpräsident, vielleicht können Sie Ihrer Fraktion noch einmal klarmachen, dass, wenn Sie eine Erhöhung in den nächsten zwei Jahren für nicht richtig halten – ich gehe davon aus, dass es auch so beschlossen wird –, wofür es Gründe gibt, dann die gleichen Gründe auch für uns, für den Landtag, insgesamt gelten müssten.

Meine Damen und Herren, damit zeigt sich, dass der Gesetzentwurf – die Anmerkungen, die der geehrte Kollege Kahl machte, deuten in die Richtung – doch ein bisschen Halbherzigkeit ausstrahlt. Sosehr er das tut, in einem Punkt ist er konsequent, nämlich in der Prinzipientreue für sinnvolle Regelungen. Das ist bei Ihnen schon Tradition. Denn auch das Ministerbezügegesetz soll jetzt befristet werden. Man könnte sagen, eine Frist von einem Jahr, quasi als Bewährungsauflage für das Kabinett, wäre vielleicht ganz sinnvoll. Das ist aber nicht gemeint. Sie wollen es bis 2009 befristen, wahrscheinlich vor dem Hintergrund, dass nach der verlorenen Landtagswahl 2008 die anderen das Problem haben, dass kein Ministerbezügegesetz und vielleicht auch keine Ministerbezüge vorhanden sind. Meine Damen und Herren, so sorgt man für die Seinen und meint, den politischen Gegner ärgern zu können.

Herr Staatsminister, dieser Gedanke mag Sie in der Regierung fasziniert haben. Sie haben bloß – man muss leider sagen: schon geübtweise – die Verfassung des Landes Hessen übersehen. Ich bin ganz gespannt, wie Sie uns in der Diskussion im Hauptausschuss erklären können, wie die Befristung des Ministerbezügegesetzes mit den Vorschriften des Art. 105 der Verfassung des Landes Hessen in Einklang zu bringen ist. Meiner Meinung nach geht das nicht. Wir werden aber hören, was Sie sich dazu gedacht haben.

Meine Damen und Herren, Sie werden uns insgesamt – der Kollege Kahl hat es angedeutet – auch in den Detailfragen noch einiges klarmachen müssen, möglicherweise auch noch Details ändern müssen, wenn Sie am Ende unsere Zustimmung zu dem Gesetzentwurf haben wollen. Wir sagen aber frank und frei: Der Ansatz ist erst einmal richtig. Dafür sollte man auch sagen: Okay, wir werden gemeinsam vielleicht auch eine richtige Lösung finden. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Gotthardt aufrufe, möchte ich zwei Gäste begrüßen. Zu den Landtagswahlen hat es ein Quiz gegeben, das der Hessische Rundfunk veranstaltet hat. Die beiden, die Dame und der Herr, die oben auf der Tribüne sitzen, waren diejenigen, die dem Wahlergebnis am nächsten kamen.

(Allgemeiner Beifall – Zurufe von der CDU: Gutes Ergebnis!)

Sie sind heute eingeladen. Herzlich willkommen im Hessischen Landtag. Nun können Sie sehen, ob wir auch das erfüllen, was Sie sich beim Tipp und bei der Wahl gedacht haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht hatten die vorher einen Albtraum!)

Verehrter Herr Gotthardt, Sie haben das Wort für die CDU-Fraktion.

Frank Gotthardt (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf zuerst auch den beiden Teilnehmern gratulieren. Es ist wunderbar, dass Sie das Ergebnis, das zum Glück auch eingetroffen ist, so präzise geschätzt haben.

Insofern hoffen wir, dass Sie den Tag heute hier genießen und dass sich die Mühe gelohnt hat.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf macht eines deutlich, nämlich dass es in unserer Gesellschaft gar nicht so einfach ist, auf Geld zu verzichten; denn es bedarf eines eigenen Gesetzes, um hier dafür zu sorgen, dass die Minister etwas machen können, was sie wollen, nämlich auf die Erhöhung in den kommenden zwei Jahren zu verzichten. Wahrscheinlich kostet die Beratung hier im Hause schon mehr, als das in Zahlen tatsächlich ausmacht. Der Weg ist also etwas kompliziert.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Man kann ihn aber auch kompliziert machen, wenn ich höre, was der Kollege Kaufmann sich alles hat einfallen lassen, angefangen bei der Befristung, die er grundsätzlich wieder infrage stellt, über die Frage, ob das verfassungsmäßig möglich ist. Ich glaube, wir können diese Frage sehr pragmatisch sehen. Die Landesregierung setzt hiermit ein Zeichen, dass sie sich in den kommenden zwei Jahren der Situation bewusst ist und auf Erhöhungen verzichtet. Als solches muss man es auch sehen. Denn der Haushalt wird in der Summe nicht dramatisch entlastet werden und die Personalkostenquote mit Sicherheit auch nicht.

Ich will einen Punkt hinzufügen. Ich denke, dass es richtig ist, dass uns das Kabinett diesen Gesetzentwurf vorlegt, denn es ist schlicht und ergreifend eine Gleichbehandlung mit den anderen Versorgungen in den gesetzlichen Versicherungen. Die Altersversicherungssysteme in Deutschland insgesamt stehen vor wachsenden Finanzierungsproblemen. Deswegen darf es nicht passieren, dass hier der Eindruck entsteht, dass sich Politiker anders versorgen, als dies in anderen Bereichen der Fall ist. Deswegen ist diese Anpassung notwendig.

Herr Kollege Kaufmann, ich will auf einen Punkt hinweisen, weil Sie prinzipiell mit sehr grundsätzlichen Fragen, wie der Leistungsprämie und anderem, angefangen haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur der Gedanke!)

Wenn ich sehe, was in anderen Bereichen der Wirtschaft – z. B. Bankdirektoren oder andere; ich will keine Neiddebatte führen – für Tätigkeiten gezahlt wird, die mit Sicherheit keine größere Verantwortung als die eines Ministers oder Ministerpräsidenten in der Landesregierung erfordern, die mit Sicherheit keinen größeren Zeitaufwand erfordern, als das bei Mitgliedern der Landesregierung der Fall ist,

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Tag hat nur 24 Stunden!)

dann bin ich gerne bereit, darüber zu diskutieren, ob wir Leistungsprämien und anderes einführen; denn ich glaube, dass eine Landesregierung und übrigens auch eine Bundesregierung für das, was sie tatsächlich leistet, im Vergleich zu anderen Berufen eher unterbezahlt als überbezahlt ist. Das will ich an dieser Stelle deutlich zu Protokoll geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Deswegen brauchen wir an der Stelle nicht kritischer zu sein, als es manchmal der Fall ist. Deswegen neige ich dazu, dass wir die fachlichen Fragen im Ausschuss klären, dass wir dies als positives Zeichen werten, dass wir aber auch den Hintergrund nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, damit haben wir den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung, Drucks. 16/297, in erster Lesung behandelt.

Nach den Vorschlägen der Geschäftsführer im Ältestenrat soll dieser Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Hauptausschuss überwiesen werden. – Vielen Dank.

Damit kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 6:**

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk – Drucks. 16/316 –

Die erste Wortmeldung ist von dem verehrten Herrn Hoff zur Begründung für die CDU-Fraktion.

Volker Hoff (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Schönhut-Keil, ich darf für die Fraktionen von CDU und FDP den Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk in die Beratung einbringen. Es geht dort im Wesentlichen um drei Felder, die wir gern ändern möchten.

Punkt eins ist die Frage der Zusammensetzung des Rundfunkrates, darüber hinaus die Frage der Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Dazu möchte ich hier Stellung nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der letzten Legislaturperiode haben wir das Gesetz über den Hessischen Rundfunk verändert. Wir haben eine Veränderung der Zusammensetzung des Rundfunkrates vorgenommen. Das ist in einer sehr schwierigen Diskussion passiert. Wir haben insgesamt 74 Anzuhörende im Rahmen der Anhörung gehört. Die Fraktionen von CDU und FDP haben sich auch viel anhören müssen, was die Frage der Zusammensetzung des Rundfunkrates angeht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit Recht!)

Verehrter Herr Kollege Al-Wazir, da Sie dazwischenrufen „mit Recht“: Wenn Sie sich insbesondere einmal anschauen, wie die Wahl des Intendanten des Hessischen Rundfunks über die Bühne gegangen ist, insbesondere die Art und Weise, dann finde ich, dass sich das wohlthuend von dem abgehoben hat, was wir beispielsweise beim ZDF erlebt haben. Es ist dort auch deutlich geworden, dass alle Befürchtungen, die Sie vorher hier geäußert haben, im politischen Nirwana geendet sind und dass wir mit der Änderung, die wir herbeigeführt haben, den richtigen Weg beschritten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist unbestreitbar – das wissen diejenigen, die im Rundfunkrat vertreten sind –, dass wir ein Problem haben, das wir gern mit

diesem Gesetzentwurf lösen möchten. Wir haben nämlich festgestellt, dass die Position der landesweiten Arbeitnehmerorganisationen über einen Zeitraum von einem halben Jahr nicht besetzt werden konnte, weil sich verschiedene Organisationen nicht einig werden konnten. Wir haben dies mit diesem Gesetzentwurf konkretisiert. Wir möchten gerne, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund mit einem festen Sitz im Rundfunkrat vertreten ist.

Damit sich das gleiche Spiel nicht bei den landesweiten Lehrerorganisationen wiederholt, möchten wir auch an dieser Stelle eine Konkretisierung vornehmen. Wir möchten zum einen die Lehrerorganisation, die im DGB organisiert ist, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, aber auch die Lehrerverbände, die im Deutschen Beamtenbund organisiert sind, mit jeweils einem festen Sitz im Rundfunkrat ausstatten.

Da der europäische Gedanke immer mehr für unsere Arbeit und damit für die Arbeit eines Medienunternehmens, beispielsweise auch des Hessischen Rundfunks, eine öffentlich-rechtlich Anstalt, von Bedeutung ist, möchten wir gerne die Europa-Union ebenfalls mit einem Sitz im Rundfunkrat ausstatten. Um gleich allen Verdächtigungen die Spitze zu nehmen: Auch wenn sie Union heißt, hat sie mit der Union, für die ich hier stehe, nichts zu tun. Es handelt sich um eine überparteiliche, lang bewährte Organisation, die sich in europäischen Fragen verdient gemacht hat und die dem europäischen Gedanken verbunden ist. Diese Organisation möchten wir gerne ebenfalls mit einem Sitz im Rundfunkrat vertreten haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der zweite Punkt, den ich gerne hier ansprechen möchte, ist die Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Wir haben heute die Situation, dass der Verwaltungsrat aus vier Mitgliedern, die vom Rundfunkrat gewählt werden, und zwei Mitgliedern, die von den Arbeitnehmern des Hessischen Rundfunks gewählt werden, besteht und darüber hinaus dieser Verwaltungsrat die Möglichkeit hat, weitere drei sogenannte sachkundige Personen für die Arbeit hinzu zu kooptieren. Wir sind der Auffassung, dass dies eigentlich nicht zeitgemäß ist. Es kann nicht so sein, dass es in einem Verwaltungsrat heute unterschiedliche Intensitäten gibt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die haben dann nur eine Stimme!)

Die einen haben Sitz und Stimme, die anderen haben nur Sitz. Die einen haben zwar die Stimme, um sich einzubringen, aber nicht die Stimme, um abzustimmen. Ich glaube, dass das ein Konstrukt ist, das nicht mehr in die Landschaft passt. Wir brauchen im Verwaltungsrat an dieser Stelle eine Verantwortlichkeit, die für alle gleich ist. Deshalb möchten wir gerne zwar an dem Institut der Sachkunde festhalten, aber dass diese drei Personen vom Rundfunkrat – wie die übrigen vier auch – in den Verwaltungsrat des Hessischen Rundfunks gewählt werden, und haben deshalb an dieser Stelle eine entsprechende gesetzliche Änderung vorgeschlagen.

Meine Damen und Herren, schließlich und endlich – dies dient der Konkretisierung – möchten wir auch von vorneherein, damit es an der Stelle keine Probleme gibt, darauf hinweisen, weil das durchaus in Vorbereitung dieses Gesetzentwurfes in der Diskussion war, inwieweit das Hessische Personalvertretungsgesetz und die Drittelparität hier gelten. Im Hessischen Personalvertretungsgesetz ist eindeutig geregelt, dass die Drittelparität nur auf solche Unternehmen in öffentlicher Hand übertragbar ist, die eindeutig auf wirtschaftliche Ziele ausgerichtet sind.

Wir sind uns an dieser Stelle einig, dass sich der Hessische Rundfunk – das sollte auch so sein – nicht in erster Linie wirtschaftlichen Zielen verpflichtet fühlen darf, aber wir möchten, um ganz sicher zu gehen, eine Konkretisierung aufnehmen. Wir haben deshalb diesen Punkt als eigenständigen Punkt in diesen Änderungsgesetzentwurf aufgenommen.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Die Redezeit ist zu Ende, Herr Abgeordneter.

Volker Hoff (CDU):

Ich bin auch am Ende angekommen, verehrte Frau Präsidentin.

Wir werden sicher Gelegenheit haben, im Hauptausschuss noch intensiv über die Frage zu diskutieren. Ich möchte mich bei den Oppositionsfraktionen herzlich dafür bedanken, dass es möglich ist, morgen früh im Hauptausschuss eine Anhörung zu beschließen. Wir sollten die Sommerpause nutzen, damit wir die entsprechende Anhörung vorbereiten können, insbesondere unter dem Aspekt, dass am Ende der Deutsche Gewerkschaftsbund – dem haben wir alle gemeinsam eine Zusage für den Rundfunkrat gegeben – sehr schnell zu einer Lösung des Problems kommt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nächster Redner ist Herr Abg. Bökel für die SPD-Fraktion.

Gerhard Bökel (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Innerhalb relativ kurzer Zeit wird in diesem Landtag erneut über das Rundfunkgesetz beraten, und erneut steht eine Erweiterung des Rundfunkrates an. Man muss fragen, ob das immer so ganz sinnvoll ist.

Ich will jetzt nicht die alten Schlachten neu aufrufen. In der letzten Legislaturperiode hat legitimerweise die damals neue Mehrheit die Chance genutzt – sagen wir es so –, auch für eine andere Zusammensetzung des Rundfunkrates zu sorgen,

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Um den Sport einzubeziehen!)

letztlich auch dazu beizutragen, dass es wohl auch andere Mehrheiten gegeben hat. Ich will das jetzt nicht im Einzelnen bewerten. Immer, wenn man etwas Neues tut, erwartet man auch etwas Neues. Ich hatte in den vergangenen Jahren nicht immer den Eindruck, dass es, vom Bauernverband bis zum Bund der Vertriebenen,

(Michael Boddenberg (CDU): Aber der Rolf Müller! – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Landessportbund!)

nun den großen Innovationsschub für den Hessischen Rundfunk gebracht hat. Ich will in Rechnung stellen, wenn es um Sport und den Landesmusikrat geht, hat es durchaus etwas gebracht. Aber generell kann man diese Bewertung sicherlich nicht abgeben.

Jetzt haben wir wieder eine neue Mehrheit, eine andere Mehrheit, aber auch wirklich objektiv das Erfordernis, bestimmte Dinge klarzustellen. Kollege Hoff hat es angesprochen.

Wenn es deutliche Unklarheiten gegeben hat, wer die Arbeitnehmervertretung ist, dann macht es Sinn, so zu tun, wie von CDU und FDP jetzt vorgeschlagen wird, nämlich den Deutschen Gewerkschaftsbund als den Repräsentanten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande vorzusehen. Gut so.

Jetzt gab es in der Tat ein paar Schwierigkeiten. Wer sind denn die landesweiten Repräsentanten der Lehrerinnen und Lehrer? Da will ich gerne im Rahmen der Anhörung und der weiteren Ausschussberatung ein paar dicke Fragezeichen stellen. Nichts gegen die vielen Lehrer, alle sehr engagiert, aber wir müssen uns einmal überlegen, was es bedeutet, wenn wir jetzt noch zwei Sitze nur für Lehrerinnen und Lehrer in diesem Lande vorsehen. Dann bekommen wir doch Fragen von anderen gestellt: Ist das angemessen?

Wir sollten einmal überlegen, ob wir nicht den Vorschlag aufgreifen, den uns der Beamtenbund und die GEW gemeinsam vorgelegt hatten, nämlich zu sagen, die machen das alternierend. Ihr Vorschlag geht darüber hinaus. Er besagt, die sind auf Dauer beide drin. Die werden nicht Nein sagen, weil sie ein deutliches Mehr haben. Aber man muss auch an die anderen wichtigen gesellschaftlichen Interessengruppen denken, die dann sehen, die Lehrer sind generell mit zwei vertreten. Ich meine, darüber sollte man reden.

Denken Sie an die Behinderten, die nicht vertreten sind. Denken Sie an den Hessischen Jugendring. Ich denke, da gibt es Ungleichgewichte. Deswegen sage ich: Darüber muss diskutiert werden.

Wer hat etwas gegen Europa? Niemand hat etwas gegen die Europa-Union. Aber auch das ist eine Erweiterung, die für uns etwas überraschend kam. Auch da sollten wir hinschauen. Wir wollen uns nicht generell verschließen, aber die Gewichtungen müssen stimmen. Ich bitte sehr, dass wir gemeinsam auch jeden Anschein vermeiden, als würde man mit der Erweiterung irgendwelche parteipolitischen Mehrheiten im Auge behalten. Wenn Sie mir überzeugend – möglicherweise tun Sie das – den Nachweis erbringen, dass meinerwegen der Vorsitzende der Europa-Union ein Sozialdemokrat wäre, der Geschäftsführer ein GRÜNER, und Sie würden es immer noch wollen, wenn Sie sagen: „Das wäre die Basis“, dann machen wir das mit.

Ich freue mich auf gute Beratungen im Ausschuss. Herr Hoff, über die Sache mit dem Verwaltungsrat kann man diskutieren. Da gibt es veränderte Mehrheiten. Das muss auch respektiert werden, wie das so ist. Wenn das funktional vernünftig erfolgt, kann man darüber reden. Ich meine aber, wir sollten kritisch hinterfragen, ob eine weitere Erweiterung so sinnvoll ist. Die Vertretung der Lehrer muss bei aller Freundschaft zu den Lehrerverbänden kritisch hinterfragt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nächster Redner, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bemühe mich des Öfteren, klare Worte zu finden. Deswegen möchte ich die vorsichtigen Worte, die Gerhard Bökel gerade hier gefunden hat, ein wenig anspitzen – ich drücke es einmal so aus.

Sie haben in der letzten Legislaturperiode das Gesetz über den Hessischen Rundfunk geändert, weil Sie die Mehrheit im Rundfunkrat wollten. Das war damals der einzige Grund der Änderung des Gesetzes. Sie haben bei der Wahl des Intendanten festgestellt, dass diejenigen, von denen Sie gedacht haben, dass sie so abstimmen, wie sie abstimmen, am Ende vielleicht doch nicht so abstimmen, wie sie abstimmen. Das hat man unter anderem daran gesehen, dass bei der Wahl zum Intendanten der Intendant nur eine Mehrheit von einer Stimme gefunden hat.

Herr Kollege Hoff, Sie wissen ja, dass wir uns vom ZDF unter anderem deshalb positiv unterscheiden, weil die einfache Mehrheit beim HR reicht und es nicht diese Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit braucht. Ansonsten möchte ich jetzt nicht aus dem Rundfunkrat berichten, wie die Parteipolitisierung des Ganzen nach meiner bisherigen Erfahrung ist. Ich habe vielleicht noch nicht lange genug die Erfahrung.

Jetzt kommen Sie nach relativ kurzer Zeit mit einer weiteren Änderung. Die weitere Änderung ist wegen eines konkreten Problems nötig. Das Problem ist die Frage „landesweite Arbeitnehmervereinigungen“. Das regeln Sie. Das findet unsere Zustimmung. Dagegen hat niemand etwas, weil das das einzige konkrete Problem ist, das wir wirklich haben.

Das, was Sie noch dazu regeln, regeln Sie aber schon anders, als man es müsste. Dann werden noch Sachen dazu geregelt, die man bisher überhaupt nicht als Problem erkannt hat. Das hat einen einzigen Grund: Sie haben jetzt die Mehrheit im Rundfunkrat; Sie wollen auch noch die Mehrheit im Verwaltungsrat. Das ist der einzige Grund, warum wir im Verwaltungsrat zu einer Änderung kommen.

Insofern haben wir es leider mit einem weiteren Kapitel im Buch „Macht euch den Rundfunk untertan“ zu tun. Herr Kollege Hoff, wir finden, dass das dem Gesetz über den Hessischen Rundfunk nicht angemessen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen Folgendes sagen: Die Lehrerverbände – das waren die GEW und der Deutsche Lehrerverband Hessen im Deutschen Beamtenbund – haben uns am 5. Mai 2003 geschrieben und eine Formulierung vorgeschlagen, wie sie den Wechsel durchführen wollen.

(Gerhard Bökel (SPD): Richtig!)

Ich finde, es spricht nichts dagegen, das genau so zu regeln, wie es die Verbände vorgeschlagen haben.

(Beifall der Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Gerhard Bökel (SPD))

Herr Kollege Hoff, Sie haben jetzt daraus gemacht, dass es unter dem Strich einen zusätzlichen Sitz für den Deutschen Beamtenbund geben soll. Faktisch bedeutet das, dass wir in Zukunft einen DGB- und einen GEW-Vertreter haben werden sowie einen Vertreter des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Lehrerverband Hessen im Deutschen Beamtenbund. Ich habe nichts gegen

den Deutschen Beamtenbund. Aber ich möchte ein großes Fragezeichen hinter die Überlegung setzen, ob aufgrund der Mitgliederzahlen eine Lösung von 2 : 2 Sitzen wirklich angemessen ist. Herr Kollege Hoff, ich glaube, das hat etwas damit zu tun, dass Sie sich von dem Vertreter des Deutschen Lehrerverbands Hessen im Deutschen Beamtenbund eher etwas versprechen als von einem Vertreter der GEW. Das ist wahrscheinlich sogar richtig. Aber das ist ebenfalls eine parteipolitische Politisierung des Rundfunkrates, die nicht angemessen ist.

Ich komme zu dem dritten Punkt in diesem Zusammenhang. Er betrifft die Europa-Union. Mir war bisher nicht aufgefallen, dass es ein besonderes Drängen der Europa-Union gibt, Mitglied des Rundfunkrates zu werden. Auch ich schätze die Europa-Union. Ich sage Ihnen allerdings auch, dass ich dabei schon ein großes Problem sehe. Wenn wir über die so genannten Grauen, also die im Rundfunkrat parteipolitisch nicht Gebundenen, am Ende immer mehr Mitglieder der CDU in den Rundfunkrat bekommen, dann sehe ich, dass es da einen Hintergedanken gegeben hat, der mir nicht gefällt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie wollen Ihre Mehrheit behalten, das ist doch klar! Ich sage gleich etwas dazu!)

Ich sage Ihnen, was ich damit meine.

Erstens. Der Sitz des Landessportbundes Hessen wird von Herrn Kollegen Müller wahrgenommen. Er ist CDU-Abgeordneter im Hessischen Landtag.

Der Sitz für die Europa-Union würde vielleicht von Thomas Mann wahrgenommen werden.

(Frank Gotthardt (CDU): Guter Mann!)

Er ist Mitglied der CDU und sitzt im Europaparlament.

Der Sitz des LandesFrauenRates Hessen wird von Frau Isser wahrgenommen. Sie ist Stadtverordnete in Offenbach. So geht das weiter. Wenn Sie über die so genannten Grauen versuchen, sich unter der Hand eine Mehrheit der CDU in diesem Gremium erschaffen zu wollen, dann sagen Sie das bitte.

(Frank Gotthardt (CDU): Das würden wir nie tun!)

Argumentieren Sie da nicht mit der Europa-Union. Ich bin gespannt, ob die CDU immer noch dafür wäre, die Europa-Union in die Liste derer aufzunehmen, die einen Vertreter entsenden, wenn wir von der Europa-Union die Zusicherung bekämen, dass sie jemand anderes entsenden würden, vielleicht einen parteipolitisch völlig Neutralen.

Ich komme zum letzten Punkt. Er betrifft den Verwaltungsrat. Bisher gibt es da eine Drittelparität. Das muss nicht zwingend so sein. Aber ich sehe auch keinen zwingenden Grund, warum man sie aufheben sollte. Man könnte sie z. B. auch dadurch beibehalten, dass man den Beschäftigten einen Sitz mehr zugesteht. Herr Kollege Hoff, das wollen Sie nicht.

(Volker Hoff (CDU): Dafür gibt es gar keine Veranlassung!)

Bisher erfolgte die Wahl der unabhängigen Sachverständigen durch den Verwaltungsrat. In Zukunft sollen diese Sachverständigen vom Rundfunkrat benannt werden. Da sehe ich dann eine Gefahr. Ich glaube, das ist auch der Hintergedanke bei dieser vorgesehenen Änderung. In Zukunft werden wir vielleicht sogar eine Politisierung parteipolitischer Art der unabhängigen Sachverständigen

bekommen. Deswegen hätte ich es gerne, dass auch per Gesetz festgelegt wird, welche Art der Sachkunde die Sachkundigen haben sollen. Denn ansonsten könnte am Ende dabei herauskommen, dass Volker Bouffier unabhängiger Sachverständiger im Verwaltungsrat nach dem Motto wird: Der ist schon so lange im Rundfunkrat, dass er inzwischen Sachkunde hat. – Das wäre aber sicherlich nicht im Sinne des Erfinders.

Ich möchte deswegen noch Folgendes sagen. Langer Rede kurzer Sinn – Frau Präsidentin, das ist dann auch mein letzter Satz –: In der gegenwärtigen Form findet dieser Gesetzentwurf nicht die Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Das ist kein Problem!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Fraktionsvorsitzender Hahn. Er spricht für die FDP.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon beachtlich, dass die Fraktion der Bündnisgrünen in diesem Landtag nicht für Pluralität ist. Es ist schon beachtlich, dass die Fraktion der GRÜNEN dieses Landtags für das konservative Erhalten von Mehrheiten in einem Gremium ist, wo sie zur Mehrheit gehören.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, komm!)

Ich sage das hier deutlich. Ich bin es leid, dieses Gerede des Herrn Al-Wazir hier unkommentiert stehen zu lassen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Dorothea Henzler (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will das hier nicht unkommentiert stehen lassen. Im Hessischen Rundfunk hat es seit über 25 oder sogar 30 Jahren eine strukturelle Mehrheit für die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften gegeben. Am Schluss waren auch die GRÜNEN an dieser strukturellen Mehrheit beteiligt. Das, was CDU und FDP in der letzten Legislaturperiode gemacht haben, war nichts anderes, als diese strukturelle Mehrheit der Sozialdemokraten, GRÜNEN und Gewerkschafter aufzuheben und im Rundfunkrat eine Neutralität herbeizuführen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Dorothea Henzler (FDP) und bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Sie können noch so dümmlich lachen. Das Beispiel hat Herr Al-Wazir selbst genannt. Das betraf die Wahl des Intendanten. Ein knapperes Ergebnis als bei der Wahl des Herrn Dr. Reitze ist doch nicht möglich. Das hat doch deutlich gemacht, dass es dort nicht mehr die strukturelle Mehrheit der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten gibt. Es ist aber auch keine andere vorhanden. Es waren gerade die Unabhängigen, die Grauen, wie sie woanders genannt werden, die das Zünglein an der Waage waren.

Sehr verehrter Herr Kollege Al-Wazir, ich komme nun zu Ihren Krokodilstränen hinsichtlich der Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Damit jedes Mitglied des Hes-

sischen Landtags weiß, wer dem Verwaltungsrat angehört, trage ich es hier jetzt vor.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates ist Gert Lüttert. Er gehört der SPD an und ist MdL a. D. Darüber hinaus war er stellvertretender Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen.

Ein weiteres Mitglied des Rundfunkrates ist Herr Hertle. Er war ehemals Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Hessischen Landtag.

Das dritte Mitglied ist Armin Clauss. Er gehört der SPD an und ist MdL a. D.

Das vierte Mitglied ist Wilhelm Küchler. Er gehört der CDU an und ist ebenfalls MdL a. D.

Hinzu kommen noch zwei Gewerkschaftsmitglieder, die der FDP wahrlich nicht angehören.

Es ergibt sich im Verwaltungsrat also eine strukturelle Mehrheit von 5 : 1 gegen das bürgerliche Lager. Das hat mit Pluralität, die es in diesem Lande geben sollte, nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist schlichtweg parteipolitisch und interessengesteuerte Einseitigkeit. Das muss geändert werden. Wir müssen in diesem Land in allen Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Pluralität herstellen. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir im Verwaltungsrat erreichen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Dorothea Henzler (FDP) und bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie bestätigen doch alles, was ich gesagt habe!)

Herr Kollege Al-Wazir, ich kann Ihnen Folgendes versichern. Das ist kein Vorwurf. Aber Sie haben erst ein- oder zweimal an Sitzungen des Rundfunkrates teilgenommen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie bestätigen doch alles, was ich gesagt habe! Der Täter ist voll geständig!)

Da haben Sie gemerkt, dass die Diskussion dort sehr offen geführt wird. Dass das so ist, ist gut. Vor vier Jahren, als Volker Hoff und ich in den Rundfunkrat einzogen, war das noch nicht so. Damals war die strukturelle Mehrheit noch gegen eine offene Diskussion. Wir haben jetzt offen diskutiert. Mithilfe von Prof. Helmut Kohl haben wir uns darüber unterhalten, wie wir besser zusammenarbeiten können. Ich sage es noch einmal: Das geht nur mit Pluralität und nicht mit vorgefertigten Mehrheiten, so wie es die Sozialdemokraten über 40 Jahre in diesem Lande gemacht haben. Die GRÜNEN haben in den letzten zehn Jahren damit gut gelebt.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler und Roland von Hunnius (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme zum zweiten Punkt meiner Rede. Das betrifft den DGB und den CGB. Franz Josef Jung – ich schaue ihn gerade an – und ich waren die Erfinder der Regelung in dem jetzt zu ändernden Gesetz. Ich muss Ihnen gestehen: Ich halte es für eine Unverschämtheit, dass die Gewerkschaften dieses Landes nicht in der Lage sind, untereinander Absprachen zu treffen. Sie haben in keiner Weise irgendeine Einigung herbeigeführt. Natürlich muss die Besetzung nicht zwischen DGB und CGB 1 : 1 erfolgen. Da würde man sich doch leicht verheben. Aber vielleicht wäre es im Verhältnis 4 : 1 bei den Wahlperioden möglich

gewesen. Aber nein, die Vertreter des DGB haben von Anbeginn an gesagt: Wir werden mit keinem anderen darüber reden, dieser Sitz gehört uns. – Mit solchen Positionen kann man in diesem Lande keine Pluralität organisieren. Aber der DGB hat es so gemacht.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler und Roland von Hunnius (FDP) und bei der CDU)

Damals waren wir noch in der Koalition. Volker Bouffier und ich haben im Rundfunkrat das Dilemma gesehen. Deswegen haben wir gesagt: Der DGB ist natürlich mit Abstand die mitgliederstärkste Organisation, deshalb soll sie in Gottes Namen diesen Sitz bekommen. Es sei hier aber noch einmal gesagt, dass man das, wenn man einigermaßen fair gespielt hätte, auch anders hätte regeln können. Der DGB in Hessen hat offensichtlich schon das geübt, was die IG Metall heute Nacht gemacht hat. Man hätte das Problem auf der Grundlage des bestehenden Gesetzes lösen können.

Ich komme zu meiner letzten Bemerkung. Dies betrifft die Protokolle. Ich entschuldige mich dafür, dass aufgrund eines Büroversehens, das offensichtlich in meiner Fraktion oder in der Fraktion der Union erfolgt ist – das ist relativ egal –, das Deckblatt zunächst nicht mit dem Wortlaut des Textes des Gesetzentwurfs identisch war, der weiter hinten steht. Ich will Ihnen Folgendes sagen. Das kann man aus der Sitzung des Rundfunkrates auf alle Fälle erzählen. Denn damit wird kein Geheimnis verletzt. Im Rundfunkrat besteht Verärgerung darüber, dass der Verwaltungsrat alles über den Rundfunkrat weiß, aber der Rundfunkrat nichts über den Verwaltungsrat weiß, außer wenn der Vorsitzende des Verwaltungsrates es im Rundfunkrat vorträgt. Das ist ein bisschen einseitig.

Aus diesem Grunde hatten wir in der Vorphase den Gedanken diskutiert, dass wir sagen, die Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates mögen den Mitgliedern des Rundfunkrates vorgelegt werden. Wir dachten, das würde nur aufgrund einer gesetzlichen Vorgabe möglich sein. Bei dieser „Selbsterfahrungsgruppe“ mit Herrn Prof. Helmut Kohl – ich habe das jetzt einmal etwas flapsig ausgedrückt – haben wir erfahren, dass das auch durch eine Änderung der Normen des Hessischen Rundfunks geht. Das kann durch eine Änderung der Geschäftsordnung, der Satzung oder wie auch immer erfolgen. Aus diesem Grunde haben wir das aus dem Gesetzentwurf wieder herausgenommen. Denn wir sind der Auffassung, was nicht durch Gesetz geregelt werden muss, das sollte auch nicht gesetzlich geregelt werden. Leider hatten wir aber vergessen, diese Thematik auch auf dem Deckblatt zu streichen. Deshalb passt das eine mit dem anderen nicht zusammen.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Hahn, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Liberalen dieses Landes sind vor vier Jahren mit dem Motto angetreten, den Hessischen Rundfunk als wichtige öffentlich-rechtliche Einrichtung unseres Landes zu unterstützen. Dahinter stehen wir auch voll und ganz. Wir wollten ihn aber auch aus der Einseitigkeit hinaus in die Pluralität führen. Wir sind da ein großes Stück des Weges gegangen. Es fehlt da aber noch ein Stück des Weges. Ich hoffe, dieses Stück werden wir im Sinne der Pluralität in Hessen gemeinsam gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Grüttner das Wort.

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Landesregierung unterstützt den von den Fraktionen von CDU und FDP vorgelegten Gesetzentwurf. Es ist schon hinlänglich darauf eingegangen worden, in welchem Umfang der Kreis der Mitglieder des Rundfunkrates verändert werden soll. Sicherlich wird darüber auch noch bei der Anhörung zu diesem Gesetzentwurf zu diskutieren sein.

Herr Kollege Bökel, möglicherweise ist mit aufzunehmen, inwiefern bereits im DGB organisierte Gewerkschaften noch einmal einen eigenen Sitz haben sollen oder ob sie im Rahmen der DGB-Organisation mit erfasst sind. Dies kann durchaus ein Weg sein, auf dem man an diesen Gesetzentwurf in der Anhörung herangehen kann.

Egal, mit welchem Ergebnis man letztlich herauskommt – es bleibt festzuhalten, dass mit der jetzt vorgelegten Größe des Rundfunkrates von 31 Mitgliedern der Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks deutlich kleiner ist als vergleichbare andere Rundfunkräte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es geht nicht um eine Aufblähung, sondern es geht um den Einbezug weiterer gesellschaftlicher Gruppen in den Rundfunkrat und darum – leider ist es so, dass letztendlich die Fraktionen und der Landtag als Gesetzgeber das lösen müssen –, dass die Gewerkschaften und zum Teil Lehrerverbände möglicherweise nicht in der Lage sind, in einem rotierenden Verfahren in Absprachen zu erreichen, dass die Normierungen des bisherigen Rundfunkgesetzes auch für die Gewerkschaften gelten.

Wir reden immer wieder von der Staatsferne. Ich möchte deutlich sagen: Mit der geplanten Erweiterung der Mitglieder des Rundfunkrates sinkt die „Staatsquote“ im Rundfunkrat. Sie geht sogar unter die 20-%-Marke herunter. Im Verhältnis zu anderen Rundfunkräten ist das eine nicht zu unterschätzende Tatsache.

Das Gleiche – Herr Hahn hat bereits darauf hingewiesen – betrifft die Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Die bisherige Frage der Teilnahme von drei Mitgliedern, die ohne ein besonderes Stimmrecht hinzu gewählt und im Bereich des Verwaltungsrates tätig gewesen sind, kann zukünftig so gelöst werden, dass sie mit einem ordentlichen Sitz und Stimmrecht im Verwaltungsrat sein können. Das bedeutet nicht gleichzeitig, dass die Zahl der Beschäftigtenvertreter erhöht werden muss.

Auch da hilft ein Blick in die Verwaltungsräte der anderen Rundfunkanstalten. Man sieht, dass wir mit der vorgeschlagenen Regelung, dass weiterhin zwei Beschäftigtenvertreter im Verwaltungsrat sein können, eine Vorreiterrolle im Vergleich zu Verwaltungsräten von anderen Rundfunkanstalten einnehmen. Beispielsweise sieht der ZDF-Staatsvertrag keine explizite Beteiligung von Beschäftigten vor. Im NDR-Verwaltungsrat ist es so, dass auf Verlangen einem Beschäftigtenvertreter das Wort zu erteilen ist. Aber mehr ist nicht geregelt.

(Volker Hoff (CDU): Nirgends!)

Im Bayerischen Rundfunk gibt es keine Beteiligung von Beschäftigten. Bei dem MDR ist es so, dass der Verwaltungsrat beschließen kann, dass Vertreter des Personalrates an den Sitzungen teilnehmen; aber es liegt in der Entscheidungsfreiheit der Verwaltungsratsmitglieder selbst, ob das irgendwie gemacht wird. Nach dem Saarländischen Mediengesetz werden im Verwaltungsrat keine Beschäftigtenvertreter gewählt.

Mit der geplanten neuen Regelung werden die Interessen der Beschäftigten gewahrt. Man darf nicht vergessen, dass diese über die Fragen des Rundfunkrates und den Beschäftigtenstatus als solchen immer Einfluss auf die Geschicke des Hessischen Rundfunks nehmen können.

Wir sind mit den vorgeschlagenen Änderungen auf dem richtigen Weg, erstens einen gut funktionierenden Rundfunkrat unter Einbezug vieler gesellschaftlicher Gruppen zu haben und zweitens einen Verwaltungsrat zu haben, der in seiner Dimension dem Hessischen Rundfunk angemessen ist und gleichzeitig die Interessen der Beschäftigten nicht vernachlässigt. Daher ist es ein guter Weg, der mit dem Gesetzentwurf vorgezeichnet wird. Deswegen begleiten wir ihn konstruktiv und positiv.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk, Drucks. 16/316. Es wird vorgeschlagen, diesen Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Hauptausschuss zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen, dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Geschäftsführer haben mir signalisiert, dass wir jetzt die Mittagspause beginnen sollten. Wir fahren um 15 Uhr mit den Lesungen der Gesetze fort. Wir beginnen dann mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Zweites Gesetz zur Beschleunigung von Entscheidungsprozessen innerhalb der öffentlichen Verwaltung. – Ich wünsche Ihnen guten Appetit oder sonstige Verrichtungen.

(Unterbrechung von 12.56 bis 15.05 Uhr)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit etwas Verspätung möchte ich die Sitzung des heutigen Nachmittags eröffnen. Ich darf Sie begrüßen zur Lesung von weiteren Gesetzen.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung möchte ich jemanden ganz herzlich begrüßen. Wir freuen uns, dass auf der Besuchertribüne Frau Ruzica Djindjic-Pavlovic, die Witwe des ermordeten Ministerpräsidenten der Republik Serbien, Dr. Zoran Djindjic, heute unser Gast ist.

(Allgemeiner Beifall)

Frau Djindjic-Pavlovic, auch dieser Beifall war ein Signal, dass wir die großen Verdienste Ihres Mannes beim Aufbau der serbischen Republik würdigen. Er hat sich um das serbische Volk verdient gemacht, und wir haben mit Ihnen den mörderischen Anschlag bedauert und sind tief betroffen gewesen von dem Attentat. Unser Mitgefühl gilt Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir freuen uns, dass Sie Gast in Hessen sind, dass Sie vier Tage hier verweilen. Nehmen Sie gute Eindrücke mit. Sie sind immer ein willkommener Gast in Hessen. Herzlichen Dank für Ihren Besuch in Hessen.

Ich fahre fort in der Tagesordnung mit **Punkt 7:**

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Zweites Gesetz zur Beschleunigung von Entscheidungsprozessen innerhalb der öffentlichen Verwaltung – Drucks. 16/317 –

Der Gesetzentwurf wird durch Herrn Haselbach von der CDU-Fraktion eingebracht. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Rudi Haselbach (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch in dieser Legislaturperiode bleiben für die CDU-Fraktion die Modernisierung der Landesverwaltung und auch die Effizienzsteigerung der Landesverwaltung ganz oben auf der Agenda.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Dass Sie da nicht rot werden!)

Auch wenn wir in der letzten Legislaturperiode bereits beachtliche, bemerkenswerte Erfolge erzielt haben, ist der Weg noch nicht zu Ende. Weitere Anstrengungen sind erforderlich.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das ist ja eine Drohung an die Beschäftigten!)

Dazu ist auch die Modernisierung von Beteiligungs- und Verfahrensregeln im Personalvertretungsrecht erforderlich. Dabei geht es vor allem um die Beschleunigung von Entscheidungsprozessen einerseits und die Beseitigung von Ungerechtigkeiten in der inneren demokratischen Verfassung der Personalräte andererseits.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Deswegen gleich abschaffen!)

Im Einzelnen. Im Stufenverfahren werden die Fristen auch für die Dienststellen von bisher drei auf zwei Wochen verkürzt. Das Ziel, ständige Einigungsstellen bei den obersten Dienstbehörden einzurichten, wird durch die Aufnahme von Verfahrensregelungen erleichtert. Gleichwohl bleibt die Möglichkeit von so genannten Fall-zu-Fall-Einigungsstellen. Aber auch diese wird wesentlich beschleunigt.

Wir wollen, dass der Vorsitzende der Einigungsstelle, die neutrale Person, die von beiden Beteiligten zu bestimmen ist, bereits bei der Anrufung festgelegt wird zwischen der obersten Dienstbehörde und dem Hauptpersonalrat. Es sollen nicht mehr wie jetzt die Leute aus dem ganzen Hessenland sternförmig zusammenfahren, sich treffen und einen Vorsitzenden wählen, wobei ein ganzer Monat auf der Strecke bleibt.

Meine Damen und Herren, des Weiteren wollen wir, wie das auch im Bund die Regel ist, die Verweigerung der Zustimmung des Personalrats in Personalangelegenheiten an bestimmte Versagensgründe koppeln. Wir glauben, dass sowohl die Dienststellenleitung als auch die betroffenen Mitarbeiter einen Anspruch darauf haben, zu erfahren, warum der Personalrat einer Maßnahme nicht zustimmt. Bisher braucht er keine Gründe anzugeben. Er sagt einfach Nein. Weder der betroffene Mitarbeiter noch

der Leiter der Dienststelle hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, warum der Personalrat ablehnt. – Die Versagensgründe sind deckungsgleich mit denen im Bundespersonalvertretungsgesetz.

Wir wollen Mehrfachbeteiligungen abbauen, z. B. durch Wegfall der Beteiligung des Personalrats der aufnehmenden Dienststelle bei Versetzungen und Abordnungen – zugegebenermaßen ein schwieriger Punkt. Wenn der Personalrat in Umstrukturierungsmaßnahmen bereits beteiligt war, dann macht es keinen Sinn, Hunderte von Einzelfällen im Anschluss daran noch einmal voll der Beteiligung zu unterwerfen. Ich denke, das ist sinnvoll.

Meine Damen und Herren, die Führungspositionen, die nicht der Mitbestimmung unterliegen, sollen präzisiert und erweitert werden. Außer den A-16-Positionen von Beamten und vergleichbaren Angestellten und den Beamten auf Probe oder auf Zeit in bestimmten Funktionsstellen wie Dienststellenleiter und Amtsleiter sollen auch die Stellen von Schulleitern aus der Mitbestimmung herausgelöst werden. Ich denke, dass das zeitgemäß ist. Nicht zuletzt aus verfassungsrechtlichen Gründen ist es geboten, die Auswahl des Führungspersonals nicht von der Zustimmung der Personalräte abhängig zu machen.

Die Möglichkeiten im Schulbereich auf Teilabordnungen, d. h. unterhalb der Hälfte der Pflichtstundenzahl, in eng begrenzten räumlichen Bereichen, soll zeitlich von bisher einem Schuljahr auf zwei Schuljahre verlängert werden. Ich denke, das ist ein wesentlicher Beitrag zur Unterrichtsversorgung vor Ort.

Die Einführung eines neuen Verfahrens, etwa bei der neuen Verwaltungssteuerung, ist als neuer Mitwirkungstatbestand geboten, aber dann auch hinreichend. Das muss allerdings erst mit Leben erfüllt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus unserer Sicht ist ein ganz wichtiger Punkt die Verteilung der Freistellung innerhalb des Personalrats auf die einzelnen Listen. Bisher ist es so – das ist gar nicht so weit verbreitet bekannt –, dass etwa 51 % der erzielten Mandate über 100 % der Freistellungen verfügen können.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Haselbach, die Redezeit ist abgelaufen.

Rudi Haselbach (CDU):

Ich komme zum Schluss. – Wenn wir das auf den Hessischen Landtag übertragen, dann wäre es so, dass der Präsident des Landtags und die vier Vizepräsidenten allesamt der CDU angehören würden. Ich denke nicht, dass das von den anderen Fraktionen geduldet würde. Insofern denke ich, dass dieser Punkt im Sinne von mehr Gerechtigkeit und mehr Demokratie in den Personalräten in diesem Hause eine breite Unterstützung finden wird.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Das Wort hat Herr Abg. Rudolph für die SPD-Fraktion.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorgelegte Gesetzentwurf der CDU-Fraktion ist

die konsequente Fortsetzung Ihrer falschen Politik auf dem Gebiet der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, den Einfluss der Personalvertretungen weiter zu schwächen. Der Entwurf ist, wie auch der vorherige, wahrscheinlich im Innenministerium geschrieben worden. Das entspricht offensichtlich genau der politischen Zielsetzung des Innenministers.

Die Verfahren gleichen sich: ein Schnelldurchgang, der eine interne Anhörung durch die Landesregierung erspart.

(Widerspruch bei der CDU)

– Sie können es doch zugeben. So konsequent und ehrlich sollten Sie wenigstens einmal sein. Sie wollten sich damit die regierungsinterne Anhörung sparen und möglichst schnell das Gesetz ändern.

(Zuruf von der CDU: Zur Sache!)

– Ja, das gehört zur Sache, Herr Hermanns. Nicht alle können dem folgen, ich nehme das zur Kenntnis.

Sie möchten weiterhin ohne große Diskussionen die Personalräte im öffentlichen Dienst bei wichtigen Entscheidungen ausgrenzen. Dabei fordert insbesondere die neue Verwaltungssteuerung eigentlich eine Neugestaltung der Mitwirkungsrechte im öffentlichen Dienst. Nicht eine Beschneidung von Rechten, sondern ein anderes Mitbestimmungsrecht im öffentlichen Dienst, gerade bei der Umsetzung der neuen Steuerungsmodelle, wäre angebracht.

Der vorliegende Gesetzentwurf trägt auch den neuen betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen der Verwaltung überhaupt keine Rechnung.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist das der falsche Weg. Wir brauchen gerade bei der Umsetzung des neuen Steuerungsmodells motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese wollen den Prozess mitgestalten, aber das haben Sie noch nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie haben auch noch nicht verstanden, dass die Einführung von SAP eine gigantische Geldverschwendung ist, weil das neue System in vielen Bereichen der Verwaltung auf Ablehnung stößt und nichts bringt, außer enorme Kosten zu verursachen.

Das Motto der Reform der Verwaltung ist seit Jahren relativ klar. Eine Verwaltung kann nur mit den und nicht gegen die Mitarbeiter reformiert werden. Die vorgesehenen Einschränkungen der Beteiligungsrechte sind deshalb nicht hinnehmbar. Sie sind vor allem nicht nachvollziehbar. Kein vernünftiger Mensch ist im Übrigen dagegen, wenn Verfahrensabläufe unter Beibehaltung der Qualität von Beteiligungsrechten, z. B. durch Fristabläufe, beschleunigt werden. Darüber kann man reden, wenn es in der Praxis ernsthafte Probleme gegeben habe sollte. Aber pauschal zu sagen, Mitarbeiter blockierten die Verwaltungsabläufe, ist falsch. Ich könnte mir vorstellen, dass es einige Dienststellenleiter gibt, die die Verwaltungsabläufe behindern.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Über die Führungsqualitäten des Personals im öffentlichen Dienst haben wir, denke ich, relativ ähnliche Vorstellungen. Beim Führungspersonal gibt es noch einiges

zu verbessern. Diesen Aspekt haben Sie aber gerade nicht erwähnt.

Ich nenne zwei konkrete Beispiele: Die erstmalige Einführung eines Versagungskatalogs wird in der Praxis zu Streitigkeiten und Unsicherheiten führen, nämlich die Einfügung des Wortes „allgemeine“ in § 74 HPVG sowie des Wortes „grundlegend“ in § 81 HPVG. Beides soll mitbestimmungsverhindernd wirken. In der Praxis werden sich die Änderungen als konfliktträchtig herausstellen. Es wird immer wieder Streitigkeiten in Einzelfällen geben. Diese werden möglicherweise verwaltungsgerichtlich ausgetragen. Das wird die Verwaltungsabläufe nicht effizienter machen, sondern sie möglicherweise eher behindern.

Auch die im Gesetzentwurf vorgesehene, angeblich gerechtere Verteilung der Freistellungen auf die im Personalrat vertretenen Listenbewerber hat eine politische Zielsetzung. So ehrlich sollten Sie sein. Sie wollen, dass starke Gewerkschaften, die viele Mandate haben, geschwächt werden und kleinere Gruppierungen überproportional stark vertreten sind. Das kann man so machen, aber dann sollten Sie es ehrlicher Weise auch sagen. Das entspricht Ihrer politischen Diktion.

Wie schon bei der ersten Änderung des HPVG versuchen Sie, mit zweifelhaften Argumenten zu suggerieren, die Personalräte legen die Verwaltung lahm. Nein, wir können Ihnen viele andere Gründe für Behinderungen im Verwaltungshandeln nennen. Möglicherweise haben bestimmte Dienststellenleiter nicht die erforderliche Qualität, vielleicht sind es aber auch falsche politische Weichenstellungen, die die Verwaltung lähmen. Das Beispiel SAP habe ich genannt.

Wir brauchen bei der dringend notwendigen Umstrukturierung der öffentlichen Verwaltung motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir brauchen sie umso mehr, als es in den nächsten Jahren auch Einschnitte im öffentlichen Dienst geben wird. Darüber sind wir uns einig. Es wird schmerzhaft Einschnitte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben. Irgendwann wird auch diese Landesregierung mitteilen müssen, um welche Einschnitte es sich handelt. Deshalb wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Umgestaltung der Verwaltung mitarbeiten können und dürfen.

Sie machen aber genau das Gegenteil. Ihr vorliegender Gesetzentwurf entspricht Ihrem ideologischen Denken, nämlich der Vorstellung von einem obrigkeitstaatlichen Handeln der Verwaltung. Den wirklichen Herausforderungen, die an eine moderne Verwaltung zu stellen sind, wird auch diese zweite Änderung nicht gerecht. Sie bauen einen Popanz auf. Das ist Ideologie pur, Ideologie à la CDU. Deshalb ist es konsequent, wenn wir Sozialdemokraten sagen: Der Gesetzentwurf ist so überflüssig wie ein Kropf. Er geht an der Zielsetzung vorbei. Wir werden ihn daher ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Hahn, wenn Sie möchten, würde ich Ihnen gerne das Wort erteilen.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, es ist mir eine Ehre, dass Sie mich fragen, ob ich das Wort erteilt bekommen möchte. Wenn Sie mich rufen, dann komme ich.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen. Der Kollege Rudolph hat vollkommen Recht. Dieser Gesetzentwurf ist eine Fortschreibung der Politik der vergangenen vier Jahre, die FDP und CDU gemeinsam eingeleitet haben.

Hätten wir eine Koalitionsvereinbarung abgeschlossen, wäre insbesondere der Punkt „Freistellung vom Dienst für Personalratsmitglieder“ von uns aufgenommen worden. Ich halte es für schlicht ungerecht und undemokratisch, Herr Kollege Rudolph, dass eine große Gruppe, eine Gewerkschaft – wir haben diesen Fall z. B. bei den Polizeipräsidien, und zwar nicht nur an einem Ort –, die gerade einmal 51 % der Sitze hat, 100 % der Freistellungen bekommt. Das hat nichts damit zu tun, dass man eine große Gewerkschaft schwächen will, sondern es hat etwas damit zu tun, dass nach der bisherigen Rechtslage die großen Gewerkschaften künftig geradezu beatmet werden. Das halte ich als Vertreter einer etwas kleineren Gruppierung für den vollkommen falschen Ansatz.

(Beifall bei der FDP)

Pluralität bedeutet auch, dass ein für alle gleicher Zugang zu den verschiedenen Ämtern möglich ist. Wir diskutieren das beim Wahlsystem beim Verfahren nach Hare-Niemeyer. Ich glaube, dass es bei den Freistellungen zumindest so gemacht werden muss, dass die Freistellungen nach dem Verhältnis der Besetzung eines Personalrats und nicht nach einem anderen Kriterium erteilt werden.

Ich will sagen, dass wir die Positionen, die Herr Haselbach für die antragstellende absolute Mehrheitsfraktion der CDU vorgetragen hat, als oppositionelle FDP-Fraktion unterstützen. Wir erwarten, dass wir in den Anhörungen im Innenausschuss eine qualifizierte Diskussion führen können. Sollte die eine oder andere Formulierung unrund sein oder nicht dem Ziel dienen, dem sie eigentlich dienen soll, müssen Änderungen vorgenommen werden. Ich glaube, es würde wenig Sinn machen, wenn ich als Dritter all das vortragen würde, was bereits meine zwei Vorredner vorgetragen haben – der erste in die eine Richtung, der zweite in die andere Richtung. Ich schließe mich zu einem großen Teil den Ausführungen von Herrn Haselbach an.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Hahn. – Herr Dr. Jürgens für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sie haben das Wort.

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, über den wir uns hier unterhalten, hat ja erst einmal einen sehr harmlos klingenden Titel, umso brisanter ist dann sein Inhalt. Herr Rudolph hat es schon gesagt, Sie haben in der letzten Wahlperiode an das Hessische Personalvertretungsgesetz schon gewaltig Hand angelegt und es ziemlich beschnitten. Mit diesem Gesetzentwurf wollen Sie nun die Axt an die Wurzel legen.

Sie wollen offensichtlich die vermeintliche Gunst der Stunde nutzen, eine von Ihnen offenbar so eingeschätzte Schwächephase der Gewerkschaftsbewegung, und jetzt endlich Tabula rasa machen mit dem Personalvertre-

tungsrecht. Das findet nicht unsere Zustimmung, wie ich im Einzelnen noch ausführen möchte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen einführen, dass der Personalrat bei Fragen, die seiner Mitbestimmung unterliegen, nur noch intervenieren kann, wenn erstens die Maßnahme rechtswidrig war, zweitens eine gezielte Benachteiligung eines Mitarbeiters vorliegt, oder drittens der Frieden in der Dienststelle gestört wird. Das ist natürlich keine wirkliche Mitbestimmung. Wirkliche Mitbestimmung bedeutet, dass ich selbst die Motive, die Hintergründe, die Zusammenhänge im Agieren usw. mitbestimmen kann. Natürlich muss das nach gefestigter Rechtsprechung in Richtung auf die Zustimmung ausgerichtet sein.

Herr Haselbach, es ist nicht so, dass Sie wollen, dass die Personalräte ihre Entscheidungen begründen. Sie wollen, dass sie nur bestimmte Gründe überhaupt geltend machen dürfen. Das ist natürlich etwas völlig anderes. Im Grunde genommen dürfen die Personalräte doch alles sagen, was sie denken, sie dürfen jetzt nur nicht mehr alles denken. Das ist doch überhaupt keine vernünftige Politik.

(Rudi Haselbach (CDU): Aber im Bund ist es genauso unter der rot-grünen Bundesregierung!)

Das ist vor allem auch ein schlechtes Zeugnis, das Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst ausstellen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wir wollen eine effektive Verwaltung!)

Bei Ihnen kommen sie nicht mehr als selbst bestimmte und gleichberechtigte Partner im Gestalten des Ablaufs vor, sondern nur noch als Hemmnisse in Verwaltungsentscheidungen. Das ist nicht das, was bisher das Personalvertretungsrecht bestimmt hat, nämlich die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Sie wollen eine Renaissance obrigkeitlicher Dienstherrlichkeit. Das ist etwas völlig anderes.

Es geht noch weiter: Umstrukturierungsprozesse, Sie haben sie genannt. Wenn allgemeine Rahmenbedingungen für den personellen Vollzug mit dem Personalrat vereinbart sind, dann soll er kein Zustimmungsrecht oder kein Mitbestimmungsrecht in den einzelnen Entscheidungen mehr haben. Das ist ausgesprochen skurril, wie ich finde. Das ist so, als würde man sagen, wenn jemand ein Fahrrad kauft und sich einmal den Rahmen ausgesucht hat, ist er auch damit einverstanden, dass ihm alles andere, der Lenker, die Räder und Sonstiges, zugeteilt werden. Das ist natürlich völliger Unsinn.

Selbstverständlich ist eine vernünftige Mitbestimmung nur dann möglich, wenn auch die Einzelentscheidungen von den Personalvertretungen mitbestimmt werden können. Ansonsten ist es eine Entmündigung der Personalräte, die einmal Allgemeinem zugestimmt haben, beim Speziellen dann nicht mehr gefragt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Sie können ja sogar noch einen draufsetzen. Sie wollen – das finde ich im Ergebnis besonders skandalös – die Leitungsstellen im öffentlichen Dienst dem ungehemmten Zugriff des Dienstherrn aussetzen. Sie wollen, dass bei der Besetzung von Dienstleiterstellen, Amtsleiterstellen und allen Schulleiterstellen der allgemeinen und beruflichen Schulen die Mitbestimmung generell ausgeschlossen ist.

In der schriftlichen Begründung, die Sie geliefert haben, steht, hierbei handele es sich um Fälle, „die ein besonderes Vertrauensverhältnis zum Dienstherrn erfordern“. – Das ist Ihre Begründung für diese Regelung. Das bedeutet natürlich mehreres.

Sie sagen damit in schöner Offenheit: Eignung und Leistung, die bisher entscheidend für eine Beförderung waren, interessieren uns nicht mehr. Uns geht es hauptsächlich um ein Näheverhältnis zum Dienstherrn. Weiter wollen Sie unbeeinflusst durch die Personalvertretung offensichtlich handverlesene Leitungskräfte heranziehen, die Ihnen besonders ergeben sind. Sie wollen, mit einem Wort, den parteipolitischen Durchmarsch in Dienststellen und Schulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Heike Hofmann (SPD) – Rudi Haselbach (CDU): Machen Sie nur so weiter!)

Das sind keinerlei Verfassungsgründe. Sie haben es ja auch vermieden, darauf hinzuweisen, welche Verfassungsgründe das sein sollen, die offensichtlich 43 Jahre lang im hessischen Personalvertretungsrecht nicht zum Tragen kamen, jetzt aber plötzlich geltend gemacht werden müssen. – Das wäre auch eine merkwürdige Situation.

Für uns ist dieser Gesetzentwurf keine vernünftige Diskussionsgrundlage. Es gibt auch noch einige andere Dinge, z. B. dass das stärkere Recht dem schwächeren weichen muss – das ist auch eine etwas absurde Vorstellung von rechtsstaatlichen Prinzipien.

(Rudi Haselbach (CDU): Sie müssen das richtig lesen!)

Es gibt noch einige andere Dinge, die ich jetzt hier gar nicht ansprechen will. Ich kann Sie auch nur auffordern, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen, eine vernünftige Diskussion auch mit den Gewerkschaften zu führen, die eigene Vorstellungen vorgelegt haben. Natürlich gibt es im gewissen Umfang Hemmnisse, die abgebaut werden müssen. Darüber kann man sicherlich reden. Andererseits sind natürlich viele Entscheidungen von Personalräten auch mit einer gewissen Lästigkeit verbunden. Diesen Lästigkeitsfaktor können wir den Personalräten aber nicht nehmen, wenn wir sie nicht in ihrer Substanz angreifen wollen. Das ist nun einmal so. Das muss auch so bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Weil das so ist, sehen wir in dem Gesetzentwurf keine vernünftige Diskussionsgrundlage. Wenn er von Ihnen weiter verfolgt werden wird, dann wird er auf unseren heftigen Widerstand treffen. Ich bin sicher, nicht nur bei uns, sondern auch bei den Gewerkschaften, den Dienststellen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denen Sie ein ganz schlechtes Zeugnis ausstellen, weil Sie Duckmäuser heranziehen wollen. Wir wollen selbst bestimmte, selbständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das trennt uns.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Ich frage, ob die Regierung hierzu das Wort wünscht. – Herr Staatsminister Bouffier, bitte sehr.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zunächst einmal ein Zitat für die Landesregierung vortragen:

Der Gesetzgeber verfolgt ein legitimes Ziel, wenn er die Mitbestimmungsrechte des Personalrats und das Beteiligungsverfahren den Erfordernissen einer effizienten, modernen und kostengünstigen Verwaltungstätigkeit anpassen will. Das Rechtsstaatsprinzip wie auch das Demokratieprinzip verpflichten staatliche Organe auf eine effiziente, d. h. möglichst optimale Verwirklichung des Rechts- und Sachauftrags der Verwaltung in der zeitlichen, finanziellen und quantitativen Dimension.

(Günter Rudolph (SPD): Warum machen Sie das nicht?)

Das ist die Leitentscheidung des Personalvertretungsrechts aus den letzten Jahren vom Sächsischen Verfassungsgerichtshof, und daran richten wir uns aus. Genau das ist auch die Position der Landesregierung. Wenn es darum geht, die Verwaltung zeitlich, finanziell, quantitativ und qualitativ möglichst optimal zu gestalten, ist das der Auftrag, den eine Regierung hat.

Wir sind der Auffassung, dass das derzeitige Rechtskonstrukt an einigen Punkten verbesserungsbedürftig ist. Deshalb unterstützen wir den Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion, so wie Herr Kollege Rudi Haselbach das hier vorgetragen hat.

Ich will das einmal so formulieren, verehrte Kollegen: Sie haben gesagt, eine moderne Verwaltung kann letztlich nur erfolgreich sein, wenn sie mit den Mitarbeitern geführt wird. Das kann gar nicht anders sein, das ist absolut richtig. Genau das tun wir. Die Frage, welche Rolle nun das Beteiligungswesen einnimmt – deshalb habe ich das zu Beginn zitiert –, ist eine wichtige Frage, aber sie ist keine ausschließliche. Sie ist insbesondere keine Nebenregierung.

Der individuelle Schutz der einzelnen Mitarbeiterin und des einzelnen Mitarbeiters wird zunächst einmal – ich denke, dabei liegen wir nicht weit auseinander – in besonderer Weise durch das Beamtenrecht, soweit es um Beamte geht, und durch das Tarifrecht, soweit es um Tarifbeschäftigte geht, gewährleistet. Das bedeutet, der individuelle Schutzcharakter ist dort im Wesentlichen gegeben, und darüber hinaus gibt es auch Beteiligungsfragen, die ich nicht in Abrede stellen will. Ich will das, im Hinblick auf die knappe Zeitvorgabe, in einigen wenigen Strichen hier beleuchten.

Beschleunigung von Verfahren. Meine Damen und Herren, wir müssen uns doch ernsthaft fragen: Ist es sinnvoll, wenn wir bei Schulleiterbestellungen Beteiligungsverfahren mit einer Dauer von im Schnitt zwischen neun und zwölf Monaten haben? Ist das eigentlich sinnvoll?

(Brigitte Kölsch (CDU): Nein!)

Muss das sein? – Ich sage Ihnen, das halte ich nicht für sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb glaube ich, dass wir hier vernünftigerweise Veränderungen vornehmen, z. B. an der Einigungsstelle. Ich verstehe es beispielsweise nicht, wie Sie kritisieren kön-

nen, dass man eine – wie ich finde – nicht kluge Situation beendet,

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wenn es denn zum Verfahren bei der Einigungsstelle kommt. Wieso ist es denn so geregelt, dass aus dem ganzen Lande die Menschen erst zu einer Sitzung in Wiesbaden zusammenkommen, um sich darüber zu unterhalten, wer Vorsitzender werden soll? Danach fahren die alle wieder weg, und dann machen sie einen neuen Termin, bei dem sie erst die Sache behandeln.

Das ist doch nicht sinnvoll. Das hat aus meiner Sicht nichts mit konstitutiven Rechten der Personalvertretung zu tun.

Deshalb halte ich es für klug, wenn wir die Frage der Einigungsstelle in der Weise regeln, wie es hier vorgesehen ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zweites Beispiel. Wenn ein Personalrat seine Zustimmung versagt, dann finde ich es vernünftig, dass man ihn fragt: Warum eigentlich? – Ich weiß gar nicht, was man dagegen haben kann.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie fragen ja auch!)

Herr Kollege Rudolph, im Übrigen ist das auch die Rechtslage im Bund und in den allermeisten Ländern.

(Günter Rudolph (SPD): Dazu habe ich gar nichts gesagt!)

Sie haben vorhin darauf hingewiesen, das sei alles auch verwaltungsgerichtlich überprüfbar. Natürlich. Aber ich gehe auf jeden Punkt ein, den Sie vorgetragen haben.

(Günter Rudolph (SPD): Da habe ich gar nichts dagegen!)

Was kann man eigentlich dagegen haben? Wenn eine Mitarbeitervertretung sagt, wir stimmen hier nicht zu,

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das steht nicht im Gesetzentwurf!)

dann halte ich es für vernünftig, dass sie auch sagen, warum sie nicht zustimmt, und dass man nicht noch eine Sitzung anberaumen muss, um die Gründe herauszubekommen.

Drittes Beispiel: Mehrfachbeteiligungen. Was finden Sie so gut daran, dass dasselbe Thema von mehreren Personalräten mehrfach erörtert wird? Das halte ich nicht für sinnvoll. Ich bin gern bereit, mit Ihnen en détail darüber zu diskutieren, ob man es da oder dort machen muss. Aber dass sich zwei untere Personalräte mit demselben Vorgang beschäftigen, halte ich nicht für vernünftig. Das führt zu diesen langen Zeiträumen, die wir doch alle nicht für vernünftig halten können.

Der Kollege Haselbach hat auf das Thema der Abordnung bei den Lehrern hingewiesen. Insbesondere in diesem Bereich ist das ein schwieriger Punkt. Aber wenn Sie einmal die Förderstufe betrachten, dann ist es pädagogisch sinnvoll, dass ein Lehrer auch zwei Jahre an einer Schule tätig sein kann. Auch das halten wir für richtig.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Minister Bouffier, die Redezeit der Fraktionen ist abgelaufen – zu Ihrer Kenntnis.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, ich bitte um Nachsicht. Es sind mehrere Punkte angesprochen worden, ich behandle das jetzt vergleichsweise schnell.

Ich will darauf hinweisen, dass es klug ist, wenn wir versuchen, in diesem Gesetz zu klären, in welchen Fragen eine Beteiligung zwingend – konstitutiv – und in welchen sie fakultativ ist. Gerade bei den Problemen der neuen Verwaltungssteuerung und anderen Dingen gibt es eine Fülle offener Fragen: Wo muss ich wen wie beteiligen? – Ich finde es vernünftig, dass das geregelt wird.

Man kann ja sagen, man solle es anders regeln. Aber dass man es nicht regelt und letztlich nur den Ausweg der Justiz hat, das ist nicht vernünftig.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist falsch, d'accord!)

– Also, Sie stimmen zu? Das ist doch vernünftig.

(Günter Rudolph (SPD): Nein, nein!)

Letzter Punkt, auf den ich hier eingehen will und den Sie auch angesprochen haben. Herr Kollege Rudolph, zur Regelung der Freistellungen haben Sie gesagt, hier solle niemand überproportional geschwächt werden. Ich habe Ihnen das Beispiel mitgebracht:

Bei den Personalratswahlen des Polizeipräsidiums Südhessen hat eine Gewerkschaft 623 Stimmen bekommen, und die anderen haben genau 618 Stimmen bekommen. Das ist ein Unterschied von fünf Stimmen. Dort stehen vier Freistellungen zu, also vier Personen, die von der Diensttätigkeit freigestellt werden, um sich der Gewerkschafts- bzw. der Personalratsarbeit zu widmen. Und dann haben die, die fünf Stimmen mehr bekommen haben, alle vier Freistellungen für sich in Anspruch genommen – mit einfacher Mehrheitsentscheidung.

Dazu muss ich Ihnen sagen, das hat mit Gerechtigkeit eigentlich nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das ist ungefähr so, als wenn die CDU-Fraktion mit ihrer absoluten Mehrheit beschlüsse, im Präsidium des Hessischen Landtags gibt es einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten – vielleicht noch einen zweiten Vizepräsidenten –, allein von uns. Wir hätten die Mehrheit, das so zu beschließen. Dann würden Sie alle zu Recht sagen, das ist nicht vernünftig.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb ist auch diese Regelung, wie sie ist, nicht vernünftig. Es kann dem einen oder dem anderen einmal einen Vorteil beschern, das mag durchaus sein – da warne ich Neugierige.

Aber wenn Sie einmal alles zusammennehmen – ich habe vier oder fünf Punkte aufgelistet –,

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

dann haben Sie in der Regel dazu gesagt: Ja, das ist doch gar nicht so falsch.

Meine Damen und Herren, wenn das so ist, dann können wir das Tremolo herausnehmen. Hier geht es weder um einen parteipolitischen Durchmarsch in der Verwaltung,

(Günter Rudolph (SPD): Ach, ach!)

noch geht es darum, irgendjemanden zu bestrafen – sondern am Schluss muss es darum gehen, dass wir z. B. Schülerinnen und Schülern, aber auch Eltern garantieren können, das wäre mein Wunsch: Nach einem halben Jahr wisst ihr, wer euer Schulleiter ist. Das ist unsere Aufgabe, und nicht, dass wir uns ständig mit uns selbst beschäftigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Früher!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist vorgesehen, den Gesetzentwurf dem Innenausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann wird so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich komme zum **Tagesordnungspunkt 8:**

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Altenpflegegesetzes – Drucks. 16/330 zu Drucks. 16/176 –

Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Dörr das Wort.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Moment einmal, Berichterstattung! Ein Gesetzentwurf bedarf der Berichterstattung!)

– Entschuldigung, zuerst die Berichterstattung. – Bericht-erstatte- rin ist Frau Fuhrmann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Fuhrmann.

Petra Fuhrmann, Bericht-erstatte- rin:

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich herzlich beim Geschäftsführer der GRÜNEN, denn er macht mir die Berichterstattung leicht, obwohl ich das Blatt nicht parat hatte.

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Altenpflegegesetzes, Drucks. 16/176.

Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Sozialpolitischen Ausschuss in der 6. Plenarsitzung am 3. Juni 2003 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung der hessischen Altenpflegeschulen durchgeführt sowie die zur Regierungsanhörung eingegangenen Stellungnahmen erhalten.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 3. Juli 2003 behandelt und ist einstimmig zu dem oben genannten Votum gelangt.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank für die Berichterstattung. – Das Wort hat Frau Dörr für die CDU-Fraktion.

Ilona Dörr (Bergstraße) (CDU):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Als ich dieser Tage im Sozialministerium war, habe ich eine interessante Broschüre gesichtet, nämlich einen Ratgeber für pflegende Angehörige: „Pflege zu Hause aktiv gestalten“. Beim Durchblättern habe ich festgestellt, dass es tatsächlich Hinweise und Hilfestellungen gibt, um Pflegesituationen so zu gestalten, dass Eigenständigkeit und Selbstständigkeit des pflegebedürftigen Menschen möglichst lange aufrechterhalten werden können.

Außer der Pflege zu Hause ist es auch notwendig, Regelungen für pflegebedürftige Menschen zu treffen, die sich in Einrichtungen befinden. Das Land Hessen ist diesem Anspruch bereits in den Neunzigerjahren gerecht geworden. Endlich gibt es auch eine bundeseinheitliche Regelung, die dem Problem Rechnung getragen hat.

Mit dem Altenpflegegesetz wurde dem Berufsbild der Altenpflegerin/des Altenpflegers eine gesicherte gesetzliche Grundlage gegeben, nämlich einheitliche Ausbildungsziele und -inhalte, Umsetzung des Rechtsanspruchs auf eine Ausbildungsvergütung sowie die Garantie der Refinanzierung dieser Kosten.

Mit dem vorliegenden Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Hessischen Altenpflegegesetzes hat die Hessische Landesregierung die Gesetzgebung in Hessen auf den aktuellen Stand gebracht. Als Rechtsgrundlage haben wir nun auch den Erlass zu einem Rahmenlehrplan genommen, der den Mitgliedern des Sozialpolitischen Ausschusses mittlerweile auch vorliegt und der zum 1. August in einer Probephase umgesetzt werden soll, die etwa drei Jahre dauern soll, um zeitnah auf Veränderungen und Ergänzungen reagieren zu können.

Aber ich glaube, besonders wichtig ist die Festschreibung der Erleichterung des Zugangs zu einer Ausbildung in der Altenpflegehilfe. Über diese Regelung wird nämlich Ausbildungsplatzsuchenden mit Hauptschulabschluss der Zugang zum Altenpflegeberuf über die Ausbildung zur Altenpflegehelferin bzw. zum Altenpflegehelfer ermöglicht.

Sie wissen, dass die Bundesregelung sehr viel restriktiver damit umgeht, indem sie nur Bewerber mit Realschulabschluss zu dieser Ausbildung zulassen will. Ich glaube, das ist ein Stück weit realitätsfremd, und es belastet auch unseren Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sehr; denn wir wissen, dass in den Einrichtungen auch niederschwellige Angebote gemacht werden müssen – und auch schon gemacht werden –, für die das entsprechende Pflegepersonal benötigt wird.

Unsere Entscheidung, auch Hauptschulabsolventen zu der Ausbildung zuzulassen, unterstützt natürlich die Ausbildungsoffensive, die die Hessische Landesregierung derzeit startet. Ich glaube schon, dass unsere Entscheidung eine Auswirkung darauf haben wird.

Mir ist jedoch aufgefallen, dass das Bundesaltenpflegegesetz nicht einmal mehr eine mehrjährige Familientätigkeit als Zugangsvoraussetzung berücksichtigt. Das heißt, gerade Frauen, die jahrelang Kinder erzogen oder pflegebedürftige Personen zu Hause betreut haben, können über diese Regelung nicht mehr zu dem Pflegeberuf zugelassen werden. Aus frauenpolitischer Sicht halte ich es für nicht

akzeptabel, dass diese Regelung aus dem hessischen Gesetz, das wir im Jahr 2000 verabschiedet haben, genommen wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schriftliche Regierunganhörung und die schriftliche Anhörung durch den Sozialpolitischen Ausschuss haben durchweg positive Stellungnahmen zu dem vorliegenden Gesetzentwurf erbracht. Die Liga der freien Wohlfahrtspflege, Städte- und Landkreistag, die Verbände der Pflegekassen, die Landes seniorenvertretung, die Regierungspräsidien und die Altenpflegesschulen halten die vorgeschlagenen Änderungen für sinnvoll und dringend notwendig. Die Ergänzungswünsche der Regierungspräsidien zu rechtlichen Klarstellungen des Gesetzestextes wurden übernommen.

Auch Hinweise auf noch ungelöste Probleme in der Ausbildung zur Altenpflegehelferin bzw. zum Altenpflegehelfer wurden aufgenommen. So werden derzeit über den Bundesrat Gespräche mit der Arbeitsverwaltung geführt, um die Finanzierung von Ausbildungen zur Altenpflegehelferin oder zum Altenpflegehelfer über das Arbeitsamt zu regeln, und die Werbung für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in der Altenpflegehilfe wird natürlich verstärkt.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Dörr, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ilona Dörr (Bergstraße) (CDU):

Ich komme zum Ende, Herr Präsident. – Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag wird den Gesetzentwurf in zweiter Lesung annehmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause, sich diesem Votum anzuschließen. Der Sozialpolitische Ausschuss hat dies in seiner Beratung bereits getan.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Schulz-Asche das Wort.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe, die Tatsache, dass ich jetzt an der Reihe bin, bedeutet nicht, dass wir zur zweitgrößten Oppositionsfraktion geworden sind.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Danke schön. – Frau Dörr, ich fand das, was Sie gerade gesagt haben, ganz nett, auch Ihren Hinweis darauf, dass Sie neulich im Sozialministerium waren und dort eine Broschüre gefunden haben. Ich schließe daraus, dass im Sozialministerium zumindest noch jemand ist, der morgens die Tür aufmacht und sie abends wieder zuschließt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

Ansonsten ist unsere Sozialministerin damit beschäftigt, Bundespolitik zu machen. Ich erwähne das in diesem Zusammenhang, weil wir hier über einen Bereich sprechen, der in den nächsten Jahren an Bedeutung zunehmen wird, nämlich die ständig wachsende Zahl alter Menschen, die

der Hilfe bedürfen. Deswegen kann ich es mir auch nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, dass die Schlampigkeit im Sozialministerium und bei der Ministerin zum zweiten Mal mithilfe der Oppositionsfraktionen kompensiert wurde, damit rechtzeitig vor Beginn des neuen Ausbildungsjahrs überhaupt eine Regelung vorliegt. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es wirklich das zweite Mal ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gegenüber der Opposition mögen Sie dieses Verhalten für besonders clever halten. Gegenüber den Menschen, die in der Altenpflege arbeiten, ist es eine Unverschämtheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Dörr, Ihnen wird auch während der Beratung des Sozialpolitischen Ausschusses nicht entgangen sein, dass alle Fraktionen dieses Hauses dem Gesetz zustimmen. Von daher weiß ich nicht, warum Sie uns gerade jetzt aufordern, dies zu tun. Wir werden diesem Gesetz zustimmen. Wir haben aber – das hat auch die Anhörung ergeben – Bedenken, was die Umsetzung angeht. Ich möchte ausdrücklich noch einmal sagen: Hier geht es nicht um die Bundespolitik, sondern es geht um das, was die Hessische Landesregierung leisten kann, um den Pflegezustand in diesem Land zu beseitigen.

(Uwe Brückmann (CDU): Das ist nicht losgelöst von dem, was im Bund geschieht!)

– Herr Brückmann, Sie können genauso gut lesen wie ich. Sie haben doch die Stellungnahmen der Altenpflegeschulen gelesen, die sich bereit erklärt haben

(Zurufe von der CDU)

– jetzt kommt endlich wieder ein bisschen Stimmung auf –, auszubilden. Wir wissen alle, dass das Problem bei der Umsetzung darin liegt, dass die Auszubildenden selbst erst eine Heimeinrichtung finden müssen, die bereit ist, diese Ausbildung durchzuführen. Genau das ist der Knackpunkt; denn das führt dazu, dass sich erst einmal gar nichts tun wird. Wir haben das Problem, dass es für die Heime selbst – dafür ist die Hessische Landesregierung verantwortlich, niemand sonst – bei weitem billiger ist, ungelernete Pflegekräfte anzustellen, als eine gute Grundausbildung über die Altenpflegehilfe zur Verfügung zu stellen.

Es ist ein Grundsatzproblem, das wir in diesem Bereich haben. Darauf haben Sie keine Antwort. Frau Lautenschläger wird Ihnen das gleich vorführen; sie wird nämlich nur über die Bundespolitik reden. Aber hier geht es darum, dass die Landesregierung in der Lage sein müsste, Anreize für die Heime zu schaffen, genau denjenigen, über deren Ausbildung wir hier jetzt reden, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Wir reden außerdem über Fördermaßnahmen des Landesarbeitsamts, bei denen es darum geht, eine Gleichstellung der Altenpflegehilfe mit der Krankenpflegehilfe zu erreichen. Hier hätten Sie längst alles Mögliche tun können.

Lassen Sie mich zum Abschluss auf einen weiteren Aspekt eingehen. Es ist in diesem Hause nicht üblich, Themen übergreifend oder Tagesordnungspunkte übergreifend zu diskutieren. Aber diesen einen Punkt möchte ich in dem Zusammenhang wirklich noch ansprechen. Herr Ministerpräsident Koch spricht in seinem so genannten Existenzgrundlagengesetz, über das wir morgen früh reden werden, von „sozial begleitenden niedrigen

Löhnen für erwerbsfähige Empfänger von Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ sowie der „Schaffung eines generellen Niedriglohnsektors in Deutschland“. Wenn wir jetzt über die Situation in den Pflegeheimen reden, sprechen wir über einen bereits existierenden Niedriglohnsektor. Die Bezahlung des Personals in der Altenpflege – das gilt sowohl für die Fachkräfte als auch für die ausgebildeten Hilfskräfte und erst recht für die lediglich angelehrten Hilfspersonen – ist ein Hohn.

Das Problem in unserer Gesellschaft ist doch nicht, dass die Sozialhilfe zu hoch ist, sondern es besteht darin, dass die Gehälter für soziale Dienstleistungen zu niedrig und die Lohnnebenkosten zu hoch sind. Hier müssen wir ansetzen. Wir haben hier einen großen Bereich, der aufgrund der demographischen Entwicklung immer wichtiger wird. Aber die Sozialministerin stellt sich hierhin und guckt nach Berlin.

(Zuruf von der FDP)

– Die FDP spielt in der ganzen Diskussion keine Rolle; das wissen wir alle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Schulz-Asche, die fünfminütige Redezeit ist zu Ende. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke schön, ich komme gleich zum Schuss. – Die Tatsache ist doch, dass zwei Drittel der Auszubildenden in der Altenpflege aus Weiterbildungsprogrammen der Arbeitsämter finanziert werden und dass es sich in der großen Mehrzahl um Frauen am Ende der Kindererziehungsphase oder um Frauen am Ende einer längeren Pflege von Angehörigen – anders gesagt: die aus der Erwerbslosigkeit kommen – handelt. Ich denke, daran wird noch einmal deutlich, wie zynisch Ihr Vorschlag zur Schaffung eines Niedriglohnsektors ist. Aber darüber reden wir morgen weiter. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Rentsch für die FDP-Fraktion.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin, diese Rede war etwas am Ziel vorbei.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir behandeln hier die zweite Lesung zur Änderung des Hessischen Altenpflegegesetzes, und Sie verlieren sich in bundespolitischen Ausführungen.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte ganz konkret darauf eingehen. Frau Schulz-Asche, wenn Sie von Lohnnebenkosten reden, muss man auch so fair sein, zu sagen, warum Sie von Lohnnebenkos-

ten reden. Sie sagen: „Da muss etwas passieren“. Wir warten schon lange darauf, dass in diesem Punkt etwas passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sie 16 Jahre lang hoch getrieben!)

Nutzen Sie doch Ihren guten Draht. Dann klappt das vielleicht auch in Berlin.

Meine Damen und Herren, schade ist auch, dass die gute Abstimmung im Ausschuss hier nicht wiedergegeben wird. Es ist mittlerweile so, dass hier ein Bild gezeichnet wird, das völlig an der Ausschussberatung vorbeigeht. Ich möchte deshalb gar nicht weiter auf das eingehen, was die Kollegin gesagt hat. Denn ich glaube, zwischen den Fraktionen besteht hinsichtlich des Gesetzentwurfes eine große Übereinstimmung. Dies gilt zumindest für uns. Das kam bei Ihrem Vortrag leider gar nicht herüber.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil wir schon einen Schritt weiter sind!)

Zu dem Gesetzentwurf selbst möchte ich Folgendes sagen: Ich denke, die mittlerweile durchgeführte Anhörung zu dem Gesetzentwurf hat viele positive Effekte gehabt. Sie hat gezeigt, dass der Gesetzentwurf auf der richtigen Linie liegt. Es war ein sehr positives Feedback. Wir Liberale begrüßen in diesem Punkt sehr, genau wie die Pflegeverbände, die wir angehört haben, dass es mit der Ausbildung in der Altenpflege gelingen wird, mehr Nachwuchs für den Pflegebereich zu gewinnen.

Frau Kollegin Schulz-Asche hat einen wichtigen Punkt angesprochen. Es ist wichtig, dass wir die Qualität bei dem Nachwuchs in der Altenpflege erhöhen. Dann gehört dazu die Frage: Was verdienen diese Leute? – Frau Schulz-Asche, das sollte mit diesem Gesetzentwurf nicht geregelt werden, sondern hier sollte geregelt werden, welche Qualifikationen die Leute mitbekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich gerade gesagt!)

Wenn Sie sich bei den Pflegeverbänden umhören, werden Sie feststellen, dass viele Verbände darauf warten, dass diese Ausbildung richtig geregelt wird. Wir brauchen dort mehr Qualität. Es ist eben nicht so, dass alle Pflegeverbände und Pflegeinstitutionen auf Billigkräfte setzen. Ich kann Ihnen einige Verbände und einige Institutionen nennen, die darauf warten, dass sie gut ausgebildetes Personal bekommen, weil sie genau an diesem Punkt Probleme haben.

Insofern ist der einfachere Zugang zu diesem Berufsbild ein Riesenerfolg. Ich freue mich, dass wir uns in diesem Bereich durchgesetzt haben. Ich denke, es wird für die Gruppe der Hauptschüler eine interessante Aufgabe sein, sich in der Altenpflege zu beschäftigen.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberale freuen uns außerdem darüber, dass insbesondere – das hat Frau Kollegin Dörr gesagt – Frauen mit Familienerfahrung weiter ermutigt werden, z. B. im Wege der Umschulung in die Altenpflege zu gehen. Die Bestimmung, dass das Führen eines Familienhaushaltes auf die Ausbildungszeit angerechnet wird, halten wir für enorm wichtig, um Frauen für die Altenpflege zu motivieren und zu gewinnen,

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

die nach der Familienphase den Wiedereinstieg in den Beruf suchen. Ich denke, das ist ein richtiger Weg.

Frau Kollegin Asche, ich möchte noch kurz einen Punkt erwähnen, den Sie ebenfalls angesprochen haben.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schulz-Asche!)

– Schulz-Asche, Entschuldigung. Es ist ein bisschen schwierig, aber ich versuche mich bei den vielen Doppelnamen einzuleben. Das ist bei uns etwas einfacher, da haben wir relativ wenig Doppelnamen, nämlich keinen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Warten Sie ab, wenn Sie heiraten!)

Eine Sache sollten wir als Konsens aus dem Ausschuss in die Beratung nehmen, nämlich dass Ausbildungsplätze bereitgestellt werden müssen. Wir brauchen Institutionen, die Ausbildungsplätze in der Altenpflege zur Verfügung stellen. Wenn wir es interfraktionell schaffen können, die Betriebe stärker zu motivieren, dann wäre das eine tolle Sache. Wir werden das versuchen. Wir haben schon eine Initiative unternommen. Vielleicht können wir uns dort verbünden. Ich denke, das wäre ein wirkliches Anliegen. Dann könnten wir auch ernsthaft über die Sache reden. Lassen Sie uns das gemeinsam tun. Unsere Unterstützung haben Sie auf jeden Fall. – In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Rentsch. Alles in der Zeit. – Frau Fuhrmann für die SPD-Fraktion. Sie haben das Wort.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rentsch, Sie haben vorhin einen interessanten Aspekt eingebracht.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Herr Kohl hat mit tatkräftiger Hilfe der FDP dafür gesorgt, dass die Lohnnebenkosten in Deutschland so hoch sind, wie sie sind. Ich darf nur sagen: Im Jahre 1998 lag der Rentenversicherungsbeitrag bei 20,3 %. Momentan liegt er bei 19,5 %. Herr Kollege, so viel zum Thema Lohnnebenkosten.

(Frank Gotthardt (CDU): Sagen Sie etwas zum Thema Ökosteuer! – Unruhe)

Es ist erstaunlich, dass wir bei der Beratung eines Gesetzentwurfes, dem alle Fraktionen des Hauses zustimmen, so viel Streit haben können, dass mir Herr Gotthardt dazwischenrufen muss.

(Frank Gotthardt (CDU): Warum erzählen Sie dann so einen Kram? – Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Lieber Herr Kollege Gotthardt, wir reden heute über die Altenpflegeausbildung. Ich möchte eines voranstellen. Die SPD-Fraktion hat dem Gesetzentwurf in der ersten Lesung zugestimmt und wird ihm auch in der zweiten Lesung zustimmen, auch wenn – Frau Kollegin Schulz-Asche hat es schon angesprochen – dieser Gesetzentwurf wieder

so spät eingebracht wurde, dass er ohne sehr viel Toleranz dieses Hauses überhaupt nicht mehr rechtzeitig hätte verabschiedet werden können – Schlampigkeit –, auch wenn es beinahe geschafft worden wäre, erneut dafür zu sorgen, dass ein ganzer Jahrgang an ausgebildeten Altenpflegekräften in den Pflegeheimen gefehlt hätte – das ist schon einmal in dieser Regierungszeit passiert –, und auch wenn der Rahmenlehrplan, mit dem immerhin ab dem 01.08. gearbeitet werden soll, uns als Parlamentarierinnen und Parlamentariern heute in die Fächer gelegt worden ist. Ausweislich des Stempels hat er offensichtlich in den ministeriellen Schubladen Staub angesetzt. Es ist nämlich der 26. November letzten Jahres vermerkt. Ich sage nur: Das ist wieder das übliche Regierungschao.

Meine Damen und Herren, wir werden diesem Gesetzentwurf gleichwohl zustimmen. Frau Ministerin, das tun wir nicht Ihnen zuliebe – das wird Sie nicht wundern –, sondern in der Verantwortung für die Schulen, für die jungen Menschen und vor allem für die Pflegebedürftigen in den Heimen.

Ich bin auch froh darüber, dass meiner Anregung aus der ersten Lesung zu diesem Gesetzentwurf gefolgt wurde und die Altenpflegeschoolen angehört worden sind, was Sie in Ihrer Regierungsanhörung nicht getan haben. Ich bin immer der Meinung: Diejenigen, die es durchführen, sollte man auch fragen. Die wissen nämlich oft ziemlich genau, wie es gehen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Stellungnahmen sind sehr aufschlussreich. Das muss man sagen. Ich möchte heute in der zweiten Lesung nur zwei Aspekte herausgreifen. Den einen Punkt habe ich bereits in der ersten Lesung und im Ausschuss genannt. Wir legen großen Wert darauf, dass diese einjährige Helferinnen- und Helferausbildung keine Sackgassenausbildung ist. Sie sollte ein erstes Modul sein und im Normalfall zu einer dreijährigen Ausbildung hinführen.

(Beifall der Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD))

Denn wir brauchen ausgebildete Kräfte in den Altenpflegeheimen, die auch Fachkräfte sind und die auf den Fachkräfteschlüssel in den Altenpflegeheimen angerechnet werden. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt.

Im Zusammenhang damit habe ich Folgendes festgestellt. Ich habe in der Zwischenzeit z. B. mit Mitarbeiterinnen einer Altenpflegeschool gesprochen, aber auch mit anderen Personen aus der Praxis. Meine Erfahrung sehe ich durch die Stellungnahmen bestätigt, die uns schriftlich zugegangen sind. Danach ist die Bereitschaft der Träger von Altenpflegeheimen, Ausbildungsverträge für Altenpflegehelferinnen und -helfer abzuschließen, gering, um nicht zu sagen, außerordentlich gering, zu gering. Die Heime stellen lieber billigere Hilfskräfte ein, die sie anlernen. An dieser Stelle sind wir alle gefordert. In dieser Beziehung bin ich mit Herrn Kollegen Rentsch einer Meinung. Wir sind alle gefordert, diesen jungen Menschen eine Chance zu geben. Wir müssen mit den Trägern Gespräche führen, damit sie Ausbildungsverträge abschließen. Diese Bereitschaft wird steigen, wenn das, was ich eingefordert habe, nämlich dass es eine Modulausbildung ist, auch dem Träger vermittelt werden kann. Dies bedeutet, dass er am Ende im Zweifel einen ausgebildeten Altenpfleger oder eine ausgebildete Altenpflegerin hat, auch wenn er klein einsteigt. Frau Ministerin, ich glaube, da wäre ausnahmsweise eine der von Ihnen so geliebten PR-Aktionen angebracht. In diesem Fall wird Sie die SPD-Fraktion im Inte-

resse der jungen als auch der alten Menschen gerne unterstützen.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Die GRÜNEN auch. Es besteht also große Einigkeit.

Ich könnte mir allerdings noch etwas Besseres vorstellen. Das soll an dieser Stelle auch gesagt sein. Es wäre unter Umständen an der Zeit, ein Landesprogramm aufzulegen für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler in diesen schwierigen Zeiten, wo sie einerseits keine Ausbildung finden und hier andererseits ein wichtiges und neues Berufsbild auf sie wartet. Das wäre bei der momentanen Ausbildungsnot mit Sicherheit ein gutes Signal. Ich rege das mit allem Nachdruck an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Fuhrmann, Sie sind am Ende Ihrer Rede angekommen, und zwar punktgenau. – Frau Ministerin Lautenschläger, Sie haben das Wort.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Sozialpolitischen Ausschuss ist sehr deutlich geworden, dass dieses Gesetz von allen mitgetragen wird. Deswegen können solche Stimmen wie von Ihnen, Frau Kollegin Schulz-Asche, durchaus etwas verwundern. Ich weise für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücklich zurück, dass hier an irgendeiner Stelle schlampig gearbeitet worden wäre, sondern hier wurde sehr gute Arbeit geleistet, was sich im Übrigen daran zeigt, dass die Opposition überhaupt keinen Änderungsbedarf angezeigt und dazu keine Anträge gestellt hat. In unserer internen Anhörung, die wir Ihnen gern zur Verfügung gestellt haben, wurde deutlich, dass die Verbände entsprechend angehört wurden. Jetzt wurden noch zusätzlich die Pflegeschulen – an sich alle Schulen – angehört. Auch bei den Schulen wurde fast ausnahmslos Zustimmung hervorgerufen, was Sie mit Ihren Redebeiträgen durchaus deutlich gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Ministerin, Frau Schulz-Asche möchte eine Zwischenfrage stellen.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Ich möchte erst geschlossen vortragen.

Meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sie müssen sich doch einmal entscheiden, was Sie an dieser Stelle wollen. Im Ausschuss haben wir darüber diskutiert, ob diese Lehrgänge für die Altenpflegehelferinnen überhaupt angenommen werden, ob die Schulen das anbieten wollen.

Dazu sagen wir: Es ist ganz wichtig, dass wir etwas für Hauptschülerinnen und Hauptschüler anbieten, damit sie die Chance haben, in die Altenpflegeausbildung über den Weg der Helferinnenausbildung zu gehen, und dann selbstverständlich, wenn sie wollen, anschließend die

komplette Ausbildung machen können. Genau diese Zielsetzung verfolgen wir.

Im Ausschuss haben Sie noch kritisiert, dass es möglicherweise keiner will. Frau Fuhrmann, heute versuchen Sie, uns vorzuwerfen, dass wir zu spät wären und ganze Lehrgänge nicht stattfinden könnten.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das ist natürlich schon einmal ein bisschen lächerlich, da wir in der vergangenen Legislaturperiode die Altenpflegeausbildung überhaupt wieder auf sichere finanzielle Füße gestellt haben,

(Beifall bei der CDU)

was Ihre Regierung damals nicht möglich gemacht hat. Nachdem das Bundesaltenpflegegesetz zum 01.08. in Kraft tritt, gehen wir den Schritt, auch für die Hauptschüler den Zugang offen zu halten und sie mit einer Modulausbildung weiterzubringen. Ich glaube, an der Stelle wird sehr deutlich, dass das ein solide gemachtes Gesetz ist, das wiederum Chancen innerhalb der Ausbildung gerade für diejenigen eröffnet, die Hauptschulabschlüsse haben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das Thema Rahmenlehrpläne ansprechen: Ich sichere Ihnen zu, wenn Sie demnächst im Ausschuss darum bitten, weiteres Material zur Verfügung gestellt zu bekommen, dann werden wir uns gerne einmal darüber unterhalten. Die Rahmenlehrpläne, die wir gemeinsam mit den Schulen entwickeln, habe ich Ihnen gerne, und zwar bereitwillig, zur Verfügung gestellt. Sie sind Ihnen, wie Sie selbst vorgetragen haben, in die Fächer gegangen. Das sind genau diese Rahmenlehrpläne, die mit den Schulen abgestimmt worden sind und die wir mit entsprechenden redaktionellen Änderungen, die noch anstehen – wir haben Ihnen das mitgeteilt, wir sind noch im laufenden Verfahren –, dann vorläufig in Kraft setzen werden.

Auch das möchte ich noch sagen: Wir haben uns sehr bewusst dazu entschlossen, Rahmenlehrpläne vorläufig in Kraft zu setzen – voraussichtlich für drei Jahre –, um den Praxisbedarf und die Umsetzung in der Praxis zu erproben, um etwas mit aufzunehmen und später einarbeiten zu können. Ich glaube, das ist ein sehr vernünftiges Verfahren, wenn man schon an dieser Stelle wiederum auf die Zusammenarbeit mit der Praxis, mit den Schulen vor Ort, setzt, denn es gibt natürlich einige Veränderungen. Die müssen ausprobiert werden. Zum Schluss, nach einer Erprobungsphase, werden sie endgültig in Kraft treten. Ich glaube, das ist ein sehr guter Weg, der auch von den Schulen angenommen werden wird.

Meine Damen und Herren, mit diesem Gesetzentwurf können wir genau all diese Punkte aufgreifen, sowohl für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler Chancen schaffen als auch den Schulen Erprobungsphasen mit aufgeben. Der weitere Punkt, den wir momentan noch anstreben – das ist ein problematischer, den wir noch mit dem Landesarbeitsamt verhandeln –, betrifft die Frage der Förderfähigkeit der Ausbildung in der Altenpflegehilfe im Rahmen von Umschulungsmaßnahmen.

Wir haben uns schon vor Monaten an das Landesarbeitsamt gewandt und warten seinerseits noch auf eine Antwort von der Hauptstelle aus Nürnberg. Wir werden weiter nachhaken, weil wir es selbstverständlich für richtig halten, dass diese Umschulungsmaßnahmen für die Altenpflegehelferinnen genauso gefördert werden. Aber wir müssen auch warten, bis die Bundesanstalt bzw. das Landesarbeitsamt grünes Licht gibt.

Das Land Hessen wird sich jedenfalls weiter dafür einsetzen, dass es möglichst schnell auch für die Umschülerinnen gilt, dass sie den Zugang zur Altenpflegehilfe haben und danach genauso mit dem Modul entscheiden können, ob sie die komplette Ausbildung machen. Ich glaube, das alles trägt mit dazu bei, dass wir eine qualifizierte Ausbildung für Helferinnen bekommen.

Das Aufschreiben der Opposition hier im Plenum halte ich nur für das Übliche, denn Sie haben deutlich gemacht, im Ausschuss tragen Sie den Gesetzentwurf voll mit. Er ist handwerklich solide, er bringt jungen Menschen weitere Chancen und hat im Übrigen nichts mit dem zu tun, was Sie, Frau Schulz-Asche, zum Thema Sozialhilfe angesprochen haben. Das können wir aber morgen weiter diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Ministerin, würden Sie noch Fragen beantworten? – Nein.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich komme damit zur Abstimmung.

Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig angenommen. Damit ist der Gesetzentwurf zum Gesetz erhoben und beschlossen. Vielen Dank.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Es ist **Tagesordnungspunkt 10:**

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP für ein Siebtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Abgeordnetengesetzes – Drucks. 16/322 zu Drucks. 16/192 –

Redezeit pro Fraktion: zehn Minuten. Berichterstatter: mein Kollege als Vizepräsident. Herr Lortz, Sie haben das Wort.

(Volker Hoff (CDU): Sachlich heute, Herr Vizepräsident!)

Frank Lortz, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Volker Hoff (CDU): Zur Sache!)

Herr Kollege Hoff, ich berichte aus dem Ältestenrat. Der Gesetzentwurf war dem Ältestenrat in der 4. Plenarsitzung am 27. Mai 2003 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Die Änderungsanträge Drucks. 16/267 sowie 16/312 wurden dem Ältestenrat am 26. Juni und am 1. Juli vom Präsidenten überwiesen.

Der Ältestenrat hat sodann den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 1. Juli beraten und ist mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Beschlussempfehlung gekommen, die ich Ihnen gleich vortrage.

Zuvor hat der Ältestenrat den Änderungsantrag Drucks. 16/267 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der

SPD und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Der Änderungsantrag Drucks. 16/312 wurde einstimmig angenommen.

Die Empfehlung lautet: Der Ältestenrat empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrages Drucks. 16/312 – die sich daraus ergebende Fassung ist Ihnen in der Vorlage als Anlage beigelegt – in zweiter Lesung anzunehmen.

Frank Lortz (CDU):

Herr Präsident, Sie gestatten, dass ich sodann für die CDU-Fraktion einige Worte zu diesem Gesetzentwurf sage. Meine Damen und Herren, um was geht es? Es geht um drei Punkte.

Es geht zum einen um die Anhebung der zu versteuernden Entschädigung von 1,4 % ab 1. Juli. Damit wird hier eine Entscheidung getroffen, mit der wir unter der Empfehlung liegen, die vom Statistischen Landesamt vorgetragen wurde, die 2,87 % lautet. Wir liegen mit unserer Entscheidung sowohl unter dieser Empfehlung wie auch unter den Daten der Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst.

Zweitens. Es geht darum, dass mit diesem Gesetzentwurf die Altersentschädigung in der Spitze von 75 % auf 71,75 % reduziert wird. Dies ist so angepasst auch nach den beamtenrechtlichen Vorschriften, wie sie neu gefasst wurden.

Wir haben drittens in diesem Gesetzentwurf die tagesgenaue Berechnung der Versorgung statt der vollen Jahre eingeführt. Dies ist eine Maßnahme, die vernünftig ist, die gerecht ist, die ebenfalls so in den beamtenrechtlichen Vorschriften festgehalten wurde und die seit dem Jahr 1990 überfällig war.

Das sind die drei wesentlichen Punkte, um die es geht.

Ich möchte noch einmal in diesem Hause sehr eindrücklich sagen, dass es im Hessischen Landtag ein sehr transparentes und ein sehr offenes Verfahren hinsichtlich der Frage gibt, wie die Abgeordnetenentschädigung zu regeln und wie sie jedes Jahr zu gestalten ist. Wir passen jährlich nach den Vorgaben an, die uns vom Hessischen Statistischen Landesamt übermittelt werden. Dies ist eine klare Vorgabe, die wir 1999 gemeinsam verabredet haben. Wir wollen damit nicht den vielen Diskussionen aus dem Weg gehen. Wir wollen aber eine tragfähige, solide und objektive Grundlage dafür haben, wie man die Entschädigung vernünftig anpassen kann. Ich sage es noch einmal: Das in Hessen gewählte Verfahren ist transparent, offen und für jeden überschaubar. Alle Geheimnisse, die interessierte Pressevertreter da hineininterpretieren, entbehren jeder Grundlage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP)

Wir haben sehr eindeutig auch noch Folgendes gesagt: Obwohl diese objektiven Daten vorliegen, wollen wir trotzdem in jedem Jahr in einer Debatte in diesem Haus die Zahlen bewerten. Wir wollen in jedem Jahr durch einen Beschluss des Hessischen Landtags die Entschädigung dann anpassen.

Andere Länder machen dies anders. Es gibt eine ganze Reihe von Landesparlamenten, die beschließen zu Beginn ihrer Legislaturperiode das Verfahren, nach dem in der gesamten Legislaturperiode jedes Jahr die Entschädi-

gung automatisch um den Satz erhöht wird, der zuvor festgelegt wurde. Wir machen dies nicht. Mir steht es nicht an, das Verfahren anderer Landesparlamente zu kritisieren. Ich möchte allerdings sehr deutlich für uns alle im Hessischen Landtag festhalten, dass wir mit dem von uns gewählten Verfahren so transparent sind, wie es nur geht. Wir können uns damit überall sehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP)

Ich möchte auch das noch sagen – in der öffentlichen Diskussion kommt das wirklich sehr verzerrt zum Tragen –: Als wir die Debatten darum in den Jahren 1989 und 1990 geführt haben, bestand ein wesentlicher Kritikpunkt in der Höhe der steuerfreien Kostenpauschale. Wir haben seinerzeit gesagt: Wir reduzieren diese steuerfreie Kostenpauschale ganz erheblich. – Das wird immer vergessen. In den Zeitungen lesen Sie immer nur: Die hessischen Abgeordneten erhalten nach denen des Bundestages die höchste Entschädigung. – Das ist die zu versteuernde Entschädigung. Zur Wahrheit gehört aber auch – ich lasse die Stadtstaaten jetzt einmal bei diesem Vergleich außen vor, die sind nicht vergleichbar –, dass die hessischen Abgeordneten im Vergleich zu den Abgeordneten aller Bundesländer die niedrigste steuerfreie Kostenpauschale haben. Das ist ein Sachverhalt, auf den man hinweisen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich darf mir darüber hinaus noch folgende Bemerkung erlauben. Wir haben nach den in den Jahren 1989 und 1990 geführten Debatten auf Vorschlag einer Kommission – ich wiederhole: auf Vorschlag einer Kommission – die Einordnung der Entschädigung der Abgeordneten beschlossen. Sie war seinerzeit in etwa vergleichbar mit einer Beamtenbesoldung nach B 5. Abgeordnete sind allerdings keine Beamten. Dann haben wir gemeinsam in diesem Haus eine Reihe von Nullrunden beschlossen. Ich lasse jetzt einmal außen vor, ob dies vernünftig oder unvernünftig war. Ich habe dazu meine eigene Meinung. Das möchte ich jetzt aber außen vor lassen. Denn der Souverän hat dies so beschlossen. Durch diese Entscheidungen ist die Abgeordnetenentschädigung in der Einordnung jetzt vergleichbar mit einem Gehalt der Größenordnung von B 3 der Besoldung der Beamten. Das zeigt sehr deutlich, dass sich die Abgeordneten dieses Hauses auf keinen Fall in irgendeiner Form bedient haben – ab und zu wird bösartig behauptet, Gegenteiliges sei der Fall gewesen – oder in irgendeiner Form zu tief in irgendeinen Säckel gegriffen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP)

Nun wird wie jedes Jahr das gleiche Ritual bei der Diskussion beginnen.

(Michael Denzin (FDP): Und es wird die gleichen Schlagzeilen geben!)

Manchmal machen wir es uns auch besonders schwer. Es werden danach immer die gleichen Schlagzeilen geschrieben.

Eines will ich auch noch sagen – das will ich auch allen Kommentatoren mit auf den Weg geben –: Es wird immer geschrieben, dies sei ein besonderes Privileg der Abgeordneten. Es handelt sich dabei aber nur um ein vermeintliches Privileg. Sie sind die Einzigen im Lande, die über ihre Versorgung selbst beschließen können. Ich glaube, auf dieses Privileg würden alle 110 Abgeordneten,

die hier sitzen, sehr gerne verzichten. Es wäre allen, die hier sitzen – sicherlich gilt dies auch für die Kollegen der anderen Landesparlamente – sehr viel lieber, wenn eine unabhängige Kommission die Beträge festlegen und diese dann gelten würden. Im Übrigen würden da ganz andere Beträge herauskommen. Das wissen wir noch aus der Debatte des Jahres 1990. Es geht dabei aber um ein Gesetz. Ein Gesetz kann nur der Gesetzgeber beschließen. Das ist in diesem Fall der Landtag. Deswegen müssen wir im Hessischen Landtag – in anderen Landesparlamenten muss dies auch geschehen – in jedem Jahr im Laufe einer sehr kritisch geführten Diskussion und Aussprache begründen, was wir vorgeschlagen haben.

Herr Kollege Kaufmann, gestatten Sie mir diese Anmerkung. Während einer solchen Diskussion – Sie nannten es ein Hintergrundgespräch – wurden von Ihnen die persönlichen Daten einer Kollegin dieses Hauses in besonderem Maße problematisiert. Herr Kollege Kaufmann, dazu muss ich sagen: Das ist in einer solchen Diskussion nicht nur unzulässig, das ist unanständig.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie und die Mitglieder des Ältestenrates und des Präsidiums wissen, dass diese Kollegin gerade hinsichtlich der Frage der Versorgung eine ganz andere Position einnimmt. Diese Position muss man nicht teilen. Aber sie nimmt eine ganz andere Position ein. Diese steht völlig diametral der Versorgung gegenüber, wie wir sie heute haben. Herr Kollege Kaufmann, das, was Sie da gemacht haben, war nicht in Ordnung. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich das sagen werde. Jetzt habe ich es Ihnen in der gebotenen Zurückhaltung gesagt. Das müssen Sie schon hinnehmen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend für die CDU-Fraktion Folgendes sagen. Das ist eindeutig formuliert. Dazu gibt es auch klare Aussagen in den Kommentierungen der Entscheidungen des Verfassungsorgans. Abgeordnete sind die Mitglieder des höchsten Verfassungsorgans eines Landes. Die 110 Abgeordneten sind die Nummer eins dieses Landes. Die Landesregierung ist dies nicht. Die Landesverwaltung ist es auch nicht. Die 110 Abgeordneten sind als Legislative die Nummer eins dieses Landes. Sie müssen angemessen entschädigt werden, damit ihre Unabhängigkeit gesichert ist.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch sehr deutlich sagen: Nach meinem Dafürhalten ist die Waffengleichheit zwischen Exekutive und Legislative noch lange nicht gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Siebel (SPD))

Ich persönlich bin der Meinung, dass sowohl die Ausstattung der Abgeordneten als auch die Zuarbeit durch Personen verbessert werden muss, damit die Abgeordneten ihrer entscheidenden Aufgabe der Kontrolle nachkommen können. Die entscheidende Aufgabe der Abgeordneten ist die Kontrolle der Exekutive. Diese Kontrolle müssen sie ausüben können. Es muss im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sein, es muss im Interesse des Bundes der Steuerzahler sein und es muss im Interesse der Presse sein, dass die Mitglieder des Parlamentes so ausgestattet sind, dass sie ihrer Kontrollfunktion im Interesse des Landes Hessen nachkommen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich empfehle Ihnen deshalb namens der CDU-Fraktion, dem Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Abgeordnetengesetzes heute Ihre Zustimmung zu geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich vermute allerdings, dass ich die Aussprache doch noch nicht schließen kann.

(Nicola Beer (FDP): Wir warten noch auf die Rede des Herrn Kollegen Kaufmann! – Zuruf von der CDU: Der will sich jetzt entschuldigen!)

Herr Kaufmann, Sie haben das Wort – bitte sehr.

(Clemens Reif (CDU): Er entschuldigt sich jetzt mit Worten, die er auf grünem Papier niedergeschrieben hat!)

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Lortz, die Worte hör ich wohl,

(Clemens Reif (CDU): Allein mir fehlt der Glaube!)

was die Kontrolle der Regierung anbetrifft. Es wäre gut, wenn Sie das auch durch Taten untermauern würden. Dann wäre Ihre Argumentation auch etwas glaubwürdiger.

Als vor einigen Wochen die Debatte über die Frage der Höhe der Abgeordnetenentschädigung begann, bestand mehr Übereinstimmung zwischen den Fraktionen, als es heute der Fall ist. Herr Kollege Boddenberg, wir waren und sind uns darin einig, dass sich die Veränderung der Bezüge an möglichst objektivierbaren Kriterien orientieren soll. Die Bezüge sollten der tatsächlich erfolgten Entwicklung angepasst werden. Herr Kollege Lortz hat darauf hingewiesen, dass wir das 1999 gemeinsam so verabredet haben. Daran will auch keiner irgendetwas verändern. Wenn man auf der Grundlage des letzten Mikrozensus festgestellt hat, dass sich aus methodischen Gründen die Parameter verschoben haben, dann muss man auch darüber keine Diskussion führen. Diese Beurteilung liegt beim Hessischen Statistischen Landesamt in guten Händen.

Zweitens waren wir uns einig – ich muss „waren“ sagen, denn ich fürchte, wir sind es nur noch zum Teil – über die Einlösung des Versprechens, dass wir bei der nächsten Gelegenheit, wenn das Abgeordnetengesetz angefasst werden muss – diese Gelegenheit ist jetzt –, die Reduzierung der Versorgung entsprechend den öffentlichen Bediensteten nachvollziehen. Im Grundsatz ist das vom Kollegen Lortz dargestellt worden. Das ist auch so. Wir sind uns nicht vollständig einig, Sie wissen schon, worauf ich hinaus möchte.

Wir waren uns einig, die Fragen der Abgeordnetenentschädigung und -versorgung in transparenter Weise jeweils mit Einzelentscheidungen darzustellen, der Öffentlichkeit zu präsentieren und dafür geradezustehen.

Leider sind wir uns zwischen den Fraktionen heute nicht mehr so einig. Ich verweise noch einmal darauf, dass das

auch anders sein kann. Das zeigt die Diskussion im vergangenen Jahr. Damals haben wir gemeinsam die Entscheidung getragen. Das sage ich bewusst und unterstreiche es, weil ich nicht zulassen will, dass es immer heißt: Die GRÜNEN sind immer diejenigen, die ausscheren. – Das stimmt nämlich nicht.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Meine Damen und Herren, zwei Punkte möchte ich herausgreifen. Schauen wir uns zunächst die Frage der Erhöhung der Bezüge an. Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamts zu den gewichteten Mitteln der tatsächlichen Einkommensentwicklung ergibt sich rechnerisch eine Veränderung von rund 2,8 %. Dies hat keine Fraktion beantragt. Vielmehr haben offensichtlich alle den Eindruck und auch die politische Einsicht, dass dies angesichts der Lage, in der sich die Gesellschaft, aber auch die Landesfinanzen befinden, nicht angemessen wäre. Die richtige Entscheidung lässt sich – das wussten wir ja, als wir das ganze System miteinander verabredet und festgelegt haben – nicht allein arithmetisch finden, sondern sie bedarf jeweils einer verantwortlichen inhaltlichen und politischen Bewertung.

Drei Fraktionen dieses Hauses haben es für richtig gehalten, nach ihrer Bewertung zu sagen: Wir nehmen nur die Hälfte des Wertes, den das Statistische Landesamt festgestellt hat. – Da darf man sicherlich die Frage stellen: Warum gerade die Hälfte? Denn nachvollziehbar ist das – zumindest nach meiner Ansicht – nicht erläutert.

(Clemens Reif (CDU): Wollten Sie alles haben?)

– Herr Kollege Reif, keine Ungeduld. – Meine Fraktion war von Anfang an der Meinung, dass wir dieses Jahr überhaupt keine Erhöhung der Diäten vornehmen sollten. Das ist übrigens eine Auffassung, mit der wir im Landtag erkennbar alleine stehen. Wenn Sie die gesamte Parlamentswelt in Deutschland angucken, stehen wir nicht ganz so alleine.

(Clemens Reif (CDU): Sie sind nur dagegen, weil Sie ganz genau wissen, dass die anderen schon dafür sorgen!)

Immerhin hat z. B. der Bundestag beschlossen, bis zum Jahr 2005 keine Erhöhung mehr vorzunehmen. Schließlich ist – das haben wir in der Diskussion gehört – kein Benefit seitens der öffentlichen Kassen zu verteilen.

Aber auch in diesem Haus haben wir einen geradezu mächtigen Verbündeten, das ist die Hessische Landesregierung. Ich frage in Richtung CDU-Fraktion: Ist es nicht bemerkenswert, vielleicht sogar wundersam, dass ausgerechnet die Regierung Koch und die GRÜNEN-Fraktion gemeinsam eine Erhöhung ihrer jeweiligen Bezüge für falsch halten, die Regierungsfraktion CDU und zwei Oppositionsfraktionen das aber ganz anders sehen? Herr Reif, man möchte es doch als verkehrte Welt betrachten,

(Zurufe von der CDU)

dass wir mit der Regierung von Roland Koch einer Meinung sind und Sie, die ihn gewählt haben, dagegen stehen. Wir in der GRÜNEN-Fraktion fühlen uns insgesamt in keiner leichten Lage, dass ausgerechnet wir dieselbe Meinung wie Roland Koch vertreten

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und Sie von der CDU-Fraktion ihn dabei im Stich lassen.

(Clemens Reif (CDU): Sie sind ein Schlawiner!)

Nun ist es eigentlich nicht die Aufgabe der Opposition, für die Autorität des Ministerpräsidenten in seiner eigenen Fraktion zu sorgen. Meine Damen und Herren von der CDU, ich ermahne Sie doch ein bisschen, ob Sie nicht das Zerwürfnis mit Ihrem Regierungs- und Parteichef endlich beenden sollten.

(Clemens Reif (CDU): Dafür brauchen wir Sie wirklich nicht! – Horst Klee (CDU): Ihnen ist kein Argument zu schwach! Nicht zu glauben!)

Herr Kollege Klee, die Gründe, die zur Entscheidung der Regierung geführt haben, eine Einkommenserhöhung zu unterlassen, müssen mindestens auch für die Regierungsfraktion gelten, zumal in einem gerade erst gewählten Parlament. Wir sind seit rund drei Monaten tätig. Wenn man das einmal mit Arbeitnehmern vergleichen würde – ich weiß, dass das nur ein Gedankenexperiment ist –, wären wir alle noch in der Probezeit der 16. Legislaturperiode. Die Arbeitnehmer, die bereits in der Probezeit für sich selbst eine Gehaltserhöhung beschließen, suchen Sie in der Tat mit der Lupe.

(Clemens Reif (CDU): Das tut einem weh, was Sie da erzählen! Wenn es eine Probezeit für Sie gäbe, wären Sie schon vor sechs Wochen entlassen worden!)

Meine Damen und Herren, folgen Sie Ihrem Parteivorsitzenden, dem Ministerpräsidenten: 2003 keine Erhöhung der Bezüge, nicht in der Regierung und nicht im Landtag. Das wäre eine klare Linie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns auch noch mit einem zweiten Streitpunkt befassen. Ich sagte Ihnen schon, dass die Absenkung der Versorgungsleistung entsprechend den übrigen öffentlichen Bediensteten ein Versprechen war, das jetzt einzulösen ist. Es wurde bereits dargestellt. Doch aus unserer Sicht wird es schwierig, wenn diese Absenkung von einer weiteren Veränderung begleitet wird, die diesen Eingriff verringert und in einigen Fällen sogar überkompensiert.

Wir haben in Hessen eine Versorgungsregelung für Abgeordnete, die bislang geltendes Recht ist. Sie geht von zwei Eckdaten aus: sechs volle Jahre Zugehörigkeit zum Landtag als Mindestvoraussetzung und Erhöhung nur für weitere jeweils volle Jahre. Der Gesetzentwurf, den Sie vorgelegt haben, beseitigt dieses zweite Eckdatum, indem er das kleine Wörtchen „volle“ streicht und an der entsprechenden Stelle nichts mehr auftaucht.

Was so ein Wort doch bedeuten kann. Es entschwindet unauffällig aus dem Gesetzestext, und schon kann es bis zu 63,60 € mehr Versorgungsanspruch im Monat bedeuten.

(Frank Lortz (CDU): Das ist doch billig!)

Herr Kollege Lortz, da staunt der Beobachter. Verkündet wird eine Absenkung, heraus kommt in etlichen Fällen eine Erhöhung. Diejenigen, die das so verabredet haben, decken den Mantel des Schweigens darüber.

(Clemens Reif (CDU): Das ist doch Unsinn!)

Das ärgert uns, weil immer von Transparenz die Rede ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Reif, der verehrte Kollege Lortz hat heute zum ersten Mal öffentlich genau diesen Punkt angesprochen, der in dem Gesetzentwurf der drei Fraktionen nicht angesprochen ist.

Ich darf Ihnen aus dem Vorblatt – eine Begründung lag dem ursprünglichen Gesetzentwurf nicht bei – folgendes Zitat vorlesen:

Die Altersversorgung für die ehemaligen Mitglieder des Hessischen Landtags und ihre Hinterbliebenen kann angesichts der Entwicklung bei den großen Alterssicherungssystemen nicht unverändert beibehalten werden.

Dieser Satz ist relativ neutral. Er beschreibt ein Problem. Dann kommt unter dem Stichwort „Lösung“ Folgendes – ich zitiere nochmals aus dem Vorblatt –:

Durch den Gesetzentwurf werden die Höhe der Altersentschädigung neu geregelt, die Höchst- und Ruhensgrenzen herabgesetzt und die Absenkungen der Ruhegehaltssätze der Beamtenversorgung entsprechend auf die Versorgung der ehemaligen Mitglieder des Landtags übertragen.

Aus dieser Schilderung, bei der nicht davon die Rede ist, dass gleichzeitig eine bestehende Regelung mit geändert wird, wird zumindest der Eindruck erweckt, dass es allein um eine Absenkung geht.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Sie ärgern sich darüber, dass das nicht in aller Stille durchgerutscht ist.

(Clemens Reif (CDU): Vorne ablehnen und hinten kassieren!)

– Herr Kollege Reif, wir ärgern uns nicht, weil Sie meinen, das sei richtig, und nicht über die Frage, ob die vollen Jahre eine vernünftige Regelung sind. Darüber kann man viel streiten. Möglicherweise sind sie es nicht.

Wir haben miteinander verabredet und kommen in dieser Woche der Parlamentssitzung noch dazu, eine generelle Überprüfung sowohl der Entschädigung als auch der Versorgung in Marsch zu setzen. Wir haben entsprechende Vorlagen, eine stammt von Ihrer Fraktion. Wir finden es nicht richtig, das jetzt mit unterzubringen, ohne dass es deutlich gemacht wird. In dieser Runde ging es nur darum, die Absenkung zu übernehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das finden wir vor allem schädlich für uns alle, weil es die Transparenz, die wir gemeinsam im Verfahren haben wollen und die Kollege Lortz so beschworen hat, schädigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf den Herrn Präsidenten noch darauf hinweisen, unseren Änderungsantrag Drucks. 16/336 bei der Abstimmung nicht zu vergessen. Wir wollen diesen – aus unserer Sicht – Fehler korrigieren. Wir wollen das Wort „volle“ wieder eingefügt haben, deswegen der Änderungsantrag. Wir bieten Ihnen nochmals an, auch den Änderungsantrag Drucks. 16/267, in dem wir auf eine Erhöhung der Beträge verzichten, anzunehmen.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kaufmann, die Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte, zum Schluss zu kommen.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss, aber nicht, ohne an die Kolleginnen und Kollegen zu appellieren, unsere

Änderungsanträge anzunehmen. Ich appelliere auch an Sie, Herr Kollege Reif. Denn nur dann geben Regierung und Parlament in dieser Frage ein geschlossenes Bild ab. Das wäre für das Ansehen der Politik in unserem Land gut. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Für die SPD-Fraktion hat ihr Geschäftsführer, Herr Kahl, das Wort.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Lortz hat auf viele Einzelheiten und auf die Begründung im Einzelnen hingewiesen. Diese Argumentation kann ich für meine Fraktion weitestgehend teilen. Deswegen will ich nur noch auf einige wenige Punkte eingehen und vorab Folgendes klar feststellen: Alle Elemente und Einzelheiten dieser Veränderung des Abgeordnetengesetzes lagen von Anfang an auf dem Tisch des Hauses.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Es gibt und gab keine Verschleierung, und es gibt auch keine neuen Fakten zwischen der ersten und zweiten Lesung.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Ich füge hinzu: Auch dies weiß der Kollege Kaufmann, weil er von Anfang an bei den Beratungen dabei gewesen ist. Was heute von ihm noch einmal genannt wurde und am Montag in dem so genannten Hintergrundgespräch, das war immer Gegenstand der Beratungen zwischen den vier Fraktionen, um das klar und deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Es gehört auch dazu, klar zu sagen: Erstens müssen wir zurückweisen, dass das am Beispiel einer Kollegin hier öffentlich diskutiert worden ist. Das gehört nicht zum guten Umgangsstil untereinander.

(Dr. Norbert Herr (CDU): Schweinerei!)

Der zweite Punkt ist: So zu tun in der Öffentlichkeit, als ob das gerade entdeckt worden wäre, ist, gelinde gesagt, eine Unverfrorenheit.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

In diesem Zusammenhang will ich gerne zugeben, dass man im Vorblatt des Gesetzentwurfes dies etwas intensiver hätte formulieren können. Mit dieser Kritik kann ich umgehen. Aber zu sagen, das sei erst wenige Tage vorher entdeckt worden, das entspricht nicht den Tatsachen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einiges zu den Elementen der Änderung sagen. Über den einen Punkt brauchen wir nicht mehr lange zu diskutieren: aktualisierter Mikrokonsens, nein, Mikrozensus zur Einkommensentwicklung.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der war gut!)

– Entschuldigung, manchmal sind Versprecher ganz gut. – Dies ist richtig, und da knüpfen wir an die letzte Legislaturperiode an, in der wir ein objektives Verfahren gefun-

den haben. Dies soll auch für die Zukunft gelten. Ich glaube, darüber gibt es keinen Streit.

Nun der nächste Punkt, der schon strittig gestellt worden ist: die Anhebung der Diäten um 1,4 %. Die ganze Diskussion um die aktuelle Einkommensentwicklung trifft auf das System nicht zu. Hier geht es um Einkommensentwicklung oder Inflationsausgleich des vorhergehenden Jahres und nicht um das aktuelle Jahr.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Deshalb sage ich für meine Fraktion: Aus diesem Grunde sind die 1,4 % – nicht die 2,87 %, die im neuen Mikrozensus enthalten sind – richtig und notwendig.

Dann haben wir eine kleine Reform der Altersversorgung. Über die grundlegende Reform der Altersversorgung reden wir noch. Was ist diese kleine Reform? Dies ist eine Übertragung der Regelungen der Altersversorgung der Beamten, weil wir uns bisher weitgehend nach dem Beamtenrecht gerichtet haben, auf die Versorgung der Abgeordneten. Da ist es unstrittig, die Absenkung der Höchstgrenze von 75 % auf 71,75 % vorzunehmen. Es ist klar, dass die jährliche Steigerungsrate von 3 auf 2,75 % gesenkt wird. In der Konsequenz muss das heißen, dass die Dauer der Zugehörigkeit zum Parlament, mit der man die Höchstversorgung erreicht, jetzt geändert werden muss. Aus diesem Grunde fangen wir mit einem niedrigen Satz an. Das ist alles in sich logisch.

Jetzt kommt ein Problem, das Herr Kollege Kaufmann so hoch ansiedelt. Das ist die Frage, wie man die Dauer der Zugehörigkeit zum Parlament berechnet. Wenn wir schon sagen, wir wollen die Regelungen des Beamtenrechtes und der Rentenversicherung übertragen, dann gehört dazu selbstverständlich auch die tagesgenaue Ermittlung der Zugehörigkeit zum Parlament.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Worin liegt da ein Privileg? Kann mir jemand, auch von der Fraktion der GRÜNEN, erklären, warum Kolleginnen und Kollegen, die vom ersten bis zum letzten Tag Abgeordnete in der Wahlperiode von 1987 bis 1991 waren, trotzdem, wenn sie damals begonnen haben, keine vier Jahre anerkannt bekommen, weil ihre Rechtsstellung erst nach dem Termin der Wahl begonnen hat? Das kann doch niemand erklären.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Jetzt geht es um die Übergangsregelung. Bei den Beamten ist es so, dass die Übergangsregelung bedeutet: Wenn jemand in den Ruhestand tritt, dann werden die jährlichen Besoldungssteigerungen abgefangen durch die Reduzierung der Versorgungshöhe. Das geschieht in acht Stufen. Wir haben im Änderungsantrag klargestellt, dass diese Übergangsregelung nur für Abgeordnete gilt, die schon ausgeschieden sind. Diese Klarstellung war notwendig. Sonst steht in dem Änderungsantrag nichts, aber auch gar nichts drin.

Wir sind für die aktiven Abgeordneten weiter gegangen. Für denjenigen, der demnächst ausscheidet, ist von einem Tag zum anderen die Absenkung in dieser Größenordnung Fakt. Das ist der Unterschied, im Übrigen auch zu dem Gesetzentwurf betreffend die Ministerbezüge, in dem auch für aktive Minister die Übergangsregelung gilt. Das heißt, wir gehen an dieser Stelle weiter als die Regelung in der Beamtenversorgung, um das klar und deutlich zu sagen.

Meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle noch einmal sagen: Diese Änderung der Altersversorgung ist ein erster Schritt, in dem wir die Übernahme der Regelungen des Beamtenrechtes umgesetzt haben. Ich sage für meine Fraktion klar: Wir sind für die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission, die die Altersversorgung der Abgeordneten insgesamt auf den Prüfstand stellt.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Dies kann deswegen nur ein erster Schritt sein. Aber lassen Sie uns diesen Schritt gemeinsam gehen, den wir jetzt mit diesem Abgeordnetengesetz machen wollen.

Herr Kollege Kaufmann, ich glaube nicht, dass das ein Thema ist, mit dem man sich außerhalb populistischer Erwägungen wirklich profilieren kann.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Das kann man garantiert nicht. Wir sollten auch bei diesem Thema, auch dann, wenn wir zu Einzelheiten unterschiedlicher Meinung sind – das können wir sein, das ist das gute Recht –, nicht mit Argumenten nach der Devise: „Da hätte etwas verschleiert werden sollen“ in die Debatte eingreifen. Das muss ich zum Schluss noch einmal deutlich zurückweisen. Hier lagen die Fakten auf dem Tisch.

Deswegen wird meine Fraktion der Änderung des Abgeordnetengesetzes in der vorgelegten Fassung zustimmen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Kahl. – Für die FDP-Fraktion hat ihre Geschäftsführerin, Frau Beer, das Wort.

Nicola Beer (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die FDP-Fraktion trägt diesen Änderungsantrag im Hinblick auf die hessische Abgeordnetenentschädigung mit. Es ist schon sehr viel gesagt worden zur Anhebung der Diäten, gerade durch den Kollegen Lortz und jetzt auch wieder durch den Kollegen Kahl. Auch wir halten es für vertretbar, die Diätensteigerung um 1,4 % vorzunehmen, gerade im Hinblick darauf, dass der transparente und anhand objektiver Zahlen ermittelte Wert von 2,87 % um mehr als die Hälfte unterschritten wird. Mit Rücksicht auf die momentane Haushaltslage ist es sicherlich gerechtfertigt, hier eine solche Abänderung vorzunehmen. Wir bewegen uns damit quasi auf einer Kompromisslinie zwischen der Position, an dem System festzuhalten, und der Position, eine komplette Nullrunde einzulegen, wie von den GRÜNEN gefordert.

Uns als FDP-Fraktion ist vor allem wichtig, dass das System an sich erhalten bleibt, weil es, durch eine Expertenkommission gefunden, wirklich ein sehr transparentes, nachvollziehbares und objektives Verfahren darstellt, um die Höhe der Abgeordnetendiäten in diesem Hause festzulegen. Das ist schon betont worden.

Wir sind in einem zweiten Punkt zum jetzigen Zeitpunkt – das betone ich ausdrücklich – damit einverstanden, im Rahmen des bestehenden, an das Beamtenrecht angelehnten Systems erste Änderungen vorzunehmen. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir die Änderungen im Hinblick auf die Altersversorgung, die im Beamtenrecht

stattgefunden haben, auf die Abgeordnetenversorgung übertragen. Da ist es auch in unseren Augen angemessen, nach einer tagweisen Abrechnung der Mitgliedschaft in diesem Hause vorzugehen. Was für alle anderen Rentensysteme, für alle anderen Sozialversicherungssysteme gilt, das soll auch für Abgeordnete gelten. Da sind Abgeordnete keine Menschen zweiter Klasse.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle allerdings noch einmal betonen – wir haben mit diesen Vorschlägen schon mehrfach in die Diskussion eingegriffen –: Nach Meinung der FDP befinden wir uns nach wie vor im falschen System, was die Altersversorgung anbelangt. Ich glaube, das ist auch gerade bei der Diskussion um die Abgeordnetendiäten und ihre Höhe das, was die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande zu Recht – das unterstreiche ich: zu Recht – aufregt.

Das sind nämlich das System und vor allem die Höhe der Altersversorgung von Politikerinnen und Politikern. In keinem Rentenversicherungssystem und keinem Sozialversicherungssystem dieses Landes ist es möglich, nach so kurzer Zeit der Zugehörigkeit zu solch einem System eine so hohe Altersversorgung auf Lebenszeit zu erhalten. Ich rede jetzt gar nicht darüber, ob diese Altersversorgung erst mit 60 Jahren oder schon mit 55 Jahren ausgezahlt wird. Auch das ist ein Punkt, der in unseren Augen zu kritisieren ist. Ich rede vielmehr von der Höhe – roundabout 1.800 € - der Rente, die nach sechsjähriger Mitgliedschaft in diesem Hause erworben wird. Diese Tatsache wird in der Bevölkerung zu Recht nicht verstanden, weil man nach sechs Jahren in keiner anderen Anlageform – ob Rentenversicherung, Lebensversicherung, Immobilie oder vielleicht ein besonders geschickt angelegtes Wertpapierdepot – eine so hohe lebenslange Altersversorgung erarbeiten kann.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen hat Ihnen meine Fraktion vorgeschlagen, das System der Altersversorgung der Politikerinnen und Politiker – damit meinen wir sowohl die Abgeordneten dieses Hauses als auch die Regierungsmitglieder und die kommunalen Wahlbeamten – grundlegend zu reformieren. Wir müssen nämlich darüber sprechen, ob unsere Diäten angemessen und hoch genug sind, um den Politikerinnen und Politikern aufzuerlegen, privat und eigenverantwortlich für ihr Alter vorzusorgen, wie es jeder Selbstständige in dieser Republik tut.

(Beifall bei der FDP)

Da bin ich dann auch recht selbstbewusst, was die Höhe der Diäten betrifft. Lassen Sie uns 200 oder 300 € drauflegen. Dann ist aber jeder von uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst dafür verantwortlich, in welcher Art und Weise auch immer – ob über eine Rentenversicherung, ein Versorgungswerk, über Immobilien, Wertpapiere oder was auch immer – für den Lebensabend vorzusorgen. Die Zeiten der Mitgliedschaft der Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause sind sehr unterschiedlich. Von daher gibt es auch ganz verschiedene Zeiträume, die entsprechend abgedeckt werden müssen.

Ich halte es – das sage ich ganz deutlich – für nicht gerechtfertigt, im Grunde genommen schon durch eine sechsjährige Mitgliedschaft in diesem Hause eine Vollversorgung im Alter zu erlangen. Das ist, seien Sie bitte ehrlich, bei Bezügen in Höhe von 1.800 € der Fall. Fast könnte man ketzerisch sagen, es gab Kolleginnen und Kollegen, die diesem Hause mit einem geringeren Aktivein-

kommen angehörten, als sie nachher im Alter kassiert haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns deshalb über eine grundlegende Reform der Altersversorgung reden. Seien wir da durchaus selbstbewusst im Hinblick auf die Höhe der Diäten. Ich glaube, viele Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause werden sich wundern, dass die Diäten gar nicht so weit angehoben werden müssten, um eine eigenständige ausreichende private Altersversorgung zu erlangen. Ich habe mir einmal von einer Versicherungsgesellschaft verschiedene Tarife durchrechnen lassen. Da ist man mit ein paar Hundert Euro durchaus in einem finanziellen Bereich, der den Lebensabend gut abdeckt.

Deswegen gilt es, jetzt einen ersten Schritt zu tun, aber das System sollte grundlegend reformiert werden. Dazu möchte Sie meine Fraktion aufrufen. Ich habe die Hoffnung, dass wir Sie im Laufe dieser Legislaturperiode davon überzeugen können, diese Reform wirklich anzugehen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Beer. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Gemäß der Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/336**, abstimmen. Wer für den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion.

Ich lasse nun über folgende Beschlussempfehlung abstimmen: Der Ältestenrat empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags Drucks. 16/312 in zweiter Lesung anzunehmen. – Wer für diese Beschlussempfehlung stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen und damit zum Gesetz erhoben.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt kommt die persönliche Erklärung der GRÜNEN, wohin sie spenden!)

– Herr Hahn, es liegt mir zur Stunde kein Wunsch auf Abgabe einer persönlichen Erklärung vor.

(Heiterkeit)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Fraktion der CDU betreffend Gütesiegel Meisterprüfung muss erhalten bleiben! – Drucks. 16/56 –

Dazu rufe ich außerdem **Tagesordnungspunkt 13** und **Tagesordnungspunkt 38** auf.

Das Wort hat für den Antragsteller, die CDU-Fraktion, der Abg. Reif.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit bitten, damit Herr Reif entsprechendes Gehör finden kann.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Er setzt sich schon durch!)

– Es geht hier nicht darum, sich durchzusetzen und lauter als die anderen zu sein, sondern es geht darum, eine Atmosphäre zu schaffen, in der man aufeinander hört.

(Beifall)

Clemens Reif (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das deutsche Handwerk gilt weltweit als ein einzigartiges Qualitäts- und Gütesiegel der deutschen Wirtschaft, um das uns alle beneiden. Wir würden vonseiten der Politik einen sehr großen, nicht wieder gutzumachenden Fehler begehen, wenn wir dieses einzigartige Güte- und Qualitätssiegel infrage stellen, aushöhlen oder gar bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln würden.

Beim deutschen Handwerk handelt es sich um weit mehr als um eine x-beliebige Gruppe von Betrieben, die von irgendwelchen Managern mit irgendwelchen Arbeitnehmern für ein paar Monate oder Jahre hier oder dort an irgendeinem Standort geführt werden. Es handelt sich beim deutschen Handwerk vielmehr um eine ganze Lebenswelt, um ein eigenes Selbstverständnis, um Familienbetriebe, deren Inhaber oftmals ein sehr hohes persönliches Risiko tragen, um gewachsene Ausbildungskulturen und um Qualitätsverpflichtungen, die aus Verantwortungsgefühl eingegangen werden. Diese Qualitäten haben wir in Deutschland nicht im Übermaß, deshalb sollten wir sorgfältig mit dem Handwerk umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Handwerker können ihr unternehmerisches Wirken nicht mir nichts, dir nichts verlagern. Sie sind auf ihren Standort, auf ihre unmittelbare Umgebung angewiesen. Sie können ihr Unternehmen nicht nach Tschechien, Ungarn oder nach Fernost verlagern, wie das große Firmen tun. Sie können praktisch keine Standortentscheidungen treffen. Sie arbeiten, wirken und operieren in unmittelbarer Nähe zu ihrem Standort. Ihr Einzugsbereich umfasst meist nicht mehr als 30 oder 40 km. Die Betriebe sind meist auch nicht weiter als 30 oder 40 km vom nächsten Finanzamt entfernt. Somit sind die Handwerker treue, brave und redliche Steuerzahler, die den Finanzbehörden überhaupt nicht entgehen können, denn viele von ihnen haben bereits eine jahrzehntelange Biografie als treue Steuerzahler.

In Hessen gibt es etwa 60.000 Handwerksbetriebe mit rund 400.000 Beschäftigten. Das Handwerk in unserem Bundesland bildet rund 32.000 junge Menschen aus. Es macht pro Jahr etwa 40 Milliarden € Umsatz. Erlauben Sie mir deshalb zu Beginn der heutigen Diskussion über das Handwerk, die Diskussion vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Nicht das deutsche Handwerk bremst den Aufschwung am Arbeitsmarkt. Das deutsche Handwerk wird in diesen Monaten selbst in die Zange genommen: einerseits von einer sich immer weiter verschlechternden wirtschaftlichen Gesamtlage und andererseits von einer kränkenden Bundesregierung, die sich zentralen Reformnotwendigkeiten bei Arbeit und Sozialem weiter verweigert. Daran ändern auch zaghafte Versuche von 2010 nichts – aus meiner Sicht ein übrigens vollkommen falsches Bild, weil wir Veränderungen nicht im Jahr 2010, sondern im Jahr 2003 benötigen.

(Beifall bei der CDU)

Was wir brauchen, ist ein Schub in Unternehmen, die den robustesten Teil unserer deutschen Wirtschaft darstellen. Deshalb bleibt es ein Geheimnis dieser Bundesregierung, wie in einem immer weiter schrumpfenden Arbeitsmarkt und Auftragsbestand im Handwerk durch die Quasi-Ab-schaffung des Meisterbriefs die wirtschaftliche Situation in den Unternehmen besser werden soll.

Die zurückgehende Zahl der Ausbildungsplätze im Handwerk in den letzten Jahren liegt doch nicht an der mangelnden Bereitschaft der Betriebe, sondern ist das Resultat einer katastrophalen Politik, die in den letzten Jahren dem Mittelstand und dem Handwerk konsequent das Leben schwer gemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

Wer soll in unserem Land eigentlich ausbilden für die Industrie, wenn sich diese Industrie zunehmend – wie wir das in den letzten Jahrzehnten immer stärker beobachten konnten – aus der Ausbildung junger Menschen zurückzieht? – Wir hatten vor einigen Jahren bei den ehemaligen Farbwerken Hoechst eine große Auszubildendenabteilung, eine Lehrlingsabteilung, mit über 1.800 Auszubildenden. Die ist heute nicht mehr da.

Das Handwerk ist der Stand, der für die Industrie ausbildet, der qualifizierte Arbeitnehmer schafft, die nachher von Industrieunternehmen, die nicht ausbilden, angenommen werden und in komplizierte, moderne und fortschrittliche Arbeitsprozesse eingebunden werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer soll das tun, wenn wir den großen Befähigungsnachweis abschaffen, wenn wir einen ganzen Stand an Unternehmern, an Familien derart demotivieren, dass sie sagen: Wieso sollen wir ausbilden, wenn uns das nicht belohnt wird?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wieso soll ein junger, talentierter Handwerksgehilfe den Meistertitel, den großen Befähigungsnachweis, erlangen, wenn er das, was er tun will, nämlich unternehmerisch tätig zu werden, auch ohne großen Befähigungsnachweis erlangt? – Dann wird er sich sagen: Wieso soll ich den Handwerksmeistertitel erlangen und ausbilden, während das die Industrie schon seit langen Jahren nicht mehr tut? Ich mache es ebenso. Ich mache mich selbstständig, lerne andere an und versuche mich so in meinem unternehmerischen Wirken zu qualifizieren. – Das ist eine fatale Wirkung, kann ich Ihnen nur sagen, wenn wir das wahr werden lassen.

(Beifall bei der CDU)

Man beklagt die fehlenden Ausbildungsplätze, wirft der ausbildungsstärksten Wirtschaftsbranche, nämlich dem Handwerk, Knüppel zwischen die Beine, brüstet sich mit großen Entlastungen wie beispielsweise der Freistellung von 50 oder 90 € Jahresbetrag zur Handwerkskammer und drückt dann den neuen Betrieben eine Ausbildungsplatzabgabe aufs Auge. Meine sehr verehrten Damen und Herren, paradoxer kann man Politik in diesem Sektor wirklich nicht gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind grundsätzlich nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die die im Grundsatz bewährte deutsche Handwerksordnung regelrecht zerschlägt und damit versucht, Reformfähigkeit unter Beweis zu stellen, die auf anderen wichtigen Feldern schmerzlich vermisst werden. Am Ende – so meinen wir – muss doch das Handwerk stärker, es muss vitaler und lebendiger aus einer Reform hervorge-

hen und nicht zerfleddert in Einzelbestandteile aufgelöst und demotiviert.

Richtige Ordnungspolitik baut zusammen, sie bildet ein Fundament, sie bildet ein Gerüst und ist kein Abrissstrupp, der nur mit der Abrissbirne umhergeht und hinterher das Bauland für Schwarzarbeit und Schwarzbauten lässt.

Handwerksmeister sind in unserem Land perfekt ausgebildet. Sie sind geschult, sie werden im Meisterkurs, der lange dauert, im theoretischen und im praktischen Wissen ausgebildet, und sie haben Ausbildereignungen. Zum großen Befähigungsnachweis gehört ein Teil, nämlich die Ausbildereignung, junge Leute ausbilden zu können. Sie sind vor allem auch betriebswirtschaftlich geschult, dergestalt, dass sie in der Lage sind, grundsätzliche betriebswirtschaftliche Aufgaben zu übernehmen, was in einem Land, in dem wir mit über 40.000 Insolvenzen im Jahr zu kämpfen haben, ungewöhnlich wichtig ist.

Lassen Sie mich ein Letztes erwähnen. Handwerksmeister und Handwerksbetriebe sind geeignet, ein hohes Maß an Qualität gegenüber dem Verbraucher abzuliefern. Wer schon nicht in der Lage ist, zu akzeptieren, dass das Handwerk in der Form, in der wir es heute betrachten und vorfinden, so weiter bestehen muss, der müsste eigentlich im Interesse des Verbraucherschutzes in der Lage sein, zu sagen, gerade deswegen muss das Handwerk in einer hohen qualifizierten Form in Deutschland weiter eine Chance haben.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Reif, die zehnminütige Redezeit ist zu Ende. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Clemens Reif (CDU):

Es ist in Wirklichkeit der wahre Verbraucherschutz. – Herr Präsident, lassen Sie mich einen Satzesatz sagen: Wir glauben, dass das Fitnessstraining für einen Konjunkturaufschwung und einen Konjunkturschub in Deutschland ohne das Handwerk nicht möglich ist. Deshalb lassen Sie die Finger davon, und kooperieren Sie vonseiten der Bundesregierung mit dem Handwerk für vernünftige Veränderungen, die uns in Deutschland weiterbringen und nicht weiter hemmen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Reif. – Für die SPD-Fraktion hat die Abg. Tesch das Wort.

Silke Tesch (SPD):

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion, die Novellierung ist kein Schlag ins Gesicht für den Beschäftigungs- und Ausbildungsmotor, sondern ein Ganzkörperlifting einer alten Dame namens Handwerksordnung.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch kein Herumdoktern an einem Gesunden – wie Sie es nennen –, sondern eine längst überfällige Verjüngungskur.

(Beifall bei der SPD)

Es stimmt uns hoffnungsvoll, dass Sie sich zumindest mit Teilen der Änderungen der Handwerksordnung anfreunden können.

Der Vorschlag der Bundesregierung zur Novellierung der Handwerksordnung ist sehr zu begrüßen. Die Novellierung unterteilt die Handwerksberufe nicht mehr nach Berufsgruppen, sondern in Anlage A in gefahrgeneigte und in Anlage B in nicht gefahrgeneigte Berufe.

Bei den nicht gefahrgeneigten Berufen ist der Meisterzwang ein unzeitgemäßes Berufsverbot. Die Aufhebung des Meisterzwangs ist hier ein wirksames Instrument zum Abbau der Schwarzarbeit, fördert den Wettbewerb und kommt dem Verbraucher zugute.

(Beifall bei der SPD)

Der Meisterbrief kann in den Berufen der Anlage B weiter als Qualitätssiegel wirken, ist aber nicht die Voraussetzung für eine Existenzgründung. Der SPD-Fraktion ist bekannt, dass das Handwerk eine wirklich tragende Rolle in der Wirtschaft, gerade in Hessen, darstellt,

(Clemens Reif (CDU): Offenbar nicht!)

dass gerade die Handwerksbetriebe für Jugendliche mit Haupt- und Realschulabschluss ein Garant für Ausbildung sind.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Herr Reif, hören Sie mir doch bis zum Ende zu. Sie werden mir sicher zustimmen, wenn meine Rede beendet ist.

(Beifall bei der SPD – Clemens Reif (CDU): Das kann selbst ich mir nicht vorstellen! – Michael Boddenberg (CDU): Die Rede, die Sie vorlesen, haben wir von anderen schon zehnmal gehört!)

– Ich habe Ihnen doch auch zugehört, jetzt seien Sie doch ein bisschen tolerant. – Dennoch können wir uns den aktuellen Zahlen nicht verschließen, und dies bedeutet einen umgehenden Handlungsbedarf. Ich verhehle nicht, dass es bei einer Veränderung von Rahmenbedingungen zu einem kurzfristigen Rückgang der Ausbildungszahlen kommen kann. Denn Wirtschaftssubjekte benötigen Zeit, um sich an die veränderten Bedingungen und Anreizstrukturen anzupassen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist ein gewolltes Ergebnis!)

Ich hoffe nicht, dass die Handwerksbetriebe den angeordneten Ausbildungsboykott umsetzen.

(Klaus Peter Möller (CDU): Haben Sie jemals einen Betrieb von innen gesehen?)

– Darf ich bitte meine Rede zu Ende führen? Ich stehe Ihnen hinterher gerne für einen Dialog zur Verfügung. Ich habe 18 Jahre lang mit meinem Mann einen Handwerksbetrieb geführt. Ich bitte Sie, mich ausreden zu lassen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Unternehmen, die sich dem angedrohten Ausbildungsboykott anschließen, werden sich ins eigene Fleisch schneiden. Denn auf längere Sicht wird eine Verringerung der Ausbildungsplätze im Handwerk nicht zu einem dauerhaften Angebotsengpass auf den Ausbildungsmärkten führen. Zum einen wird die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen demographisch bedingt abnehmen, zum anderen wird die Ausbildungsleistung von Industrie- und Dienst-

leistungsunternehmern sowie von Nicht-Meisterbetrieben zunehmen, wenn Arbeitskräftemangel droht – und das wird in den nächsten Jahren der Fall sein.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Der Meisterbrief bürgt nicht zwingend für einen hohen Qualitätsstandard. Qualitätsstandards sind in zahlreichen Gesetzen, Verordnungen und Fachregeln dargelegt. Sie sichern Verbraucherschutz, nicht der Meisterbrief.

(Beifall bei der SPD)

Daher ist es mir unverständlich, dass Sie, meine Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Bäcker, Fleischer und Konditoren in Anlage A belassen wollen. Haben Sie kein Vertrauen in die Lebensmittelgesetze und -kontrollbehörden,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

die im internationalen Vergleich den höchsten Rang einnehmen? Durch diesen Passus Ihres Antrags tragen Sie zur Verunsicherung des Verbrauchers bei.

Es gibt sehr viele Lebensmittelhersteller, die keinen Meisterbrief benötigen. Denn zur Herstellung von Lebensmitteln ist lediglich eine Gewerbeerlaubnis erforderlich.

Unternehmen in anderen Wirtschaftsbereichen, die keinen Meisterbrief als Grundlage ihrer Tätigkeit benötigen,

(Clemens Reif (CDU): Es ist traurig in Deutschland!)

bieten ebenfalls ein hohes Leistungsniveau. Ein hoher Leistungsstandard würde durch den Wettbewerb sowie durch zahlreiche DIN-Vorschriften, Normen, Unfallverhütungs- und Haftungs Vorschriften gewährleistet. Die steigende Ausweitung der Schwarzarbeit macht uns klar, dass es eine große Nachfrage nach handwerklichen Leistungen gibt. Gleichwohl nimmt die volkswirtschaftliche Bedeutung des Handwerks ständig ab. Die seit langem als Berufszugangsvoraussetzung bestehende Meisterprüfung hat jedenfalls seit 1953 keine nennenswerte Reform erfahren. Vor 1953 hatte man die harte Nuss der Kammern für einige Jahre aufbrechen können und gab Gesellen die Möglichkeit, sich ohne Meisterbrief selbstständig zu machen.

Sie könnten nun argumentieren, durch den Krieg mit seinen Folgen sei das eine andere Zeit für die Handwerksbetriebe gewesen.

(Michael Boddenberg (CDU): Es fehlten die Meister!)

Aber dieses Argument lasse ich nur zum Teil gelten. Denn genau in diese Zeit fällt die Gründung der meisten heute noch bestehenden Betriebe. Dieses Engagement der damaligen Existenzgründer

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

hat zum Auf- und Ausbau des Handwerks geführt.

(Beifall bei der SPD)

Lieferten diese Betriebe eine minderwertigere Qualität? Waren das die schlechteren Handwerker? Oder waren und sind das nicht heute noch die besten ihres Fachs? Von einem guten Stamm fallen bekanntlich auch gute Früchte.

Zurück zur Gegenwart. 1994 lag der nominale Gesamtumsatz des Handwerks bei 409 Milliarden €. Im Jahre 2002 waren das noch 370 Milliarden €. Der Anteil des Handwerks an der Bruttowertschöpfung reduzierte sich

von 10,7 auf 8 %. Die Zahl der Beschäftigten sank von 6,1 auf 4,4 Millionen. Das Handwerk befindet sich seit etwa 15 Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, und die Lage spitzt sich zu. Die Zahl der Unternehmen ist rückläufig.

(Michael Boddenberg (CDU): Frau Kollegin, das ist die Bundesrepublik, von der Sie reden!)

– Ich kann mich erinnern, dass ich mich geschämt habe, Löhne auszuzahlen, als Kohl die Lohnnebenkosten derartig hoch geschraubt hat; dass ich mich geschämt habe, den Jungs einen Scheck auszustellen. Das will ich Ihnen einmal sagen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Die Zahl der Unternehmen ist rückläufig, die der Beschäftigten nimmt drastisch ab. Auch die Zahl der Auszubildenden ist in den letzten Jahren deutlich gesunken.

(Zuruf der Abg. Brigitte Kölsch (CDU))

Viele übernahmefähige Unternehmen finden keinen Nachfolger.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Hinzu kommen EU-rechtliche Fragestellungen, die eine Novellierung erzwingen. Lediglich Luxemburg hat Berufszugangsbeschränkungen, die dem deutschen Meisterbrief ähnlich sind.

Die Novellierung der Handwerksordnung wird eine Aufwertung derjenigen Berufe darstellen, die einer klaren Abgrenzung unterliegen. Dadurch wird der Stellenwert des Handwerks eindeutig hervorgehoben.

(Zuruf des Abg. Klaus Peter Möller (CDU))

Das Handwerk bietet auch heute schon eine Vielfalt von Ausnahmeregelungen, die jedoch je nach Auslegung keine Rechtssicherheit bieten. Es liegt eine Vielzahl von Gerichtsentscheidungen vor, die die bisherige Handwerksordnung aushebeln.

Mit dieser Novelle wird der handwerkliche Befähigungsnachweis verfassungsrechtlich belastbar legitimiert. Der Entwurf der Änderung der Handwerksordnung soll das Handwerk zukunftsfähig, -sicher und europafest machen. Schwierigkeiten bei der Abgrenzung zwischen Handwerkern und von Handwerkern gegenüber anderen Gewerken verhindern, dass Leistungen kundengerecht gebündelt und aus einer Hand angeboten werden können.

Insoweit werden Abgrenzungsprobleme innerhalb der in Anlage A verbleibenden Handwerke und gegenüber den in Anlage B überführten Handwerken sowie auch zwischen diesen beiden beseitigt. Den Kunden kann ein breites Angebot von Leistungen aus einer Hand angeboten werden.

Für Existenzgründer entfällt die Hürde der Meisterprüfung unter bestimmten Voraussetzungen – was sich positiv auf die Gründungsquote auswirken wird. Eine größere Zahl neuer Kleinbetriebe wird zu einer besseren Versorgung der Kunden und Verbraucher beitragen.

(Zuruf des Abg. Klaus Peter Möller (CDU))

Außerdem wird ein Beitrag zur Steigerung der im europäischen Durchschnitt niedrigen Selbstständigenquote von 9,3 % in Deutschland – im Gegensatz zu 12,3 % im EU-Durchschnitt – geleistet.

Die Realität zeigt, dass Handwerkskammern und Behörden vielfach mit Abmahnverfahren, Bußgeldern und Betriebsschließungen gegen Unternehmen vorgehen, die einfache Tätigkeiten ausüben, aber nicht in der Handwerksrolle eingetragen sind. Hier sind es besonders kleinere und kleinste Unternehmen sowie Existenzgründer, die eine Nischentätigkeit zur Geschäftsidee ihrer gewerblichen Tätigkeit machen wollen. Dadurch werden Existenzgründungen erschwert und Arbeitsplätze gefährdet.

Aus der Masse der Befürworter zitiere ich Herrn Dr. Bode, der für das Institut für Weltwirtschaft tätig ist. Das Zitat stammt von gestern Abend:

Sicherlich werden sich nicht alle Anbieter am Markt bewähren. Entscheidend ist jedoch, dass mit der Novelle ein Pool von fachlich und unternehmerisch talentierten Handwerkern aktiviert wird. Infolge dieser Markteintritte wird sich der Wettbewerb insbesondere um Privatkunden intensivieren, und genau dies erachte ich als den zentralen Auslöser für die positiven Auswirkungen. Sie ist der Schlüssel für mehr technische und organisatorische Kreativität auf der Angebotsseite und damit letztlich für mehr Innovation, mehr Effizienz und eine stärkere Kundenorientierung.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich noch eine etwas provokante Denkweise in den Raum werfen, die Sie zum Nachdenken anregen sollte: Sprechen die Kammern die Sprache aller Handwerker? Zum Handwerk gehören nicht nur Meister, sondern eine Vielzahl von Gesellen und Gesellinnen, die ihr Handwerk verstehen, die Novellierung begrüßen und in den Startlöchern stehen, um neue Betriebe zu gründen und neue Ausbildungsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Kollege aus Bayern, Ihr Kollege aus Bayern, hat einmal gesagt: „Lederhose und Laptop“. Ich würde es nennen: „Tradition und Moderne“. Ich habe den Eindruck, Sie haben noch die Lederhose an. – Danke.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, das war die erste Rede der Frau Kollegin Silke Tesch in diesem Hause. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nächster Redner ist der Kollege Denzin, FDP-Fraktion.

(Clemens Reif (CDU): Mein Freund Michael!)

Michael Denzin (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Tesch, ich habe mir eben einmal ein Ganzkörperlifting vorgestellt. Das sind wahnsinnig viele Schnitte. Und was glauben Sie, wie gefährlich das ist. Ich glaube, das würde selbst ein robuster Körper kaum überstehen.

Genau damit aber haben Sie auch ein passendes Bild gebracht. Das, was die Bundesregierung, das Kabinett, jetzt in Sachen der Handwerksordnung angekündigt hat, ist in

der Tat ein Gesamtkörperlifting. Deshalb wird es das Handwerk kaum aushalten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das Handwerk braucht ein Lifting. Darin sind wir uns einig. Aber ich greife auf, was Sie eben gesagt haben: Diese Novelle sei belastbar. – Sie ist nicht belastbar. Viel schlimmer ist aber der Ablauf des Geschehens: Da verhandelt der Bundeswirtschaftsminister, zuständig für die Handwerksordnung, mit dem Zentralverband des Handwerks über Reformen, die das Handwerk selbst seit dem letzten Herbst auf den Tisch gelegt hat: die so genannten Leipziger Thesen.

Der Zentralverband des Handwerks sagt: Das ist eine Grundlage. Wir reden darüber hinaus natürlich auch über andere Themen. – Dann schneidet der verhandelnde Bundeswirtschaftsminister das ab, und es wird verkündet, dass man mit dem Beil in die Handwerksordnung hinein hauen werde.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja martialisch! – Zuruf von der CDU)

Das ist erstens von dem Vorgang her und zweitens – viel schlimmer für uns alle – vom Ergebnis her nicht zu ertragen.

(Beifall bei der FDP)

All das, von dem Sie gesagt haben, dass es modernisiert werden muss, steht zum Teil schon in dem Papier des ZDH und ist auf jeden Fall auf dem politischen Feld verhandlungsfähig, d. h. es kann also gemeinsam erreicht werden.

Aber was macht man in einer Situation, wie sie heute Morgen nicht nur vom Ministerpräsidenten, sondern auch von allen anderen Rednern in der Wirtschafts- und Steuerdiskussion dargestellt worden ist? Diese Situation sieht so aus, dass unser Land, aus bewährten Strukturen heraus, in Europa vom ersten auf den letzten Platz gerutscht ist. Vom zweiten oder dritten Platz in der Welt ist unser Land laut UNO sogar auf den 18. Platz gerutscht.

In einer Zeit, in der wir jedem Ausbildungsplatz hinterherlaufen müssen, in der wir alleine im Handwerk noch 32.000 Ausbildungsplätze haben, nehmen wir das Fixum, das Gerüst, das wir noch haben, und hauen hinein, und das nur, weil diese Bundesregierung aufgrund der wirtschaftlichen Situation beweispflichtig war und nichts Besseres als eine Radikallösung in einem einzigen Bereich gefunden hat, obwohl alle bereit waren, zu modernisieren und die Strukturen tatsächlich auf den aktuellen Stand zu bringen.

Das gilt z. B. für die Zulassung zum Handwerksgewerbe ohne einen Meisterbrief. Dabei geht es um Umsätze, wie sie ein gut verdienender Geselle macht. Das wäre genau das Richtige gewesen, wie von Ihnen eben auch im Hinblick auf den Einzelhaushalt, wie auch immer, angesprochen wurde. Im Übrigen ist das auch ein Mittel gegen die Schwarzarbeit. Aber das ist kein Streitthema. Das geht weiter bis zur Anerkennung des Technikers oder des Industriemeisters. All das ist schon viel weiter geöffnet, als Sie es darstellen.

Aber immer dann, wenn die Politik bei irgendeinem Thema versagt oder nicht weiterkommt, wird sie fundamentalistisch.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Genau diesen Schritt sehen wir hier. Man schüttet das Kind mit dem Bade aus. Dagegen wehren wir uns. Gerade wir haben diese spannende Diskussion geführt. Es gibt auch in der FDP Fundamentalisten. Das haben wir während unseres Bundesparteitags erlebt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber nur eine Minderheit!)

Nur, das Abstimmungsergebnis war mit etwa 90 % sehr eindeutig. Wenn man einmal diese fundamentalistischen Tendenzen weglässt, stellt man fest, dass die Positionen gar nicht so weit auseinander sind.

Übrigens ist das hochinteressant bei Ihnen: Die Spanne reicht von dem rechten Clement, der das als Liberalisierung verkauft, bis hin zu Ottmar Schreiner, der alles andere als rechts ist – ich würde ihn als einen Vorkämpfer der Linken einschätzen – und das unter einem ganz anderen Gesichtspunkt sieht. Er will nämlich ganz andere Wirtschaftsstrukturen. Im Ziel sind sich beide komischerweise einig. Sie werden aber von ganz unterschiedlichen Motiven angetrieben. Dazwischen steht ein Bundeskanzler, der nicht nur seit seiner Wiederwahl, sondern seit der Zeit eines Oskar Lafontaine ein Getriebener ist, der sich einmal in die eine, dann aber wieder in die andere Richtung bewegt.

Heute Morgen wurde gesagt – Sie haben das der CDU vorgeworfen, die Abgeordneten der CDU können selbst darauf erwidern –: Man weiß nie, ob die CDU die Regierung jetzt rechts oder links überholt. – Ich habe dazwischengerufen: Nein, man weiß nie, auf welcher Seite diese Regierung gerade schlingert. Ich kann der CDU keinen Vorwurf machen, wenn sie sich einmal links und dann wieder rechts davon befindet. – Ich will aber gleich dazu sagen: Wir nehmen den Weg durch die Mitte.

(Beifall bei der FDP)

Frau Tesch, auch angesichts Ihres engagierten Plädoyers als Insiderin: Es ist eine typische SPD-Sicht, Qualitätsstandards gesetzlich verankern zu wollen. Formalisiert nach Gesetzesbuchstaben und Verordnungssätzen – das ist eine typische SPD-Sicht.

Worauf kommt es denn an? Nehmen Sie doch einmal die Aufgaben, die ein Handwerksmeister bei einem schwierigen Geschäft wahrnimmt. Sie können einen Maler, einen Baumeister oder die Angehörigen vieler anderer Branchen nehmen.

(Michael Boddenberg (CDU): Fleischer!)

– Oder auch einen Fleischer, wenn es um gute Wurst geht. – In vielen Branchen kommt es genau auf die individuelle Leistungsfähigkeit an, die auf dem Wege der Meisterprüfung und der Ausübung des Berufs erworben wird. Was einen Meister auszeichnet, ist, dass er nicht nur das Alltagsgeschäft ausübt. Das kann ein Geselle allemal; dafür braucht er keinen Meister im Hintergrund. Aber dann schauen Sie doch einmal auf die gestalterischen Arbeiten. Lassen Sie einmal eine Kirche renovieren: Sie werden froh sein, wenn Sie noch einen Meister finden, der das kann. Ihre Politik wird dazu führen, dass sich kaum noch einer auf den Weg macht, um diese Qualifikation zu erwerben.

(Beifall bei der FDP)

Da der Meister das Lernen gelernt hat, weil er in dem zusätzlichen Kurs, wie schon gesagt wurde, nicht nur berufsspezifische Kenntnisse erworben hat, sondern auch die betriebswirtschaftlichen Grundlagen und die Voraussetzungen, um selbst auszubilden, hat er auch automatisch die Verpflichtung, sich auf dem Laufenden zu halten. Ein Betrieb, der auf sich hält – das sind in der Regel die Handwerksbetriebe, Ausnahmen gibt es immer –, wird sich auch daran halten. Das wird der nicht tun und auch nicht können, der als Ich-AG allein auf diesem Gebiet arbeitet.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch die Folgen sehen. Dadurch kommen wir in einer Zeit, in der alles im Fluss ist – man könnte fast sagen: panta rhei –, in die Situation, dass wir auch noch die letzten Stabilisatoren lockern bzw. ganz herausziehen.

Ich weiß nicht, wie sich das dann bei der Osterweiterung der EU, bei einem engeren Zusammenrücken der Weltwirtschaft und bei den Strukturveränderungen unserer Wirtschaft entwickelt. Sie haben vorhin festgestellt – die Daten stimmen ja –, dass der relative Anteil des Handwerks rückläufig ist. Natürlich ist er rückläufig, wenn der Anteil des Dienstleistungsgewerbes z. B. im Rhein-Main-Gebiet auf über 70 % steigt. Es ist doch ganz logisch, dass der relative Anteil des Handwerks zurückgeht. Dann geht er auch bei den Maschinenbauern und im produzierenden Gewerbe zurück; das ist doch völlig klar. Wir haben eine große Verschiebung. Aber ich warne davor, während dieser Verschiebung mit leichter Hand auch noch die letzten Stabilisatoren herauszuziehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Denzin. – Das Wort hat nun Frau Kollegin Schönhut-Keil für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war so überzeugend! Jetzt kann Evi nur noch sagen, dass sie den Antrag zurückziehen will!)

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass es dem Thema nicht sonderlich gut tut, wenn man es entweder mit einem überwältigenden Pathos zu Ehren des Handwerks vorträgt, wie es der Kollege Reif gemacht hat, oder wenn wir, wie der Kollege Denzin, mit einem Ganzkörperlifting anfangen, um uns dann langsam kreisend wieder beim Thema Bundestag niederzulassen.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

– Ich habe davon gesprochen, wie Sie das, was die Kollegin Tesch gesagt hat, interpretiert haben. – Also, ganz so einfach wie Sie kann man sich das hier nicht machen, etwa nach dem Motto: Die Wirtschaft ist marode, schuld ist die Bundesregierung, der Handlungsbedarf ist gleich null.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jawohl, Evi!)

So einfach ist die Welt bedauerlicherweise nicht. Sie müssen sich auch damit auseinander setzen, dass die Zahl der bestandenen Meisterprüfungen seit Jahren kontinuierlich abnimmt. Gleichwohl haben wir in der Anlage B eine Erhöhung der Zahl handwerksähnlicher Betriebe von 96.000 auf 176.000 im Jahr 2002. Wenn Ihr Argument, dass

an allem die Bundesregierung schuld sei, stimmen würde, könnte es bei den handwerksähnlichen Betrieben keine Zunahme geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also muss der Grund doch woanders liegen. Ich bin zutiefst davon überzeugt – wir GRÜNE stehen ja dafür –, dass es nicht reicht, nach dem Motto „Reform brauchen wir unbedingt und gleich, aber bitte nicht bei mir“ vorzugehen. Eine Vorstellung nach diesem Motto haben Sie hier in Perfektion abgeliefert.

Eigentlich haben nämlich, wie Sie immer sagen, die Deregulierer und Modernisierer in der CDU den Traditionalisten den Kampf angesagt: Alles soll sich in Deutschland ändern, und zwar sofort. Ihr vorgetragener Reformwille ist auch geradezu atemberaubend. Aber seltsamerweise ist das erst seit dem Zeitpunkt der Fall, da die rot-grüne Bundesregierung die Arbeit aufgenommen hat. Vorher waren Sie mit Ihren Reformen etwas verhaltener.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Verehrte Kollegen, als Traditionalisten haben Sie natürlich immer nur die Gewerkschaften gemeint.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ab wann beginnt das mit der Arbeit?)

Sie haben aber heute ein Beispiel dafür abgeliefert, um wen es Ihnen in Wahrheit geht.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Es mag sein – zugestandenermaßen –, dass die Handwerkskammer eher Ihre tradierte Klientel ist, und, ich sage einmal, weniger eine grüne Klientel. Das sehe ich völlig entspannt. Um was es Ihnen im Kern aber geht, ist, dass Sie weit davon entfernt sind, sich überhaupt auf eine sachliche Debatte in diesem Zusammenhang einzulassen. Das kritisieren wir. Eine ideologisch überfrachtete Debatte,

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Clemens Reif (CDU))

die lediglich zu einem Grußwort vor der Handwerkskammer taugt – was Sie eben gesagt haben –, hilft uns bei den Problemlagen, die wir in diesem Land haben, keinen Schritt weiter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich will Ihnen an dieser Stelle ganz klar sagen: Wir sind weit davon entfernt, die Leistung und die Leistungsfähigkeit des deutschen Handwerks gering zu schätzen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Sie haben auch gesagt, dass die selbstständig Tätigen einen hohen persönlichen, familiären und finanziellen Einsatz fahren. Dazu stehe ich. Das weiß ich. Ich habe einen hohen Respekt vor jedem, der sich heute selbstständig macht, ob im Handwerk oder in jedem anderen Bereich. Das ist völlig klar.

(Clemens Reif (CDU): Das hoffe ich doch sehr!)

Als jemand, der aus dem öffentlichen Dienst kommt, dessen Vater aber als Malermeister selbstständig war, kann ich das beurteilen. Das sage ich Ihnen auch. Ich habe dafür einen hohen Respekt.

Die Frage ist aber doch: Wie geben wir in der Wirtschaft einen besseren und neuen Schub für mehr Existenzgrün-

dungen, für mehr Qualität, und welche überholten Regulierungen müssen wir in diesem Lande abschaffen?

(Clemens Reif (CDU): Aber doch nicht so!)

Das ist das Problem, über das wir heute hier reden.

Wer aber den Sozialstaat umbauen will und umbauen muss, was Sie immer postuliert haben – ich weiß es am besten –,

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

der seine Anfänge im 19. Jahrhundert hat, der kann doch keinesfalls vor der Umstrukturierung des althergebrachten Handwerksrechtes zurückschrecken, dessen Wurzeln in der Tat – Frau Tesch hat es beschrieben – in den Zünften des Mittelalters noch immer zu erkennen sind. Meine Damen und Herren, das Handwerk gäbe es doch auch nicht mehr – das wissen Sie doch genauso gut wie ich –, wenn sich die Handwerksbetriebe nicht laufend modernisiert hätten.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Das wissen die erfolgreichen Unternehmerinnen und Unternehmer in diesen unterschiedlichen Bereichen auch ganz genau. Meine Damen und Herren, sie sind viel weiter als die Funktionäre mit ihrem Geschrei, jetzt würde in Deutschland Hand an die Wurzel des alten Handwerksrechtes angelegt. Das ist doch einfach nicht der Fall.

Frau Tesch hat es ausgeführt: Der Meisterbrief soll in vielen Bereichen des Handwerks nicht mehr nötig sein, wenn man ein Unternehmen gründen will. Vom Meisterzwang sollen aktuell zwei Drittel der Handwerksberufe befreit werden. Gegenwärtig sind 94 Handwerke in der Anlage A der Handwerksordnung aufgeführt, die die meisterpflichtigen Handwerke enthält. Künftig sollen dies nur noch 29 sein. Der Rest wechselt in die Anlage B der Handwerksordnung. Dort werden künftig jene Handwerke aufgeführt, in denen der Meisterbrief in der Form eines freiwilligen Qualitätszertifikats erhalten bleibt.

(Clemens Reif (CDU): Woraus entnehmen Sie, dass es jetzt besser wird?)

Der Meisterzwang soll nur dort bestehen bleiben, wo unsachgemäße Berufsausübung die Gesundheit oder das Leben der Kunden gefährden können, wie z. B. im Kraftfahrzeuggewerbe, in Gesundheitsberufen, bei Augenoptikern, Zahntechnikern, Installateuren und Bauhandwerkern.

(Clemens Reif (CDU): Was ist denn mit den Lebensmittelberufen?)

Dies entspricht der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, Herr Kollege Reif, das eine Einschränkung der freien Berufswahl, wie sie in Art. 12 des Grundgesetzes garantiert ist, nur aufgrund eines wichtigen Gemeinschaftsgutes für gerechtfertigt hält. Im Übrigen sage ich Ihnen: Schauen Sie in die aktuellen Regelungen von Europa. Dann werden Sie feststellen, dass Sie dort enorme Wurzeln für unsere heutige Änderung finden.

(Clemens Reif (CDU): Das interessiert mich nicht, solange Europa nicht nach Deutschland kommt!)

– Sie müssen trotzdem dem zuhören, was ich gerade sage. Ob es Sie interessiert, ist mir relativ egal.

Zweitens. Auch in den zukünftig noch meisterpflichtigen Handwerken soll sich ein Geselle selbstständig machen können, wenn er zehn Jahre berufstätig war, davon fünf Jahre in herausgehobener verantwortungsvoller oder lei-

tender Stellung. Meine Damen und Herren, zu dem Punkt will ich noch etwas sagen.

(Michael Boddenberg (CDU): Dann können Sie es gleich ganz abschaffen!)

Es mag einige in diesem Hause geben, die sich über unseren Änderungsantrag wundern, die Bäcker, die Konditoren und auch die Metzger in der Anlage A zu belassen. Dazu sage ich Ihnen ganz klar: Wenn man der Meinung ist, dass bei einigen Berufen die Frage der besonderen Gefährlichkeit, wie ich es eben ausgeführt habe, gegeben ist, und man auf die Ausbildung als Geselle nicht verzichten kann und will, dann darf man die Berufe, die originär mit der Produktion von Lebensmitteln beschäftigt sind, nicht einfach außen vor lassen.

Meine Damen und Herren, ohne Zweifel ist bei diesen genannten Berufen – wir alle haben die immer wiederkehrenden Lebensmittelskandale im Kopf – aufgrund einer erhöhten Sensibilität für den Verbraucherschutz eine Gefährlichkeit gegeben. Es geht uns darum, dass bei der Ausbildung zum Gesellen Grundfertigkeiten des Berufes vermittelt werden,

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

aber noch viel mehr die Grundlagen der Gesetze und Verordnungen zur Lebensmittelsicherheit, die übrigens auch auf EU-Ebene bestehen, die die Grundlage des Berufes überhaupt sind. Das darf man meines Erachtens nicht einfach außen vor lassen. Deswegen halten wir es hier für notwendig, dass vor der Möglichkeit, einen Betrieb zu gründen, auf jeden Fall der Berufsabschluss als Geselle notwendig ist. Wer das nicht so sieht und unsere Position aus grundsätzlichen Erwägungen verneint, muss dann auch erklären, warum er die Anlage A in der Handwerksordnung überhaupt noch für erforderlich hält.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Schönhut-Keil, ich bitte um Nachsicht für die Störung. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Wagner?

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte schön!)

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Frau Schönhut-Keil, was ist der Unterschied zwischen der Qualitätsanforderung, die Sie an einen Metzger oder einen Bäcker stellen, und der an einen Maurer oder einen Maler, bei denen Qualität ebenso lebenswichtig ist? Sonst würden bei uns die Häuser zusammenkrachen, wie das in der Türkei gelegentlich geschieht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das ist ohne Zweifel richtig. Sie wissen aber ganz genau, dass sich z. B. auch die Maurer entsprechenden Qualitätsanordnungen unterwerfen müssen, wie z. B. einer Baustatik, damit genau das nicht passiert.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Dann haben Sie aber immer noch jemanden auf dem Bau, der die Qualität eines Maurers nach den Sicherheits- und Qualitätsstandards überprüft,

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

die in Deutschland gelten. Das ist aber bei einem selbstständigen Metzger, bei einem selbstständigen Konditor oder einem Bäcker in dieser Form nicht der Fall.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Dieser hat niemanden mehr, der ihn überprüft. Deswegen sind wir auch der Meinung, dass wir aufgrund der besonderen Sensibilität gerade dieser Berufe, die bei der Lebensmittelerzeugung eine Rolle spielen, einen anderen Maßstab anlegen müssen als z. B. bei einem Maurer.

(Michael Denzin (FDP): Steinmetz!)

Ich möchte aber noch eines sagen, was Herr Reif angeführt hat, weil ich das für richtig halte.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Herr Reif, ich stimme Ihnen an einem Punkt zu. Wir haben dies deshalb in unserem Antrag als letzten Punkt aufgenommen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Es reicht nicht, die Hürde, sich selbstständig zu machen, herunterzuziehen und auf der einen Seite somit eventuell eine Gründerwelle auszulösen, den Leuten aber auf anderen Seite nicht das betriebswirtschaftliche Know-how mitzugeben, um tatsächlich einen Betrieb führen zu können.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

Meine Damen und Herren, über diese Fragen haben wir uns Gedanken gemacht. Wir halten es auch für sinnvoll, dass zusammen mit den Industrie- und Handelskammern und den Berufsschulen Lehrgänge entwickelt und angeboten werden, in denen sich die Selbstständigen, die interessiert sind, entsprechend weiter qualifizieren können. Wahrscheinlich würde es auch vielen, die schon jetzt einen Betrieb haben, nicht schaden, das noch einmal zu lernen. Wie gesagt, an dieser Stelle sehen wir tatsächlich einen Änderungsbedarf und haben das in unserem Antrag entsprechend aufgeführt.

(Michael Boddenberg (CDU): Das heißt, dass jetzt zwangsweise ...)

– Herr Boddenberg, ich verstehe Sie so schlecht.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Schönhut-Keil, ich bitte nochmals um Nachsicht. Die Redezeit nähert sich ihrem Ende.

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Was soll ich machen, wenn mir so lebhaft dazwischendiskutiert wird?

(Clemens Reif (CDU): Zum Ende kommen!)

– Ich komme zum Ende, keine Panik. – Herr Boddenberg, es ist doch völlig klar, dass wir keine Zwangsverpflichtung wollen. Dann würden wir Ihnen wieder eine Überschrift liefern.

(Clemens Reif (CDU): Ganz zum Schluss noch ein gutes Argument!)

– Ich rede gerade mit Ihrem Kollegen; ich kann nicht duo hören. – Wenn jemand sich vornimmt, einen Betrieb zu gründen, und Geld und Zeit investiert, dann hat er ein In-

teresse daran, sich entsprechend fortzubilden und entsprechend schlau zu machen.

Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, dass dies alles eine maßvolle Modernisierung und eine maßvolle Entbürokratisierung ist.

Sie wissen wahrscheinlich, dass wir GRÜNE uns schon lange für eine solche Reform der Handwerksordnung eingesetzt haben. Ich habe es eben schon einmal gesagt: Im Übrigen muss die Handwerksordnung allein deswegen geändert werden, um sie an den freien Dienstleistungsverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft anzupassen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Schönhut-Keil. – Das Wort hat der Wirtschaftsminister.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, die Argumente sind ausreichend ausgetauscht worden. Es hat sich gezeigt, dass das, was an Bewertung vorgenommen wurde, eindeutig auch in der Summe der Argumente die Haltung der Landesregierung unterstützt. Ich fasse zusammen: Die Hessische Landesregierung lehnt den Gesetzentwurf der Bundesregierung ab, und dies sehr deutlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir meinen, dass diese Aushöhlung des großen Befähigungsnachweises, wie es heißt, und die Reduzierung von 94 auf nur noch 32 Gewerbe eine eindeutige Nivellierung nach unten bedeuten und zum anderen vor allem die Bestrafung von Leistungen in unserem Lande erneut unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung lehnt diesen Entwurf auch deshalb ab, weil damit die Qualität der handwerklichen Leistungen in den Berufen ohne Meisterbrief abnehmen wird. So wie wir in Deutschland insgesamt die Spitzentechnologie brauchen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, so brauchen wir auch im Handwerk eher eine Steigerung der Qualität als eine Absenkung. Das Stichwort „Verbraucherschutz“ ist von Herrn Kollegen Reif bereits in die Debatte aufgenommen worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung lehnt diesen Entwurf auch deshalb ab, weil die Insolvenzanfälligkeit der Handwerksbetriebe dadurch in Zukunft steigt, denn bisher – ich möchte das deutlich unterstreichen – ist die Insolvenzgefährdung des Handwerks deutlich geringer als im üblichen Mittelstand.

Die Zahl, dass nach fünf Jahren Betriebsgründung noch über 70 % aller gegründeten Betriebe im Handwerk am Markt sind, also nicht den Weg in die Insolvenz gehen mussten, beweist den hohen Stand der Qualität des Meisterbriefes für die wirtschaftliche Existenzsicherung des jeweiligen Betriebsinhabers und seines Betriebes, denn gerade die betriebswirtschaftlichen Kenntnisse, aber auch die rechtlichen Grundlagen, die im Rahmen der Meisterprüfung abgefragt und deshalb vorher erlernt werden müssen, sind eine wichtige Voraussetzung für das Bestehen am Markt.

Wir lehnen dieses, was die Bundesregierung vorgelegt hat, auch deshalb ab, weil dadurch die Beschäftigungsbereitschaft und damit die hohe Arbeitsplatzsicherheit in den handwerklichen Betrieben eindeutig geschmälert wird und insbesondere – das passt genau in unsere Zeit hinein – die Ausbildungsleistung des Handwerks dramatisch sinken wird. Die Ausbildungsleistung des Handwerks ist dreimal so hoch wie in der übrigen Wirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so sehr wir den Inhalt dieses Vorschlages kritisieren, so müssen wir auch das Verfahren kritisieren. Die Bundesregierung hat sich nicht an den Grundsatz gehalten, aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Sie hat ihr Wort nicht gehalten und hat diesen Vorschlag im Alleingang vorgelegt, ohne ihn mit den Reformvorschlägen des Handwerks beraten zu haben.

Die Vorschläge des ZDH liegen auf dem Tisch. Diese Vorschläge zeigen eindeutig in die richtige Richtung. Dieses wollen wir nachdrücklich unterstreichen, da nämlich das Handwerksrecht dynamischer werden muss, auch im Hinblick auf die EU-Kompatibilität. Aber eines muss bleiben: Das bewährte Meisterprinzip darf nicht zerstört werden. Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als Nächster spricht Herr Abg. Williges für die CDU. Fünf Minuten.

Frank Williges (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Entgegen meiner ursprünglichen Absicht möchte ich als einer der wenigen selbstständigen Handwerker hier im Hessischen Landtag – ich denke, das gilt auch für die anderen Länderparlamente und den Bundestag – doch einige Anmerkungen zu dem Thema machen.

Sicherlich war die Zielrichtung Ihrer Initiative vorher klar. Sie wollen eine Reform an einer Stelle durchführen, an der der Widerstand – wie Sie vermuten – relativ gering ist, weil Sie die wirklich wichtigen Reformen nicht anpacken wollen, weil Ihnen dazu Mut und Kraft fehlen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wollen Sie die Handwerksordnung reformieren. In Wirklichkeit drohen Sie aber, sie zu deformieren. Frau Kollegin Tesch, wenn ich Ihr Bild vom Ganzkörperlifting aufnehmen darf – davon kann bei dem, was Sie vorhaben, nicht die Rede sein. Amputieren gehört nicht zu einem Liftingprogramm.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, von der Seite der Opposition nennen Sie in erster Linie drei Ziele, die Sie mit dieser Reform erreichen wollen. Das eine ist der Abbau der Schwarzarbeit. Das Zweite ist, Sie wollen eine Gründerwelle im Handwerk haben. Ich bleibe einmal bei diesen beiden Punkten.

Den Abbau von Schwarzarbeit können Sie mit einer solchen Reform nicht erreichen. Das müsste jedem klar sein, der nur ein wenig Einblick in das Handwerk hat.

Frau Kollegin Tesch, Ihre berufliche Vergangenheit in allen Ehren, aber ich nehme an, bei Ihnen hat die Parteirä-

son gesiegt, wenn Sie zu einer solchen Beurteilung kommen. Das Problem bei der Bekämpfung ist im Moment doch nicht der Meistertitel, sondern das Problem ist einfach, dass die angebotenen Leistungen, dass die Lohnkosten durch Nebenkosten überfrachtet sind. Die reduzieren Sie doch nicht dadurch, dass der Inhaber plötzlich keinen Meisterbrief mehr haben muss. Das ist doch graue Theorie. Das hat doch mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn es Ihnen wider Erwarten gelingt, eine Gründerwelle zu initiieren, dann sage ich Ihnen: Auf diese Gründerwelle wird eine noch größere Insolvenzwelle folgen, denn das Problem des Handwerks im Jahre 2003 ist nicht die zu geringe Anzahl von Betrieben, sondern das ist der Kuchen, den es zu verteilen gibt, der immer kleiner wird. Das ist unser Problem. Wir können es nicht dadurch lösen, dass wir plötzlich eine Mehrzahl von Betrieben haben.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich eines aufgreifen, was Kollege Reif sehr deutlich gemacht hat und was auch von der FDP betont wurde. Die Kontinuität im Handwerk ist auch deshalb gegeben, weil mit dem Erwerb des Meisterbriefes eine Weichenstellung für das gesamte Berufsleben gestellt wird und diese Leute nicht zu Jobhopping neigen. Wenn sie einmal eine solche Investition gemacht haben, sind sie daran interessiert, dass der Betrieb zumindest für die Dauer ihres Berufslebens, wenn nicht sogar bis zur nächsten oder übernächsten Generation, überdauert. Diese Kontinuität war eine wichtige Grundfeste des Handwerks in den vergangenen Jahrzehnten, ich sage sogar: Jahrhunderten. Das hat mit alten Zunftzöpfen nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Dass das Verständnis bei GRÜNEN und SPD für solche Zusammenhänge traditionell gering ist, ist klar, denn Ihre Fraktion stellt eher einen repräsentativen Querschnitt des öffentlichen Dienstes denn der gesamten Gesellschaft dar.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Aber lassen Sie sich eines klar sagen: Das Handwerk braucht Unterstützung durch Strukturreformen, die den Mittelstand insgesamt und das Handwerk im Besonderen entlasten. Es braucht keine Eingriffe solcher Art von Amputationen, die dem Handwerk die Grundlage entziehen. Deshalb appelliere ich an Sie auch in diesem Hause: Kommen Sie zur Vernunft, widmen Sie sich den wirklich notwendigen Reformen in unserem Land, und lassen Sie diejenigen in Ruhe, die noch einigermaßen etwas auf die Beine zu stellen in der Lage sind. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Das war die erste Rede des Kollegen Williges. Herzlichen Glückwunsch dazu.

Meine Damen, meine Herren, mir liegen zu diesem Komplex keine weitere Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir werden jetzt darüber abstimmen, wie wir weiter vorgehen werden.

Punkt 11, Antrag der CDU betreffend Gütesiegel Meisterprüfung muss erhalten bleiben, Drucks. 16/56 – hier ist

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss vorgesehen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das insofern so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 13, Antrag der Fraktion der FDP betreffend Meisterbrief als Gütesiegel und Qualitätsstandard, Drucks. 16/151 – auch hier ist Überweisung an den Wirtschaftsausschuss vorgesehen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen damit zur Entscheidung über Tagesordnungspunkt 38, den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Novellierung der Handwerksordnung, Drucks. 16/298.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wären mit Überweisung einverstanden!)

– Dann machen wir das so. Der Entschließungsantrag ist damit ebenfalls dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 12 auf – –

(Gerhard Bökel (SPD): Petitionen! – Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Nein, ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Durchlässigkeit ausbauen – individuelle Schulzeitverkürzung erleichterten – Drucks. 16/149 –

Dazu rufe ich **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Antrag der Abg. Habermann, Hartmann, Quanz, Dr. Reuter, Riege, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend früheres Abitur ohne Bildungsabbau an Hessens Schulen – Drucks. 16/185 –

Hinzu kommt noch **Tagesordnungspunkt 20:**

Antrag der Fraktion der FDP betreffend kein Qualitätsverlust durch Schulzeitverkürzung – Drucks. 16/195 –

Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Als erste Rednerin hat sich Frau Kollegin Hinz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir wissen, dass im internationalen Vergleich die Schulzeit der Kinder in Deutschland zu lang ist. Wir wissen – das wurde in empirischen Befunden dargelegt –, dass wir unter anderem 12 % Rückstellungen von Kindern im deutschen Schulsystem haben. Außerdem sind 24 % der Kinder zumindest einmal sitzen geblieben. In Hessen waren es allein in den letzten Jahren wieder 21.500 Kinder, die sitzen geblieben sind. Laut Statistik findet die Einschulung im Durchschnitt mit 6,8 Jahren statt. Sie findet also nicht mit sechs Jahren statt. Wir wissen, dass wir mit über 10 % eine zu hohe Quote an Kindern haben, die ohne Abschluss die Schulen verlassen. Wir wissen, dass wir eine mangelnde Durchlässigkeit im Schulsystem haben. Dies gilt zumindest für den Übergang von den so genannten niedrigeren Bildungsgängen auf die höheren. Andersherum klappt es hervorragend.

Das Hauptproblem unseres Bildungssystems ist, dass wir eine zu hohe Anzahl an Risikoschülerinnen und -schülern haben. Es muss eine Anhebung des Leistungsstandards stattfinden. Wir müssen mehr Kinder fördern und sie da-

mit zu besseren Abschlüssen befähigen. Das muss in einer angemessenen Schulzeit erfolgen.

Was macht die Landesregierung jetzt daraus? Sie sucht ihr Heil in einer generellen Schulzeitverkürzung. Dies gilt allerdings nicht für die Kinder, die bislang durch das Schulsystem durchgefallen sind. Vielmehr sucht die Landesregierung ihr Heil darin, die Kinder in zwölf Jahren zum Abitur zu führen. Sie schafft damit mehr Probleme, als sie löst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies betrifft z. B. das Thema Durchlässigkeit bei einem Übergang von der Realschule auf das Gymnasium. Es gibt dazu die Studie „Bildungsgang Realschule“, die im Auftrag des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und der Otto-Wolff-Stiftung erstellt wurde. Darin wird belegt, dass die Lehrerinnen und Lehrer der Realschulen auch ihre besseren Schülerinnen und Schüler nicht auf die Gymnasien schicken. Darüber hinaus fördern sie die schwächeren Schülerinnen und Schüler zu wenig. Von daher besteht das Problem der mangelnden Durchlässigkeit von den Realschulen auf die Gymnasien. Zusätzlich soll künftig im gymnasialen Bildungsgang die zweite Fremdsprache bereits in der 6. Klasse eingeführt werden. Dies soll nur für den rein gymnasialen Bildungsgang gelten. Damit ist völlig klar, dass es für die Realschüler in den Jahrgängen der Klassen 5 bis 10 keinen Übergang mehr auf das Gymnasium geben wird. Das wird selbst dann gelten, wenn sie hervorragende Leistungen erbringen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist doch Unfug!)

Auch für die Schüler der Förderstufe wird künftig gelten: Pech gehabt. – Auch sie werden in Zukunft keine Chance mehr haben, nach Abschluss der 6. Klasse der Förderstufe in die 7. Klasse des Gymnasiums zu kommen. Das wird auch dann gelten, wenn sie sehr gut sind. Denn für sie sind die Lehrpläne nicht geschneidert, die künftig an den Gymnasien gelten sollen. Das ist sozusagen der Todesstoß für die verbliebenen Förderstufen unseres Landes. Das gilt vor allen Dingen für diejenigen, die noch in Verbindung mit Grundschulen vorhanden sind.

Die besondere Stellung der kooperativen Gesamtschulen wird weiter geschwächt werden. Neben den Bildungsgängen der Haupt- und Realschule wird es dort einen gymnasialen Bildungsgang geben, der nur bis zum Ende der Klasse 9 führen wird. Eigentlich sollte es sich um eine verbundene Schule handeln, in der kooperativ gearbeitet werden soll. Dort wird von Lehrerinnen und Lehrern derzeit in Jahrgangsteams gearbeitet. Das wird künftig nicht mehr stattfinden können. Denn dann wird die Durchlässigkeit nicht mehr gewahrt sein. Die Bildungsgänge werden noch einmal gegenüber dem differenziert, was bislang schon an unterschiedlichen Stundentafeln und Lehrplänen vorhanden ist. Der neue Staatssekretär Jacobi hat jüngst auf dem Treffen der Leiter der Gesamtschulen bezeichnenderweise gesagt, dass es künftig keine horizontale Durchlässigkeit mehr geben werde. Dies werde vielmehr nur noch an den Gelenkstellen möglich sein. Das heißt, die Landesregierung hat kein Interesse mehr daran, Kinder so zu fördern, dass sie horizontal durch das Schulsystem in höhere Bildungsgänge gefördert werden. Das zeigt ganz klar: Hessen befindet sich weiter auf dem Weg, eine kleine Elite in kurzer Zeit im Gymnasium zu fördern und durch das Gymnasium zu bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ei, ei, ei!)

Es wird künftig ein weiteres Problem geben, nämlich das merkwürdige der sehr unterschiedlichen Schulzeiten. Wir werden die Hauptschule haben, die nach neun Jahren ihren Abschluss vergibt. Den erweiterten Hauptschulabschluss gibt es nach zehn Jahren. Der Abschluss des Bildungsganges auf der Realschule, die mittlere Reife, wird auch in Zukunft weiterhin nach dem 10. Schuljahr vergeben werden. Die Oberstufe wird demnächst aber ab Klasse 10 beginnen. Für eine kooperative Gesamtschule bedeutet dies Folgendes: Die Schüler, die nach der 9. Klasse des gymnasialen Bildungsgangs nicht die notwendige Leistungsstärke haben, um tatsächlich in die Oberstufe gelangen zu können, und deshalb in der Realschule einen mittleren Abschluss anstreben, können dies nicht mehr, wie es bislang möglich war, in der 10. Klasse des Gymnasiums anstreben. Vielmehr werden sie in die 10. Klasse der Realschule versetzt werden müssen. Dort würden aber fünf Jahre lang zuvor andere Lehrinhalte und andere Lerninhalte vermittelt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

Das heißt, für die Kinder wird es dann strukturelle und inhaltliche Probleme geben. Für die Lehrerinnen und Lehrer wird das mit pädagogischen Problemen verbunden sein. Das ist kein System aus einem Guss. Das bedeutet auch nicht, dass es qualitativ besser wird. Vielmehr wird es zu einem Qualitätsverlust im gesamten Schulsystem kommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Heike Habermann (SPD))

Darüber hinaus werden viele Schülerinnen und Schüler auch in Zukunft weiterhin 13 Jahre bis zum Abitur brauchen. Das gilt für all diejenigen, die über die Realschule in die Oberstufe kommen. Dies wird dann wahrscheinlich vermehrt über die beruflichen Gymnasien erfolgen. Auch für die, die über die integrierte Gesamtschule in die Oberstufen kommen werden, wird die Schulzeitverkürzung nicht gelten. Das heißt ganz klar: Hier wird für einen kleinen Teil der Schülerinnen und Schüler eine Sonderschule betrieben. Das betrifft diejenigen, die es schaffen, in kurzer Zeit durch das Gymnasium zu kommen.

Man muss einfach sehen, dass es in den Klassen 5 bis 9 zu einer erhöhten Stundenzahl kommen wird. Dort müssen die Schülerinnen und Schüler in kürzerer Zeit mehr lernen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Mein Gott, das ist unglaublich! Was für ein Skandal ist das!)

Ich will Ihnen einmal etwas sagen. Das betrifft die Statistik der Zahl der Sitzbleiber für das letzte Schuljahr. Da haben wir in den Gymnasien bezeichnenderweise in den Klassen 7, 8 und 9 die höchste Zahl der Kinder, die sitzen geblieben sind. Ich meine das jetzt nicht prozentual, sondern real. Das heißt, teilweise sind es über 700 Kinder, die in diesen Schuljahren sitzen bleiben. Das hat etwas mit der Entwicklung der Kinder zu tun. Das hat etwas mit der Pubertät der Kinder zu tun. Sie überlegen nicht, wie man die Schule besser machen kann, indem man die Kinder so fördert, dass sie, ohne sitzen zu bleiben, durch die Schulen kommen. Nein, Sie muten den Kindern zu, mehr in kürzerer Zeit lernen zu müssen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, es wird entweder mehr Kinder geben, die sitzen bleiben, oder es wird vermehrt zu Querversetzungen

kommen. Damit wird es mehr Verlierer in unserem Bildungssystem geben. Das können wir aber partout nicht brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Turbogymnasien, die es im Lande Hessen gibt, zeigen, es gibt Kinder, die das in kürzerer Zeit schaffen, aber es ist nur eine kleine Anzahl. Wir hören von den Kindern selbst, die in diesen G 8-Zügen sind, und von den Lehrerinnen und Lehrern, dass sie davor warnen, dieses System auf alle auszudehnen, weil nicht alle Kinder dazu in der Lage sind und unser Schulsystem nicht so geschnitten und gestrikt ist, dass Lehrerinnen und Lehrer Zeit haben, die Kinder auch am Nachmittag noch individuell zu fördern, wenn Defizite auftreten. Das ist das größte Manko an Ihrem Vorhaben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Frau Hinz, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie haben vor, in den Gymnasien mehr Stunden bis in den Nachmittag hinein einzuführen, ohne die Schulen tatsächlich auf den Ganztagsbetrieb einzustellen. Sie haben nicht vor, so viele Stunden umzuverteilen, dass tatsächlich die ganzen Wochenstunden, die aus der 10. Klasse wegfallen, von Klasse 5 bis Klasse 9 gegeben werden. Dabei hat die Kultusministerin bei der Vorstellung der neuen Stunden-tafel vor etwa drei Jahren noch gesagt, sie fände es sehr bedauerlich, dass sie in der Sekundarstufe nicht zusätzliche Stunden einführen könnte, obwohl die Lehrer und die Kinder das eigentlich bräuchten, um besser gefördert zu werden. Jetzt wollen Sie den Kindern zumuten, in kürzerer Zeit mehr zu lernen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Schrecklich, die armen Kinder!)

Sie werden Schiffbruch erleiden. Sie werden nicht zu einer Qualitätsverbesserung für alle kommen, sondern nur für einen kleinen Teil eine Schulzeitverkürzung haben. Ich glaube, das ist genau das, was Sie wollen. Den großen Rest stecken Sie in einen Topf und vergessen ihn. Für eine kleine Elite gibt es den Superstart bis zum Abitur.

(Mark Weinmeister (CDU): Das ist doch die alte Geschichte!)

Wir werden morgen noch einmal über die Kinderschule reden. Unter Qualität verstehen wir andere Gesichtspunkte.

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Frau Hinz, kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zu meinem letzten Satz. – Wir wollen Förderung der Kinder von Anfang an. Wir wollen Ganztags-schulen, in denen Kinder wirklich gefördert werden. Wir wollen die Möglichkeit, zusätzliche Förderstunden einzu-richten. Und wir wollen, dass Schulen so evaluiert werden, dass Lehrerinnen und Lehrer tatsächlich beweisen, dass sie ihre Kinder zu einem besseren Abschluss bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Frau Hinz, jetzt ist es aber gut.

(Heiterkeit)

Als Nächste spricht Frau Abg. Henzler für die FDP-Frak-tion.

Dorothea Henzler (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die hessi-sche CDU-Landesregierung hat in ihrem Regierungspro-gramm angekündigt, die Schulzeitverkürzung ab dem Schuljahr 2005/2006 ab Klasse 5 in zwei Etappen zu star-ten. Diese Ankündigung ist wohl löblich, allerdings ist ihr bisher noch kein Konzept gefolgt, sodass nach wie vor das Verfahren und die notwendigen Reformen des gymnasia-len Bildungsganges völlig im Dunkeln liegen.

(Beifall bei der FDP)

Diese mangelnde Transparenz führt bei den Betroffenen, bei Schülern, Eltern und Lehrern, die in dieses Konzept sehr intensiv eingebunden werden müssen, zu einer Ver-unsicherung. Dieses Verfahren stößt auf massive Kritik der FDP-Fraktion. Deswegen, und um die Debatte anzu-regen sowie das Erstellen eines Konzeptes anzuschieben, haben wir den Antrag eingebracht.

(Beifall bei der FDP)

Dass auch SPD und GRÜNE dieses Thema endlich an-packen wollen, machen die beiden anderen vorliegenden Anträge deutlich. Allerdings gehen dort die Vorstellungen weit auseinander. Auch die Vorstellungen dieser beiden Anträge und unseres Antrags gehen weit auseinander.

Während die SPD das rheinland-pfälzische Modell ab-schreibt und propagiert, das nur eine Kürzung des letzten Halbjahres vorsieht und die Qualifikationsphase vorzieht, sind die GRÜNEN noch restriktiver und lassen aus-schließlich eine individuelle Schulzeitverkürzung zu. Das sind beides keine echten Reformen, sondern nur halbher-zige Versuche auf einem richtigen Weg.

(Beifall bei der FDP)

Dabei muss man klar sagen, dass von den GRÜNEN und der SPD die Zeichen der Zeit nicht richtig erkannt wor-den sind. Wenn Sie überlegen, dass unsere jungen Leute heute mit allen europäischen jungen Leuten im Wettbe-werb stehen und die anderen mit 23 Jahren aus der Be-rufsausbildung einschließlich Studium kommen und an-fangen können zu arbeiten, während unsere im Schnitt mit 28 Jahren von der Universität kommen: Dann haben die anderen schon fünf Jahre Arbeit hinter sich, fünf Jahre Geld verdient, fünf Jahre Karriere gemacht und fünf Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb werden beide Varianten der anderen Anträge von uns abgelehnt, da sie zu keiner echten Schulzeitver-kürzung führen. Wenn die Abiturienten ihr Abitur vor Ostern ablegen, bringt sie das nicht sehr viel weiter, weil die meisten Studiengänge erst im September bzw. im Win-tersemester und nicht im Sommersemester anfangen.

Eine Vorverlegung der Qualifikationsphase bringt einen echten Qualitätsverlust in der Oberstufe, die nach unserer Meinung bei drei Jahren bleiben sollte. Auch die Forde-rung der GRÜNEN, die Schulzeitverkürzung nur indivi-duell auf das Überspringen einer Klasse, auf Einzelförde-

rung auszurichten, halten wir nicht für sinnvoll. Unsere Devise lautet klipp und klar: früher in die Schule und früher aus der Schule, und das für alle Kinder.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen die Sekundarstufe um ein Jahr verkürzen und die dreijährige Oberstufe beibehalten. Wir haben in diesem Antrag konkrete Elemente aufgezeigt, die für eine generelle Einführung der Schulzeitverkürzung unserer Meinung nach sehr wichtig sind. Das ist eine Veränderung des gymnasialen Bildungsganges, die wirklich eine grundlegende Veränderung dieser Schule mit sich bringen wird.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb muss diese Änderung gut durchdacht werden. Sie muss sehr frühzeitig vorbereitet werden, um einen Qualitätsverlust zu vermeiden. Deshalb wird es langsam Zeit, dass die Landesregierung Konzepte vorlegt, wie sie sich diese Einführung denkt.

(Beifall bei der FDP)

Ein Überblick über die Schulsysteme innerhalb der Bundesrepublik ergibt ebenfalls, dass flächendeckend das achtjährige Gymnasium bereits in Hamburg, im Saarland, in Baden-Württemberg, in Sachsen, in Thüringen und in Mecklenburg-Vorpommern vorhanden ist. Außerdem haben Niedersachsen und Sachsen-Anhalt schon gesagt, dass sie es auch einführen wollen. Wir Hessen sollten wirklich nicht hinten anstehen, denn sonst sind die hessischen Kinder auch noch gegenüber den deutschen Kindern aus den anderen Bundesländern benachteiligt.

(Beifall bei der FDP)

Selbst Bundespräsident Rau hat in seinem Gespräch mit jungen Bankern angeregt, dass man die Schulzeit verkürzen sollte. Dieser Weg ist bei den jungen Leuten sehr gut angenommen worden.

Eine derartige Umwandlung des kompletten Bildungsganges braucht ein durchdachtes Konzept, um keine Qualitätsfalle zu werden. Das muss frühzeitig sein. Wir müssen mit allen Verbänden und dem Landeselternbeirat sprechen, und wir müssen die Erfahrungen der anderen Bundesländer, die das schon gemacht haben, einbeziehen. Keinesfalls darf ein verkürzter gymnasialer Bildungsgang ausschließlich nach dem Modell der Turboklassen entwickelt werden, nach dem der Lernstoff einfach zügiger durchgenommen und die Wochenstundenzahl gesteigert wird. Schließlich sollen alle als gymnasialreif beurteilten Kinder in diesem achtjährigen Gymnasium zum Abitur geführt werden können. Wenn wir nur die Wochenstunden weiter steigern, führt das zu einer Überforderung vieler Schüler und damit zu einem Qualitätsabbau.

Bei dreimal sechs, einmal sieben und einmal sogar acht Stunden Unterricht in der Woche mit zusätzlich mindestens einer Stunde Hausaufgaben am Nachmittag haben die Kinder eine 38-Stunden-Woche. Das ist mehr, als es im öffentlichen Dienst der Fall ist.

(Beifall bei der FDP)

Vielmehr ist es notwendig, die Lehrpläne in den einzelnen Fächern gründlich zu entrümpeln. Da reicht das, was jetzt in der Überarbeitung gemacht worden ist, bei weitem nicht aus. Wir müssen die Stundentafeln flexibel gestalten, wir müssen einen fächerübergreifenden Unterricht ermöglichen, und wir müssen den Schulen Freiräume zur Unterrichtsgestaltung geben. Das heißt auch, dass die Schulen Stundendepутate bekommen müssen, in denen

sie den Unterricht halten können, den sie jetzt für nötig halten und der ihnen fächerweise gar nicht vorgegeben ist.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie in den letzten vier Jahren alles abgeschafft!)

Eine weitere Streichung der Lehrplaninhalte ist möglich, wenn sie zugunsten der Einführung von Bildungsstandards erfolgt. Denn es wird ein wenig wichtiger sein, Bildungsziele statt Lernziele einzuhalten. Was ein Schüler in einem bestimmten Alter wissen muss, ist sehr viel wichtiger als das, was er lernen muss. Er muss das können, er muss es gelernt haben. Dafür gibt es bereits erste Entwürfe von der Kultusministerkonferenz.

Wie die öffentliche Diskussion deutlich macht, ist die zentrale Frage bei der Schulzeitverkürzung die Durchlässigkeit. Es ist richtig, dass ein verkürzter gymnasialer Bildungsgang spätestens nach der Klasse 5, wenn nämlich die Einführung der zweiten Fremdsprache beginnt, mit den übrigen Schulformen oder Schulwegen schwer vereinbar sein wird.

Seien wir ehrlich: Wo ist die Durchlässigkeit von unten nach oben heute, wo wird sie wirklich praktiziert? Nur in seltenen Ausnahmefällen. Das wird auch dann noch möglich sein.

Grundsätzlich bleibt – das ist das eigentliche Ziel – die Durchlässigkeit beim Übergang in die Oberstufe gewährleistet. Deshalb ist das 11. Schuljahr als ganzes Schuljahr, und zwar ohne Qualifikationsphase, unheimlich wichtig. Denn da kommen die Kinder aus den Realschulen und den Gesamtschulen zusammen mit den Kindern aus den verkürzten Gymnasialklassen, sodass man sich dann in der Klasse 11 auf einen allgemeinen Bildungskanon einigen kann, auf einen allgemeinen Bildungsstandard, und dann gemeinsamen in die Leistungsphase geht.

So können Schüler je nach individueller Begabung und eigenem Zutrauen die Sekundarstufe I in fünf oder sechs Jahren durchlaufen. Frau Hinz, die Chance auf ein Abitur bleibt für alle Schülerinnen und Schüler bestehen.

Ich würde deshalb das achtjährige Gymnasium nicht als Bedrohung für die anderen Schulen sehen. Im Gegenteil, es kann durchaus sein, dass die Realschulen – den kooperativen Gesamtschulen würde ich den Weg, den sie gehen wollen, freistellen – und integrierten Gesamtschulen Zulauf bekommen. Das haben wir an Wiesbaden gesehen, wo die integrierten Gesamtschulen Zulauf bekamen, nachdem die Gymnasien angefangen haben, nach Klasse 5 querszusetzen.

Ich denke, es ist richtig, dass manche Eltern sagen: Nein, meinen Kindern möchte ich das nicht zumuten. Ich möchte, dass sie sechs Jahre lang in die Sek. I gehen. – Dann sollen sie diese Möglichkeit haben und eben hinterher in der Oberstufe mit den anderen Kindern zusammengehen. Ich denke auch, der Wettbewerb zwischen den Schulen wird auf diesem Wege ein Stück facettenreicher.

Einhergehen muss die Schulzeitverkürzung mit der Einführung von Leistungsvergleichen in allen Jahrgangsstufen und Bildungsgängen, um die Qualität des neu zu schaffenden Bildungsganges rundum überprüfen und evaluieren zu können. Außerdem sagen wir klipp und klar: Wenn für die CDU die Einführung der verkürzten Gymnasialzeit mit der Einführung des Zentralabiturs nach bayerischem Vorbild einhergeht, sagen wir dazu Nein.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben nichts dagegen, wenn die Abiturprüfungen aus zentralen Elementen bestehen, wenn die Schulen einen Strauß von Angeboten bekommen, aus denen sie sich individuell das aussuchen können, was zu ihrem Schulprofil und ihrer Neigung passt. Aber das bayerische Zentralabitur wollen wir nicht.

(Beifall bei der FDP)

Wichtig ist für uns auch ein solider Unterbau durch die Grundschule. Hier unterstützt die FDP die geplante Ausweitung der Stundentafel im Fach Deutsch. Wir würden begrüßen, wenn sie auch im Fach Mathematik erfolgen würde. Damit die Grundschule aber wirklich mit dem Unterricht beginnen kann, werden wir morgen über unseren Antrag zur Kinderschule, d. h. über die vorschulische Bildung debattieren. Ich hoffe, das ist der wichtige Pfeiler des weiter gehenden Bildungsganges.

(Beifall bei der FDP)

Eine generelle Schulzeitverkürzung im gymnasialen Bildungsgang bis zum Abitur ist nur nach Vorlage eines wirklich klaren und eindeutigen Konzeptes zu verwirklichen. Nur dann ist es eine Chance für unsere Kinder, und es sollte auch als eine Chance begriffen werden und nicht als eine Bürde.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, so schnell wie möglich ein Konzept vorzulegen, über das man dann intensiv diskutieren kann.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als nächster Redner spricht Herr Abg. Dr. Michael Reuter für die SPD-Fraktion.

Dr. Michael Reuter (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, sich zu vorgerückter Stunde mit so einem Thema zu beschäftigen erfordert viel Konzentration und Aufmerksamkeit. Aber ich glaube, das Thema ist wichtig. Wir sollten uns die notwendige Zeit und Aufmerksamkeit dafür nehmen.

(Clemens Reif (CDU): Machen Sie uns es doch ganz einfach!)

Ich möchte zu unserem Antrag Drucks. 16/185 sprechen, mit dem wir zweierlei erreichen wollen:

Zum einen möchten wir, dass die Regierung davon Abstand nimmt, die generelle Schulzeitverkürzung auf zwölf Jahre durch Verdichtung der Sekundarstufe I bis zum Abitur zu erreichen. Zum anderen sprechen wir uns dafür aus, das rheinland-pfälzische Modell zu übernehmen, nämlich durch schulorganisatorische Maßnahmen zu erreichen, dass das Abitur vor Ostern abgelegt werden kann. Damit können die Abiturientinnen und Abiturienten mit Beginn des Sommersemesters das Studium aufnehmen bzw. nach Absolvierung des Wehr- oder Ersatzdienstes oder des freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres mit dem Studium im Sommersemester des nächsten Jahres beginnen.

Zu unserem ersten Teilantrag. Mit der im Regierungsprogramm angekündigten Schulzeitverkürzung setzt die Landesregierung das fort, was sie schon seit Jahren tut, näm-

lich die Gräben zwischen den einzelnen Schulformen zu vertiefen und zu verbreitern.

(Beifall der Abg. Heike Habermann (SPD))

Wir haben im Grunde nichts dagegen, wenn die Schülerinnen und Schüler früher mit dem Abitur in der Tasche die gymnasiale Oberstufe verlassen können. Was wir aber nicht wollen, das ist zum einen das achtjährige generelle Turboabitur, man könnte auch von einem Zwangsabitur sprechen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Hören Sie doch auf! Das kann doch nicht wahr sein! So ein Quatsch!)

Denn dieses Turboabitur verursacht größere Brüche in unserem Schulsystem. Die Verkürzung bläht die Wochenstundentafel auf 35 Stunden und mehr in der Sekundarstufe I auf.

(Fortgesetzte Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das, was man so erwirtschaftet, kommt natürlich nur den Schülerinnen und Schülern zugute, die ab der Jahrgangsstufe 5 gymnasiale Bildung genießen.

(Weitere Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Frau Wagner, hören Sie doch zu, und denken Sie an Ihren Blutdruck.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ich höre die ganze Zeit zu! Deswegen werde ich so laut!)

Schülerinnen und Schüler, die die Sekundarstufe I in einer integrierten Gesamtschule oder einer Realschule durchlaufen, kommen nicht in den Genuss einer solchen Schulzeitverkürzung. Analog gilt dies auch für das berufliche Gymnasium. Dass durch diese Unterschiedlichkeit in den Stundentafeln der Übergang zwischen den einzelnen Schulformen kolossal erschwert wird, liegt auf der Hand und wird, wie zu vermuten ist, durch diese Maßnahme auch bezweckt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Henzler, ich muss Ihnen widersprechen. Sie haben in Ihren Ausführungen zu der Durchlässigkeit Ursache und Wirkung etwas vermischt. Wenn ich in der Vergangenheit die Durchlässigkeit erschwere, dann kann ich nicht hinterher fragen, wieso keiner mehr übergehen kann. Insofern haben Sie Ursache und Wirkung verwechselt.

(Beifall bei der SPD – Mark Weinmeister (CDU): Das war doch schon bei Ihnen so!)

Wenn wir am dreigliedrigen Schulsystem festhalten müssen, obwohl dies nach PISA I zumindest umstritten ist, so muss doch die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen optimal ausgestaltet werden. Mit der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit wird aber das Gymnasium, wie bereits in der Presse festgestellt wurde, gegenüber den anderen Schulformen systematisch abgeschottet.

Können wir es uns wirklich leisten, die Begabung unserer Kinder an der Hürde künstlich abgeschotteter Schulsysteme kläglich scheitern zu lassen? Wenn, wie zu lesen war, in der verkürzten gymnasialen Sekundarstufe I mit der zweiten Fremdsprache bereits in der 6. Klasse begonnen wird, was passiert dann mit den Schülern aus der Förderstufe, die auf das Gymnasium wechseln wollen? Müsste dann nicht auch in den A-Klassen der Förderstufe bereits im 6. Schuljahr mit der zweiten Fremdsprache begonnen

werden? Falls dem nicht so ist, dann können diese Förderstufenschüler nicht mehr in das Turbogymnasium wechseln – Anschluss verpasst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn dies so sein wird, wie es die Regierung wünscht, dann haben wir ab dem Schuljahr 2005/06 folgende Situation: eine in der Mittelstufe durch Wochenstundenmehrung erkaufte gymnasiale Bildung im Turbotempo mit allem, was eine solche Wochenstundenausweitung für Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler bedeutet, auf der anderen Seite andere Schulformen, die zu diesem Mittelstufenschwergewicht Gymnasium nicht mehr kompatibel sind. Wir möchten aber auch gewährleisten wissen, dass der Weg vom Gymnasium zurück auf eine andere Schulform, z. B. in die Realschule, möglich ist, dass keine allzu großen Brüche erfolgen.

Mit unserer Kritik stehen wir übrigens nicht alleine. Auch die Lehrerverbände warnen vor Schnellschüssen. Eines ist aber wesentlich: Wir wollen wie fast alle Fraktionen im Landtag, dass die Schülerinnen und Schüler jünger an Lebensjahren das Gymnasium verlassen als bisher. Hierzu ist es aber auch erforderlich, sich einmal den Einstieg in die Schullaufbahn eines jeden Schülers zu betrachten. Wenn der durchschnittliche Schüler erst mit 6,7 Lebensjahren eingeschult wird, dann ist dies einfach zu spät. Um hier Abhilfe zu schaffen, fordern wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die verbindliche Vorschule ab dem fünften Lebensjahr und die flexible Schuleingangsstufe, die regelmäßig zwei Schuljahre, bei guten Schülern nur ein Jahr und bei schwächeren Schülern auch drei Jahre dauern kann.

Das heißt, die guten Schülerinnen und Schüler können bereits mit knapp sieben Lebensjahren in der 3. Klasse sein. Auch damit wäre erreicht, dass die Schülerinnen und Schüler jünger an Lebensjahren als bei unserem derzeitigen System das Gymnasium verlassen können – dies zu den Veränderungsmöglichkeiten zu Beginn der Schullaufbahn eines jeden Schülers.

Wir sind der Auffassung, dass eine solche grundlegende Änderung in unserem Schulsystem einer gewissenhaften Vorbereitung bedarf. Dies braucht eine gewisse Zeit. Um nicht, wie dargelegt, die Massierung von Wochenstunden in der Sekundarstufe I und die fehlende Durchlässigkeit zu den anderen Schulformen zu beklagen, schlagen wir quasi als Sofortmaßnahme vor, analog der Regelung in Rheinland-Pfalz die gymnasiale Oberstufe so zu fahren, dass die Schüler mit dem Abitur nach den Osterferien fertig sind. Damit wäre der Einstieg zum Sommersemester des gleichen Jahres bzw. für die, die Wehrdienst, Zivildienst oder andere freiwillige Dienste leisten, des Folgejahres möglich. Technisch könnte dies zum einen durch die Verdichtung des Kurshalbjahrs 13/2 und des Beginns der Qualifikationsphase im Halbjahr 11/2 erfolgen.

Wie gesagt, außerhalb Hessens wird dies praktiziert. Das könnte ohne Probleme auf unser Schulsystem übertragen werden. Dies könnte rasch erfolgen. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Das war die erste Rede des Kollegen Dr. Reuter. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Beifall)

Als nächster Redner spricht Herr Abg. Irmer.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu den Ausführungen der Kollegin Hinz einige wenige Ausführungen machen. Es ist schon erstaunlich, dass sich ausgerechnet die GRÜNEN plötzlich Sorgen um die Qualität des hessischen Schulwesens machen, nachdem sie jahrelang dazu beigetragen haben, den Ruf des hessischen Abiturs in Deutschland zu ruinieren. Das war ein Ergebnis rot-grüner Politik.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Heute kommen Sie daher und wollen uns etwas über die Qualität von Schule erzählen.

Liebe Frau Hinz, Sie haben uns zweitens vorgeworfen, wir wollten den Schülern zumuten, in kürzerer Zeit mehr zu lernen. Ich erinnere Sie einmal an Ihre eigene Vergangenheit. Was haben Sie gemacht? Wer hat die Stundentafel für die Grundschule im Fach Freies Arbeiten um zwei Stunden pro Woche gekürzt, ohne dass an den Lehrplänen irgendetwas geändert worden wäre? Das heißt, Sie haben exakt das gemacht, was Sie uns heute vorwerfen. Sie haben die Stundentafel gekürzt, aber die Lehrpläne nicht verändert. Sie haben damit den Grundschulern in der Tat mehr Lerndruck zugemutet. Auch das war ein Ergebnis Ihrer Politik.

Ich erinnere an die Kürzung der Stundentafeln in den Fächern Physik und Chemie um 25 %. Haben Sie die Lehrpläne verändert? Das haben Sie nicht getan. Ich denke, Sie sollten ein bisschen mehr bei der Wahrheit bleiben und sich vor allen Dingen überlegen, was Sie in der Vergangenheit selbst gemacht haben.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich komme jetzt zum Thema Durchlässigkeit. Das Schulsystem war schon immer durchlässig, und es wird auch in Zukunft eine Durchlässigkeit geben. Die Durchlässigkeit war noch nie so groß wie heute.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Nach unten!)

Sie können heutzutage, wann immer Sie sich entwickeln, alle schulischen Abschlüsse erreichen, gegebenenfalls zeitverzögert als Erwachsene mit Hilfe des Hessenkollegs. Erzählen Sie also nichts vom Pferd. Die Durchlässigkeit war und ist gegeben. Dies wird auch so bleiben. Im Übrigen haben wir die Durchlässigkeit sogar erhöht, indem wir beispielsweise die Stundentafel für die Hauptschule aufgestockt haben. Dadurch ist das Wechseln von der Hauptschule auf die Realschule leichter geworden, als es vorher der Fall war.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind doch ganz andere Lehrpläne!)

Ich möchte kurz zu dem Antrag zurückkommen. Verehrte Kollegen von der SPD, wir setzen in Hessen das um, was die SPD auf ihrem Bundesparteitag 1997 beschlossen hat, nämlich eine zwölfjährige Schulzeit bis zum Abitur. Wir setzen das um, Frau Kollegin Hinz, was Ihre ehemalige Bundesvorstandssprecherin Röstel im August 1997 in der „FAZ“ erklärt hat. Sie hat damals erklärt, die GRÜNEN

seien dafür, dass zwölf Jahre Schule bis zur Abiturprüfung reichen. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich aufregen. Genau das machen wir. Fakt ist – das hat Frau Henzler schon gesagt –: Frankreich, Spanien, Belgien, Dänemark und andere Bundesländer haben eine Schulzeit von zwölf Jahren. Mir ist nicht bekannt, dass die Ergebnisse der Schüler dieser Länder in den Abschlussprüfungen signifikant schlechter wären.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben aber längere gemeinsame Schulzeiten! Die haben Ganztagschulen! Das ist ein völlig anderes System!)

– Die haben mehr Unterrichtsstunden in der Schule als wir in Hessen. Das ist in der Tat richtig.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Auch wenn Sie einen schönen Sopran haben, Frau Kollegin, mithilfe des Mikrofons bin ich trotzdem lauter.

Es gibt keine wissenschaftliche Untersuchung, mit der untermauert werden könnte, dass die Schüler, die nach zwölf Jahren in die Abiturprüfung gehen, signifikant schlechtere Ergebnisse erzielten als die, die 13 Jahre lang zur Schule gegangen sind.

Fakt ist, dass das Einschulungsalter von 6,8 Jahren zu hoch ist. Aber: Sie reden, wir handeln. Wir haben gesagt, wir machen Vorlaufkurse in Deutsch, flexibilisieren die Einschulung, richten Eingangsstufen ein und ermöglichen das Überspringen von Klassen. Letzteres gab es auch früher schon. Das gebe ich zu. Das heißt im Klartext: mehr Praxisanteile in der Ausbildung.

Wir versuchen – insgesamt gesehen – die Verweildauer der Schüler an den Schulen zu verkürzen. Wir dürfen außerdem nicht vergessen, dass 30 % der Studenten ihr Studium – im Schnitt im achten Semester – abbrechen. Auch das ist ein Thema, über das wir reden müssen.

Wir stellen fest, dass das durchschnittliche Berufseinstiegsalter bei 28 bis 30 Jahren liegt. Das ist natürlich zu hoch. Das ist völlig unstreitig. Wir sagen auch nicht, dass allein mit dieser Maßnahme das Problem gelöst werden kann. Aber sie ist ein Beitrag dazu, das Gesamtproblem zu lösen.

Die SPD schlägt vor – sie bleibt damit in ihrer Tradition der Unterrichtskürzung –, die zweite Hälfte des 13. Schuljahres zu kappen, und schon sei das Problem gelöst. Sie bieten für diese Kappung keine Kompensation an. Ich will bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen: Unter Ihrer Regierungsverantwortung haben die Schüler in Hessen das Abitur nach elfeinhalb Schuljahren gemacht. Sie waren zwar 13 Jahre lang in der Schule, aber durch die Kürzungen der Stundentafeln und den Unterrichtsausfall haben die Schülerinnen und Schüler de facto nach 11,5 Jahren ihre Abiturprüfung gemacht. Ich habe noch nie gehört, dass Sie diesbezüglich über Qualitätsprobleme berichtet haben. Das heißt, wir haben die Schulzeit erstmals auf 13 Jahre verlängert. 13 Jahre stehen drauf, und 13 Jahre sind drin. Das war das Ergebnis der Bildungspolitik von CDU und FDP. Wir haben also erst einmal die Grundlagen geschaffen. Deshalb werden wir Ihrem Antrag auf Unterrichtskürzung um ein halbes Jahr in der Klasse 13 logischerweise nicht zustimmen.

Wenn wir schon bei der Vergangenheitsbewältigung sind, komme ich auf eine Äußerung des Kollegen Holzapfel vom 14. Oktober 1991 zurück. Damals haben wir schon einmal über dieses Thema gesprochen. Ich gebe zu, dass wir über eine Optimierung der zweiten Hälfte des

13. Schuljahres in der Tat sprechen müssen. Herr Holzapfel hat damals erklärt, man müsse jetzt über die Gestaltung des zweiten Abi-Halbjahres reden, und zwar im Sinne einer Straffung. Das ist richtig. Aber: Sie hatten acht Jahre lang Zeit, das umzusetzen. Warum haben Sie es nicht gemacht? Das ist doch immer wieder das Ergebnis Ihrer Politik. Sie reden darüber, aber Sie setzen es nicht um. Das ist der Unterschied zu der CDU/FDP-geführten Landesregierung der letzten Legislaturperiode und zu der amtierenden Landesregierung.

Sie haben uns vorgeworfen, das sei ein Sparmodell. Das ist schlicht falsch. Wir haben die Stundentafel für die Grundschule erhöht, und wir werden sie weiter erhöhen. Wir haben sie von 90 auf 92 Stunden erhöht, und wir werden sie am Ende auf 98 Stunden erhöht haben. Die anderen Stunden werden auf die Schuljahre in der Mittelstufe verteilt. Dies ist ein Qualitätssteigerungsprogramm für Haupt- und Realschulen, denn die Haupt- und Realschüler profitieren davon, dass sie in der Grundschule insgesamt mehr Unterricht bekommen, als es jetzt der Fall ist. Das sollte man bei der Gelegenheit einmal sehr deutlich sagen. Es ist also ein Qualitätsprogramm auch für die Haupt- und Realschulen.

Ich denke, dass Ihre Kritik, insgesamt gesehen, unglaublich ist. Ich weiß nicht, was die Sozialdemokraten eigentlich wollen. In Ihrem Antrag vom 27. Mai beklagen Sie, dass die Schüler – Herr Kollege Reuter, Sie haben es eben noch einmal wiederholt – 35 Stunden und mehr pro Woche Unterricht hätten. Am gleichen Tag ist ein Interview mit der Kollegin Habermann in der „FAZ“ erschienen, in der diese erklärt, die SPD wolle die Ganztagschulen ganz stark fördern, an denen der Unterricht bis in den Nachmittag hinein verbindlich ist. Auf der einen Seite beklagen Sie das, und auf der anderen Seite fordern Sie es. Was wollen Sie eigentlich? Darüber müssten Sie sich erst einmal klar werden. Dann reden wir über Ihre Vorstellungen.

Ich sage an dieser Stelle: Wir sind in Hessen mit der Politik, die wir fahren, auf einem hervorragenden Weg. Das wollen wir fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als nächste Rednerin spricht Frau Kultusministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mit einem Zitat beginnen:

Zu oft wird Bildungsreform bei uns noch als bloße Verlängerung der Ausbildungsdauer verstanden. Chancengleichheit fördern wir jedoch nicht durch eine immer längere Ausbildung für wenige, sondern durch eine möglichst gute Ausbildung für alle, einschließlich der Förderung der besonders Begabten. Die Verkürzung der Jahre in der Oberstufe der Schule, also eine Schulzeit von insgesamt zwölf Jahren, erscheint der Bundesregierung vernünftig und notwendig.

Das sagte Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung im Jahre 1973.

(Frank Gotthardt (CDU): Guter Mann!)

Ich finde, der Mann hat Recht. Er hat umso mehr Recht, als wir sehen, dass in der Tat nicht nur in Europa, sondern auch in vielen Ländern der Bundesrepublik Deutschland nicht nur die Diskussion um die Schulzeitverkürzung vorangetrieben, sondern diese Verkürzung auch durchgeführt wird. Vor diesem Hintergrund mutet der eine oder andere Antrag, den wir heute Abend behandeln, relativ merkwürdig an.

Da fängt im Grunde die SPD an, einen Antrag zu stellen, wir sollten Pläne zurücknehmen. Meine Damen und Herren, was glauben Sie denn, wofür wir gewählt worden sind, um Pläne zurückzunehmen, um Versprechen zurückzunehmen, die wir im Wahlprogramm wie auch im Regierungsprogramm gemacht haben?

(Beifall bei der CDU)

Nein, wir sind dazu gewählt und beauftragt und hier vereidigt, diese Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen, und zwar möglichst zeitnah.

(Beifall bei der CDU – Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre nicht das erste Mal!)

Da schreiben Sie zum Zweiten in Ihren Antrag hinein, wir sollten das Rheinland-Pfälzer Modell wählen und hier in Hessen einführen. Herr Dr. Reuter, Sie könnten mir vielleicht von diesem Pult aus oder irgendwann einmal in einer Nachhilfestunde erklären, welches andere Land in dieser Republik sich eigentlich das Rheinland-Pfälzer Modell abgeschaut und eingeführt hätte. Das hat kein Land getan, und zwar aus den Gründen, die hier schon genannt worden sind.

Damit ansonsten würden wir für die Abiturienten nicht mehr das ZVS-Verfahren des laufenden Jahres erreichen, die meisten Studienbeginne liegen im Wintersemester. Deswegen hat dieses Modell keine Nachahmer gefunden. Ich finde, man sollte sich auch richtig entscheiden, entweder 12 oder 13 Jahre, und dann auch die entsprechenden Schulen dazu gestalten. Aus diesem Grund kann der SPD-Antrag nicht weiterführen. Wenn ich eine Aufforderung zu machen hätte, dann wäre es, den Antrag zurückzuziehen, aber nicht, von Versprechen abzukehren.

Die FDP hat den Antrag gestellt, wir sollten ein Konzept vorlegen und sollten dies auch sehr zügig tun, im Sinne dessen, was wir auch im Wahlprogramm versprochen und zugesagt haben. Selbstverständlich werden wir dies tun. Dies wird auch in einer Schulgesetzänderung münden müssen, d. h. es wird im Rahmen einer Schulgesetzänderung und eines Ordnungsverfahrens eine Konzeption vorzulegen sein. Diese wird nicht nur in einem Konzept im Ausschuss und im Landtag zu beraten sein, sondern auch in Anhörungsverfahren. Dazu sind die Vorbereitungen in vollem Gange, und zwar in einem sehr engen Zeitplan.

Wir werden in diesem Zusammenhang das Gesetz ändern müssen. Wir werden die Verordnung ändern müssen. Wir werden die Stundentafeln und auch die Lehrpläne entsprechend umgestalten müssen. Sie haben durchaus Recht, dass es nicht nur um eine Komprimierung der bisherigen Stundentafeln und Lehrpläne im jetzigen Stand gehen muss, sondern auch um eine pädagogische Gestaltung neuer Lehrpläne. Das wird alles in einem sehr engen Zeitplan vollzogen. Wir haben uns auch vorgenommen, dies in einem klaren Ablauf einzuführen.

Meine Damen und Herren, dann kommt der GRÜNEN-Antrag. Dieser legt nun wirklich den Verdacht nahe, dass die GRÜNEN bei Adam und Eva anfangen wollen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Och nö!)

Es kommt zunächst einmal die Aussage, die Schulzeitverkürzung solle man nicht so handhaben, wie diese Landesregierung es zu handhaben gewillt ist. Um dies zu begründen, fängt die GRÜNEN-Fraktion damit an, Inhaltsangaben aus dem Bereich des Kindergartens zu machen. Es wird erst einmal alles altersgemäß aufgedröseln, bis wir dann irgendwann einmal bei einem Abitur ankommen. Dort kommen Sie aber auch nicht mit dem Anliegen zu einer generellen Verkürzung, sondern damit, schrittweise verschiedene Kapitel der Bildungspolitik aufzuschlagen und am Schluss eine Flexibilität und Individualität zuzulassen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nämlich Qualitätsverbesserung!)

Das ist ein anderes Konzept. Wir werden im Rahmen eines Qualitätskonzepts für das Bildungswesen insgesamt, sehr stringent und in einem klaren – im Regierungsprogramm angegebenen – Zeitplan die Verkürzung der Schulzeit nunmehr einführen. Die Voraussetzungen dafür sind bereits geschaffen worden, indem wir in den letzten Jahren neue Versetzungsbestimmungen eingeführt haben, eine Diskussion über Bildungsstandards hatten, neue Lehrpläne in allen Fächern und für alle Schulstufen für die Sekundarstufen I und II eingeführt haben. Das sind Vorarbeiten, nach denen unsere Schulen arbeiten und lehren und nach denen unsere Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden und lernen. Das ist schon seit einigen Jahren so, und nach diesem Prinzip kann es auch in den Oberstufen weiter gehen.

Der Antrag der GRÜNEN geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Es ist faktisch falsch, was dort steht, indem Sie behaupten, es sei eine Reduktion der Stundentafel und der Stundenzahl vorgesehen. Herr Irmer hat eben noch einmal eindrücklich deutlich gemacht, dass wir beabsichtigen, die Stundenzahlen nicht nur in der weiterführenden Schule in der Sekundarstufe I umzulegen und auch in die Klasse 11 hinein, sondern dass wir auch den Grundschulen entsprechend Stunden zuwachsen lassen wollen. Das wird für die Qualität der Arbeit in den Grundschulen

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat aber nichts mit der Sekundarstufe I zu tun!)

und für die Sicherheit der Grundschüler sehr entscheidend sein, denn sie werden mit einem ganz festen Fundament in die weiterführenden Schulen kommen. Sie werden mit einer sehr großen Grundsicherheit in die weiterführenden Schulen, auch dort mit vermehrter Stundenzahl, kommen. Sie werden dann in der Lage sein, auch den Abschluss Herausforderungen gerecht zu werden.

Natürlich werden keine gleich bleibenden Lehrpläne die Grundlage dafür sein, sondern sie sind zu erneuern. Sie sind auch ein Stück weit zu entschlacken, das ist völlig richtig. Die Lehrpläne, die wir für das derzeitige Turboabitur in den G 8-Zweigen haben, können nicht dieselben bleiben.

Dann versucht sich die GRÜNEN-Fraktion auch an dem Thema Durchlässigkeit abzuarbeiten. Dann müssen Sie allerdings auch schon sagen, wie Sie es gerne hätten. Wenn Sie auf der einen Seite sagen, Sie wollten die Schulzeitverkürzung eigentlich so nicht, auf der anderen Seite aber sagen, dass jemand, der möglicherweise aus dem mittleren Bildungsgang während der Sekundarstufe II in das Gym-

nasium überwechseln möchte, insgesamt die gleiche Zeit hätte, wie er sie jetzt hat, dann möchte ich wissen, wo hier eigentlich der Fehler liegen soll.

Natürlich wird es weiter eine horizontale Durchlässigkeit geben. Der Staatssekretär hat das überhaupt nicht in Abrede gestellt. Er hat nur etwas anderes gesagt, dass es nämlich neben der horizontalen Durchlässigkeit, also der Versetzung in die andere Schulform, auch eine stärkere Beobachtung der vertikalen Durchlässigkeit geben muss, also der Durchlässigkeit, die es ermöglichen muss, an derselben Schulform einen zusätzlichen Abschluss zu erwerben. Dies wurde schon mehrfach hier im Plenum vorgebracht und ist auch zukunftsweisend.

Es muss möglich sein, an der Hauptschule nach dem Hauptschulabschluss auch den mittleren Abschluss anzuhängen. Es muss möglich sein, an den beruflichen Schulen alle Abschlüsse der Welt zu erwerben und damit die entsprechenden Voraussetzungen für höhere Bildungsabschlüsse mit zu erwerben. Natürlich bleibt Durchlässigkeit ein Thema. Durchlässigkeit bleibt das Prinzip dieser Landesregierung.

Wir werden die Grundschulen und die weiterführenden Schulen mit zusätzlichen Stunden ausstatten, damit sie die Qualität, die notwendig ist, um mit ehrlichem Gewissen ein Abiturzeugnis unterschreiben zu können, auch genießen. Wir werden für alle Grundschüler die Stundentafeln erweitern. Es werden alle etwas davon haben. Wir werden für die Grundschulen ein solides Fundament für alle anderen Schulformen haben, also auch für den verkürzten gymnasialen Bildungsgang.

Im Übrigen wird dies zunächst einen Mehrbedarf auslösen und nicht ein Sparprogramm sein. Verkürzte Schulzeit am Gymnasium ist kein Sparprogramm, das will ich auch sehr deutlich zu Protokoll sagen.

Wir werden die Bildungsstandards als ein Element der Qualitätssicherung mit der Schulzeitverkürzung verknüpfen. Damit wird deutlich, dass für die Schülerinnen und Schüler am Ende der Klasse 4 für das Ende der Klassen 9 und 10 klar ist, wo sie angekommen sein sollen. Das ist bereits für das Abitur, für die Klasse 13, mit den einheitlichen Prüfungsanforderungen gegeben. Das sind im Grunde auch schon die Bildungsstandards für das Abitur.

Sie müssen mir eines sagen, wenn Sie sagen, die Qualität des Schulwesens sei gefährdet, wenn wir die Schulzeit verkürzen. Sie müssen mir sagen, warum bei der Untersuchung TIMSS III die Schulen, die das Abitur nach zwölf Jahren anbieten, genauso gute und zum Teil bessere Ergebnisse erzielt haben als die Schulen, an denen 13 Jahre die Regel sind. Wenn dort Qualitätsverschlechterungen eingetreten sein sollten, dann müssen Sie das begründen und nachweisen.

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Frau Kultusministerin, ein Hinweis: Die Fraktionsredezeit ist abgelaufen.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Präsidentin, die Schlussbemerkung: Sie müssten dann allerdings auch noch eines nachweisen, warum nämlich das zwölfjährige Abitur jetzt schon in Sachsen, in Thüringen, in Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland angeboten wird, warum es gerade in Baden-Württemberg, in Hamburg und in Niedersachsen ein-

geführt wird und warum die Bremer gerade daran sind. Sie werden dann wahrscheinlich sagen, dass Sie sich nicht an denen orientieren, sondern dass Sie sich an Nordrhein-Westfalen orientieren, weil Sie das in der einheitlichen Sicht der Bildungspolitik der Siebziger- und Achtzigerjahre häufig so tun.

Meine Damen und Herren, dann kann ich Ihnen nur sagen, Nordrhein-Westfalen hat gerade eine neue Koalitionsvereinbarung abgeschlossen. In dieser Koalitionsvereinbarung ist der Satz enthalten:

Wir wollen das Abitur nach zwölf Jahren landesweit einführen, um die Ausbildungszeit zu verkürzen und das Berufseintrittsalter auch im Sinne einer Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme zu senken.

Meine Damen und Herren, wir werden in Hessen nicht die Letzten sein, die das zwölfjährige Abitur einführen – aber die Ersten sind wir bei weitem nicht. Deswegen arbeiten wir mit Tempo daran.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Meine Damen, meine Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Komplex vor. Damit ist diese Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung über die drei Anträge.

Ich rufe den Antrag unter Tagesordnungspunkt 12 auf: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Durchlässigkeit ausbauen – individuelle Schulzeitverkürzung erleichtern. Hier ist eine Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuss vorgesehen. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf: Antrag der Abg. Habermann, Hartmann und andere betreffend früheres Abitur ohne Bildungsabbau an Hessens Schulen, Drucks. 16/185. Auch hier ist die Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuss vorgesehen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf: Antrag der Fraktion der FDP betreffend kein Qualitätsverlust durch Schulzeitverkürzung, Drucks. 16/195. Auch hier ist die Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuss vorgesehen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum letzten Punkt für heute, **Tagesordnungspunkt 64:**

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/245 –

Gibt es abweichende Voten zu den Beschlussempfehlungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zur Abstimmung. Wer den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen in dieser Form seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Wir sind am Ende der Sitzung. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend. Bis morgen früh.

(Schluss: 18.32 Uhr)

